



25. April 2018

BARCLAYS BANK PLC

(errichtet mit beschränkter Haftung in England und Wales)

NACHTRAG

GEMÄß § 16 ABS. 1 WERTPAPIERPROSPEKTGESETZ ("**WPPG**")

ZU DEN FOLGENDEN BASISPROSPEKTEN:

(DIE "**BASISPROSPEKTE**):

RSSP BASISPROSPEKT A VOM 13. JUNI 2017 IN DER DURCH DIE VORHERGEHENDEN
NACHTRÄGE VOM 27. JUNI 2017, 25. AUGUST 2017 UND 20. NOVEMBER 2017 GEÄNDERTEN
FASSUNG

(DER "**RSSP BASISPROSPEKT A VOM 13. JUNI 2017**")

FÜR

AKTIEN- UND INDEXBEZOGENE WERTPAPIERE (DIE "**RSSP A1 WERTPAPIERE**")

(VIERTER NACHTRAG)

RSSP BASISPROSPEKT A VOM 25. JULI 2017 IN DER DURCH DIE VORHERGEHENDEN
NACHTRÄGE VOM 25. AUGUST 2017 UND 20. NOVEMBER 2017 GEÄNDERTEN FASSUNG

(DER "**RSSP BASISPROSPEKT A VOM 25. JULI 2017**")

FÜR

AKTIEN- UND INDEXBEZOGENE WERTPAPIERE (DIE "**RSSP A2 WERTPAPIERE**")

(DRITTER NACHTRAG)

RSSP BASISPROSPEKT B VOM 7. JULI 2017 IN DER DURCH DIE VORHERGEHENDEN NACHTRÄGE
VOM 25. AUGUST 2017 UND 20. NOVEMBER 2017 GEÄNDERTEN FASSUNG

(DER "**RSSP BASISPROSPEKT B**")

FÜR

AKTIEN- UND INDEXBEZOGENE NON-LINEARE WERTPAPIERE (DIE "**RSSP B WERTPAPIERE**")

(DRITTER NACHTRAG)

BASISPROSPEKT PROSPER A VOM 26. OKTOBER 2017 IN DER DURCH DEN VORHERGEHENDEN
NACHTRAG VOM 20. NOVEMBER 2017 GEÄNDERTEN FASSUNG

(DER "**BASISPROSPEKT PROSPER A**")

FÜR

WERTPAPIERE, DIE AN EIN FIKTIVES PORTFOLIO GEKOPPELT SIND

(DIE "**PROSPER A WERTPAPIERE**")

(ZWEITER NACHTRAG)

(DIE RSSP A1 WERTPAPIERE, DIE RSSP A2 WERTPAPIERE, DIE RSSP B WERTPAPIERE UND DIE
PROSPER A WERTPAPIERE, DIE "**WERTPAPIERE**")

Anleger, die vor der Veröffentlichung dieses Nachtrags eine auf den Erwerb oder die Zeichnung von Wertpapieren, die unter Endgültigen Bedingungen zu den Basisprospekten begeben wurden, gerichtete Willenserklärung abgegeben haben, haben das Recht, diese gemäß § 16 Abs. 3 WpPG innerhalb einer Frist von zwei Werktagen nach Veröffentlichung des Nachtrags zu widerrufen, sofern der neue Umstand oder die Unrichtigkeit gemäß § 16 Abs. 1 WpPG vor dem endgültigen Schluss des öffentlichen Angebots und vor der Lieferung der Wertpapiere eingetreten ist.

Der Widerruf (der nicht begründet werden muss) ist in Textform gegenüber derjenigen Stelle zu erklären, gegenüber der der jeweilige Anleger seine auf den Erwerb oder die Zeichnung der Wertpapiere gerichtete Willenserklärung abgegeben hat. Falls Barclays Bank PLC die Gegenpartei des Erwerbsgeschäfts war, ist der Widerruf an Barclays Bank PLC, 1 Churchill Place, London, E14 5HP, Vereinigtes Königreich, zu richten. Für die Wahrung der Widerrufsfrist ist die rechtzeitige Abgabe der Erklärung ausreichend.

Während der Gültigkeitsdauer der Basisprospekte sowie solange im Zusammenhang mit den Basisprospekten begebene Wertpapiere an einer Börse notiert sind oder öffentlich angeboten werden, werden Kopien dieses Nachtrags und der Basisprospekte in der Fassung eventueller Nachträge, auf Anfrage zur kostenlosen Ausgabe bei Barclays Bank PLC, 1 Churchill Place, London, E14 5HP, Vereinigtes Königreich, und auf der Internetseite der Emittentin <https://www.home.barclays/prospectuses-and-documentation/structured-securities/prospectuses> bereitgehalten.

INHALTSVERZEICHNIS

| Basisprospekt | Abschnitt im Basisprospekt | Nachtragspunkt | Seite |
|---|---|-----------------------|--------------|
| RSSP Basisprospekt A vom 13. Juni 2017 RSSP Basisprospekt A vom 25. Juli 2017 RSSP Basisprospekt B Basisprospekt Prosper A | ZUSAMMENFASSUNG | I., II., III und IV. | 5 f. |
| RSSP Basisprospekt A vom 13. Juli 2017 RSSP Basisprospekt A vom 25. Juli 2017 RSSP Basisprospekt B Basisprospekt Prosper A | SUMMARY | V, VI, VII. und VIII. | 13 f. |
| RSSP Basisprospekt A vom 13. Juni 2017 RSSP Basisprospekt A vom 25. Juli 2017 RSSP Basisprospekt B Basisprospekt Prosper A | RISIKOFAKTOREN | IX. | 20 f. |
| RSSP Basisprospekt A vom 13. Juni 2017 RSSP Basisprospekt A vom 25. Juli 2017 RSSP Basisprospekt B | RISIKOFAKTOREN | X. | 35 f. |
| Basisprospekt Prosper A | RISIKOFAKTOREN | XI. | 40 f. |
| RSSP Basisprospekt A vom 13. Juni 2017 RSSP Basisprospekt A vom 25. Juli 2017 | RISIKOFAKTOREN | XII. | 43 f. |
| RSSP Basisprospekt A vom 13. Juni 2017 RSSP Basisprospekt A vom 25. Juli 2017 RSSP Basisprospekt B Basisprospekt Prosper A | PER VERWEIS EINBEZOGENE ANGABEN | XIII. | 45 |
| RSSP Basisprospekt A vom 13. Juni 2017 RSSP Basisprospekt A vom 25. Juli 2017 RSSP Basisprospekt B Basisprospekt Prosper A | PER VERWEIS EINBEZOGENE ANGABEN | XIV. | 45 f. |
| RSSP Basisprospekt A vom 13. Juni 2017 RSSP Basisprospekt A vom 25. Juli 2017 RSSP Basisprospekt B Basisprospekt Prosper A | PER VERWEIS EINBEZOGENE ANGABEN | XV. | 46 |
| RSSP Basisprospekt A vom 13. Juni 2017 RSSP Basisprospekt A vom 25. Juli 2017 RSSP Basisprospekt B Basisprospekt Prosper A | ALLGEMEINE INFORMATIONEN | XVI. und XVII. | 46 f. |
| RSSP Basisprospekt A vom 13. Juni 2017 RSSP Basisprospekt A vom 25. Juli 2017 RSSP Basisprospekt B Basisprospekt Prosper A | INFORMATIONEN ÜBER DIE EMITTENTIN | XVIII. | 48 f. |

Die nachtragsbegründenden Umstände für die Aktualisierung der Basisprospekte sind:

- Die Veröffentlichung des gemeinsamen Geschäftsberichts 2017 der Barclays PLC und der Barclays Bank PLC, der am 22. Februar 2018 (der Zeitpunkt des nachtragsrelevanten Umstands) bei der US Securities and Exchange Commission (SEC) mittels Form 20-F eingereicht worden ist (Gemeinsamer Geschäftsbericht).
- Die Veröffentlichung des Geschäftsberichts der Barclays Bank PLC mit den geprüften konsolidierten Finanzinformationen der Barclays Bank PLC zum 31. Dezember 2016 (Geschäftsbericht 2016) und zum 31. Dezember 2017, der am 22. Februar 2018 (der Zeitpunkt des nachtragsrelevanten Umstands) bei der SEC mittels Form 20-F eingereicht worden ist (Geschäftsbericht 2017).
- Die Veröffentlichung der gemeinsamen Bekanntgabe der Barclays PLC und der Barclays Bank PLC, die am 29. März 2018 (der Zeitpunkt des nachtragsrelevanten Umstands) bei der SEC mittels Form 6-K eingereicht worden ist.
- In Folge einer Reform des Aufsichtsrechts der britischen Regierung, die das britische Finanzsystem nach der Finanzkrise im Jahre 2008 stärken soll, sind die größten britischen Banken ab dem 1. Januar 2019 verpflichtet, ihr alltägliches Kundengeschäft vom Investmentbanking abzusondern. Dieser als "Ring-Fencing" bekannte Vorgang soll Verbraucher und die alltäglichen Bankgeschäfte, auf die sie vertrauen, vor von diesen unabhängigen Risiken aus einem anderen Teil der Bankengruppe und Erschütterungen des Finanzsystems im weiteren Sinne, schützen. Barclays hat eine abgesonderte Bank errichtet, die Barclays Bank UK PLC, die von der Barclays Bank PLC am 1. April 2018 getrennt wurde (die "**Absonderung**"), um die Regelungen des britischen "Ring-Fencing" Regelwerks zu erfüllen. Um die mögliche Auswirkung der Absonderung darstellen zu können, hat die Barclays Bank PLC Gruppe pro-forma Finanzinformationen erstellt, in denen die Absonderung in der Bilanz der Barclays Bank PLC Gruppe zum 1. Januar 2017 und in der geprüften Bilanz der Barclays Bank PLC Gruppe zum 31. Dezember 2017 bereits hypothetisch einbezogen wurde. Die pro-forma Finanzinformationen wurden in das Registrierungsformular für Zwecke des Artikel 5(3) der Verordnung 2003/71/EC der Barclays Bank PLC und ihrer Tochtergesellschaften vom 16. März 2018 (der Zeitpunkt des nachtragsrelevanten Umstands), wie von der britischen Financial Conduct Authority (FCA) gebilligt, aufgenommen (das "**Registrierungsformular 2018**").
- Eine Aktualisierung der Informationen in Bezug auf die Benchmark-Bestimmungen, die Auflistung der Directors und das Kreditrating der Emittentin, zu der die Emittentin sich gleichzeitig entschlossen hat.

Die folgenden Abschnitte der Basisprospekte sind von den Änderungen betroffen:

- I. In den Basisprospekten wird in der Zusammenfassung jeweils der Abschnitt B. 8 "**Ausgewählte Pro-forma Finanzinformationen**" nach dem Abschnitt B.5 "**Beschreibung der Gruppe und der Stellung der Emittentin innerhalb der Gruppe**" wie folgt eingefügt:

| | | |
|-------------------|---|--|
| <p>B.8</p> | <p>Ausgewählte Pro-forma Finanzinformationen</p> | <p>Auf Grundlage der ungeprüften konsolidierten pro-forma Finanzinformationen der Bankengruppe zum und für das am 31. Dezember 2017 endende Jahr (die "pro-forma Finanzinformationen") hatte die Bankengruppe gesamte Aktiva von GBP 897.869 Millionen, Kredite und Forderungen von GBP 213.800 Millionen, Einlagen von Banken von GBP 280.728 Millionen und ein gesamtes Eigenkapital von GBP 49.847 Millionen. Der Gewinn vor Steuern der Bankengruppe für das am 31. Dezember 2017 endende Jahr lag bei GBP 1.878 Millionen nach Wertminderungsaufwand und anderen Rückstellungen in Höhe von GBP 1.553 Millionen. Die Finanzinformationen in diesem Abschnitt wurden den pro-forma Finanzinformationen entnommen.</p> <p>Den pro-forma Finanzinformationen liegt eine hypothetische Situation zugrunde und daher geben sie nicht die tatsächliche</p> |
|-------------------|---|--|

finanzielle Lage und die Ergebnisse der Bankengruppe wieder.

II. In den Basisprospekten werden in der Zusammenfassung jeweils die Abschnitte B. 12 "Ausgewählte wesentliche historische Finanzinformationen" und B.13 "Jüngste Ereignisse, die für die Bewertung der Zahlungsfähigkeit der Emittentin im hohen Maße relevant sind" wie folgt ersetzt:

| B.12 | Ausgewählte wesentliche historische Finanzinformationen | <p>Ausgewählte Finanzinformationen der Emittentin für die zum 31. Dezember 2017 und 31. Dezember 2016 endenden Jahre.</p> <p>Die folgenden Finanzinformationen sind dem geprüften konsolidierten Konzernabschluss der Emittentin für das zum 31. Dezember 2017 bzw. zum 31. Dezember 2016 endende Jahr entnommen:</p> <table border="1" data-bbox="724 719 1390 1787"> <thead> <tr> <th></th> <th>Zum 31.12.2017 GBP Mio.</th> <th>Zum 31.12.2016 GBP Mio.</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>Gesamte Aktiva</td> <td>1.129.343</td> <td>1.213.955</td> </tr> <tr> <td>Kredite und Forderungen an Banken</td> <td>36.209</td> <td>43.634</td> </tr> <tr> <td>Kredite und Forderungen an Kunden</td> <td>365.553</td> <td>392.783</td> </tr> <tr> <td>Einlagen von Banken</td> <td>37.906</td> <td>48.214</td> </tr> <tr> <td>Kundenforderungen</td> <td>429.426</td> <td>424.703</td> </tr> <tr> <td>Gesamtes Eigenkapital</td> <td>65.734</td> <td>70.955</td> </tr> <tr> <td>Minderheitsbeteiligungen</td> <td>1</td> <td>3.522</td> </tr> <tr> <td></td> <td>Für das am 31.12.2017 endende Jahr GBP Mio.</td> <td>Für das am 31.12.2016 endende Jahr GBP Mio.</td> </tr> <tr> <td>Gewinn vor Steuern aus fortzuführenden Geschäftsbereichen</td> <td>3.166</td> <td>4.383</td> </tr> <tr> <td>Wertminderungsaufwand und andere Rückstellungen</td> <td>(2.336)</td> <td>(2.373)</td> </tr> </tbody> </table> | | Zum 31.12.2017 GBP Mio. | Zum 31.12.2016 GBP Mio. | Gesamte Aktiva | 1.129.343 | 1.213.955 | Kredite und Forderungen an Banken | 36.209 | 43.634 | Kredite und Forderungen an Kunden | 365.553 | 392.783 | Einlagen von Banken | 37.906 | 48.214 | Kundenforderungen | 429.426 | 424.703 | Gesamtes Eigenkapital | 65.734 | 70.955 | Minderheitsbeteiligungen | 1 | 3.522 | | Für das am 31.12.2017 endende Jahr GBP Mio. | Für das am 31.12.2016 endende Jahr GBP Mio. | Gewinn vor Steuern aus fortzuführenden Geschäftsbereichen | 3.166 | 4.383 | Wertminderungsaufwand und andere Rückstellungen | (2.336) | (2.373) |
|---|---|--|--|-------------------------------|-------------------------------|----------------|-----------|-----------|-----------------------------------|--------|--------|-----------------------------------|---------|---------|---------------------|--------|--------|-------------------|---------|---------|-----------------------|--------|--------|--------------------------|---|-------|--|--|---|---|-------|-------|---|---------|---------|
| | Zum 31.12.2017 GBP Mio. | Zum 31.12.2016 GBP Mio. | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| Gesamte Aktiva | 1.129.343 | 1.213.955 | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| Kredite und Forderungen an Banken | 36.209 | 43.634 | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| Kredite und Forderungen an Kunden | 365.553 | 392.783 | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| Einlagen von Banken | 37.906 | 48.214 | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| Kundenforderungen | 429.426 | 424.703 | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| Gesamtes Eigenkapital | 65.734 | 70.955 | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| Minderheitsbeteiligungen | 1 | 3.522 | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| | Für das am 31.12.2017 endende Jahr GBP Mio. | Für das am 31.12.2016 endende Jahr GBP Mio. | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| Gewinn vor Steuern aus fortzuführenden Geschäftsbereichen | 3.166 | 4.383 | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| Wertminderungsaufwand und andere Rückstellungen | (2.336) | (2.373) | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| | Keine wesentliche Verschlechterung der Aussichten der Emittentin | Entfällt. Die Aussichten der Emittentin haben sich seit dem 31. Dezember 2017, dem Datum des letzten veröffentlichten geprüften Abschlusses, nicht wesentlich verschlechtert. | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| | Keine wesentlichen Veränderungen bei der Finanzlage oder Handelsposition | Entfällt. Es gab keine wesentliche Veränderung in der Finanzlage oder Handelsposition der Gruppe seit dem 31. Dezember 2017. | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |

| | | |
|-------------|---|---|
| | der Gruppe | |
| B.13 | Jüngste Ereignisse, die für die Bewertung der Zahlungsfähigkeit der Emittentin im hohen Maße relevant sind | <p><u>"Ring-Fencing" Übertragungsverfahren (<i>Ring-Fencing Transfer Scheme</i>)</u></p> <p>Am 9. März 2018 hat die Gruppe von der Prudential Regulation Authority und dem High Court of Justice of England and Wales die Zustimmung erhalten, das "ring-fencing" des täglichen Bankgeschäfts der Gruppe durch ein Rechtsverfahren unter dem Part VII des Financial Services and Markets Act 2000, das als "Ring-Fencing Transfer Scheme" (das "Scheme") bekannt ist, zu implementieren.</p> <p>Die Gruppe hat das Scheme umgesetzt und am 1. April 2018 eine "ring-fenced" Bank, die Barclays Bank UK PLC errichtet. Diese Einheit wird als Teil der Gruppe unter dem Dach der Barclays PLC neben der Emittentin tätig sein, jedoch die Möglichkeit haben, Entscheidungen unabhängig von der Emittentin zu treffen.</p> <p><u>Vergleich mit dem United States Department of Justice ("DoJ") im Zusammenhang mit durch US-Hypotheken für Wohn- und Gewerbeimmobilien besicherte Wertpapiere (<i>Mortgage-Backed Securities</i>).</u></p> <p>Die Gruppe hat mit der DoJ am 29 March 2018 einen Vergleich geschlossen, um die Zivilklage, die von der DoJ im Dezember 2016 im Zusammenhang mit dem Kauf von durch US-Hypotheken für Wohn- und Gewerbeimmobilien besicherte Wertpapiere (<i>Mortgage-Backed Securities</i>) durch die Gruppe zwischen 2005 und 2007 eingereicht wurden, beizulegen.</p> <p>Die Gruppe hat sich zur Zahlung einer zivilrechtlichen Geldbuße in Höhe von USD 2.000 Millionen (GBP 1.420 Millionen) verpflichtet, die in dem ersten Quartal 2018 bilanzwirksam wird.</p> <p>Der Vergleich legt sämtliche aktuellen und potentielle Zivilklagen durch die DoJ im Zusammenhang mit Verbriefungen, Zeichnungen und Kauf von durch US-Hypotheken für Wohn- und Gewerbeimmobilien besicherte Wertpapiere (<i>Mortgage-Backed Securities</i>) der Gruppe in dem Zeitraum 2005 - 2007 bei.</p> |

III. In den Basisprospekten wird in der Zusammenfassung der Abschnitt B.15 "**Beschreibung der Haupttätigkeiten der Emittentin**" wie folgt ersetzt:

| | | |
|-------------|---|---|
| B.15 | Beschreibung der Haupttätigkeiten der Emittentin | Die Bankengruppe ist ein global tätiger Finanzdienstleister mit weitreichender internationaler Präsenz in Europa, den USA, Afrika und Asien, der in den Bereichen Geschäftskundengeschäft, Investmentbanking, Vermögensmanagement und Investmentmanagement tätig ist. |
|-------------|---|---|

IV. In den Basisprospekten wird in der "**Zusammenfassung**" der Abschnitt D.2 wie folgt ersetzt:

| | | |
|------------|---|---|
| D.2 | Zentrale Angaben zu den zentralen Risiken, die der | Die nachstehend beschriebenen Risiken sind die vom oberen Management identifizierten wesentlichen Risiken in Bezug auf die Gruppe. Im Zusammenhang mit der geplanten Durchführung |
|------------|---|---|

| | | |
|--|-------------------------------------|---|
| | <p>Emittentin eigen sind</p> | <p>der Absonderung bestimmter Geschäfte der Gruppe im Vereinigten Königreich im April 2018 wird die Emittentin im Wesentlichen die Vermögenswerte und das Geschäft der UK-Sparte von Barclays auf eine andere Tochtergesellschaft der Gruppe, die Barclays Bank UK PLC (die "UK Ring-fenced Bank") übertragen. Das obere Management geht davon aus, dass die wesentlichen Risiken der Bankengruppe nach dieser Übertragung in allen wesentlichen Punkten den Risiken der Gruppe entsprechen.</p> <p>Die Emittentin ordnet acht Risiken als "Hauptrisiken" ein: (1) das Kreditrisiko; (2) das Marktrisiko; (3) das Treasury- und Kapitalrisiko; (4) das Betriebliche Risiko; (5) das Modellrisiko; (6) das Verhaltensrisiko; (7) das Reputationsrisiko; und (8) das Rechtsrisiko (jeweils ein "Hauptrisiko"). Wesentliche Risiken der Gruppe und deren Auswirkung werden unten in den folgenden Abschnitten beschrieben: (i) wesentliche bestehende und entstehende Risiken, die sich auf mehr als ein Hauptrisiko auswirken können und (ii) wesentliche bestehende und entstehende Risiken, die sich auf einzelne Hauptrisiken auswirken können.</p> <p>(i) Wesentliche bestehende und entstehende Risiken, die sich auf mehr als ein Hauptrisiko auswirken können</p> <p>Geschäftsbedingungen, allgemeine Wirtschaftslage und geopolitische Lage:</p> <p>Die Gruppe bietet Privatkunden, institutionellen Kunden und staatlichen Kunden ein großes Leistungsspektrum in zahlreichen Ländern. Die Bandbreite dieser Tätigkeiten führt dazu, dass eine Verschlechterung des wirtschaftlichen Umfelds oder eine zunehmende politische Instabilität in Ländern, in denen die Gruppe tätig ist, oder in aus systemischer Sicht wichtigen Volkswirtschaften nachteilige Folgen für die Finanz- und Ertragslage und die Aussichten der Gruppe haben kann.</p> <p>Steigende Zinssätze haben einen negativen Einfluss auf Kreditbedingungen:</p> <p>Wenn Zentralbanken ihre Zinssätze insbesondere auf den Hauptmärkten der Gruppe - im Vereinigten Königreich und in den USA - anheben, könnte sich dies auf die Erschwinglichkeit von Krediten für Verbraucher und die Ertragskraft von Unternehmen auswirken. Während steigende Zinssätze sich auf die Ertragskraft der Gruppe positiv auswirken könnten, da die Erträge aus dem Privatkunden- und Unternehmenskundengeschäft aufgrund einer Verringerung der Marge zunehmen würden, können zukünftige Zinssteigerungen in unerwartet großen Schritten zu einer Belastung der Kreditportfolios und der Underwriting-Aktivitäten der Gruppe führen. Höhere Zahlungsausfälle, die zu einer erhöhten Wertminderung führen, würden vor allem unbesicherte Privatkundenportfolios und die Vergabe von Krediten an Großkunden ohne "Investment Grade" beeinflussen.</p> <p>Zinssätze, die schneller als erwartet steigen, könnten sich ebenfalls nachteilig auf den Wert der erstklassigen liquiden Aktiva auswirken, die Bestandteil der Anlagetätigkeit der Treasury-Funktion der Gruppe sind und somit über die zur</p> |
|--|-------------------------------------|---|

| | | |
|--|--|---|
| | | <p>Veräußerung gehaltenen Rücklagen der Gruppe eine höhere Volatilität erzeugen.</p> <p>Austrittsverfahren des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union ("EU"):</p> <p>Die nach der Entscheidung des Vereinigten Königreichs zum Austritt aus der EU im Jahre 2019 bestehende Unsicherheit und erhöhte Marktvolatilität wird wahrscheinlich so lange anhalten, bis die genaue Art der zukünftigen Handelsbeziehung mit der EU klar wird. Potenzielle Risiken, die mit einem Austritt aus der EU verbunden sind, beinhalten:</p> <ul style="list-style-type: none"> • höheres Marktpreisrisiko mit Auswirkungen auf den Wert von Handelsbuchpositionen; • das Potenzial einer Ausweitung des Kreditspreads für Institute im Vereinigten Königreich könnte zu einem geringeren Interesse der Anleger für die von der Gruppe ausgegebenen Schuldtitel führen, was sich negativ auf die Kosten von und/oder den Zugang zu Finanzierungen auswirken könnte; • Änderungen der langfristigen Prognose für Zinssätze im Vereinigten Königreich könnten auch die Pensionsverbindlichkeiten nach International Accounting Standard 19 und den Marktwert von Kapitalbeteiligungen zur Finanzierung dieser Verbindlichkeiten nachteilig beeinflussen; • ein höheres Risiko einer Rezession im Vereinigten Königreich mit geringerem Wachstum, höherer Arbeitslosigkeit und sinkenden Immobilienpreisen würde sich wahrscheinlich negativ auf eine Reihe von Portfolios der Gruppe auswirken; • Änderungen der aktuellen EU "Passporting"-Rechte würden wahrscheinlich Anpassungen des aktuellen Modells für grenzüberschreitende Bankgeschäfte der Gruppe erforderlich machen, was zu einer höheren operativen Komplexität und/oder zu höheren Kosten führen könnte; • die Fähigkeit qualifizierte und kompetente Mitarbeiter zu gewinnen und an sich zu binden kann von dem zukünftigen Vorgehen des Vereinigten Königreichs im Hinblick auf die EU-Freizügigkeit und Einwanderung aus EU-Ländern beeinflusst werden; und • der rechtliche Rahmen, in dem die Gruppe tätig ist, könnte sich ändern und ungewisser werden, wenn das Vereinigte Königreich Maßnahmen ergreift, um derzeit geltende Gesetze, die sich auf EU-Recht und –Regulierungen beziehen, abzuschaffen. <p>Regulatorische Änderungen und Auswirkung auf das Geschäftsmodell:</p> <p>Die Gruppe unterliegt weiterhin in hohem Maße fortlaufenden regulatorischen Änderungen und zunehmenden Kontrollen in vielen Ländern, in denen sie tätig ist (dies umfasst insbesondere</p> |
|--|--|---|

| | | |
|--|--|--|
| | | <p>das Vereinigte Königreich und die USA). Eine aufsichtsrechtliche Intensivierung und erhöhte Anforderungen in Verbindung mit Unsicherheiten (insbesondere angesichts der Entscheidung des Vereinigten Königreichs zum Austritt aus der EU) und dem möglichen Schwächen einer internationalen Koordination des Aufsichtsrechts zu einer Zeit in der erhöhte Aufsichtsrechtsstandards entwickelt und umgesetzt werden, kann die Geschäftstätigkeit, die Kapital- und die Risikomanagementstrategien der Gruppe nachteilig beeinflussen und/oder könnten in der Gruppe zu der Entscheidung führen, ihre Gesellschafts-, Kapital- und Finanzierungsstrukturen sowie die Zusammensetzung ihrer Geschäftsbereiche zu ändern oder sich aus bestimmten Geschäftsfeldern insgesamt zurückzuziehen oder ein Geschäftsfeld – trotz attraktiver Perspektiven - nicht weiter auszubauen.</p> <p>Bestimmte potenzielle Folgen einer Absonderung (Ring-fencing) von der Emittentin:</p> <p>In Zusammenhang mit der geplanten Umsetzung der Absonderung bestimmter Geschäfte der Gruppe in der ersten Hälfte von 2018 wird die Emittentin im Wesentlichen die Vermögenswerte und das Geschäft der Barclays UK-Sparte auf eine andere Tochtergesellschaft der Gruppe, die UK Ring-fenced Bank, übertragen. Das obere Management geht davon aus, dass die wesentlichen Risiken der Bankengruppe nach dieser Übertragung in allen wesentlichen Punkten den Risiken der Gruppe entsprechen. Das obere Management hat jedoch hinsichtlich der Risiken für die Bankengruppe verglichen mit den Risiken für die Gruppe bestimmte potenzielle Unterschiede festgestellt.</p> <p>Infolge der Übertragung der Vermögenswerte und Verbindlichkeiten der Barclays UK-Sparte von der Emittentin erhält die Bankengruppe eine geringere Diversifizierung als die Gruppe als Ganzes. Die Emittentin wird nicht zur Muttergesellschaft der UK Ring-fenced Bank und hat daher keinen Zugriff auf die Vermögenswerte der UK Ring-fenced Bank.</p> <p>Eine Durchführung der Absonderung kann sich negativ auf den Marktwert und/oder die Liquidität von Wertpapieren auswirken.</p> <p>(ii) Wesentliche bestehende und entstehende Risiken, die sich auf einzelne Hauptrisiken auswirken</p> <p>Kreditrisiko: Die Gruppe trifft das Risiko von Verlusten, die durch das Versäumnis von Verbrauchern, Kunden oder Vertragspartnern, einschließlich Staaten, entstehen, ihre Verpflichtungen umfassend zu erfüllen, insbesondere die vollständige und pünktliche Zahlung von Kapital, Zinsen, Sicherheiten und anderen Forderungen. Die Gruppe kann finanzielle Verluste erleiden, wenn Verbraucher, Kunden oder Vertragspartner ihre vertraglichen Verpflichtungen gegenüber der Gruppe nicht erfüllen können.</p> <p>Marktrisiko: Das Verlustrisiko, das sich aus potenziellen nachteiligen Änderungen im Wert der Vermögenswerte und Verbindlichkeiten des Unternehmens aus einer Fluktuation der Marktvariablen ergibt, umfasst unter anderem die Zinssätze, den Devisenkurs, die Aktienkurse, Rohstoffpreise, Kreditspreads, die</p> |
|--|--|--|

| | | |
|--|--|---|
| | | <p>impliziten Volatilitäten und Assetkorrelationen. Das Handelsgeschäft der Gruppe ist im Allgemeinen über einen längeren Zeitraum einer erhöhten Preisvolatilität der Aktiva ausgesetzt, insbesondere, wenn sie die Höhe der Marktliquidität nachteilig beeinflusst.</p> <p>Treasury- und Kapitalrisiko: Das Risiko, dass das Unternehmen (i) nicht in der Lage ist, seine vertraglichen Verpflichtungen oder Eventualverbindlichkeiten zu erfüllen oder es nicht über die ausreichende Höhe, Laufzeit und Zusammensetzung der Finanzausstattung oder Liquidität zur Erhaltung ihrer Vermögenswerte verfügt, (ii) nicht über Kapital in ausreichender Höhe oder Zusammensetzung zur Aufrechterhaltung seiner normalen Geschäftstätigkeit und zur Erfüllung seiner regulatorischen Kapitalanforderungen verfügt, oder (iii) infolge einer Diskrepanz zwischen den Zinssatzrisiken seiner Vermögenswerte und Verbindlichkeiten Schwankungen des Kapitals oder der Erträge ausgesetzt ist. Die Gruppe ist möglicherweise unter anderem aufgrund von folgenden Umständen nicht in der Lage, ihre Geschäftspläne zu verwirklichen: a) sie ist nicht in der Lage, angemessene Kapitalquoten aufrecht zu erhalten; b) sie ist nicht in der Lage, ihre Verbindlichkeiten bei Fälligkeit zu erfüllen; im Falle von c) Herabstufungen durch eine Ratingagentur; d) nachteiligen Veränderungen der Devisenkurse auf die Kapitalquoten; e) nachteiligen Entwicklungen des Pensionsfonds; und f) nicht handelsbezogenen Marktrisiken/Zinssatzrisiken im Bankenbuch.</p> <p>Betriebliches Risiko: Die Gruppe ist verschiedenen Arten von betrieblichen Risiken ausgesetzt. Diese beinhalten: (i) das Risiko Cyber-Angriffe angemessen zu handhaben und die Unternehmenssicherheit kontinuierlich weiterzuentwickeln und eine aktive Reaktionsfähigkeit auf Cyber-Sicherheit zu bieten, könnte zu höheren Verlusten infolge von Betrug, der Unfähigkeit, wichtige ökonomische Tätigkeiten durchzuführen, einem Schaden für die Kunden, einem potenziellen aufsichtsbehördlichen Verweis und einer Strafzahlung, einer gesetzlichen Haftung, einer Verringerung des Unternehmenswerts und Reputationsschäden führen; (ii) der Ausfall oder die Störung der Geschäftsabläufe der Gruppe, unabhängig davon, ob diese(r) durch Einflüsse auf Technologiesysteme, Immobiliendienstleistungen, Personalverfügbarkeit oder die Unterstützung wichtiger Lieferanten hervorgerufen wurde, was zu erheblichen Schäden für Kunden, Kosten für Entschädigungszahlungen an Kunden der Gruppe für deren Verluste, potenziellen aufsichtsrechtliche Verweisen oder Geldstrafen und einem Reputationsschaden führen könnte; (iii) soweit die Gruppe für die Bereitstellung vieler ihrer Dienstleistungen und die Entwicklung zukünftiger technologiegesteuerter Produktangebote von Zulieferern abhängt, besteht ein Risiko, dass Kundeninformationen oder wichtige Infrastrukturen nicht ausreichend geschützt sind, dass infolge eines Versäumnisses bei Zulieferern die Fähigkeit der Gruppe beeinflusst werden könnte, weiterhin Dienste anzubieten, die für die Gruppe wesentlich sind und dass Versäumnisse in der angemessenen Handhabung von ausgelagerten betrieblichen Risiken, das Potenzial gesteigerter Verluste, die Unfähigkeit, wichtige ökonomische Handlungen durchzuführen, einen Schaden für die Kunden, einer potenziellen aufsichtsrechtlichen Verwarnung und einer Strafzahlung, einer</p> |
|--|--|---|

| | | |
|--|--|---|
| | | <p>gesetzlichen Haftung und Schädigungen der Reputation nach sich ziehen; (iv) das Risiko wesentlicher Fehler in den betrieblichen Prozessen, einschließlich der Zahlungen, was einen Nachteil für die Kunden, Verbraucher oder Vertragspartner der Gruppe bedeuten und zu einer aufsichtsrechtlichen Verwarnung sowie Strafzahlungen, einer gesetzlichen Haftung, einer Schädigung der Reputation sowie einem finanziellen Verlust der Gruppe führen könnten; (v) das Risiko von Versäumnissen bei der Beobachtung des Risikopotenzials von neuen und neu entstehenden Technologien, die zu Nachteilen für Kunden, Verbrauchern oder Vertragspartnern der Gruppe und zu einer aufsichtsrechtlichen Verwarnung und Strafzahlungen, einer gesetzlichen Haftung, einer Schädigung der Reputation sowie einem finanziellen Verlust der Gruppe führen können; (vi) das Risiko betrügerischer oder anderer interner und externer kriminellen Aktivitäten, die zu substantiellen Verlusten sowie zu aufsichtsrechtlichen Verwarnungen, Geldstrafen und einem erheblichen Reputationsschaden führen können; (vii) das Risiko der Unfähigkeit, hinreichend qualifizierte Mitarbeiter einzustellen und zu halten, kann sich nachteilig auf das finanzielle Geschäftsergebnis, das Steuerungsumfeld und das Niveau des Mitarbeiterengagements der Gruppe auswirken sowie zur Entrechtung bestimmter Kundengruppen und zu einem Schaden der Kunden und der Reputation führen; (viii) das Risiko, dass die Gruppe gegen Steuergesetze und Handelsbräuche verstößt oder ihre Steuerangelegenheiten unangemessen verwaltet, kann zu Verlusten aufgrund zusätzlicher steuerlicher Belastungen, anderer finanzieller Kosten oder Reputationsschäden führen; (ix) das Risiko, dass aufgrund unrichtiger Gerichtsentscheidungen oder der Zugrundelegung unrichtiger Schätzungen oder Beurteilungen in Bezug auf den International Financial Reporting Standard, ein erheblicher finanzieller Verlust der Gruppe, der über dem Erwarteten oder Eingeplanten liegt, eintritt; (x) das Risiko von Versäumnissen durch unangemessenes Erhebung und Erhaltung von großen Datenmengen (einschließlich personenbezogener Daten, gewerblicher Schutzrechte und Finanzinformationen), über die die Gruppe verfügt und durch Versäumnisse bei Vertraulichkeitsverletzungen und Beeinträchtigungen ihrer Verfügbarkeit, die zu einem Datenverlust oder der Nichtverfügbarkeit von Daten und zu Problemen der Datensicherheit führen können, die eine aufsichtsrechtliche Verwarnung, eine gesetzlichen Haftung und einen Reputationsschaden nach sich ziehen können.</p> <p>Modellrisiko: Das Risiko möglicher, nachteiliger Folgen durch finanzielle Bewertungen oder Entscheidungen auf Basis unzutreffender oder falsch verwendeter Modellergebnisse und Berichte. Modelle sind aufgrund ihrer Beschaffenheit unvollkommene und unvollständige Darstellungen der Wirklichkeit, da sie auf Annahmen und Vorgaben beruhen, und Fehler aufweisen können, welche die Zuverlässigkeit ihrer Ergebnisse beeinträchtigen. Modelle können zudem falsch verwendet werden. Modellfehler oder die falsche Verwendung können in der Gruppe dazu führen, dass ungünstige Geschäftsentscheidungen getroffen werden und die Gruppe einem finanziellen Verlust, einem aufsichtsrechtlichen Risiko, dem Risiko eines Reputationsschadens und/oder einer unzureichenden Kapitalberichterstattung unterliegt.</p> |
|--|--|---|

| | | |
|--|--|---|
| | | <p>Verhaltensrisiko: Aufgrund der unzulänglichen Erbringung von Finanzdienstleistungen, einschließlich der Fälle eines vorsätzlichen oder fahrlässigen Fehlverhaltens, besteht das Risiko von Nachteilen für Verbraucher, Kunden, die Marktintegrität, den Wettbewerb oder die Gruppe. Eine wirkungslose Produktkontrolle (<i>produkt governance</i>) könnte zu schlechten Kundenergebnissen sowie zu aufsichtsrechtlichen Sanktionen, finanziellen Verlusten und einem Reputationsschaden führen. Wenn die Gruppe es versäumt, das Risiko wirksam einzudämmen, dass ihre Mitarbeiter oder Dritte Finanzkriminalität (Geldwäsche, Terrorismusfinanzierung, Bestechung, Korruption und Sanktionsumgehung) ermöglichen oder ihre Produkte und Dienstleistungen zur Ermöglichung von Finanzkriminalität eingesetzt werden, kann dies einen nachteiligen Einfluss auf sie haben. Ein unzureichender Schutz personenbezogener Daten kann zu möglichen Nachteilen für die Verbraucher und Kunden der Gruppe, einer Schädigung der Reputation der Gruppe, aufsichtsbehördlichen Sanktionen und zu einem finanziellen Verlust führen, was im Rahmen der neuen EU-Datenschutzrichtlinie einen erheblichen Umfang annehmen kann. Die Nichterfüllung dieser Anforderungen und Erwartungen der britischen Wohlverhaltensregeln für Führungskräfte (<i>UK Senior Managers Regime, Certification Regime and Conduct Rules</i>) kann zu aufsichtsbehördlichen Sanktionen, sowohl für einzelne Personen als auch für die Gruppe führen.</p> <p>Reputationsrisiko: Das Risiko, dass eine Handlung, ein Geschäftsabschluss, eine Anlage oder ein Ereignis das Vertrauen in die Integrität und Fähigkeit der Gruppe seitens der Kunden, Vertragspartner, Anleger, Aufsichtsbehörden, Mitarbeiter oder der Öffentlichkeit mindert.</p> <p>Rechtsrisiken und rechtliche, wettbewerbsrechtliche und aufsichtsrechtliche Angelegenheiten: Es besteht das Risiko eines Verlustes oder der Auferlegung von Geldstrafen, Schadensersatz oder Geldbußen aufgrund eines Versäumnisses der Gruppe, seinen gesetzlichen Pflichten, einschließlich regulatorischer oder vertraglicher Anforderungen, nachzukommen. Rechtsstreitigkeiten, aufsichtsrechtliche Ermittlungen, Geldstrafen und andere Sanktionen im Zusammenhang mit Geschäftsgebaren und Verletzungen von Gesetzen und Vorschriften können sich nachteilig auf das Ergebnis, die Reputation und die Fähigkeit zur Führung der Geschäfte der Gruppe auswirken. Rechtsstreitigkeiten können infolge von Rechtsrisiken oder aufgrund von vergangenen oder zukünftigen Maßnahmen, Verhaltensweisen und Geschäftsentscheidungen infolge von anderen Hauptrisiken entstehen.</p> |
|--|--|---|

- V. In den Basisprospekten wird in der "Summary" jeweils der Abschnitt B.8 "Selected key pro forma financial information" nach dem Abschnitt B.5 "Description of group and Issuer's position within the group" wie folgt ersetzt:

| | | |
|------------|---|--|
| B.8 | Selected key pro forma financial information | Based on the unaudited pro forma condensed consolidated financial information of the Bank Group as at and for the year ended 31 December 2017 (the " Pro Forma Financial Information "), the Bank Group had total assets of £897,869 million, total net loans and advances of £213,800 million, total |
|------------|---|--|

| | |
|--|---|
| | <p>deposits of £280,728 million, and total equity of £49,847 million. The profit before tax of the Bank Group for the year ended 31 December 2017 was £1,878 million after credit impairment charges and other provisions of £1,553 million. The financial information in this paragraph is extracted from the Pro Forma Financial Information.</p> <p>The Pro Forma Financial Information addresses a hypothetical situation and does not, therefore, represent the Bank Group's actual financial position or results.</p> |
|--|---|

- VI. In den Basisprospekten werden in der "Summary" jeweils die Abschnitte B.12 "Selected historical key financial information" und B.13 "Recent events materially relevant to the evaluation of Issuer's solvency" wie folgt ersetzt:

| B.12 | Selected historical key financial information; | <p>Selected financial information of the Issuer for the years ended 31 December 2017 and 31 December 2016</p> <p>The following financial information is extracted from the audited consolidated financial statements of the Issuer for the year ended 31 December 2017 and 31 December 2016, respectively:</p> <table border="1"> <thead> <tr> <th></th> <th>As at 31.12.2017 GBP Mio.</th> <th>As at 31.12.2016 GBP Mio.</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>Total Assets</td> <td>1,129,343</td> <td>1,213,955</td> </tr> <tr> <td>Loans and advances to banks</td> <td>36,209</td> <td>43,634</td> </tr> <tr> <td>Loans and advances to customers</td> <td>365,553</td> <td>392,783</td> </tr> <tr> <td>Deposits from banks</td> <td>37,906</td> <td>48,214</td> </tr> <tr> <td>Customer accounts</td> <td>429,426</td> <td>424,703</td> </tr> <tr> <td>Total equity</td> <td>65,734</td> <td>70,955</td> </tr> <tr> <td>Non-controlling interests</td> <td>1</td> <td>3,522</td> </tr> <tr> <th></th> <th>Year ended 31.12.2017 GBP Mio.</th> <th>Year ended 31.12.2016 GBP Mio.</th> </tr> <tr> <td>Profit before tax from continuing operations</td> <td>3,166</td> <td>4,383</td> </tr> <tr> <td>Credit impairment charges and other provisions</td> <td>(2,336)</td> <td>(2,373)</td> </tr> </tbody> </table> | | As at 31.12.2017 GBP Mio. | As at 31.12.2016 GBP Mio. | Total Assets | 1,129,343 | 1,213,955 | Loans and advances to banks | 36,209 | 43,634 | Loans and advances to customers | 365,553 | 392,783 | Deposits from banks | 37,906 | 48,214 | Customer accounts | 429,426 | 424,703 | Total equity | 65,734 | 70,955 | Non-controlling interests | 1 | 3,522 | | Year ended 31.12.2017 GBP Mio. | Year ended 31.12.2016 GBP Mio. | Profit before tax from continuing operations | 3,166 | 4,383 | Credit impairment charges and other provisions | (2,336) | (2,373) |
|--|---|---|--|---------------------------------|---------------------------------|--------------|-----------|-----------|-----------------------------|--------|--------|---------------------------------|---------|---------|---------------------|--------|--------|-------------------|---------|---------|--------------|--------|--------|---------------------------|---|-------|--|--------------------------------------|--------------------------------------|--|-------|-------|--|---------|---------|
| | As at 31.12.2017 GBP Mio. | As at 31.12.2016 GBP Mio. | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| Total Assets | 1,129,343 | 1,213,955 | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| Loans and advances to banks | 36,209 | 43,634 | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| Loans and advances to customers | 365,553 | 392,783 | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| Deposits from banks | 37,906 | 48,214 | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| Customer accounts | 429,426 | 424,703 | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| Total equity | 65,734 | 70,955 | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| Non-controlling interests | 1 | 3,522 | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| | Year ended 31.12.2017 GBP Mio. | Year ended 31.12.2016 GBP Mio. | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| Profit before tax from continuing operations | 3,166 | 4,383 | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| Credit impairment charges and other provisions | (2,336) | (2,373) | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| | No material adverse change in the prospects of the Issuer; | Not applicable. There has been no material adverse change in the prospects of the Issuer since 31 December 2017, the date of its | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |

| | | |
|-------------|---|--|
| | | last published audited financial statements. |
| | No significant change in the financial or trading position of the Group | Not applicable. There has been no significant change in the financial or trading position of the Group since 31 December 2017. |
| B.13 | Recent events materially relevant to the evaluation of Issuer's solvency | <p><u>Ring-Fencing Transfer Scheme</u></p> <p>On 9 March 2018 the Group was granted approval from the Prudential Regulation Authority and the High Court of Justice of England and Wales to implement the "ring-fencing" of its day-to-day banking services of the Group using a legal process called a Ring-Fencing Transfer Scheme (the "Scheme") under Part VII of the Financial Services and Markets Act 2000.</p> <p>The Group has implemented the Scheme and established the ring-fenced bank, Barclays Bank UK PLC on 1 April 2018. This entity will operate alongside, but have the ability to take decisions independently from, the Issuer as part of the Group under Barclays PLC.</p> <p><u>Settlement with the United States Department of Justice ("DoJ") in relation to residential mortgage-backed securities</u></p> <p>The Group has reached a settlement with the DoJ to resolve the civil complaint brought by the DoJ in December 2016 relating to residential mortgage-backed securities sold by the Group between 2005 and 2007.</p> <p>The Group has agreed to pay a civil monetary penalty of \$2,000 million (£1,420 million), which will be recognized in the first quarter of 2018.</p> <p>The settlement resolves all actual and potential civil claims by the DoJ relating to Group's securitisation, underwriting and sale of mortgage-backed securities in the period 2005-2007.</p> |

VII. In den Basisprospekten wird in der "**Summary**" der Abschnitte B.15 "**Description of Issuer's principal activities**" wie folgt ersetzt:

| | | |
|-------------|---|---|
| B.15 | Description of Issuer's principal activities | The Bank Group is a global consumer and wholesale bank offering products and services across personal, corporate and investment banking and wealth management, with a strong presence in the UK and the US. |
|-------------|---|---|

VIII. In dem Basisprospekten wird jeweils in der "**Summary**" der Abschnitt D.2 wie folgt ersetzt:

| | | |
|-------------------|--|--|
| <p>D.2</p> | <p>Key information on the key risks that are specific to the Issuer</p> | <p>The risks described below are material risks that senior management has identified with respect to the Group. In connection with the planned implementation in the first half of 2018 of ring-fencing certain of the Group's UK businesses, the Issuer will transfer what are materially the assets and business of the Barclays UK division to another subsidiary of the Group, Barclays Bank UK PLC (the "UK Ring-fenced Bank"). Senior management expects that upon this transfer the material risks with respect to the Bank Group will be the same in all material respects as those risks with respect to the Group.</p> <p>The Issuer classifies eight risks as "Principal Risks": (1) Credit Risk; (2) Market Risk; (3) Treasury and Capital Risk; (4) Operational Risk; (5) Model Risk; (6) Conduct Risk; (7) Reputation Risk; and (8) Legal Risk (each a "Principal Risk"). Material risks to the Group and their impact are described below in the sections (i) material existing and emerging risks potentially impacting more than one Principal Risk and (ii) material existing and emerging risks impacting individual Principal Risks.</p> <p>(i) Material existing and emerging risks potentially impacting more than one Principal Risk</p> <p>Business conditions, general economy and geopolitical issues</p> <p>The Group offers a broad range of services, including to retail, institutional and government customers, in a large number of countries. The breadth of these operations means that deterioration in the economic environment, or an increase in political instability in countries where the Group is active, or in any systemically important economy, could adversely affect the Group's operating performance, financial condition and prospects.</p> <p>Interest rate rises adversely impacting credit conditions</p> <p>To the extent that central banks increase interest rates particularly in the Group's main markets, in the UK and the US, there could be an impact on consumer debt affordability and corporate profitability. While interest rate rises could positively impact the Group's profitability, as retail and corporate business income may increase due to margin de-compression, future interest rate increases, if larger or more frequent than expectations, could cause stress in the loan portfolio and underwriting activity of the Group. Higher credit losses driving an increased impairment allowance would most notably impact retail unsecured portfolios and wholesale non- investment grade lending.</p> <p>Interest rates rising faster than expected could also have an adverse impact on the value of high quality liquid assets which are part of the Group Treasury function's investment activity that could consequently create more volatility through the Group's available for sale reserves than expected.</p> <p>Process of UK withdrawal from the European Union ("EU")</p> <p>The uncertainty and increased market volatility following the</p> |
|-------------------|--|--|

| | | |
|--|--|--|
| | | <p>UK's decision to leave the EU in 2019 is likely to continue until the exact nature of the future trading relationship with the EU becomes clear. The potential risks associated with an exit from the EU include:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Increased market risk with the impact on the value of trading book positions; • Potential for credit spread widening for UK institutions which could lead to reduced investor appetite for the Group's debt securities, which could negatively impact the cost of and/or access to funding; • Changes in the long-term outlook for UK interest rates which may adversely affect International Accounting Standards 19 pension liabilities and the market value of equity investments funding those liabilities; • Increased risk of a UK recession with lower growth, higher unemployment and falling UK house prices. This would negatively impact a number of the Group's portfolios; • Changes to current EU "Passporting" rights which will likely require adjustments to the current model for the Group's cross-border banking operation which could increase operational complexity and/or costs; • The ability to attract, or prevent the departure of, qualified and skilled employees may be impacted by the UK's future approach to the EU freedom of movement and immigration from the EU countries; and • The legal framework within which the Group operates could change and become more uncertain as the UK takes steps to replace or repeal certain laws currently in force, which are based on EU legislation and regulation. <p>Regulatory change agenda and impact on business model</p> <p>The Group remains subject to ongoing significant levels of regulatory change and scrutiny in many of the countries in which it operates (including, in particular, the UK and the US). A more intensive regulatory approach and enhanced requirements together with the uncertainty (particularly in light of the UK's decision to withdraw from the EU) and potential lack of international regulatory coordination as enhanced supervisory standards are developed and implemented may adversely affect the Group's business, capital and risk management strategies and/or may result in the Group deciding to modify its legal entity structure, capital and funding structures and business mix, or to exit certain business activities altogether or not to expand in areas despite otherwise attractive potential.</p> <p>Certain potential consequences of ring-fencing to the Issuer</p> <p>In connection with the planned implementation in the first half of 2018 of ring-fencing certain of the Group's businesses, the Issuer will transfer what are materially the assets and business of the Barclays UK division to another subsidiary of the Group, the UK Ring-fenced Bank. Senior management expects that upon</p> |
|--|--|--|

| | | |
|--|--|--|
| | | <p>this transfer, the material risks with respect to the Bank Group will be the same in all material respects as those risks with respect to the Group. However, senior management has identified certain potential differences in risks with respect to the Bank Group as compared to risks to the Group.</p> <p>The transfer of the assets and liabilities of the Barclays UK division from the Issuer will mean that the Bank Group will be less diversified than the Group as a whole. The Issuer will not be the parent of the UK Ring-fenced Bank and thus will not have recourse to the assets of the UK Ring-fenced Bank.</p> <p>The implementation of ring-fencing may adversely affect the market value and/or liquidity of the Securities.</p> <p>(ii) Material existing and emerging risks impacting individual Principal Risks</p> <p>Credit risk: The risk of loss to the Group from the failure of clients, customers or counterparties, including sovereigns, to fully honour their obligations to the Group, including the whole and timely payment of principal, interest, collateral and other receivables. The Group may suffer financial loss if any of its customers, clients or counterparties fails to fulfil their contractual obligations to the Group.</p> <p>Market risk: The risk of a loss arising from potential adverse changes in the value of the Group's assets and liabilities from fluctuation in market variables including, but not limited to, interest rates, foreign exchange, equity prices, commodity prices, credit spreads, implied volatilities and asset correlations. The Group's trading business is generally exposed to a prolonged period of elevated asset price volatility, particularly if it negatively affects the depth of marketplace liquidity.</p> <p>Treasury and capital risk: The risk that the Group (i) is unable to meet its contractual or contingent obligations or that it does not have the appropriate amount, tenor and composition of funding and liquidity to support its assets, (ii) has an insufficient level or composition of capital to support its normal business activities and to meet its regulatory capital requirements, or (iii) is exposed to capital or income volatility because of a mismatch between the interest rate exposures of its assets and liabilities. The Group may not be able to achieve its business plans due to, among other things: a) being unable to maintain appropriate capital ratios; b) being unable to meet its obligations as they fall due; c) rating agency downgrades; d) adverse changes in foreign exchange rates on capital ratios; e) adverse movements in the pension fund; and f) non-traded market risk/interest rate risk in the banking book.</p> <p>Operational risk: The Group is exposed to many types of operational risk. These include: (i) the risk of failing to adequately manage the threat of cyber attacks and to continually evolve enterprise security and provide an active cyber security response capability could result in increased fraud losses, inability to perform critical economic functions, customer detriment, potential regulatory censure and penalty, legal liability, reduction in shareholder value and reputational damage; (ii) the risk of loss of or disruption to the Group's business processing, whether arising through impacts on technology</p> |
|--|--|--|

| | | |
|--|--|--|
| | | <p>systems, real estate services, personnel availability or the support of major suppliers, and which may result in significant customer detriment, cost to reimburse losses incurred by the Group's customers, potential regulatory censure or penalty, and reputational damage; (iii) to the extent that the Group depends on suppliers for the provision of many of its services and the development of future technology driven product propositions, there is a risk that client information or critical infrastructures is not adequately protected, the potential for a negative impact on the Group's ability to continue to provide services that are material to the Group following a failure by any such supplier and the potential for increased losses, inability to perform critical economic functions, customer detriment, potential regulatory censure and penalty, legal liability and reputational damages upon a failure to adequately manage outsourcing risk; (iv) the risk of material errors in operational processes, including payments, which could disadvantage the Group's customers, clients or counterparties and could result in regulatory censure and penalties, legal liability, reputational damage and financial loss by the Group; (v) the risk of a failure to closely monitor risk exposure to new and emergent technology, which could lead to customer detriment, loss of business, regulatory censure, missed business opportunity and reputational damage; (vi) the risk of fraudulent and other internal and external criminal activities, which could result in high profile material losses together with regulatory censure, penalties and significant reputational damage; (vii) the risk of the inability to hire and retain appropriately qualified employees, which could negatively impact the Group's financial performance, control environment and level of employee engagement as well as the disenfranchisement of certain customer groups, customer detriment and reputational damage; (viii) the risk that the Group failing to comply with tax laws and practices or managing its tax affairs in an appropriate manner, which could lead to losses due to additional tax charges, other financial costs or reputational damage; (ix) the risk that of incorrect judgements being exercised, or incorrect estimates or assumptions being used, in relation to International Financial Reporting Standards, which could result in significant loss to the Group, beyond what was anticipated or provided for; and (x) the risk of failing to accurately collect and maintain the large volumes of data (including personally identifiable information, intellectual property, and financial data) that the Group holds and to protect it from breaches of confidentiality and interference with its availability, which could lead to loss or unavailability of data and data integrity issues and could result in regulatory censure, legal liability and reputational damage.</p> <p>Model risk: The risk of the potential adverse consequences from financial assessments or decisions based on incorrect or misused model outputs and reports. Models are, by their nature, imperfect and incomplete representations of reality because they rely on assumptions and inputs, and so they may be subject to errors affecting the accuracy of their outputs. Models may also be misused. Model errors or misuse may result in the Group making inappropriate business decisions and being subject to financial loss, regulatory risk, reputational risk and/or inadequate capital reporting.</p> <p>Conduct risk: The risk of detriment to customers, clients,</p> |
|--|--|--|

| | | |
|--|--|---|
| | | <p>market integrity, competition or the Group from the inappropriate supply of financial services, including instances of wilful or negligent misconduct. Ineffective product governance, could lead to poor customer outcomes, as well as regulatory sanctions, financial loss and reputational damage. The Group may be adversely affected if it fails to effectively mitigate the risk that its employees or third parties facilitate, or that its products and services are used to facilitate financial crime (money laundering, terrorist financing, bribery and corruption and sanctions evasion). Failure to protect personal data can lead to potential detriment to the Group's customers and clients, reputational damage, regulatory sanctions and financial loss, which under the new EU Data Protection Regulation may be substantial. Failure to meet the requirements and expectations of the UK Senior Managers Regime, Certification Regime and Conduct Rules may lead to regulatory sanctions, both for the individuals and the Group.</p> <p>Reputation risk: The risk that an action, transaction, investment or event will reduce trust in the Group's integrity and competence by clients, counterparties, investors, regulators, employees or the public.</p> <p>Legal risk and legal, competition and regulatory matters: The risk of loss or imposition of penalties, damages or fines from the failure of the Group to meet its legal obligations including regulatory or contractual requirements. Legal disputes, regulatory investigations, fines and other sanctions relating to conduct of business and breaches of legislation and/or regulations may negatively affect the Group's results, reputation and ability to conduct its business. Legal outcomes can arise as a consequence of legal risk or because of past and future actions, behaviours and business decisions as a result of other Principal Risks."</p> |
|--|--|---|

- IX. In den Basisprospekten wird jeweils im Abschnitt "**RISIKOFAKTOREN**" in dem Unterabschnitt "**FAKTOREN, DIE AUSWIRKUNGEN AUF DIE FÄHIGKEIT DER EMITTENTIN ZUR ERFÜLLUNG IHRER VERPFLICHTUNGEN UNTER DEN WERTPAPIEREN HABEN KÖNNEN**" der Risikofaktor "**1.2 Hauptrisiken in Bezug auf die Emittentin**" wie folgt ersetzt:

1.2 Hauptrisiken in Bezug auf die Emittentin

Wesentliche Risiken sind Risiken, denen das obere Management besondere Aufmerksamkeit widmet und die dazu führen könnten, dass die Strategie, Ertragslage, Finanzlage und/oder Aussichten der Gruppe wesentlich von den aktuellen Erwartungen abweichen. Entstehende Risiken sind Risiken, deren Bestandteile weitgehend unbekannt sind und deren Auswirkungen sich erst über einen längeren Zeitraum herausstellen könnten. Diese könnten zum jetzigen Zeitpunkt als unwesentlich eingeordnet werden, sich jedoch im Laufe der Zeit einzeln oder zusammen auf die Strategie der Gruppe auswirken und dieselben Auswirkungen hervorrufen, wie die oben aufgeführten wesentlichen Risiken. Darüber hinaus könnten sich bestimmte Umstände außerhalb der Kontrolle der Gruppe in ähnlicher Weise - obwohl diese im Folgenden nicht näher ausgeführt sind - auf die Gruppe auswirken, insbesondere eine Eskalation von Terrorismus oder globalen Konflikten, Naturkatastrophen und ähnliche Unglücke.

Die nachstehend beschriebenen Risiken sind die vom oberen Management identifizierten wesentlichen Risiken in Bezug auf die Gruppe. In Zusammenhang mit der geplanten Durchführung der Absonderung bestimmter Geschäfte der Gruppe im Vereinigten Königreich im April 2018 wird die Emittentin im Wesentlichen die Vermögenswerte und das Geschäft der UK-Sparte von Barclays auf eine andere Tochtergesellschaft der Gruppe, die Barclays Bank UK PLC (die "**UK Ring-fenced Bank**") übertragen. Das obere Management geht davon aus, dass die wesentlichen Risiken der Bankengruppe nach dieser

Übertragung in allen wesentlichen Punkten den Risiken der Gruppe entsprechen. Weitere Informationen über bestimmte Risiken, die das obere Management in Bezug auf die Bankengruppe identifiziert hat, finden Anleger unter "5. Bestimmte potenzielle Folgen einer Absonderung (Ring-fencing) von der Emittentin".

Wesentliche bestehende und entstehende Risiken, die sich auf mehr als ein Hauptrisiko auswirken können

1. Geschäftsbedingungen, allgemeine Wirtschaftslage und geopolitische Lage

Die Gruppe bietet Privatkunden, institutionellen Kunden und staatlichen Kunden ein großes Leistungsspektrum in zahlreichen Ländern. Die Bandbreite dieser Tätigkeiten führt dazu, dass eine Verschlechterung des wirtschaftlichen Umfelds oder eine zunehmende politische Instabilität in Ländern, in denen die Gruppe tätig ist, oder in aus systemischer Sicht wichtigen Volkswirtschaften nachteilige Folgen für die Finanz- und Ertragslage und die Aussichten der Gruppe haben kann.

Obwohl sich die Konjunktur 2017 weltweit weiter festigte, könnte eine Änderung der globalen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und die Umkehr der positiven Entwicklung zu einer geringeren Kundenaktivität der Gruppe und/oder zu einem Anstieg der Ausfallquoten, Rückstände, Abschreibungen und Wertberichtigungen der Gruppe führen, was sich im Gegenzug negativ auf das Ergebnis und die Aussichten der Gruppe auswirken könnte.

In vielen Ländern haben die Umkehrung von Kapitalzuflüssen und fiskalische Sparmaßnahmen bereits zu einer Verschlechterung der politischen Stabilität geführt. Dies könnte durch eine erneute Zunahme der Preisvolatilität von Vermögenswerten oder nachhaltigen Druck auf die Staatsfinanzen noch verschärft werden. Desgleichen sind die geopolitischen Spannungen in einigen Regionen der Welt, darunter auch auf der koreanischen Halbinsel, im Nahen Osten und in Osteuropa, bereits spürbar und es droht eine weitere Verschärfung, was die Unsicherheit der Märkte und die negative Wirtschaftslage und negativen Marktbedingungen weltweit erhöhen könnte.

In den USA besteht Unsicherheit hinsichtlich des Grundsatzprogramms der Regierung, die 2017 ihr Amt antrat. Es ist möglich, dass es zu bedeutsamen politischen Veränderungen in Bereichen wie - unter anderem - dem Handel, dem Gesundheitswesen und im Bereich der Rohstoffe kommt, welche Auswirkung auf damit verbundene Portfolios der Gruppe haben könnten. Ein bedeutender Anteil des Portfolios der Gruppe befindet sich in den Vereinigten Staaten. Darin enthalten sind auch ein wichtiges Kreditkartenportfolio sowie vielfältige Kreditengagements im Unternehmens- und Investmentbanking. Gerät die Wirtschaft der Vereinigten Staaten in eine angespannte Lage, schwächt sich das Bruttoinlandsprodukt ab, steigt die Arbeitslosigkeit unerwartet und/oder kommt es zu einer unerwarteten Anhebung der Zinssätze, könnte dies zu erhöhten Wertminderungen führen.

Die meisten großen Zentralbanken haben bereits signalisiert, dass sie von einer Verschärfung der bisherigen gelockerten Geldpolitik ausgehen. Sollten die Wege hin zu einer "Normalisierung" der Geldpolitik zwischen einzelnen Ländern erheblich voneinander abweichen, könnten sich zwischenstaatliche Kapitalflüsse erheblich verändern und Druck auf Segmente mit beträchtlichen Fremdwährungsverbindlichkeiten, insbesondere auf Schwellenmärkten, ausüben. Darüber hinaus könnten Unterschiede in der Geldpolitik der großen entwickelten Volkswirtschaften weitere Schwankungen der Finanzmärkte hervorrufen (siehe auch "2. Steigende Zinssätze haben einen negativen Einfluss auf Kreditbedingungen" unten).

Im Vereinigten Königreich hat die Abstimmung zugunsten des Austritts aus der EU (siehe "3. Austrittsverfahren des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union" unten) politische Ungewissheit mit den damit verbundenen Folgen für das Anleger- und Marktvertrauen hervorgerufen. Die erste Auswirkung war eine Abwertung des Pfund Sterling, die zu höheren Kosten bei importierenden Unternehmen führte und ein vorteilhafteres Klima für Exporteure schaffte. Steigende Kosten im Inland, ausgelöst durch höhere Importpreise, können die Kaufkraft und so die Finanzierbarkeit von Verbraucherkrediten und Hypotheken beeinflussen. Dies wiederum könnte sich auf Unternehmen auswirken, deren Umsatz von

Verbrauchern abhängt. Des Weiteren haben sich die Aktivitäten sowohl auf dem Gewerbe- als auch Wohnimmobilienmarkt abgeschwächt, was sich unter Umständen auf den Wert der Immobilien auswirken und die den Hypotheken zugrunde liegenden Vermögenswerte negativ beeinflussen kann.

Die Stimmung gegenüber Schwellenmärkten insgesamt hängt größtenteils von den Entwicklungen in China ab. Dort bestehen Bedenken hinsichtlich der Fähigkeit der Behörden, den Wachstumskurs von der verarbeitenden Industrie auf den Dienstleistungssektor auszudehnen. Obwohl die Bemühungen der chinesischen Regierung zur nachhaltigen Steigerung des Nachfragevolumens im Inland einigen Erfolg gezeigt haben, liefert die Geschwindigkeit des Kreditwachstums angesichts des hohen Fremdkapitalanteils trotz regulatorischer Maßnahmen weiter Grund zur Sorge. Dies könnte eine stärker als erwartete Abschwächung zur Folge haben, falls die Behörden nicht in der Lage sind, das Ende des Investment- und Kreditfinanzierungsbooms in angemessener Weise zu steuern.

Eine Verschlechterung der Schwellenmärkte könnte sich auf die Gruppe auswirken, wenn dies zu höheren Wertberichtigungen der Gruppe infolge von Zahlungsausfällen von Staaten oder Vertragspartnern führt. Eine Verschlechterung der Bedingungen in den wichtigsten Märkten, in denen die Gruppe tätig ist, könnte das Ergebnis im Allgemeinen auf zahlreiche Arten beeinträchtigen, einschließlich u.a. (i) der Verschlechterung des Vertrauens des Unternehmenssektors, von Verbrauchern oder Anlegern, was zur Verringerung der Kundenaktivität, einschließlich der Nachfrage nach Krediten von kreditwürdigen Kunden, oder mittelbar zu einer wesentlich nachteiligen Auswirkung auf das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (BIP) in bedeutenden Märkten und damit auf den Erfolg der Gruppe führt; (ii) höhere Zahlungsausfallquoten und Wertminderungen; (iii) Marktwert-Verluste in Handelsportfolios, die sich aus Veränderungen von Faktoren wie beispielsweise den Bonitätsbewertungen ("**Ratings**"), den Aktienkursen und der Solvenz der Vertragspartner ergeben; (iv) eingeschränkte Möglichkeiten, sich für die Geschäfte der Gruppe Kapital von anderen Finanzinstituten zu beschaffen; und (v) insgesamt geringere Aktivitäten bei Anlageneinvestitionen und Abnahme des Produktivitätswachstums.

2. Steigende Zinssätze haben einen negativen Einfluss auf Kreditbedingungen

Wenn Zentralbanken ihre Zinssätze insbesondere auf den Hauptmärkten der Gruppe - im Vereinigten Königreich und in den USA - anheben, könnte sich dies auf die Erschwinglichkeit von Krediten für Verbraucher und die Ertragskraft von Unternehmen auswirken. Während steigende Zinssätze sich auf die Ertragskraft der Gruppe positiv auswirken könnten, da die Erträge aus dem Privatkunden- und Unternehmenskundengeschäft aufgrund einer Verringerung der Marge zunehmen würden, können zukünftige Zinssteigerungen in unerwartet großen Schritten zu einer Belastung der Kreditportfolios und der Underwriting-Aktivitäten der Gruppe führen. Höhere Zahlungsausfälle, die zu einer erhöhten Wertminderung führen, würden vor allem unbesicherte Privatkundenportfolios und die Vergabe von Krediten an Großkunden ohne "Investment Grade" beeinflussen.

Zinssätze, die schneller als erwartet steigen, könnten sich ebenfalls nachteilig auf den Wert der erstklassigen liquiden Aktiva auswirken, die Bestandteil der Anlagetätigkeit der Treasury-Funktion der Gruppe sind und somit über die zur Veräußerung gehaltenen Rücklagen der Gruppe eine höhere Volatilität erzeugen.

3. Austrittsverfahren des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union ("EU")

Die nach der Entscheidung des Vereinigten Königreichs zum Austritt aus der EU im Jahre 2019 bestehende Unsicherheit und erhöhte Marktvolatilität wird wahrscheinlich anhalten, bis die genaue Art der zukünftigen Handelsbeziehung mit der EU feststeht. Potenzielle Risiken, die mit einem Austritt aus der EU verbunden sind, beinhalten:

- Es wird davon ausgegangen, dass ein höheres Marktpreisrisiko mit Auswirkungen auf den Wert von Handelsbuchpositionen, hauptsächlich bei Barclays International, im Wesentlichen durch Währungs- und Zinsvolatilität hervorgerufen wird.

- Das Potenzial einer Ausweitung des Kreditspreads für Institute im Vereinigten Königreich könnte zu einem geringeren Interesse der Anleger für die von der Gruppe ausgegebenen Schuldtitel führen, was sich negativ auf die Kosten von und/oder den Zugang zu Finanzierungen auswirken könnte. Die Möglichkeit einer anhaltenden Markt- und Zinsvolatilität könnte das zugrunde liegende Risiko von Zinssatzänderungen und möglicherweise den Wert der Vermögenswerte im Bankenbuch sowie der von der Gruppe zu Liquiditätszwecken gehaltenen Wertpapiere beeinflussen.
- Änderungen der langfristigen Prognose für Zinssätze im Vereinigten Königreich könnten auch die Pensionsverbindlichkeiten nach International Accounting Standard (IAS) 19 und den Marktwert von Kapitalbeteiligungen zur Finanzierung dieser Verbindlichkeiten nachteilig beeinflussen.
- Ein höheres Risiko einer Rezession im Vereinigten Königreich mit geringerem Wachstum, höherer Arbeitslosigkeit und sinkenden Immobilienpreisen würde sich wahrscheinlich negativ auf eine Reihe von Portfolios der Gruppe, insbesondere bei Barclays UK, und zwar insbesondere auf LTV (Loan-to-Value) Hypotheken sowie unbesicherte Kreditgeschäfte im Vereinigten Königreich einschließlich Kreditkarten und gewerbliche Immobilienbeteiligungen auswirken.
- Änderungen der aktuellen EU "Passporting"-Rechte werden wahrscheinlich Anpassungen des aktuellen Modells für grenzüberschreitende Bankgeschäfte der Gruppe erforderlich machen, was zu einer höheren operativen Komplexität und/oder zu höheren Kosten führen könnte.
- Die Fähigkeit qualifizierte und kompetente Mitarbeiter zu gewinnen und an sich zu binden kann von dem zukünftigen Vorgehen des Vereinigten Königreichs im Hinblick auf die EU-Freizügigkeit und Einwanderung aus EU-Ländern beeinflusst werden und dies kann wiederum den Zugang der Gruppe zum Talentpool der Europäischen Union beeinträchtigen.
- Der rechtliche Rahmen, in dem die Gruppe tätig ist, könnte sich ändern und ungewisser werden, wenn das Vereinigte Königreich Maßnahmen ergreift, um derzeit geltende Gesetze, die sich auf EU-Recht und -Regulierung (einschließlich einer EU-Regulierung des Bankensektors) beziehen, abzuschaffen. Die Rechtssicherheit bestehender Verträge, die Vollstreckbarkeit rechtlicher Pflichten und die Ungewissheit hinsichtlich des Ausgangs von Rechtsstreitigkeiten wird eventuell beeinträchtigt, bis die Auswirkungen des Verlustes der aktuellen Regeln zur Gerichtsbarkeit zwischen dem Vereinigten Königreich und EU-Gerichten sowie die universelle Vollstreckbarkeit von Urteilen in der gesamten EU (einschließlich des Status des bestehenden EU-Fallrechts) vollständig bekannt sind.

4. Regulatorische Änderungen und Auswirkung auf das Geschäftsmodell

Die Gruppe unterliegt weiterhin in hohem Maße fortlaufenden regulatorischen Änderungen und zunehmenden Kontrollen in vielen Ländern, in denen sie tätig ist (dies umfasst insbesondere das Vereinigte Königreich und die USA). Eine aufsichtsrechtliche Intensivierung und erhöhte Anforderungen in Verbindung mit Unsicherheiten (insbesondere angesichts der Entscheidung des Vereinigten Königreichs zum Austritt aus der EU) und dem möglichen Schwächen einer internationalen Koordination des Aufsichtsrechts zu einer Zeit in der erhöhte Aufsichtsrechtsstandards entwickelt und umgesetzt werden, kann die Geschäftstätigkeit, die Kapital- und die Risikomanagementstrategien der Gruppe nachteilig beeinflussen und/oder könnten in der Gruppe zu der Entscheidung führen, ihre Gesellschafts-, Kapital- und Finanzierungsstrukturen sowie die Zusammensetzung ihrer Geschäftsbereiche zu ändern oder sich aus bestimmten Geschäftsfeldern insgesamt zurückzuziehen oder ein Geschäftsfeld – trotz attraktiver Perspektiven - nicht weiter auszubauen.

Die bedeutendste regulatorische Änderung mit direkter Auswirkung auf die Gruppe 2018 ist die Schaffung der abgesonderten (Ring-fenced) Bank im Rahmen des Strukturreformprogramms der Gruppe. Die Implementierung dieser Änderungen bringt eine Reihe von Risiken mit sich, die Folgendes umfassen:

- Die Gruppe strukturiert derzeit ihre gruppeninternen und externen Kapital-, Finanzierungs- und Liquiditätsvereinbarungen neu, um die regulatorischen Anforderungen einzuhalten und Geschäftsbedürfnisse zu unterstützen. Die Änderungen werden Einfluss auf die den verschiedenen Gesellschaften zur Verfügung stehenden Finanzierungsquellen einschließlich ihrer jeweiligen Zugangsmöglichkeit zu den Kapitalmärkten haben. Diese Änderungen können sich auf die Finanzierungskosten auswirken.
- Die Änderungen an der Gruppenstruktur wirken sich im Laufe der Zeit eventuell negativ auf die von den Ratingagenturen und Gläubigern vorgenommene Beurteilung aus. Das Risikoprofil und die wichtigsten Risikotreiber der Ring-fenced Bank und der nicht Ring-fenced Bank gelten speziell für die Tätigkeiten und das Risikoprofil jeder Gruppengesellschaft. Als Konsequenz dessen können unterschiedliche Gruppengesellschaften, wie die Emittentin, in der Zukunft auch unterschiedlich beurteilt werden und dies könnte zu unterschiedlichen Ratings führen. Änderungen der Bonitätsbewertung auf Ebene der Gruppen- oder Einzelgesellschaften, einschließlich des Potentials für Ratingherabstufungen und Ratingunterschiede zwischen den Gruppengesellschaften, könnten den Zugang zu und die Kosten bestimmter Finanzierungsquellen beeinträchtigen.
- Die Durchführung einer Absonderung (Ring-fencing) birgt eine Reihe von Risiken. Ein Technologiewechsel könnte zu Ausfällen oder Betriebsfehlern führen. Rechtliche Herausforderungen des durch die Absonderung bedingten Übertragungsplans verzögern eventuell die Übertragung von Vermögenswerten und Verbindlichkeiten auf die Ring-fenced Bank. Die verzögerte Bereitstellung könnte das Risiko eines Reputationsverlustes erhöhen oder zur Nichteinhaltung von regulatorischen Vorschriften führen.
- Es besteht das Risiko, dass die Gruppe die regulatorischen Anforderungen in der neuen Struktur nicht erfüllt. Ein Versäumnis diesen Anforderungen zu entsprechen, hat eventuell eine nachteilige Auswirkung auf die Rentabilität, die betriebliche Flexibilität, die Flexibilität beim Kapitaleinsatz und der Finanzierung, die Eigenkapitalrendite, die Fähigkeit zur Dividendenausschüttung, die Ratings und/oder die Finanzlage.

Neben der Strukturreform bestehen zahlreiche andere wichtige Gesetze/Schwerpunktbereiche, die in wesentlichem Umfang die Aufmerksamkeit der Geschäftsleitung, Kosten und Ressourcen erfordern werden:

- Änderungen der aufsichtsrechtlichen Anforderungen, einschließlich Vorschläge zur Änderung der Eigenkapitalrichtlinie (Capital Requirements Directive, "**CRD IV**") und der EU-Richtlinie zur Sanierung und Abwicklung von Kreditinstituten (Bank Recovery and Resolution Directive, "**BRRD**") (als Teil des EU-Maßnahmenpakets zur Risikoreduzierung) können sich auf die Mindestanforderungen an Eigenmittel und anrechnungsfähige Passiva (minimum requirements for own funds and eligible liabilities, "**MREL**") (einschließlich Anforderungen an interne MRELS), Fremdkapital- oder Liquiditätsanforderungen, geltende Puffer und/oder Zusätze zu solchen Mindestanforderungen und den Berechnungsmethoden der risikogewichteten Aktiva auswirken, die alle von internationalen, EU- oder nationalen Behörden von Zeit zu Zeit festgelegt werden könnten. Diese oder ähnliche Änderungen von aufsichtsrechtlichen Anforderungen oder zusätzliche aufsichtsrechtliche Erwartungen, könnten entweder einzeln oder zusammen unter anderem zu einem Bedarf an weiteren Managementmaßnahmen, um den geänderten Anforderungen gerecht zu werden, wie beispielsweise einer Zunahme der Kapital-, MREL- oder Liquiditätsressourcen, einer Verminderung des Fremdkapitalanteils und der risikogewichteten Aktiva; Verkaufsbeschränkungen von Kapitalinstrumenten; einer Abänderung der Bedingungen ausstehender Kapitalinstrumente; einer Abänderung der Struktur der Rechtspersönlichkeit (dies umfasst auch die Emission und den Einsatz von Kapital, MREL und die Finanzierung für die Gruppe); der Änderung der geschäftlichen Diversifikation der Gruppe oder den Ausstieg aus anderen Geschäftsfeldern; und/oder die Vornahme anderer Maßnahmen zur Stärkung der Position der Gruppe führen.

- Der Derivatemarkt stand in den letzten Jahren in den G20-Ländern und darüber hinaus im besonderen Fokus der Aufsichtsbehörden; in diesem Zusammenhang wurden Regelungen eingeführt, die die Meldung und Abrechnung standardisierter außerbörslicher (OTC) Derivate und die zwingenden Leistungen von Sicherheiten für nicht über ein Clearingsystem abgerechnete außerbörsliche Derivate erfordern. Es finden fortlaufend Reformen in diesem Bereich statt und weitere Anforderungen werden voraussichtlich im Lauf des Jahres 2018 eingeführt. Generell hat die Neugestaltung der Richtlinie über Märkte für Finanzinstrumente in Europa, die im Januar 2018 in Kraft trat, das regulatorische Rahmenwerk in der EU fundamental verändert und bringt erhebliche operative Änderungen für Marktteilnehmer für eine weite Bandbreite von Finanzinstrumenten sowie Änderungen von Marktstrukturen und -praktiken mit sich. Überdies wird durch die Benchmark-Verordnung der EU, die ebenfalls im Januar 2018 in Kraft trat, die Verwaltung und Verwendung von Referenzwerten (benchmarks) in der EU geregelt. Die Einhaltung dieses sich ständig weiterentwickelnden regulatorischen Rahmens bringt erhebliche Kosten für die Marktteilnehmer mit sich und hat einen erheblichen Einfluss auf bestimmte Märkte, in denen die Gruppe, vor allem Barclays International, tätig ist. Andere für Swap-Händler geltende Regelungen, einschließlich solcher, die von der US-Aufsichtsbehörde für den Waren- und Terminhandel (US Commodity Futures Trading Commission ("CFTC")) erlassen wurden, haben für das Derivategeschäft der Gruppe erhebliche Kosten verursacht. Diese und zukünftige Anforderungen, einschließlich der Regelungen der US Securities and Exchange Commission ("SEC") in Bezug auf Wertpapier-Swaps und die Möglichkeit von sich überschneidenden und/oder widersprechenden Anforderungen an Derivategeschäfte, die von Aufsichtsbehörden in verschiedenen Jurisdiktionen auferlegt wurden, werden das Geschäft voraussichtlich auch weiterhin beeinflussen.
- Die Gruppe und bestimmte Gruppengesellschaften sind in einer Reihe von Jurisdiktionen Stresstests der Aufsichtsbehörden unterworfen. Diese Tests beinhalten Programme der Bank of England (BoE), der Europäischen Bankenaufsicht, der Federal Deposit Insurance Corporation und des Federal Reserve Board. Die Tests sind dazu entworfen worden, die Widerstandsfähigkeit von Banken gegenüber nachteiligen wirtschaftlichen oder finanziellen Entwicklungen zu bewerten und erfordern robuste, zukunftsorientierte Kapital- und Liquiditätsmanagement-Verfahren, die die mit ihrem Unternehmensprofil assoziierten Risiken berücksichtigen. Die Bewertung durch die Aufsichtsbehörden erfolgt sowohl auf einer quantitativen als auch einer qualitativen Grundlage, wobei letztere den Schwerpunkt auf das Geschäftsmodell der Gruppe oder bestimmter Mitglieder, die Datenbereitstellung, die Belastungsfähigkeit gemäß dem Stresstest und die internen Managementverfahren und -kontrollen legt. Die für die Gruppe und ihre Gruppengesellschaften geltenden Anforderungen an Stresstests werden zunehmend strenger. Ein Versäumnis, die Anforderungen aus regulatorischen Stresstests zu erfüllen, oder eine Untätigkeit seitens der Aufsichtsbehörden, die Ergebnisse des Stresstests und die Kapitalpläne der Gruppe zu genehmigen, könnte dazu führen, dass die Gruppe ihre Kapitalposition stärken, Kapitalausschüttungen begrenzen oder zusätzliches Kapital in bestimmte Tochtergesellschaften einbringen muss.
- Es wird davon ausgegangen, dass die Einführung und Umsetzung sowohl der Zweiten Zahlungsdienstleistungsrichtlinie als auch der Open-API-Normen sowie Mittel für den Datenaustausch, die von der britischen Wettbewerbs- und Marktaufsichtsbehörde (UK Competition and Markets Authority) nach ihrer Retail Banking Market Investigation Order (zusammen "**Open Banking**") erlassen wurde, ab Januar 2018 das traditionelle Bankenmodell im Vereinigten Königreich und herkömmliche Geschäftsbeziehungen zwischen Kunden und ihrer Bank revolutionieren wird. Möglich ist dies, indem Kunden die Möglichkeit gegeben wird, ihre Transaktionsdaten mit autorisierten externen Dienstleistern entweder für Aggregations- oder Zahlungsdienstleistungen zu teilen. Es wird davon ausgegangen, dass diese Aggregations- oder Zahlungsdienstleistungen den Kunden der Gruppe von Dritten angeboten werden. Gruppengesellschaften können diese Leistungen Kunden anderer Banken anbieten. Die Nichterfüllung von Open-Banking-Anforderungen könnte für die Gruppe zu aufsichtsrechtlichen Sanktionen, einem potenziellen finanziellen Verlust und einer Schädigung der Reputation führen. Obwohl

Open Banking die Gruppe als Ganzes betrifft, sind die Auswirkungen vermutlich insbesondere für Barclays UK relevant.

5. Bestimmte potenzielle Folgen einer Absonderung (Ring-fencing) von der Emittentin

In Zusammenhang mit der geplanten Umsetzung der Absonderung bestimmter Geschäfte der Gruppe im April 2018 wird die Emittentin im Wesentlichen die Vermögenswerte und das Geschäft der Barclays UK-Sparte auf eine andere Tochtergesellschaft der Gruppe, die UK Ring-fenced Bank, übertragen. Das obere Management geht davon aus, dass die wesentlichen Risiken der Bankengruppe nach dieser Übertragung in allen wesentlichen Punkten den Risiken der Gruppe entsprechen. Das obere Management hat jedoch hinsichtlich der Risiken für die Bankengruppe verglichen mit den Risiken für die Gruppe bestimmte potenzielle Unterschiede festgestellt.

Infolge der Übertragung der Vermögenswerte und Verbindlichkeiten der Barclays UK-Sparte von der Emittentin erhält die Bankengruppe eine geringere Diversifizierung als die Gruppe als Ganzes. Die Emittentin wird nicht zur Muttergesellschaft der UK Ring-fenced Bank und hat daher keinen Zugriff auf die Vermögenswerte der UK Ring-fenced Bank. Im Verhältnis zur Gruppe wird die Bankengruppe unter anderem:

- sich mehr auf Geschäfte außerhalb des Vereinigten Königreichs konzentrieren, insbesondere in den USA, und daher in stärkerem Maße der US-Wirtschaft ausgesetzt sein und im Verhältnis zum britischen Pfund stärker durch Veränderungen des US-Dollar (und anderen Währungen) beeinflusst werden; ein relativ großer Anteil ihres Geschäfts unterliegt dabei der Regulierung durch die USA;
- sich mehr auf das Großkundengeschäft, wie das Unternehmens- und Investmentbanking und die Kapitalmärkte, konzentrieren, wodurch die Bankengruppe einem weiten Spektrum von Marktbedingungen, Kontrahentenrisiken und operationellen Risiken ausgesetzt ist, und daher kann die finanzielle Leistungsfähigkeit der Emittentin im Verhältnis zur Gruppe als Ganzes oder zur Ring-fenced Bank größeren Schwankungen unterliegen;
- abhängiger von Großkundenfinanzierungen sein, da die Privatkundeneinlagen im Vereinigten Königreich auf die Ring-fenced Bank übertragen werden. Die Vermögenswerte, die Privatkundenhypothesen im Vereinigten Königreich zugrunde liegen, werden ebenfalls auf die abgesonderte Bank übertragen, wodurch der Zugang der Emittentin zu Finanzierungsquellen beschränkt wird, die Sicherheiten für Eigenheimhypothesen erfordern. Es könnten für die Bankengruppe daher schwierigere Finanzierungsaufgaben und/oder höhere Finanzierungskosten, einschließlich in Stresssituationen, entstehen. Infolge der Umsetzung der Absonderung können verschiedene Gruppengesellschaften wie die Emittentin von Ratingagenturen anders bewertet werden, was zu unterschiedlichen und möglicherweise schlechteren Bewertungen der Bonität der Emittentin und damit zu schlechteren Ratings führen kann, als die Ratings der Gruppe, was wiederum die Finanzierungsquellen und -kosten der Emittentin beeinträchtigen könnte; und
- möglicherweise unterschiedliche regulatorische Verpflichtungen, einschließlich unterschiedliche Liquiditätsanforderungen und Kapitalpuffer, zu erfüllen haben.

Infolge all dieser Gründe kann sich eine Durchführung der Absonderung negativ auf den Marktwert und/oder die Liquidität der von der Emittentin begebenen Wertpapiere, einschließlich der Wertpapiere, auswirken.

Wesentliche bestehende und entstehende Risiken, die sich auf einzelne Hauptrisiken auswirken

Kreditrisiko

Die Gruppe trifft das Risiko von Verlusten, die durch das Versäumnis von Verbrauchern, Kunden oder Vertragspartnern, einschließlich Staaten, entstehen, ihre Verpflichtungen umfassend zu erfüllen, insbesondere die vollständige und pünktliche Zahlung von Kapital, Zinsen, Sicherheiten und anderen Forderungen.

1. Wertminderung

Die Einführung der Wertminderungsregelungen zu Finanzinstrumenten nach IFRS 9, die bis zum 1. Januar 2018 umgesetzt sein müssen, führt zu höheren Rückstellungen für Wertberichtigungen, die zu einem früheren Zeitpunkt und auf einer stärker zukunftsorientierten Basis berücksichtigt werden müssen und ein breiteres Spektrum von Finanzinstrumenten erfassen, als dies nach IAS 39 der Fall ist, und sich infolge dessen wesentlich auf die Finanzlage der Gruppe auswirken wird. Die Bemessung erfordert eine höhere komplexe Beurteilung und die Belastungen aufgrund von Wertminderungen werden tendenziell volatiler ausfallen. Unbesicherte Produkte mit längeren Laufzeiten, wie beispielsweise revolvingende Kreditkarten, sind am stärksten betroffen. Die Eigenkapitalanforderungen in Bezug auf die höheren Rückstellungen können sich nachteilig auf die regulatorischen Eigenkapitalquoten auswirken. Zusätzlich könnte sich die Verschiebung von angefallenen zu erwarteten Kreditverlusten auf das Ergebnis der Gruppe unter angespannten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen oder regulatorischen Stresstests auswirken.

2. Bestimmte Sektoren

Die Gruppe unterliegt dem Risiko, dass sich in Bezug auf Kreditnehmer und Vertragspartner eines bestimmten Portfolios die Bonität und die Werthaltigkeit von Forderungen ändern kann. Jede Verschlechterung der Bonität könnte eine geringere Werthaltigkeit und höhere Wertminderungen in Bezug auf einen bestimmten Sektor zur Folge haben. Nachstehend sind Bereiche aufgeführt, in denen Unsicherheiten für das Portfolio der Gruppe bestehen, die sich in wesentlichem Maße auf das Ergebnis auswirken können.

(a) Immobilienmarkt im Vereinigten Königreich

Da Immobilien im Vereinigten Königreich einen großen Anteil am gesamten Unternehmens- und Verbraucher-Kreditrisiko im Vereinigten Königreich haben, ergibt sich für die Gruppe ein Risiko aus einem Rückgang der Immobilienpreise im Vereinigten Königreich sowohl im Wohnbau- als auch im Gewerbebereich. Eine durch ausländische Investments angetriebene deutliche Zunahme der Immobilienpreise in London und im Südosten des Vereinigten Königreichs, eine starke Nachfrage nach Mietimmobilien (*buy to let*) und ein schwaches Immobilienangebot haben dazu geführt, dass die Grenzen der Bezahlbarkeit ausgereizt sind. Der durchschnittliche Preis einer Immobilie betrug Ende 2017 mehr als das 5,6-fache eines Durchschnittseinkommens.

(b) Hohe Einzeladressenausfälle

Die Gruppe ist sowohl bei ihren Kreditgeschäften als auch bei ihren Finanzdienstleistungen und Handelstätigkeiten, einschließlich Derivategeschäfte und Geschäfte mit Maklern, zentralen Clearingstellen, Händlern, anderen Banken, Investment- und Hedgefonds sowie anderen institutionellen Kunden, hohen Risiken in Bezug auf einzelne Vertragspartner ausgesetzt. Falls diese Vertragspartner ausfallen, kann sich dies erheblich auf die Buchwerte dieser Vermögenswerte auswirken. Hinzu kommt, dass trotz einer gegebenenfalls erfolgten Reduzierung des Adressenausfallrisikos durch gewährte Sicherheiten das Kreditrisiko weiterhin hoch sein kann, falls die gehaltenen Sicherheiten nicht verwertet werden können oder zu Preisen verwertet werden müssen, die nicht ausreichen, um den vollen Betrag des Kredit- oder Derivate-Engagements wiederzuerlangen. Solche Ausfälle von Schuldnern können erhebliche nachteilige Auswirkungen auf die Ergebnisse der Gruppe haben, beispielsweise aufgrund höherer Kreditausfälle und eines höheren Wertminderungsaufwands.

(c) Übernahme von Risikofinanzierungen (*Leverage Finance*)

Die Gruppe übernimmt insbesondere in den USA und in Europa Positionen mit einem Rating unterhalb von "Investment-Grade", die Einzeladressenrisiken umfassen. Während des Übernahme-Zeitraums ist die Gruppe den durch Kreditereignisse und

Marktvolatilität geschaffenen Risiken ausgesetzt. Negative Ereignisse innerhalb dieses Zeitraums können Verluste für die Gruppe, hauptsächlich durch Barclays International, oder einen erhöhten Kapitalbedarf nach sich ziehen, falls die Notwendigkeit entstehen sollte, die Position für einen längeren Zeitraum zu halten.

Marktrisiko

Das Verlustrisiko, das sich aus potenziellen nachteiligen Änderungen im Wert der Vermögenswerte und Verbindlichkeiten des Unternehmens aus einer Fluktuation der Marktvariablen ergibt, umfasst unter anderem die Zinssätze, den Devisenkurs, die Aktienkurse, Rohstoffpreise, Kreditspreads, die impliziten Volatilitäten und Assetkorrelationen.

1. Marktvolatilität

Eine höhere Marktvolatilität, die durch enttäuschende Konjunkturdaten, unterschiedliche Geldpolitik, politische Unsicherheit oder Konflikte hervorgerufen und/oder verschärft werden kann, würde wahrscheinlich einen erheblichen Wertverlust der Vermögenswerte mit sich bringen, was wiederum Vertragspartner belasten und Folgewirkungen für die Gruppe haben könnte.

Darüber hinaus ist das Handelsgeschäft der Gruppe im Allgemeinen über einen längeren Zeitraum einer erhöhten Preisvolatilität der Aktiva ausgesetzt, insbesondere, wenn sie die Höhe der Marktliquidität nachteilig beeinflusst. Ein solches Szenario könnte die Gruppe in ihrer Fähigkeit zur Ausführung von Kundengeschäften beeinträchtigen und es könnte auch zu geringeren kundennachfragegetriebenen Erträgen und/oder marktbasierteren Verlusten aus dem bestehenden Portfolio von Marktrisiken führen. Diese können beinhalten, höhere Absicherungskosten abzufangen, die sich aus der Neugewichtung von Risiken ergeben, die dynamisch gehandhabt werden müssen, weil sich die Marktniveaus und die mit ihnen verbundenen Volatilitäten ändern.

Treasury- und Kapitalrisiko

Das Risiko, dass das Unternehmen (i) nicht in der Lage ist, seine vertraglichen Verpflichtungen oder Eventualverbindlichkeiten zu erfüllen oder es nicht über die ausreichende Höhe, Laufzeit und Zusammensetzung der Finanzausstattung oder Liquidität zur Erhaltung ihrer Vermögenswerte verfügt, (ii) nicht über Kapital in ausreichender Höhe oder Zusammensetzung zur Aufrechterhaltung seiner normalen Geschäftstätigkeit und zur Erfüllung seiner regulatorischen Kapitalanforderungen verfügt, oder (iii) infolge einer Diskrepanz zwischen den Zinssatzrisiken seiner Vermögenswerte und Verbindlichkeiten Schwankungen des Kapitals oder der Erträge ausgesetzt ist.

Die Gruppe ist möglicherweise unter anderem aufgrund von Folgendem nicht in der Lage, ihre Geschäftspläne zu verwirklichen: a) sie ist nicht in der Lage, angemessene Kapitalquoten aufrecht zu erhalten; b) sie ist nicht in der Lage, ihre Verbindlichkeiten bei Fälligkeit zu erfüllen; c) Herabstufungen durch eine Ratingagentur; d) nachteilige Veränderungen der Wechselkurse auf die Kapitalquoten; e) nachteilige Entwicklungen des Pensionsfonds; und f) nicht handelsbezogene Marktrisiken/Zinssatzrisiken im Bankenbuch.

1. Unfähigkeit, angemessene Kapitalquoten aufrechtzuhalten und/oder andere regulatorische Anforderungen einzuhalten

Die Unfähigkeit, angemessene Kapitalquoten aufrechtzuhalten, könnte dazu führen, dass die Geschäftstätigkeit nicht fortgesetzt werden kann, regulatorische Kapitalanforderungen, einschließlich Kapitalaufschläge, oder die für aufsichtsbehördliche Stresstests festgelegten Anforderungen nicht erfüllt werden, Finanzierungskosten aufgrund einer Verschlechterung des Anlegerinteresses oder der Ratings steigen, Ausschüttungen beschränkt werden, einschließlich der Fähigkeit, Dividendenziele zu erreichen, und/oder zusätzliche Maßnahmen zur Verbesserung der Eigen- oder Fremdkapitalposition der Gruppe erforderlich werden.

2. Unfähigkeit, Liquiditäts- und Finanzierungsrisiken effektiv zu steuern

Gelingt es der Gruppe nicht, die Liquiditäts- und Finanzierungsrisiken effektiv zu steuern, kann dies dazu führen, dass die Gruppe entweder nicht über ausreichend finanzielle Mittel verfügt, um ihre Zahlungsverpflichtungen bei Fälligkeit zu erfüllen oder zwar solvent ist, diese Verpflichtungen jedoch nur zu übermäßig hohen Kosten erfüllen kann. Dies könnte dazu

führen, dass die Gruppe regulatorische Liquiditätsstandards nicht erfüllt oder das tägliche Bankgeschäft (einschließlich der Erfüllung von Abhebungen von Kundengeldern oder der Finanzierung neuer Darlehen) nicht aufrechterhalten kann oder dass die Gruppe nicht fortgeführt werden kann.

Die Stabilität des aktuellen Refinanzierungsprofils der Gruppe, insbesondere des Teils, der sich auf Kunden- und Spareinlagen bezieht, die auf Verlangen oder kurzfristig zahlbar sind, könnte beeinträchtigt werden, wenn die Gruppe nicht mehr in der Lage ist, das aktuelle Maß an Kunden- und Anlegervertrauen zu erhalten. Die Gruppe greift zur langfristigen Finanzierung ihres Geschäfts auch regelmäßig auf die Kapitalmärkte zurück. Zahlreiche Faktoren, einschließlich nachteilige gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen, nachteilige Ergebnisse in rechtlichen, aufsichtsrechtlichen oder Wohlverhaltensangelegenheiten und der Vertrauensverlust der Anleger, Vertragspartner und/oder Kunden der Gruppe kann den Zugang der Gruppe zu den Kapitalmärkten und/oder die Kosten und andere Bedingungen, zu denen die Gruppe Finanzierung auf dem Markt erhält, beeinträchtigen.

3. Veränderungen des Ratings und Folgen für die Finanzierungskosten

Eine potenzielle oder tatsächliche Bonitätsherabstufung durch Ratingagenturen könnte die Kreditkosten und Kreditspreads der Gruppe erheblich erhöhen und die Zinsmargen und Liquiditätslage der Gruppe wesentlich nachteilig beeinflussen, die infolgedessen erheblich von den aktuellen Erwartungen abweichen können. Diese nachteiligen Veränderungen würden sich auch negativ auf das Gesamtergebnis der Gruppe auswirken.

4. Ungünstige Auswirkungen von Wechselkursänderungen auf Kapitalquoten

Die Gruppe verfügt über Eigenmittel, risikogewichtete Aktiva und Fremdkapital in Fremdwährungen. Änderungen der Wechselkurse können sich daher nachteilig auf den entsprechenden Gegenwert in Pfund Sterling dieser Posten auswirken. Infolgedessen reagieren die regulatorischen Eigenkapitalquoten sensibel auf Wechselkursänderungen und jedes Ausbleiben einer angemessenen Steuerung der Bilanz der Gruppe, um Wechselkursänderungen Rechnung zu tragen, kann sich nachteilig auf regulatorische Eigen- und Fremdkapitalquoten auswirken.

5. Nachteilige Entwicklungen in Pensionsfonds

Nachteilige Entwicklungen in den Pensionsaktiva und -passiva für leistungsorientierte Pensionssysteme könnten zu einem Pensionsdefizit beitragen, was je nach den besonderen Umständen dazu führen könnte, dass die Gruppe beträchtliche zusätzliche Beiträge zu ihren Pensionssystemen leisten muss. Der Diskontsatz für Verbindlichkeiten ist ein wichtiger Treiber und leitet sich in Übereinstimmung mit den IFRS (IAS 19) aus den Renditen von Unternehmensanleihen höchster Bonität ab (als solche werden jene mit AA-Ratings betrachtet). Er beinhaltet folglich die Belastung sowohl mit Erträgen aus britischen Staatsanleihen als auch mit Kreditspreads aus Unternehmensanleihen. Daher würde die Bewertung der leistungsorientierten Systeme der Gruppe durch einen anhaltenden Absturz des Diskontsatzes aufgrund eines anhaltend niedrigen Zinses und/oder eine anhaltend niedrige Kreditspread-Umgebung beeinträchtigt werden. Inflation ist ein weiterer deutlicher Risikotreiber für den Pensionsfonds, da die Verbindlichkeiten von einer Zunahme der langfristigen Inflationserwartungen negativ beeinflusst werden.

6. Nicht handelsbezogene Marktrisiken/Zinsrisiken im Bankenbuch

Eine unzureichende Anlagerendite des Liquiditätspuffers könnte zu höheren Finanzierungskosten der Gruppe führen und die Kapitalquoten beeinflussen. Die strukturellen Absicherungsprogramme der Bank für Zinsrisiken im Bankenbuch vertrauen in hohem Maße auf Verhaltensannahmen und infolge dessen gibt es keine Garantie für den Erfolg der Absicherungsstrategie. Eine mögliche Diskrepanz zwischen dem Gleichgewicht oder der Dauer der Absicherungsannahmen könnte zu einer Verschlechterung der Ertragslage führen.

Betriebliches Risiko

Das Verlustrisiko für das Unternehmen aus unangemessenen oder fehlgeschlagenen Verfahren oder Systemen, menschlichen Faktoren oder aufgrund von externen Vorfällen (beispielsweise Betrug), bei dem die tiefergehende Ursache nicht auf Kredit- oder Marktrisiken zurückzuführen ist.

1. Cyber-Risiko

Die Häufigkeit von Cyber-Angriffen wächst Jahr für Jahr und stellt eine weltweite Bedrohung dar, die sich über alle Branchen, einschließlich der Finanzbranche, hinweg erstreckt. Da die Finanzbranche auch weiterhin ein Hauptziel von Cyber-Kriminellen ist, gab es 2017 eine Reihe von aufsehenerregenden Angriffen unter Einsatz von Ransomware, Diebstahl geistiger Eigentumsrechte und von Kundendaten und Ausfälle von Diensten über eine große Anzahl von Organisationen hinweg.

Die Cyber-Bedrohung erhöht das inhärente Risiko für die Verfügbarkeit der Dienstleistungen und die Daten der Gruppe (unabhängig davon, ob sie von der Gruppe oder in ihrer Lieferkette aufbewahrt werden), sowie für die Integrität von Finanztransaktionen der Gruppe, ihrer Auftraggeber, Vertragspartner und Kunden. Das Versäumnis, diese Bedrohung angemessen zu handhaben und die Unternehmenssicherheit kontinuierlich weiterzuentwickeln und eine aktive Reaktionsfähigkeit auf Cyber-Sicherheit zu bieten, könnte zu höheren Verlusten infolge von Betrug, der Unfähigkeit, wichtige ökonomische Tätigkeiten durchzuführen, einem Schaden für die Kunden, einem potenziellen aufsichtsbehördlichen Verweis und einer Strafzahlung, einer gesetzlichen Haftung, einer Verringerung des Unternehmenswerts und Reputationsschäden führen.

2. Belastbarkeit der Dienstleistungen

Der Ausfall oder die Störung der Geschäftsabläufe der Gruppe, unabhängig davon, ob diese(r) durch Einflüsse auf Technologiesysteme, Immobiliendienstleistungen, Personalverfügbarkeit oder die Unterstützung wichtiger Lieferanten hervorgerufen wurde, stellt ein wesentliches inhärentes Risiko für die Gruppe dar.

Der Aufbau belastbarer Geschäftsabläufe und Dienstleistungen in Bezug auf Technologien, Immobilien und Lieferanten, von denen diese Abläufe abhängen, können eine Störung der Geschäftstätigkeit der Gruppe reduzieren oder ganz und gar vermeiden. Ein Versäumnis dessen könnte zu erheblichen Schäden für Kunden, Kosten für Entschädigungszahlungen an Kunden der Gruppe für deren Verluste, potenziellen aufsichtsrechtliche Verweisen oder Geldstrafen und einem Reputationsschaden führen.

3. Outsourcing

Die Gruppe hängt für die Bereitstellung vieler ihrer Dienstleistungen und die Entwicklung zukünftiger technologiegesteuerter Produktangebote von Zulieferern ab, obwohl die Gruppe weiterhin für das Risiko rechenschaftspflichtig ist, das aus den Handlungen jener Zulieferer entsteht. Das Versäumnis, die Zulieferer der Gruppe zu überwachen und zu steuern, könnte potenziell dazu führen, dass Kundeninformationen oder wichtige Infrastrukturen und Dienste nicht ausreichend geschützt werden oder bei Bedarf nicht verfügbar sind.

Die Abhängigkeit von Zulieferern und die Unterbeauftragungen von ausgelagerten Diensten lässt ein Konzentrationsrisiko entstehen, wobei der Ausfall bestimmter Zulieferer eine Auswirkung auf die Fähigkeit der Gruppe haben könnte, weiterhin Dienste anzubieten, die für die Gruppe wesentlich sind. Dies gilt insbesondere für einzelne Geschäftsbereiche innerhalb der Gruppe, denen Dienste zentral durch die neu gegründete Group Service Company erbracht werden.

Das Versäumnis, das Auslagerungsrisiko durch Kontrollumgebungen, die auch gegenüber sich ständig verändernden Bedrohungen und Herausforderungen belastbar bleiben, angemessen zu handhaben, könnte zu gesteigerten Verlusten, der Unfähigkeit, wichtige ökonomische Handlungen durchzuführen, einem Schaden für die Kunden, einer potenziellen aufsichtsrechtlichen Verwarnung und einer Strafzahlung, einer gesetzlichen Haftung und einer Schädigung der Reputation führen.

4. Betriebliche Präzision und Zahlungen

Das Risiko wesentlicher Fehler in den betrieblichen Prozessen, einschließlich der Zahlungen, erhöht sich in der gegenwärtigen Phase des Anstiegs an strukturellen und regulatorischen Änderungen, der sich weiter entwickelnden Technologielandschaft und eines Übergangs hin zu digitalen Kanälen.

Wesentliche betriebliche oder Zahlungsfehler könnten einen Nachteil für die Kunden, Verbraucher oder Vertragspartner der Gruppe bedeuten und zu einer aufsichtsrechtlichen Verwarnung und Strafzahlungen, einer gesetzlichen Haftung, einer Schädigung der Reputation sowie einem finanziellen Verlust der Gruppe führen.

5. Neue und neu entstehende Technologien

Technologische Neuerungen bieten die Möglichkeit, neue und innovative Wege der Geschäftstätigkeit innerhalb der Gruppe zu entwickeln, wobei neue Lösungen dabei sowohl intern als auch in Zusammenarbeit mit externen Unternehmen entwickelt werden. Die Einführung neuer Technologieformen kann die damit verbundenen Risiken erhöhen. Ein Versäumnis, diese Risiken streng zu überwachen, könnte zu Nachteilen für die Kunden, einem Geschäftsverlust, einer aufsichtsrechtlichen Verwarnung, entgangenen Geschäftschancen und einer Schädigung der Reputation führen.

6. Betrug

Betrug stellt ein sich ständig weiterentwickelndes Risiko für die Gruppe dar. Dies wird durch Phasen erheblicher Veränderungen, einschließlich der Digitalisierung von Produkten, die in einem höheren Maße Risiken ausgesetzt sind, weiter verschärft. Da die Gruppe fortlaufend in neue und verbesserte Anti-Betrugssysteme investiert, passen sich Kriminelle auch ständig daran an und entwickeln immer ausgeklügelter Methoden. Risiken in Zusammenhang mit Social Engineering und Versuche, Kunden zur Autorisierung von Zahlungen zu bewegen, steigen auch weiterhin und erhöhen den Druck der Aufsichtsbehörden auf die Branche, mehr Verantwortung für den Verbraucherschutz zu übernehmen.

Überdies könnte internationaler Betrug z. B. aufgrund des Versagens der Handelskontrollen der Gruppe zu substantiellen Verlusten sowie zu aufsichtsrechtlichen Verwarnungen, Geldstrafen und einem erheblichen Reputationsschaden führen.

7. Fähigkeit, hinreichend qualifizierte Mitarbeiter einzustellen und zu halten

Für die Unterstützung bestehender Einnahmequellen, das Erschließen neuer Geschäftsmodelle und die Erfüllung komplexer, über mehrere Jahre andauernder aufsichtsrechtlicher Verpflichtungen und verbindlicher Änderungen ist die Gruppe auf qualifizierte Mitarbeiter angewiesen. Diese Verpflichtungen erfordern eine vielfältige Mischung aus hochgradig befähigten und qualifizierten Kollegen, und die Fähigkeit der Gruppe, solche Mitarbeiter auf sich aufmerksam zu machen, fortzubilden und im Betrieb zu halten, ist für die Erfüllung ihres Kerngeschäfts und ihrer Strategie von wesentlicher Bedeutung. Dies hängt von einer Reihe von internen und externen Faktoren ab.

Die externe Regulierung, wie beispielsweise die Einführung der Individuellen Rechenschaftspflicht (*Individual Accountability Regime*) und die erforderlichen Aufschubs- und Rückholklauseln der Vergütungsregelungen der Gruppe, können dazu führen, dass die Gruppe im Vergleich zu sowohl internationalen Wettbewerbern als auch anderen Branchen ein weniger attraktives Angebot darstellt. Auf ähnliche Weise könnte der Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU im März 2019 potenziell eine unmittelbare Auswirkung auf die Fähigkeit der Gruppe haben, wichtige Mitarbeiter einzustellen und im Betrieb zu halten.

Das Versäumnis, hinreichend qualifizierte und befähigte Mitarbeiter, die sich dem Überblick und der Verwaltung gegenwärtiger und zukünftiger regulatorischer Normen und Erwartungen verschrieben haben, oder welche die notwendigen verschiedenen Fertigkeiten haben, die zur Umsetzung der Gruppenstrategie erforderlich sind, anzuziehen bzw. deren Fortgang zu verhindern, könnte sich nachteilig auf das finanzielle Geschäftsergebnis, das Steuerungsumfeld und das Niveau des Mitarbeiterengagements der Gruppe auswirken. Dies

könnte zudem zu einer Unterbrechung der Dienstleistungserbringung führen, was wiederum zu einer Entrechtung bestimmter Kundengruppen und zu einem Schaden der Kunden und der Reputation führen könnte.

8. Steuerliches Risiko

Die Gruppe ist dazu verpflichtet, die nationalen und internationalen Steuergesetze und die Handelsbräuche sämtlicher Länder, in denen sie Geschäftshandlungen vornimmt, einzuhalten. Es besteht das Risiko, dass die Gruppe Verluste aufgrund zusätzlicher steuerlicher Belastungen, anderer finanzieller Kosten oder Reputationsschäden infolge der Nichteinhaltung dieser Gesetze und Handelsbräuche oder durch das Versäumnis, ihre steuerlichen Angelegenheiten auf angemessene Weise zu handhaben, wobei ein Großteil dieses Risikos der internationalen Struktur der Gruppe zuzuschreiben ist, erleiden könnte. Der Tax Cuts and Jobs Act hat erhebliche Änderungen des Steuersystems der USA eingeführt, einschließlich der Einführung einer neuen Steuer, der Base Erosion Anti-Abuse Tax. Diese Änderungen haben dazu geführt, dass die Verpflichtungen der Gruppe zur Einhaltung von Steuervorschriften gestiegen sind und eine Reihe von System- und Prozessänderungen vorgenommen werden müssen, die weitere operationelle Risiken mit sich bringen. Darüber hinaus bergen steigende steuerliche Meldepflichten hinsichtlich Kunden weltweit und die Digitalisierung der Steuerverwaltung das Risiko, dass die Belastungen der Gruppe in Zusammenhang mit der Einhaltung von Steuervorschriften weiter zunehmen.

9. Wichtige Schätzungen und Beurteilungen für die Bilanzierung

Bei der Erstellung von Abschlüssen nach IFRS ist es erforderlich Schätzungen vorzunehmen. Außerdem sind von der Geschäftsleitung bei der Anwendung von maßgeblichen Rechnungslegungsgrundsätzen Ermessensentscheidungen zu treffen. Die zentralen Bereiche mit höheren Ermessensspielräumen oder höherer Komplexität oder Bereiche, bei denen Annahmen von entscheidender Bedeutung für die konsolidierten und Einzelabschlüsse sind, sind u. a. der Wertminderungsaufwand für Restbuchwerte, Steuern, der beizulegende Zeitwert von Finanzinstrumenten, Pensionsverpflichtungen- und Ruhestandsleistungen und Rückstellungen für Wohlverhaltensfragen und Rechts-, Wettbewerbs- und Aufsichtsangelegenheiten. Es besteht das Risiko, dass, wenn sich die zugrunde gelegte Ermessensentscheidung, Schätzung oder Annahme nachträglich als unrichtig herausstellt, dies zu einem erheblichen Verlust für die Gruppe führen kann, der den angenommenen Verlust oder die hierfür gebildeten Rückstellungen übersteigen könnte. Die weitere Entwicklung von Rechnungslegungsstandards und Auslegungen im Rahmen von IFRS könnte sich auch erheblich auf die Geschäftsergebnisse, die Finanzlage und die Geschäftsaussichten der Gruppe auswirken.

10. Datenverwaltung und Schutz von Informationen

Die Gruppe besitzt und verarbeitet große Mengen an Daten, einschließlich personenbezogener Daten, gewerblicher Schutzrechte und Finanzinformationen. Ein Versäumnis, diese Daten ordnungsgemäß zu erheben und zu erhalten, sie vor Vertraulichkeitsverletzungen und Beeinträchtigungen ihrer Verfügbarkeit zu schützen, setzt die Gruppe des Risiko des Datenverlusts oder der Nichtverfügbarkeit von Daten (einschließlich Kundendaten, die unter den Abschnitt "Datenschutz und Privatsphäre" unten fallen) und Datensicherheitsaspekten aus, und könnte zu einer aufsichtsrechtlichen Verwarnung, einer gesetzlichen Haftung und einem Reputationsschaden führen.

Modellrisiko

Das Risiko möglicher, nachteiliger Folgen durch finanzielle Bewertungen oder Entscheidungen auf der Basis unzutreffender oder falsch verwendeter Modellergebnisse und Berichte.

1. Gestiegene Modellrisikomanagementanforderungen

Die Gruppe vertraut auf Modelle zur Unterstützung einer Vielzahl von Geschäfts- und Risikomanagement-Aktivitäten. Diese umfassen Untersuchungen im Zusammenhang mit geschäftlichen Entscheidungen und Strategien, die Bemessung und Begrenzung des Risikos, die Bewertung von Engagements (einschließlich der Berechnung von Wertminderungen), die

Durchführung von Stresstests, die Beurteilung der Kapitalangemessenheit, die Unterstützung neuer Geschäftsakzeptanten und Risiko-/Prämienbewertungen, die Verwaltung von Kundenvermögen und die Einhaltung von Berichtspflichten.

Modelle sind aufgrund ihrer Beschaffenheit unvollkommene und unvollständige Darstellungen der Wirklichkeit, da sie auf Annahmen und Vorgaben beruhen, und Fehler aufweisen können, welche die Zuverlässigkeit ihrer Ergebnisse beeinträchtigen. Beispielsweise hat die Qualität der Daten, die in sämtlichen Gruppenmodellen verwendet wird, eine wesentliche Auswirkung auf die Präzision und Vollständigkeit der Risiko- und Finanzmetriken der Gruppe. Modelle können zudem falsch verwendet werden. Modellfehler oder die falsche Verwendung können in der Gruppe dazu führen, dass ungünstige Geschäftsentscheidungen getroffen werden und die Gruppe einem finanziellen Verlust, einem aufsichtsrechtlichen Risiko, einem Risiko für die Reputation und/oder einer unzureichenden Kapitalberichterstattung unterliegt.

Verhaltensrisiko

Aus der unzulänglichen Erbringung von Finanzdienstleistungen, einschließlich der Fälle eines vorsätzlichen oder fahrlässigen Fehlverhaltens, besteht das Risiko von Nachteilen für Verbraucher, Kunden, die Marktintegrität, den Wettbewerb oder die Gruppe. Dieses Risiko könnte sich auf eine Vielzahl von Arten zeigen.

1. Produktkontrolle und -lebenszyklus

Eine wirkungslose Produktkontrolle (*produkt governance*), welche die Gestaltung, Genehmigung und Überprüfung von Produkten oder unangemessene Kontrollen über unterschiedliche interne und externe Vertriebskanäle und Dienstleistungen nach dem Vertrieb umfasst, könnte zu schlechten Kundenergebnissen sowie zu aufsichtsrechtlichen Sanktionen, finanziellen Verlusten und einem Reputationsschaden führen.

2. Finanzkriminalität

Wenn die Gruppe es versäumt, das Risiko wirksam einzudämmen, dass ihre Mitarbeiter oder Dritte Finanzkriminalität (Geldwäsche, Terrorismusfinanzierung, Bestechung, Korruption und Sanktionsumgehung) ermöglichen oder ihre Produkte und Dienstleistungen zur Ermöglichung von Finanzkriminalität eingesetzt werden, kann dies einen nachteiligen Einfluss auf sie haben. Ein Schwerpunkt der Politik in den USA und im Vereinigten Königreich in Bezug auf Finanzinstitute bleibt die Bekämpfung von Geldwäsche und die Durchsetzung der Einhaltung von US-amerikanischen und europäischen Wirtschaftssanktionen. Die Nichteinhaltung solcher Vorschriften kann zu Vollstreckungsmaßnahmen durch die Aufsichtsbehörden und zur Verhängung empfindlicher Strafen und in diesem Zusammenhang zu einer Auswirkung auf die Reputation und Finanzergebnisse der Gruppe führen.

3. Datenschutz und Privatsphäre

Der ordnungsgemäße Umgang mit personenbezogenen Daten ist für die Aufrechterhaltung langfristiger Beziehungen mit den Verbrauchern und Kunden der Gruppe und für die Einhaltung datenschutzrechtlicher Bestimmungen und Verpflichtungen von entscheidender Bedeutung. Ein unzureichender Schutz personenbezogener Daten kann zu möglichen Nachteilen für die Verbraucher und Kunden der Gruppe, einer Schädigung der Reputation der Gruppe, aufsichtsbehördlichen Sanktionen und zu einem finanziellen Verlust führen, was im Rahmen der neuen EU-Datenschutzrichtlinie einen erheblichen Umfang annehmen kann.

4. Aufsichtsbehördliche Konzentration auf die Unternehmenskultur und -verantwortung

Regulierungsbehörden weltweit heben weiterhin die Bedeutung der Unternehmenskultur, der persönlichen Verantwortung und die Einführung und Durchsetzung geeigneter interner Melde- und Whistleblowing-Verfahren hervor, um eine ordnungsgemäße Verhaltensweise zu fördern und positive Ergebnisse für die Verbraucher, Kunden und Märkte zu erzielen. Die Nichterfüllung dieser Anforderungen und Erwartungen der britischen Wohlverhaltensregeln für Führungskräfte (*UK Senior Managers Regime, Certification Regime and Conduct Rules*) kann zu aufsichtsbehördlichen Sanktionen, sowohl für einzelne Personen als auch für die Gruppe führen.

Reputationsrisiko

Das Risiko, dass eine Handlung, ein Geschäftsabschluss, eine Anlage oder ein Ereignis das Vertrauen in die Integrität und Fähigkeit des Unternehmens seitens der Kunden, Vertragspartner, Anleger, Aufsichtsbehörden, Mitarbeiter oder der Öffentlichkeit mindert.

1. Die Verbindung der Gruppe zu sensiblen Sektoren und ihre Auswirkung auf die Reputation

Ein Risiko, das in einem Geschäftsbereich entsteht, kann sich negativ auf die allgemeine Reputation der Gruppe auswirken. Jede Transaktion, jede Anlage oder jedes Ereignis, die bzw. das in der Wahrnehmung wichtiger Beteiligter ihr Vertrauen in die Integrität und Kompetenz der Gruppe mindert, hat das Potenzial, Risiken für die Reputation der Gruppe entstehen zu lassen und zu Geschäftsverlusten, einer aufsichtsrechtlichen Verwarnung und entgangenen Geschäftschancen zu führen. Die Verbindung der Gruppe zu sensiblen Sektoren ist Gegenstand von Bedenken der Beteiligten und die folgenden Bereiche sind regelmäßig davon betroffen:

- Die Offenlegung von Klimarisiken- und -möglichkeiten, einschließlich Aktivitäten bestimmter Teile des Kundenstamms. Dies unterliegt zunehmend der stärkeren Überprüfung durch Aufsichtsbehörden, NGOs und andere Beteiligte.
- Die Risiken in Zusammenhang mit Menschenrechtsverletzungen aufgrund der wahrgenommenen indirekten Beteiligung an Menschenrechtsverletzungen, die durch Verbraucher und Kunden begangen wurden.
- Die Herstellung und der Export von militärischen Gütern und Dienstleistungen durch Verbraucher und Kunden.

Rechtsrisiken und rechtliche, wettbewerbsrechtliche und aufsichtsrechtliche Angelegenheiten

Es besteht das Risiko eines Verlustes oder der Auferlegung von Geldstrafen, Schadensersatz oder Geldbußen aufgrund eines Versäumnisses des Unternehmens, seinen gesetzlichen Pflichten, einschließlich regulatorischer oder vertraglicher Anforderungen, nachzukommen.

Rechtsstreitigkeiten, aufsichtsrechtliche Ermittlungen, Geldstrafen und andere Sanktionen im Zusammenhang mit Geschäftsgebaren und Verletzungen von Gesetzen und Vorschriften können sich nachteilig auf das Ergebnis, die Reputation und die Fähigkeit zur Führung der Geschäfte der Gruppe auswirken. Rechtsstreitigkeiten können infolge von Rechtsrisiken oder aufgrund von vergangenen oder zukünftigen Maßnahmen, Verhaltensweisen und Geschäftsentscheidungen infolge von anderen Hauptrisiken entstehen.

Die Gruppe agiert in vielfältiger Weise in einem stark regulierten globalen Markt und ist daher dem Risiko von Geldstrafen und anderen Sanktionen im Zusammenhang mit ihrer Geschäftstätigkeit ausgesetzt. In der jüngsten Vergangenheit untersuchten die Behörden vermehrt bisherige Praktiken, gingen mutmaßlichen Verstößen nach und verhängten hohe Geldstrafen gegen Finanzdienstleister. Dieser Trend dürfte auch künftig andauern. So kann ein Verstoß gegen geltende Gesetze und/oder Vorschriften dazu führen, dass die Gruppe oder ihre Mitarbeiter in den Jurisdiktionen, in denen die Gruppe tätig ist – insbesondere im Vereinigten Königreich und in den USA –, strafrechtlich verfolgt oder mit aufsichtsrechtlichen oder sonstigen Sanktionen oder Geldstrafen belegt werden. Auch Fälle, in denen Kunden, Verbraucher oder sonstige Dritte durch das Geschäftsgebaren der Gruppe geschädigt werden, können zu Gerichtsverfahren, einschließlich Sammelklagen, führen. Zudem kann es zwischen der Gruppe und Dritten zu Rechtsstreitigkeiten in Bezug auf Angelegenheiten wie etwa Verstöße oder die Durchsetzung von Rechten oder Pflichten, die gemäß Verträgen, Gesetzen oder dem Common Law bestehen, kommen. Ungünstige Entscheidungen in solchen Angelegenheiten können dazu führen, dass die Gruppe gegenüber Dritten schadenersatzpflichtig ist oder ihre Rechte nicht wie beabsichtigt durchsetzen kann.

Der Ausgang von Gerichts-, Wettbewerbs- und aufsichtsrechtlichen Verfahren – sowohl jener, an denen die Gruppe derzeit beteiligt ist, als auch aller möglichen künftigen Verfahren – ist schwer vorauszusagen. Allerdings können der Gruppe in Zusammenhang mit solchen Verfahren – unabhängig vom tatsächlichen Ausgang – erhebliche Ausgaben entstehen und jedes dieser Verfahren könnte die

folgenden Auswirkungen auf die Gruppe haben: monetärer Schadenersatz, Vergleiche und/oder Geldstrafen in erheblicher Höhe; Entschädigungen betroffener Kunden und Verbraucher; andere Strafen und Unterlassungsverfügungen; zusätzliche Verfahren; unter bestimmten Umständen strafrechtliche Verfolgung; Verlust eines vereinbarten Schutzes vor Strafverfolgung; aufsichtsrechtliche Auflagen für den Geschäftsbetrieb der Gruppe, einschließlich Zulassungsentzug; Erhöhung aufsichtsrechtlicher Anforderungen; Einstellung einzelner Geschäftsfelder; öffentliche Rügen; Verlust beträchtlicher Vermögenswerte oder beträchtlicher Geschäftsverlust; nachteilige Auswirkungen auf die Reputation der Gruppe; Verlust des Vertrauens von Anlegern, Vertragspartnern, Verbrauchern und/oder Kunden; Risiko einer Bonitätsherabstufung durch Ratingagenturen; potenzielle negative Auswirkung auf die Verfügbarkeit und/oder Finanzierungs- und Liquiditätskosten; und/oder Entlassung von oder Kündigung durch Schlüsselpersonen. In Anbetracht der im Zusammenhang mit Gerichts-, Wettbewerbs- und aufsichtsrechtlichen Verfahren bestehenden Unsicherheiten kann nicht ausgeschlossen werden, dass sich der Ausgang eines bestimmten bzw. bestimmter Verfahren in einem bestimmten Zeitraum wesentlich auf die Ertragslage oder den Kapitalfluss der Gruppe auswirkt, was u. a. von der Höhe des aus dem Verfahren bzw. den Verfahren resultierenden Verlusts und der Höhe des andernfalls für den jeweiligen Zeitraum ausgewiesenen Ertrags abhängt.

Im Januar 2017 wurde die Barclays PLC verurteilt, drei Jahre auf Bewährung ab dem Datum der Urteilungsanordnung im Einklang mit den Bedingungen ihrer Einigung (*plea agreement* mit dem Justizministerium (*Department of Justice, "DOJ"*)) vom Mai 2015 abzuleisten. Während der Bewährungszeit gilt für die Barclays PLC unter anderem Folgendes: (i) sie darf kein Delikt welcher Art auch immer in Verletzung von US-Bundesgesetzen begehen, (ii) sie muss ein Compliance-Programm einführen und weiter umsetzen, das darauf ausgerichtet ist, der Verhaltensweise, die Anlass zu der Einigung gab, vorzubeugen und diese aufzudecken, und (iii) sie muss ihre Compliance- und internen Kontrollen, wie von den zuständigen Aufsichts- oder Vollzugsbehörden gefordert, stärken. Mögliche Folgen im Falle eines Verstoßes gegen die Einigung umfassen die Auferlegung zusätzlicher Bedingungen und Auflagen für die Gruppe, eine Verlängerung der Einigung oder die Strafverfolgung von Gruppengesellschaften, die wiederum weitere finanzielle Strafzahlungen und Nebenfolgen mit sich bringen und eine wesentliche nachteilige Auswirkung auf das Geschäft, das operative Ergebnis oder die Finanzlage der Gruppe haben könnten.

Zudem besteht das Risiko, dass aus dem Ausgang von Gerichts-, Wettbewerbs- und aufsichtsrechtlichen Verfahren, an denen die Gruppe beteiligt ist, im Rahmen einer umfassenden Reaktion der zuständigen Gesetzgeber und Aufsichtsbehörden Änderungen von Gesetzen oder Vorschriften hervorgehen. Eine nachteilige Entscheidung in einem oder mehreren dieser Verfahren, entweder gegen die Gruppe oder gegen ein anderes Finanzinstitut, das mit vergleichbaren Klagen konfrontiert ist, könnte zu weiteren Klagen gegen die Gruppe führen.

- X. Im RSP Basisprospekt A vom 13. Juni 2017, RSP Basisprospekt A vom 25. Juli 2017 und RSP Basisprospekt B werden jeweils im Abschnitt **"RISIKOFAKTOREN"** in dem Unterabschnitt **"FAKTOREN, DIE AUSWIRKUNGEN AUF DIE FÄHIGKEIT DER EMITTENTIN ZUR ERFÜLLUNG IHRER VERPFLICHTUNGEN UNTER DEN WERTPAPIEREN HABEN KÖNNEN"** die Risikofaktoren **"2. Aufsichtsrechtliche Maßnahmen im Falle eines Ausfalls oder wahrscheinlichen Ausfalls einer Bank oder Wertpapierfirma der Gruppe können sich in wesentlichem Maße nachteilig auf den Wert der Wertpapiere auswirken"** und **"3. Eine Herabstufung des von der Kredit-Ratingagentur erteilten Kreditratings der Emittentin könnte sich nachteilig auf die Liquidität oder den Marktwert der Wertpapiere auswirken. Kredit-rating-herabstufungen können sich u.a. aufgrund Änderungen der von den Kredit-Ratingagenturen verwendeten Ratingmethoden ergeben"** wie folgt ersetzt:

2. **Aufsichtsrechtliche Maßnahmen im Falle eines Ausfalls oder wahrscheinlichen Ausfalls einer Bank oder Wertpapierfirma der Gruppe (wie die Emittentin) können sich in wesentlichem Maße nachteilig auf den Wert der Wertpapiere auswirken**

Die Mehrheit der Anforderungen der EU-Richtlinie 2014/59/EU des Europäischen Parlamentes und des Rates vom 15. Mai 2014 in der jeweils gültigen Fassung (die **"BRRD"**) errichtet Rahmenbedingungen für die Sanierung und Abwicklung von Kreditinstituten und Wertpapierfirmen (darunter auch das Bail-In-Instrument) und wurde durch Änderungen des britischen Banking Acts 2009 (**"Banking Act"**) im Vereinigten Königreich umgesetzt. Weitere Informationen über das Bail-in-Instrument finden Anleger weiter unten unter *"2.4 Die relevante britische Abwicklungsbehörde kann das Bail-In-Instrument in*

Bezug auf die Emittentin und die Wertpapiere anwenden, was dazu führen kann, dass die Inhaber der Wertpapiere einen vollständigen oder teilweisen Verlust ihrer Anlage erleiden" und "2.6 Nach den Bedingungen der Wertpapiere haben Anleger sich der Anwendung der britischen Bail-In-Befugnis durch die relevante britische Abwicklungsbehörde unterworfen."

Am 23. November 2016 hat die Europäische Kommission, neben weiteren Ankündigungen, eine Ankündigung veröffentlicht wonach die BRRD geändert werden soll. Die Mehrheit dieser Ankündigungen befindet sich im Entwurfsstadium und unterliegt noch dem EU-Gesetzgebungsverfahren und der nationalen Umsetzung. Es ist daher unklar, welches die Auswirkungen dieser Ankündigungen auf die Gruppe, die Emittentin oder die Wertpapiere sein werden.

2.1 Das Bankengesetz verleiht einer Reihe von britischen Behörden weitreichende Befugnisse, um diese in die Lage zu versetzen, verschiedene Maßnahmen im Hinblick auf die britischen Banken oder Wertpapierfirmen und bestimmte ihrer verbundenen Unternehmen zu ergreifen, wenn von einer Bank oder Wertpapierfirma derselben Gruppe zu erwarten ist, dass diese ausfällt oder wahrscheinlich ausfallen wird. Die Durchführung dieser Maßnahmen im Hinblick auf die Emittentin kann einen wesentlich nachteiligen Effekt auf die Wertpapiere haben.

Nach dem Bankengesetz werden der Bank of England ("BoE") (oder, unter bestimmten Umständen, dem britischen Finanzministerium (Her Majesty's Treasury ("HM Treasury"))) als Teil eines speziellen Abwicklungsmechanismus (*special resolution Regime* ("SRR")) weitreichende Befugnisse in Abstimmung mit entweder der Prudential Regulation Authority ("PRA"), der Financial Conduct Authority ("FCA") oder der HM Treasury, soweit angemessen übertragen. Diese Befugnisse versetzen die relevanten britischen Abwicklungsbehörden in die Lage, Abwicklungsmaßnahmen im Hinblick auf eine Bank oder eine Wertpapierfirma des Vereinigten Königreichs und bestimmter verbundener Unternehmen dieser Bank oder Wertpapierfirma (jeweils ein relevantes Unternehmen (*relevant entity*)), in Fällen zu ergreifen, in denen die relevante britische Abwicklungsbehörde überzeugt ist, dass die Abwicklungsvoraussetzungen vorliegen. Zu diesen Voraussetzungen gehört, dass eine britische Bank oder Wertpapierfirma die Schwellenwert-Voraussetzungen gemäß dem *Financial Services and Markets Act 2000* ("FSMA"), die für die Genehmigung der Vornahme bestimmter regulierter Tätigkeiten (im Sinne von Section 55B FSMA) gelten, nicht einhält oder aller Wahrscheinlichkeit nach nicht einhalten wird oder – im Falle einer britischen Bank-Konzerngesellschaft, bei der es sich um ein EWR- oder Drittlands-Institut oder eine EWR- oder Drittlands-Wertpapierfirma handelt –, dass der zuständigen EWR- oder Drittlandsbehörde zu ihrer Zufriedenheit dargelegt wurde, dass die Abwicklungsvoraussetzungen in Verbindung mit diesem Unternehmen vorliegen.

Der spezielle Abwicklungsmechanismus ("SRR") enthält fünf Stabilisierungsoptionen: (a) ein privatwirtschaftlicher Verkauf des gesamten oder eines Teils des Geschäfts oder aller oder eines Teils der Anteile des betroffenen Unternehmens, (b) die Übertragung eines Teils oder des gesamten Geschäfts des betroffenen Unternehmens auf ein durch die Bank of England errichtetes "Brückeninstitut", (c) die Ausgliederung auf eine Vermögensverwaltungsgesellschaft, die hundertprozentig oder teilweise HM Treasury oder der Bank of England gehört, (d) die Nutzung des Bail-In-Instruments (wie nachstehend beschrieben) und (e) das vorübergehende Eigentum in öffentlicher Hand (Verstaatlichung).

Der Banking Act regelt darüber hinaus zwei neue Insolvenz- und Verwaltungsverfahren für betroffene Unternehmen. Zu den weiteren Befugnissen, die darin geregelt sind, gehört die Befugnis, vertragliche Vereinbarungen unter bestimmten Umständen zu modifizieren (wie beispielsweise eine Veränderung der Bedingungen der Wertpapiere), Rechte zur zeitweisen Aussetzung von Zahlungen, Rechte zur Aussetzung von Durchsetzungs- oder Beendigungsansprüchen, die als Reaktion auf die Ausübung der Abwicklungsbefugnisse geltend gemacht werden könnten, sowie Befugnisse der zuständigen britischen Abwicklungsbehörde, Rechtsvorschriften des Vereinigten Königreichs nicht anzuwenden oder zu verändern (mit der Möglichkeit der Rückwirkung), um eine effektive Anwendung der Befugnisse nach dem Banking Act zu gewährleisten.

Inhaber der Wertpapiere sollten davon ausgehen, dass einem relevanten Unternehmen die finanzielle Unterstützung durch die öffentliche Hand im Falle einer Abwicklung nur als allerletztes Mittel zur Verfügung steht, nachdem die zuständige britische Abwicklungsbehörde die Abwicklungsinstrumente, darunter auch das Bail-In-Instrument, bewertet und – soweit wie möglich – angewendet hat (wie unten beschrieben).

Die Ausübung der Abwicklungsbefugnisse oder die Empfehlung einer solchen Ausübung kann einen schwerwiegenden nachteiligen Effekt auf den Wert von Wertpapieren haben und dazu führen, dass Inhaber der Wertpapiere ihre Anlage in die Wertpapiere teilweise oder in voller Höhe verlieren.

2.2 Der Spezielle Abwicklungsmechanismus (Special Resolution Regime ("SRR")) ist für eine Anwendung im Vorfeld einer Insolvenz der Emittentin gedacht, und Inhaber der Wertpapiere sind möglicherweise nicht in der Lage, eine Ausübung der Abwicklungsbefugnisse (darunter auch das Bail-In-Instrument) der zuständigen britischen Abwicklungsbehörde vorherzusehen.

Die Stabilisierungsmaßnahmen sind dafür gedacht, vor dem Zeitpunkt einzugreifen, an dem ein Insolvenzverfahren im Hinblick auf das betroffene Unternehmen eingeleitet werden kann. Die Stabilisierungsmaßnahmen sollen in Fällen eingesetzt werden, in denen das Geschäft als Ganzes oder Teile des Geschäfts eines betroffenen Unternehmens in finanzielle Schwierigkeiten geraten sind, oder wahrscheinlich geraten wird, die in erhöhtem Maße öffentliche Interessen betreffen.

Wenngleich im Banking Act bestimmte Bedingungen für die Ausübung von Abwicklungsbefugnissen vorgesehen sind und darüber hinaus die im Mai 2015 veröffentlichten Leitlinien der Europäischen Bankenaufsicht ("**EBA**") den Abwicklungsbehörden objektive Faktoren für die Feststellung, ob ein Institut in eine Krise geraten ist oder wahrscheinlich in eine Krise geraten wird, an die Hand geben, ist unklar, wie die zuständige britische Abwicklungsbehörde derartige Bedingungen in einem bestimmten Szenario im Vorfeld einer Insolvenz, von der die Emittentin und/oder andere Mitglieder der Gruppe betroffen sind, und im Rahmen der Entscheidung über die Ausübung einer Abwicklungsbefugnis beurteilen würde.

Die zuständige britische Abwicklungsbehörde muss ihre Entscheidung eine Abwicklungsbefugnis auszuüben, auch nicht den Inhabern der Wertpapiere im Voraus ankündigen. Daher sind Inhaber der Wertpapiere möglicherweise nicht in der Lage, eine mögliche Ausübung dieser Befugnisse oder die potenziellen Auswirkungen ihrer Ausübung auf die Emittentin, die Gruppe und die Wertpapiere vorherzusehen.

2.3 Inhaber der Wertpapiere haben möglicherweise nur sehr eingeschränkte Rechte zur Anfechtung einer Ausübung der Abwicklungsbefugnisse (einschließlich des britischen Bail-In-Instruments) durch die zuständige britische Abwicklungsbehörde.

Inhaber der Wertpapiere haben möglicherweise nur sehr eingeschränkte Rechte, eine Entscheidung der zuständigen Abwicklungsbehörde im Vereinigten Königreich über eine Ausübung der ihr zustehenden Abwicklungsbefugnisse (*einschließlich des britischen Bail-In-Instruments*) anzufechten und/oder ihre Aussetzung zu verlangen oder diese Entscheidung in einem Gerichts- oder Verwaltungsverfahren oder auf sonstige Weise überprüfen zu lassen.

2.4 Die zuständige britische Abwicklungsbehörde kann das Bail-In-Instrument in Bezug auf die Emittentin und die Wertpapiere anwenden, was dazu führen kann, dass die Inhaber der Wertpapiere einen vollständigen oder teilweisen Verlust ihrer Anlage erleiden.

Soweit die jeweiligen rechtlichen Bedingungen für die Anwendung des Bail-In-Instruments erfüllt sind, ist zu erwarten, dass die zuständige britische Abwicklungsbehörde diese Befugnisse ohne Zustimmung der Inhaber der Wertpapiere ausübt. Vorbehaltlich bestimmter in den BRRD aufgeführter Maßnahmen (einschließlich besicherter Verbindlichkeiten, Bankeinlagen, die im Rahmen eines Einlagensicherungssystems eines EU-Mitgliedsstaats garantiert werden, Verbindlichkeiten, die aufgrund des Haltens von Kundengeldern entstehen, Verbindlichkeiten gegenüber anderen Banken oder Wertpapierhäusern, die nicht Teil der Gruppe sind, die eine ursprüngliche Fälligkeit von weniger als sieben Tagen und bestimmte andere Sonderfälle besitzen), wird beabsichtigt, dass sämtliche Verbindlichkeiten von Instituten und/oder ihren EWR-Muttergesellschaften potenziell unter den Anwendungsbereich des Bail-in-Instruments fallen sollen. Wenn daher das Bail-In-Instrument in Verbindung mit der Emittentin und den Wertpapieren ausgeübt wird, so kann dies jeweils zum vollständigen oder teilweisen Ausfall von auf die Wertpapiere zahlbaren Kapitalbeträge, Zinsbeträge oder sonstigen Beträge und/oder zu einer Umwandlung der Wertpapiere in Aktien oder andere Wertpapiere oder andere Verbindlichkeiten der Emittentin oder einer anderen Person oder zu anderen Änderungen der Bedingungen der Wertpapiere führen.

Der Banking Act regelt die Reihenfolge, in der das Bail-In-Instrument angewendet werden soll, wobei sich hierin die Rangfolge der Kapitalinstrumente nach der CRD IV-Richtlinie widerspiegelt und die Rangfolge der Forderungen in einer gewöhnlichen Insolvenz eingehalten wird. Ferner enthält das Bail-In-Instrument einen ausdrücklichen Sicherheitsmechanismus (Verbot der Schlechterstellung von Gläubigern ("**no creditor worse off**")), der zum Ziel hat, dass Aktionäre und Gläubiger nicht schlechter gestellt werden als in gewöhnlichen Insolvenzverfahren des betroffenen Unternehmens. Neben anderen Vorschlägen haben die von der Europäischen Kommission am 23. November 2016 vorgeschlagenen Änderungen der BRRD und der CRD IV-Richtlinie die Rangfolge von Gläubigern in Bezug auf bestimmte unbesicherte Schuldtitel geändert, auch wenn diese Änderungen weiterhin der nationalen Umsetzung unterliegen. Die sonstigen Änderungen der BRRD und CRD IV-Richtlinie, wie die Änderungen in Bezug auf MREL, befinden sich noch im Entwurfsstadium und unterliegen dem Gesetzgebungsverfahren der EU; es ist daher unklar, welche Auswirkung diese Änderungen auf die Gruppe, die Emittentin oder die Wertpapiere haben könnten.

Die Ausübung des Bail-In-Instruments in Bezug auf die Emittentin und die Wertpapiere, oder jeder Hinweis auf eine solche Ausübung könnte sich in wesentlichem Maße nachteilig auf die Rechte der Inhaber der Wertpapiere, den Preis bzw. den Wert ihrer Anlage in die Wertpapiere und/oder die Fähigkeit der Emittentin zur Erfüllung ihrer Pflichten aus den Wertpapieren auswirken und dazu führen, dass Inhaber der Wertpapiere den Wert ihrer Anlage in die Wertpapiere insgesamt oder teilweise verlieren. Darüber hinaus ist es selbst in Fällen, in denen ein Entschädigungsanspruch im Rahmen der Wahrung des Grundsatzes "keine Schlechterstellung von Gläubigern" (*no creditor worse off*) entsprechend einer nach Ergreifung der Abwicklungsmaßnahme durchgeführten Bewertung entsteht, unwahrscheinlich, dass diese Entschädigung den vollen Verlusten entsprechen würde, die den Inhabern der Wertpapiere bei der Abwicklung entstanden sind, und es kann nicht zugesichert werden, dass diese Entschädigung umgehend an die betreffenden Inhaber der Wertpapiere geleistet wird.

2.5 Da gesicherte Einlagen nicht vom Bail-In-Instrument erfasst werden und andere bevorrechtigte Einlagen (und gesicherte Einlagen) gegenüber von der Bank ausgegebenen Wertpapieren vorrangig sind, würden diese Wertpapiere mit höherer Wahrscheinlichkeit vom bail-in erfasst werden, als andere nicht-nachrangige Verbindlichkeiten der Bank (wie beispielsweise sonstige bevorrechtigte Einlagen).

Im Zuge der gemäß der BRRD erforderlichen Reformen wurden die betreffenden Gesetze im Vereinigten Königreich (einschließlich des UK Insolvency Act von 1986) geändert, um in der Insolvenz-Rangfolge einen gesetzlichen Vorrang (i) erstens für Einlagen zu schaffen, die im Rahmen des britischen Financial Services Compensation Scheme gesichert sind ("**gesicherte Einlagen**"), so dass diese mit bestehenden bevorrechtigten Ansprüchen einen Rang als "ordentliche" bevorrechtigte Ansprüche einnehmen, und (ii) zweitens für alle anderen Einlagen von natürlichen Personen, Kleinst- und Kleinunternehmen sowie mittleren Unternehmen zu schaffen, die bei in und außerhalb des EWR gelegenen Filialen einer im EWR ansässigen Bank gehalten werden ("**sonstige bevorrechtigte Einlagen**"), so dass diese als lediglich "sekundäre" bevorrechtigte Einlagen gegenüber den "ordentlichen" bevorrechtigten Einlagen nachrangig sind. Darüber hinaus wurde im Rahmen der EU-Einlagensicherungsrichtlinie, wie im Vereinigten Königreich umgesetzt, seit Juli 2015 die Art und die Höhe der gesicherten Einlagen erweitert, so dass diese eine große Bandbreite an Einlagen umfassen, darunter Firmenkundeneinlagen (sofern der Einleger keine öffentlich-rechtliche Körperschaft bzw. kein öffentlich-rechtliches Finanzinstitut ist) und einige befristete Einlagen von hohem Wert. Das Resultat dieser Änderungen ist eine Vergrößerung der Klassen der vorrangigen Gläubiger. Alle diese bevorrechtigten Einlagen gehen in der Insolvenz-Rangfolge gegenüber allen anderen unbesicherten vorrangigen Gläubigern der Bank, einschließlich den Inhabern der Wertpapiere vor. Darüber hinaus werden gesicherte Einlagen nicht vom Bail-In-Instrument erfasst. Infolgedessen besteht für den Fall einer Ausübung des Bail-In-Instruments durch die zuständige britische Abwicklungsbehörde eine höhere Wahrscheinlichkeit, dass die Wertpapiere eher vom bail-in erfasst werden als bestimmte andere nicht-nachrangige Verbindlichkeiten der Bank, wie beispielsweise sonstige bevorrechtigte Einlagen.

2.6 Nach den Bedingungen der Wertpapiere haben Anleger sich der Anwendung der britischen Bail-In-Befugnis durch die zuständige britische Abwicklungsbehörde unterworfen

Ungeachtet etwaiger anderer Vereinbarungen, Vorkehrungen oder Abreden zwischen der Gruppe und einem Inhaber der Schweizerischen Wertpapiere, erkennen Anleger mit dem Erwerb der Schweizerischen Wertpapiere an, erklären sich einverstanden, akzeptieren und stimmen einer rechtlichen Bindung ihrerseits dahingehend zu, dass die Ausübung der britischen Bail-In-Befugnis

durch die zuständige britische Abwicklungsbehörde die folgenden Auswirkungen haben kann: (i) die Reduzierung oder Kündigung des gesamten oder eines Teils des Kapitalbetrages der Schweizerischen Wertpapiere oder der Zinsen auf die Schweizerischen Wertpapiere; (ii) die Umwandlung des ganzen oder eines Teils des Kapitalbetrages oder der Zinsen der Wertpapiere in Aktien oder andere Wertpapiere oder andere Verbindlichkeiten der Emittentin oder einer anderen Person führen kann (und die Ausgabe an oder Übertragung auf die Inhaber der Wertpapiere dieser Aktien oder Wertpapiere oder Verbindlichkeiten); und/oder (iii) die Anpassung oder Änderung der Laufzeit der Schweizerischen Wertpapiere, oder Anpassung des Zinsbetrages, der auf die Schweizerischen Wertpapiere fällig ist oder der Tage an denen die Zinsen zu zahlen sind; dies umfasst die Aussetzung der Zahlung für einen vorübergehenden Zeitraum und geschieht jeweils mit dem Ziel, der Ausübung der Bail-In Befugnis der zuständigen britischen Abwicklungsbehörde Wirkung zu verleihen. Des Weiteren erkennt jeder Inhaber der Schweizerischen Wertpapiere an und erklärt sich damit einverstanden, dass die Bail-In Befugnis auf seine Rechte anwendbar ist und diese geändert werden können, soweit dies nötig ist, um der Ausübung einer britischen Bail-In Befugnis durch die relevante britische Abwicklungsbehörde Wirkung zu verleihen.

Dies bedeutet, dass eine britische Bail-In-Befugnis auf eine Weise ausgeübt werden kann, die zur Folge hat, dass Anleger und andere Inhaber der Schweizerischen Wertpapiere den Wert ihrer Anlage in die Schweizerischen Wertpapiere zum Teil oder in voller Höhe verlieren können oder ein anderes Wertpapier als die Schweizerischen Wertpapiere erhalten, das möglicherweise bedeutend weniger als die Schweizerischen Wertpapiere Wert sein kann und möglicherweise über eine geringere Absicherung verfügt, als dies für Schuldtitel normalerweise der Fall ist. Überdies kann die zuständige britische Abwicklungsbehörde die britische Bail-In-Befugnis ohne jede Vorankündigung sowie ohne die Notwendigkeit einer Zustimmung der Inhaber der Schweizerischen Wertpapiere ausüben.

Des Weiteren stellt die Ausübung der britischen Bail-In Befugnis durch die relevante britische Abwicklungsbehörde im Hinblick auf die Schweizerischen Wertpapiere nach den Bedingungen der Schweizerischen Wertpapiere keinen Kündigungsgrund dar. Weitere Informationen sind im Schweizer Anhang zu den Wertpapierbedingungen enthalten.

3. Eine Herabstufung des von einer Ratingagentur erteilten Ratings der Emittentin könnte sich nachteilig auf die Liquidität oder den Marktwert der Wertpapiere auswirken. Rating-Herabstufungen können sich u. a. aufgrund von Änderungen der von den Ratingagenturen verwendeten Ratingmethoden ergeben

Ein der Emittentin erteiltes Rating kann von einer Ratingagentur vollständig zurückgenommen, ausgesetzt oder herabgestuft werden, wenn nach Einschätzung der jeweiligen Ratingagentur die dem Rating zugrunde liegenden Umstände dies erfordern. Eine Reihe von Faktoren, die sich im Laufe der Zeit ändern können, haben möglicherweise Auswirkungen auf Ratings, darunter die Einschätzung der Ratingagenturen hinsichtlich Folgendem: die Strategie der Emittentin und die Fähigkeiten ihrer Geschäftsleitung; die Finanzlage der Emittentin, einschließlich in Bezug auf das Kapital, die Finanzierung und die Liquidität; Wettbewerbsbedingungen und die wirtschaftliche Lage in den Schlüsselmärkten der Emittentin; der Umfang der politischen Unterstützung für die Branchen, in denen die Emittentin ihre Geschäftsaktivitäten ausübt; die Umsetzung von Strukturreformen; und aufsichtsrechtliche und andere rechtliche Rahmenbedingungen, die sich auf die rechtliche Struktur und die Geschäftsaktivitäten der Emittentin sowie die Rechte ihrer Gläubiger auswirken. Die Ratingagenturen können auch die auf Emittenten in einer bestimmten Branche oder in einer bestimmten politischen oder wirtschaftlichen Region anwendbaren Ratingmethoden überarbeiten. Wenn nach Wahrnehmung der Ratingagenturen, auch aufgrund von Änderungen anwendbarer Ratingmethoden, nachteilige Änderungen der Faktoren vorliegen, die sich auf ein Rating der Emittentin auswirken, können die Ratingagenturen die einem Emittenten und/oder seinen Wertpapieren erteilten Ratings herabstufen, aussetzen oder zurücknehmen. Überprüfungen von Ratingmethoden und Handlungen von Ratingagenturen in Bezug auf die Ratings der Emittentin können in Zukunft vorkommen.

Wenn die Emittentin beschließt, ein oder mehrere Ratings nicht länger aufrechtzuerhalten, oder wenn eine Ratingagentur die Ratings der Emittentin zurücknimmt, aussetzt oder herabstuft, oder wenn eine solche Aussetzung, Rücknahme oder Herabstufung erwartet wird (bzw. eine Ratingagentur die Ratings der Emittentin in Erwägung einer Herabstufung, Aussetzung oder Rücknahme auf *Credit Watch* setzt), sei es aufgrund der oben beschriebenen Faktoren oder aus anderen Gründen, könnte sich dieses

Ereignis nachteilig auf die Liquidität oder den Marktwert der Wertpapiere auswirken (unabhängig davon, ob vor einem solchen Ereignis den Wertpapieren zuvor ein Rating zugeordnet wurde). "

XI. Im Basisprospekt Prosper A werden im Abschnitt "**RISIKOFAKTOREN**" im Unterabschnitt "**FAKTOREN, DIE AUSWIRKUNGEN AUF DIE FÄHIGKEIT DER EMITTENTIN ZUR ERFÜLLUNG IHRER VERPFLICHTUNGEN UNTER DEN WERTPAPIEREN HABEN KÖNNEN**" die Risikofaktoren "2. Aufsichtsrechtliche Maßnahmen im Falle eines Ausfalls oder wahrscheinlichen Ausfalls einer Bank oder Wertpapierfirma der Gruppe können sich in wesentlichem Maße nachteilig auf den Wert der Wertpapiere auswirken" und "3. Eine Herabstufung des von der Kredit-Ratingagentur erteilten Kreditratings der Emittentin könnte sich nachteilig auf die Liquidität oder den Marktwert der Wertpapiere auswirken. Kredit-rating-herabstufungen können sich u.a. aufgrund Änderungen der von den Kredit-Ratingagenturen verwendeten Ratingmethoden ergeben" wie folgt ersetzt:

2. Aufsichtsrechtliche Maßnahmen im Falle eines Ausfalls oder wahrscheinlichen Ausfalls einer Bank oder Wertpapierfirma der Gruppe können sich in wesentlichem Maße nachteilig auf den Wert der Wertpapiere auswirken

Die Mehrheit der Anforderungen der EU-Richtlinie 2014/59/EU des Europäischen Parlamentes und des Rates vom 15. Mai 2014 in der jeweils gültigen Fassung (die "**BRRD**") errichtet Rahmenbedingungen für die Sanierung und Abwicklung von Kreditinstituten und Wertpapierfirmen (darunter auch das Bail-In-Instrument) und wurde durch Änderungen des Banking Act im Vereinigten Königreich umgesetzt. Weitere Informationen über das Bail-in-Instrument finden Anleger weiter unten unter "2.4 Die relevante britische Abwicklungsbehörde kann das Bail-In-Instrument in Bezug auf die Emittentin anwenden, was dazu führen kann, dass die Inhaber der Wertpapiere einen vollständigen oder teilweisen Verlust ihrer Anlage erleiden".

Am 23. November 2016 hat die Europäische Kommission, neben weiteren Ankündigungen, eine Ankündigung veröffentlicht wonach die BRRD geändert werden soll. Die Mehrheit dieser Ankündigungen befindet sich im Entwurfsstadium und unterliegt noch dem EU-Gesetzgebungsverfahren und der nationalen Umsetzung. Es ist daher unklar, welches die Auswirkungen dieser Ankündigungen auf die Gruppe, die Emittentin oder die Wertpapiere sein werden.

2.1 Das Bankengesetz verleiht einer Reihe von britischen Behörden weitreichende Befugnisse, um diese in die Lage zu versetzen, verschiedene Maßnahmen im Hinblick auf die britischen Banken oder Wertpapierfirmen und bestimmte ihrer verbundenen Unternehmen zu ergreifen, wenn von einer Bank oder Wertpapierfirma derselben Gruppe zu erwarten ist, dass diese ausfällt oder wahrscheinlich ausfallen wird. Die Durchführung dieser Maßnahmen im Hinblick auf die Emittentin kann einen wesentlich nachteiligen Effekt auf die Wertpapiere haben.

Nach dem Bankengesetz werden der Bank of England ("**BoE**") (oder, unter bestimmten Umständen, dem britischen Finanzministerium (Her Majesty's Treasury ("**HM Treasury**")) als Teil eines speziellen Abwicklungsmechanismus (*special resolution Regime* ("**SRR**")) weitreichende Befugnisse in Abstimmung mit entweder der Prudential Regulation Authority ("**PRA**"), der Financial Conduct Authority ("**FCA**") oder der HM Treasury, soweit angemessen übertragen. Diese Befugnisse versetzen die relevanten britischen Abwicklungsbehörden in die Lage, Abwicklungsmaßnahmen im Hinblick auf eine Bank oder eine Wertpapierfirma des Vereinigten Königreichs und bestimmter verbundener Unternehmen dieser Bank oder Wertpapierfirma (jeweils ein relevantes Unternehmen (*relevant entity*)), in Fällen zu ergreifen, in denen die relevante britische Abwicklungsbehörde überzeugt ist, dass die Abwicklungsvoraussetzungen vorliegen. Zu diesen Voraussetzungen gehört, dass eine britische Bank oder Wertpapierfirma die Schwellenwert-Voraussetzungen gemäß dem *Financial Services and Markets Act 2000* ("**FSMA**"), die für die Genehmigung der Vornahme bestimmter regulierter Tätigkeiten (im Sinne von Section 55B FSMA) gelten, nicht einhält oder aller Wahrscheinlichkeit nach nicht einhalten wird oder – im Falle einer britischen Bank-Konzerngesellschaft, bei der es sich um ein EWR- oder Drittlands-Institut oder eine EWR- oder Drittlands-Wertpapierfirma handelt –, dass der zuständigen EWR- oder Drittlandsbehörde zu ihrer Zufriedenheit dargelegt wurde, dass die Abwicklungsvoraussetzungen in Verbindung mit diesem Unternehmen vorliegen.

Der spezielle Abwicklungsmechanismus ("**SRR**") enthält fünf Stabilisierungsoptionen: (a) ein privatwirtschaftlicher Verkauf des gesamten oder eines Teils des Geschäfts oder aller oder eines Teils der Anteile des betroffenen Unternehmens, (b) die Übertragung eines Teils oder des gesamten Geschäfts des betroffenen Unternehmens auf ein durch die Bank of England errichtetes

"Brückeninstitut", (c) die Ausgliederung auf eine Vermögensverwaltungsgesellschaft, die hundertprozentig oder teilweise HM Treasury oder der Bank of England gehört, (d) die Nutzung des Bail-In-Instruments (wie nachstehend beschrieben) und (e) das vorübergehende Eigentum in öffentlicher Hand (Verstaatlichung).

Der Banking Act regelt darüber hinaus zwei neue Insolvenz- und Verwaltungsverfahren für betroffene Unternehmen. Zu den weiteren Befugnissen, die darin geregelt sind, gehört die Befugnis, vertragliche Vereinbarungen unter bestimmten Umständen zu modifizieren (wie beispielsweise eine Veränderung der Bedingungen der Wertpapiere), Rechte zur zeitweisen Aussetzung von Zahlungen, Rechte zur Aussetzung von Durchsetzungs- oder Beendigungsansprüchen, die als Reaktion auf die Ausübung der Abwicklungsbefugnisse geltend gemacht werden könnten, sowie Befugnisse der zuständigen britischen Abwicklungsbehörde, Rechtsvorschriften des Vereinigten Königreichs nicht anzuwenden oder zu verändern (mit der Möglichkeit der Rückwirkung), um eine effektive Anwendung der Befugnisse nach dem Banking Act zu gewährleisten.

Inhaber der Wertpapiere sollten davon ausgehen, dass einem relevanten Unternehmen die finanzielle Unterstützung durch die öffentliche Hand im Falle einer Abwicklung nur als allerletztes Mittel zur Verfügung steht, nachdem die zuständige britische Abwicklungsbehörde die Abwicklungsinstrumente, darunter auch das Bail-In-Instrument, bewertet und – soweit wie möglich – angewendet hat (wie unten beschrieben).

Die Ausübung der Abwicklungsbefugnisse oder die Empfehlung einer solchen Ausübung kann einen schwerwiegenden nachteiligen Effekt auf den Wert von Wertpapieren haben und dazu führen, dass Inhaber der Wertpapiere ihre Anlage in die Wertpapiere teilweise oder in voller Höhe verlieren.

2.2 Der Spezielle Abwicklungsmechanismus (Special Resolution Regime ("SRR")) ist für eine Anwendung im Vorfeld einer Insolvenz der Emittentin gedacht, und Inhaber der Wertpapiere sind möglicherweise nicht in der Lage, eine Ausübung der Abwicklungsbefugnisse (darunter auch das Bail-In-Instrument) der zuständigen britischen Abwicklungsbehörde vorherzusehen.

Die Stabilisierungsmaßnahmen sind dafür gedacht, vor dem Zeitpunkt einzugreifen, an dem ein Insolvenzverfahren im Hinblick auf das betroffene Unternehmen eingeleitet werden kann. Die Stabilisierungsmaßnahmen sollen in Fällen eingesetzt werden, in denen das Geschäft als Ganzes oder Teile des Geschäfts eines betroffenen Unternehmens in finanzielle Schwierigkeiten geraten sind, oder wahrscheinlich geraten wird, die in erhöhtem Maße öffentliche Interessen betreffen.

Wenngleich im Banking Act bestimmte Bedingungen für die Ausübung von Abwicklungsbefugnissen vorgesehen sind und darüber hinaus die im Mai 2015 veröffentlichten Leitlinien der Europäischen Bankenaufsicht ("EBA") den Abwicklungsbehörden objektive Faktoren für die Feststellung, ob ein Institut in eine Krise geraten ist oder wahrscheinlich in eine Krise geraten wird, an die Hand geben, ist unklar, wie die zuständige britische Abwicklungsbehörde derartige Bedingungen in einem bestimmten Szenario im Vorfeld einer Insolvenz, von der die Emittentin und/oder andere Mitglieder der Gruppe betroffen sind, und im Rahmen der Entscheidung über die Ausübung einer Abwicklungsbefugnis beurteilen würde.

Die zuständige britische Abwicklungsbehörde muss ihre Entscheidung eine Abwicklungsbefugnis auszuüben, auch nicht den Inhabern der Wertpapiere im Voraus ankündigen. Daher sind Inhaber der Wertpapiere möglicherweise nicht in der Lage, eine mögliche Ausübung dieser Befugnisse oder die potenziellen Auswirkungen ihrer Ausübung auf die Emittentin, die Gruppe und die Wertpapiere vorherzusehen.

2.3 Inhaber der Wertpapiere haben möglicherweise nur sehr eingeschränkte Rechte zur Anfechtung einer Ausübung der Abwicklungsbefugnisse (einschließlich des britischen Bail-In-Instruments) durch die zuständige britische Abwicklungsbehörde.

Inhaber der Wertpapiere haben möglicherweise nur sehr eingeschränkte Rechte, eine Entscheidung der zuständigen Abwicklungsbehörde im Vereinigten Königreich über eine Ausübung der ihr zustehenden Abwicklungsbefugnisse (*einschließlich des britischen Bail-In-Instruments*) anzufechten und/oder ihre Aussetzung zu verlangen oder diese Entscheidung in einem Gerichts- oder Verwaltungsverfahren oder auf sonstige Weise überprüfen zu lassen.

2.4 Die zuständige britische Abwicklungsbehörde kann das Bail-In-Instrument in Bezug auf die Emittentin und die Wertpapiere anwenden, was dazu führen kann, dass die Inhaber der Wertpapiere einen vollständigen oder teilweisen Verlust ihrer Anlage erleiden.

Soweit die jeweiligen rechtlichen Bedingungen für die Anwendung des Bail-In-Instruments erfüllt sind, ist zu erwarten, dass die zuständige britische Abwicklungsbehörde diese Befugnisse ohne Zustimmung der Inhaber der Wertpapiere ausübt. Vorbehaltlich bestimmter in den BRRD aufgeführter Maßnahmen (einschließlich besicherter Verbindlichkeiten, Bankeinlagen, die im Rahmen eines Einlagensicherungssystems eines EU-Mitgliedsstaats garantiert werden, Verbindlichkeiten, die aufgrund des Haltens von Kundengeldern entstehen, Verbindlichkeiten gegenüber anderen Banken oder Wertpapierhäusern, die nicht Teil der Gruppe sind, die eine ursprüngliche Fälligkeit von weniger als sieben Tagen und bestimmte andere Sonderfälle besitzen), wird beabsichtigt, dass sämtliche Verbindlichkeiten von Instituten und/oder ihren EWR-Muttergesellschaften potenziell unter den Anwendungsbereich des Bail-in-Instruments fallen sollen. Wenn daher das Bail-In-Instrument in Verbindung mit der Emittentin und den Wertpapieren ausgeübt wird, so kann dies jeweils zum vollständigen oder teilweisen Ausfall von auf die Wertpapiere zahlbaren Kapitalbeträge, Zinsbeträge oder sonstigen Beträge und/oder zu einer Umwandlung der Wertpapiere in Aktien oder andere Wertpapiere oder andere Verbindlichkeiten der Emittentin oder einer anderen Person oder zu anderen Änderungen der Bedingungen der Wertpapiere führen. Wenn solche Verbindlichkeiten unterbesichert sind, kann der unbesicherte Teil dieser Verbindlichkeit einem Bail-in unterliegen, d. h. in Bezug auf den unbesicherten Teil.

Der Banking Act regelt die Reihenfolge, in der das Bail-In-Instrument angewendet werden soll, wobei sich hierin die Rangfolge der Kapitalinstrumente nach der CRD IV-Richtlinie widerspiegelt und die Rangfolge der Forderungen in einer gewöhnlichen Insolvenz eingehalten wird. Ferner enthält das Bail-In-Instrument einen ausdrücklichen Sicherheitsmechanismus (Verbot der Schlechterstellung von Gläubigern ("**no creditor worse off**")), der zum Ziel hat, dass Aktionäre und Gläubiger nicht schlechter gestellt werden als in gewöhnlichen Insolvenzverfahren des betroffenen Unternehmens. Neben anderen Vorschlägen haben die von der Europäischen Kommission am 23. November 2016 vorgeschlagenen Änderungen der BRRD und der CRD IV-Richtlinie die Rangfolge von Gläubigern in Bezug auf bestimmte unbesicherte Schuldtitel geändert, auch wenn diese Änderungen weiterhin der nationalen Umsetzung unterliegen. Die sonstigen Änderungen der BRRD und CRD IV-Richtlinie, wie die Änderungen in Bezug auf MREL, befinden sich noch im Entwurfsstadium und unterliegen dem Gesetzgebungsverfahren der EU; es ist daher unklar, welche Auswirkung diese Änderungen auf die Gruppe, die Emittentin oder die Wertpapiere haben könnten.

Die Ausübung des Bail-In-Instruments in Bezug auf die Emittentin und die Wertpapiere, oder jeder Hinweis auf eine solche Ausübung könnte sich in wesentlichem Maße nachteilig auf die Rechte der Inhaber der Wertpapiere, den Preis bzw. den Wert ihrer Anlage in die Wertpapiere und/oder die Fähigkeit der Emittentin zur Erfüllung ihrer Pflichten aus den Wertpapieren auswirken und dazu führen, dass Inhaber der Wertpapiere den Wert ihrer Anlage in die Wertpapiere insgesamt oder teilweise verlieren. Darüber hinaus ist es selbst in Fällen, in denen ein Entschädigungsanspruch im Rahmen der Wahrung des Grundsatzes "keine Schlechterstellung von Gläubigern" (*no creditor worse off*) entsprechend einer nach Ergreifung der Abwicklungsmaßnahme durchgeführten Bewertung entsteht, unwahrscheinlich, dass diese Entschädigung den vollen Verlusten entsprechen würde, die den Inhabern der Wertpapiere bei der Abwicklung entstanden sind, und es kann nicht zugesichert werden, dass diese Entschädigung umgehend an die betreffenden Inhaber der Wertpapiere geleistet wird.

2.5 Da gesicherte Einlagen nicht vom Bail-In-Instrument erfasst werden und andere bevorrechtigte Einlagen (und gesicherte Einlagen) gegenüber von der Bank ausgegebenen Wertpapieren vorrangig sind, würden diese Wertpapiere mit höherer Wahrscheinlichkeit vom bail-in erfasst werden, als andere nicht-nachrangige Verbindlichkeiten der Bank (wie beispielsweise sonstige bevorrechtigte Einlagen).

Im Zuge der gemäß der BRRD erforderlichen Reformen wurden die betreffenden Gesetze im Vereinigten Königreich (einschließlich des UK Insolvency Act von 1986) geändert, um in der Insolvenz-Rangfolge einen gesetzlichen Vorrang (i) erstens für Einlagen zu schaffen, die im Rahmen des britischen Financial Services Compensation Scheme gesichert sind ("**gesicherte Einlagen**"), so dass diese mit bestehenden bevorrechtigten Ansprüchen einen Rang als "ordentliche" bevorrechtigte Ansprüche einnehmen, und (ii) zweitens für alle anderen Einlagen von natürlichen Personen, Kleinst- und Kleinunternehmen sowie mittleren Unternehmen zu schaffen, die bei in und außerhalb des EWR

gelegenen Filialen einer im EWR ansässigen Bank gehalten werden ("**sonstige bevorrechtigte Einlagen**"), so dass diese als lediglich "sekundäre" bevorrechtigte Einlagen gegenüber den "ordentlichen" bevorrechtigten Einlagen nachrangig sind. Darüber hinaus wurde im Rahmen der EU-Einlagensicherungsrichtlinie, wie im Vereinigten Königreich umgesetzt, seit Juli 2015 die Art und die Höhe der gesicherten Einlagen erweitert, so dass diese eine große Bandbreite an Einlagen umfassen, darunter Firmenkundeneinlagen (sofern der Einleger keine öffentlich-rechtliche Körperschaft bzw. kein öffentlich-rechtliches Finanzinstitut ist) und einige befristete Einlagen von hohem Wert. Das Resultat dieser Änderungen ist eine Vergrößerung der Klassen der vorrangigen Gläubiger. Alle diese bevorrechtigten Einlagen gehen in der Insolvenz-Rangfolge gegenüber allen anderen unbesicherten vorrangigen Gläubigern der Bank, einschließlich den Inhabern der Wertpapiere vor. Darüber hinaus werden gesicherte Einlagen nicht vom Bail-In-Instrument erfasst. Infolgedessen besteht für den Fall einer Ausübung des Bail-In-Instruments durch die zuständige britische Abwicklungsbehörde eine höhere Wahrscheinlichkeit, dass die Wertpapiere eher vom bail-in erfasst werden (jedenfalls soweit die Wertpapiere in den Anwendungsbereich des Bail-In-Tools fallen) als bestimmte andere nicht-nachrangige Verbindlichkeiten der Bank, wie beispielsweise sonstige bevorrechtigte Einlagen.

3. Eine Herabstufung des von einer Ratingagentur erteilten Ratings der Emittentin könnte sich nachteilig auf die Liquidität oder den Marktwert der Wertpapiere auswirken. Rating-Herabstufungen können sich u. a. aufgrund von Änderungen der von den Ratingagenturen verwendeten Ratingmethoden ergeben

Ein der Emittentin erteiltes Rating kann von einer Ratingagentur vollständig zurückgenommen, ausgesetzt oder herabgestuft werden, wenn nach Einschätzung der jeweiligen Ratingagentur die dem Rating zugrunde liegenden Umstände dies erfordern. Eine Reihe von Faktoren, die sich im Laufe der Zeit ändern können, haben möglicherweise Auswirkungen auf Ratings, darunter die Einschätzung der Ratingagenturen hinsichtlich Folgendem: die Strategie der Emittentin und die Fähigkeiten ihrer Geschäftsleitung; die Finanzlage der Emittentin, einschließlich in Bezug auf das Kapital, die Finanzierung und die Liquidität; Wettbewerbsbedingungen und die wirtschaftliche Lage in den Schlüsselmärkten der Emittentin; der Umfang der politischen Unterstützung für die Branchen, in denen die Emittentin ihre Geschäftsaktivitäten ausübt; die Umsetzung von Strukturreformen; und aufsichtsrechtliche und andere rechtliche Rahmenbedingungen, die sich auf die rechtliche Struktur und die Geschäftsaktivitäten der Emittentin sowie die Rechte ihrer Gläubiger auswirken. Die Ratingagenturen können auch die auf Emittenten in einer bestimmten Branche oder in einer bestimmten politischen oder wirtschaftlichen Region anwendbaren Ratingmethoden überarbeiten. Wenn nach Wahrnehmung der Ratingagenturen, auch aufgrund von Änderungen anwendbarer Ratingmethoden, nachteilige Änderungen der Faktoren vorliegen, die sich auf ein Rating der Emittentin auswirken, können die Ratingagenturen die einem Emittenten und/oder seinen Wertpapieren erteilten Ratings herabstufen, aussetzen oder zurücknehmen. Überprüfungen von Ratingmethoden und Handlungen von Ratingagenturen in Bezug auf die Ratings der Emittentin können in Zukunft vorkommen.

XII. Im RSP Basisprospekt A vom 13. Juni 2017 und im RSP Basisprospekt A vom 25. Juli 2017 werden jeweils im Abschnitt "RISIKOFAKTOREN" im Unterabschnitt "FAKTOREN, DIE AUSWIRKUNGEN AUF DIE FÄHIGKEIT DER EMITTENTIN ZUR ERFÜLLUNG IHRER VERPFLICHTUNGEN UNTER DEN WERTPAPIEREN HABEN KÖNNEN" der Risikofaktor "15. Risiken im Zusammenhang mit der Reform des LIBOR, des EURIBOR und anderen Zinsindizes sowie Aktien-, Rohstoff- und Währungsindizes als "Benchmarks" (Referenzwerte)" wie folgt ersetzt:

Risiken in Zusammenhang mit Wertpapieren, die an Referenzwerte ("Benchmarks") gebunden sind

Die London Interbank Offered Rate ("**LIBOR**"), die Euro Interbank Offered Rate ("**EURIBOR**") und andere Zinssätze oder Arten von Werten und Indizes, die als Referenzwerte ("**Benchmarks**") gelten, sind Gegenstand von fortwährenden nationalen und internationalen aufsichtsrechtlichen Debatten und Reformvorschlägen. Einige dieser Reformen sind bereits in Kraft getreten, während andere noch umgesetzt werden müssen. Die Benchmark-Verordnung wurde am 29. Juni 2016 im Amtsblatt der Europäischen Union veröffentlicht und ist seit dem 1. Januar 2018 (mit Ausnahme der Bestimmungen in Artikel 59 (hauptsächlich in Bezug auf wesentliche Benchmarks), die seit dem 30. Juni 2016 gelten) anzuwenden. Die Benchmark-Verordnung könnte einen wesentlichen Einfluss auf Wertpapiere ausüben, die an den LIBOR, EURIBOR oder andere Referenzwerte oder Referenzindizes gebunden sind, insbesondere, wenn sich die Berechnungsmethode oder andere Bedingungen des Referenzwerts

zwecks der Einhaltung der Bestimmungen der Benchmark-Verordnung ändern; diese Änderungen könnten (u. a.) zu einem Rückgang oder Anstieg des Satzes oder Stands des Referenzwerts führen oder die Volatilität des veröffentlichten Satzes oder Stands des Referenzwerts beeinflussen. Darüber hinaus sieht die Benchmark-Verordnung vor, dass jeder Administrator eines unter diese Verordnung fallenden Referenzwerts von der zuständigen Behörde des Mitgliedstaats, in der dieser Administrator seinen Sitz hat, zugelassen werden muss. Es besteht das Risiko, dass Administratoren bestimmter Referenzwerte die erforderliche Zulassung nicht erhalten werden, wodurch sie diese Referenzwerte nicht weiter anbieten können. Andere Administratoren könnten die Verwaltung bestimmter Referenzwerte aufgrund der mit der Einhaltung der Benchmark-Verordnung und anderer anwendbarer Bestimmungen verbundenen zusätzlichen Kosten und Risiken einstellen. Auch besteht das Risiko, dass bestimmte Referenzwerte zwar weiter verwaltet, jedoch nach einiger Zeit obsolet werden. Als Beispiel für solche Benchmark-Reformen gab die UK Financial Conduct Authority am 27. Juli 2017 bekannt, dass sie nach 2021 Banken nicht weiter überzeugen oder zwingen werde, Sätze für die Berechnung des Referenzwerts LIBOR zur Verfügung zu stellen (die "**Bekanntmachung der FCA**"). Die Bekanntmachung der FCA macht deutlich, dass der Fortbestand des LIBOR auf der derzeitigen Grundlage (oder überhaupt) nach 2021 nicht mehr garantiert werden kann oder wird und dass Vorkehrungen für den Übergang auf alternative Referenzwerte, die sich stärker an Transaktionen orientieren, wie der reformierte SONIA (der Sterling Over Night Index Average), getroffen werden müssen.

Am 21. September 2017 gab die Europäische Zentralbank bekannt, dass sie Teil einer neuen Arbeitsgruppe sein wird, die sich mit der Entwicklung und Einführung von "risikofreien Tagesgeldsätzen" beschäftigen wird, die als Alternative zu den bereits bestehenden, bei zahlreichen Finanzinstrumenten und -kontrakten im Euroraum verwendeten, Referenzwerte dienen sollen.

Nach der Umsetzung dieser potenziellen Reformen könnte sich die Art und Weise der Verwaltung von Referenzwerten ändern mit der Folge, dass sie sich anders als in der Vergangenheit entwickeln könnten, oder der Referenzwert könnte vollständig abgeschafft werden, oder es könnten andere Folgen auftreten, die nicht vorhergesagt werden können. Die Abschaffung des LIBORs als Referenzwert oder eines anderen Referenzwerts oder Änderungen in der Art und Weise der Verwaltung eines Referenzwerts könnten eine Anpassung der Zinsberechnungsvorschriften der Bedingungen erforderlich machen oder zu nachteiligen Folgen für die Inhaber von Wertpapieren führen, die an diesen Referenzwert gebunden sind (einschließlich jedoch nicht beschränkt auf variabel verzinsliche Wertpapiere, deren Zinssätze an den LIBOR oder einen anderen von der Reform erfassten Referenzwert gebunden sind). Überdies kann sich bereits vor der Umsetzung etwaiger Änderungen die Unsicherheit hinsichtlich der Art der alternativen Referenzzinssätze und der potenziellen Änderungen dieses Referenzwerts während der Laufzeit der maßgeblichen Wertpapiere nachteilig auf diesen Referenzwert, den Ertrag der maßgeblichen Wertpapiere und den Handelsmarkt für Wertpapiere, die sich auf denselben Referenzwert beziehen, auswirken.

Die weiter unten aufgeführten "*Wertpapierbedingungen*" sehen bestimmte Ausfallbestimmungen für den Fall vor, dass ein veröffentlichter Referenzwert wie der LIBOR (einschließlich der Seite, auf der dieser Referenzwert veröffentlicht wird (oder ein Nachfolgedienst)) nicht mehr zur Verfügung steht, einschließlich der Möglichkeit, dass der Zinssatz durch Bezugnahme auf den Zinssatz einer Referenzanleihe, einen Nachfolgezinssatz oder einen alternativen Referenzzinssatz festgelegt werden könnte, und dass dieser Nachfolgezinssatz oder alternative Referenzzinssatz in vertretbarem Umfang angepasst werden kann, um wirtschaftliche Nachteile bzw. Vorteile für Anleger infolge der Ersetzung des maßgeblichen Referenzwerts zu reduzieren oder zu beseitigen. In bestimmten Fällen kann es als letzte Ausfallbestimmung dazu kommen, dass als Zinssatz für eine bestimmte Zinsperiode bzw. Reset-Periode der Zinssatz der unmittelbar vorangehenden Zinsperiode bzw. Reset-Periode verwendet wird. Dies kann dazu führen, dass für variabel verzinsliche Wertpapiere effektiv ein fester Zinssatz angewandt wird, der auf dem zuletzt auf der Maßgeblichen Bildschirmseite beobachteten Zinssatz basiert. Darüber hinaus ist es möglich, dass die maßgeblichen Ausfallbestimmungen aufgrund der Unsicherheit hinsichtlich der Verfügbarkeit von Nachfolgezinssätzen und alternativen Referenzzinssätzen nicht wie geplant zum maßgeblichen Zeitpunkt funktionieren.

Jede dieser Folgen könnte eine wesentlich nachteilige Auswirkung auf den Wert und auf die Erträge dieser Wertpapiere haben. Außerdem könnte sich jeder der oben genannten Punkte oder eine andere erhebliche Änderung der Zusammensetzung oder des Bestehens eines maßgeblichen Referenzzinssatzes auf die Fähigkeit der Emittentin auswirken, ihre Verpflichtungen aus den variabel verzinslichen Wertpapieren zu erfüllen, oder sich wesentlich nachteilig auf den Wert oder die Liquidität

der variabel verzinslichen Wertpapiere oder die im Rahmen der variabel verzinslichen Wertpapiere zahlbaren Beträge auswirken. Anleger sollten diese Punkte bei ihrer Anlageentscheidung hinsichtlich der jeweiligen variabel verzinslichen Wertpapiere berücksichtigen.

XIII. In den Basisprospekten werden in dem Abschnitt "**PER VERWEIS EINBEZOGENE ANGABEN**" die per Verweis einbezogenen Angaben in den Gliederungspunkten im ersten Absatz wie folgt ersetzt:

- die Seiten 1 bis 387 des gemeinsame Geschäftsberichts, der Barclays PLC und der Barclays Bank PLC, wie am 22. Februar 2018 bei der US Securities and Exchange Commission ("SEC") mittels Form 20-F für die am 31. Dezember 2016 bzw. 31. Dezember 2017 endenden Geschäftsjahre, eingereicht (der "**Gemeinsame Geschäftsbericht**"); die Daten zur Barclays Bank PLC von Seite 388 bis Seite 408 werden nicht einbezogen;
- die Geschäftsberichte der Emittentin mit ihren geprüften konsolidierten Jahresabschlüssen für die am 31. Dezember 2016 (der "**Geschäftsbericht der Emittentin 2016**") bzw. 31. Dezember 2017 (der "**Geschäftsbericht der Emittentin 2017**") zu Ende gegangenen Geschäftsjahre; und
- das Registrierungsformular der Barclays Bank PLC und ihrer Tochtergesellschaften vom 16. März 2018 für Zwecke des Artikel 5(3) der Verordnung 2003/71/EC, wie von der britischen Financial Conduct Authority (FCA) gebilligt (das "**Registrierungsformular 2018**"), in Bezug auf die auf den Seiten 25 bis 32 des Registrierungsformulars 2018 ungeprüften pro forma zusammengefassten konsolidierten Finanzinformationen in Bezug auf das am 31. Dezember 2017 endende Jahr der Barclays Bank PLC.

XIV. In den Basisprospekten wird in dem Abschnitt "**PER VERWEIS EINBEZOGENE ANGABEN**" die Tabelle in Bezug auf den Gemeinsamen Geschäftsbericht durch die folgende Tabelle ersetzt:

| | |
|--|--------------|
| Anmerkungen: Bestimmte nicht-IFRS-konforme Maßnahmen (Notes: Certain non-IFRS measures) | Seite i-ii |
| Markt- und andere Daten; Verwendung von Internetadressen; Verweise auf den Pillar 3-Bericht (Market and other data; Uses of Internet addresses; References to Pillar 3 report) | Seite ii |
| Unternehmenssteuerung (Governance) | |
| Lagebericht (Directors' report) | Seite 1-46 |
| Mitarbeiter (People) | Seite 47-50 |
| Vergütungsbericht (Remuneration Report) | Seite 51-74 |
| Risikoteil (Risk Review) | |
| Risikomanagement (Risk management) | Seite 77-78 |
| Wesentliche bestehende und entstehende Risiken (Material existing and emerging risks) | Seite 79-84 |
| Hauptrisikomanagement (Principal risk management) | Seite 85-95 |
| Risikoentwicklung (Risk performance) | Seite 96-154 |
| Aufsicht und Regulierung (Supervision and regulation) | Seite 155- |

| | |
|---|---------------|
| | 162 |
| Bestandsaufnahme (Financial review) | Seite 163-185 |
| Jahresabschluss (Financial statements) | |
| Bericht der unabhängigen Wirtschaftsprüfungsgesellschaft für Barclays PLC (Independent Registered Public Accounting Firm's report for Barclays PLC) | Seite 186-187 |
| Konsolidierter Jahresabschluss (Consolidated Financial Statements) der Barclays PLC | Seite 188-192 |
| Anmerkungen zum konsolidierten Jahresabschluss der Barclays PLC (Notes to the consolidated financial statements of Barclays PLC) | Seite 195-271 |
| Weitere Informationen (Additional information) | |
| Weitere Informationen für Anteilinhaber (Additional Shareholder Information) | Seite 272-281 |
| Weitere Informationen (Additional Information) | Seite 282-300 |
| Barclays Risikomanagementansatz (Barclays' approach to managing risks) | Seite 301-361 |
| Weitere Informationen (Additional information) | Seite 362-385 |
| Bericht der unabhängigen Wirtschaftsprüfungsgesellschaft für Barclays Bank PLC (Independent Registered Public Accounting Firm's report for Barclays Bank PLC) | Seite 386-387 |
| Glossar (Glossary of terms) | Seite 411-432 |
| Informationen für Anteilinhaber (Shareholder Information) | Seite 433-434 |

- XV.** In den Basisprospekten wird in dem Abschnitt "**PER VERWEIS EINBEZOGENE ANGABEN**" der letzte Absatz durch den folgenden Absatz ersetzt:

Die Emittentin hat die oben per Verweis einbezogenen Abschlüsse auf Grundlage der International Financial Reporting Standards ("**IFRS**"), wie vom International Accounting Standards Board veröffentlicht und von der Europäischen Union ("**EU**") übernommen, erstellt. Eine Zusammenfassung der wesentlichen Rechnungslegungsgrundsätze der Emittentin ist im Gemeinsamen Geschäftsbericht, im Geschäftsbericht der Emittentin 2016 und im Geschäftsbericht der Emittentin 2017 abgedruckt.

- XVI.** In den Basisprospekten werden in dem Abschnitt "**ALLGEMEINE INFORMATIONEN**" im Unterabschnitt "Ratings" die ersten zwei Absätze wie folgt ersetzt:

Ratings

Sofern in diesem Basisprospekt, den Endgültigen Bedingungen oder einem per Verweis einbezogenen Dokument Ratings wiedergegeben werden, so sind dies Ratings von Fitch Ratings Limited ("**Fitch**"), Moody's Investors Service Ltd. ("**Moody's**") und Standard & Poor's Credit Market Services Europe Limited ("**Standard & Poor's**"). Sowohl Fitch als auch Standard & Poor's und Moody's haben ihren Sitz in der Europäischen Union und sind registriert unter der Verordnung (EG) Nr. 1060/2009 des

Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. September 2009 über Ratingagenturen, geändert durch die Verordnung (EU) Nr. 513/2011 und stehen auf der Liste der registrierten Ratingagenturen, die auf der Website der Europäischen Wertpapieraufsichtsbehörde unter <http://www.esma.europa.eu/page/Listregistered-and-certified-CRAs> veröffentlicht ist.

Zum Datum dieses Basisprospektes sind die kurzfristigen unbesicherten Verpflichtungen der Bank wie folgt geratet: A-1 von Standard & Poor's, P-1 von Moody's, und F1 by Fitch und die langfristigen Verpflichtungen der Bank sind wie folgt geratet: A von Standard & Poor's, A2 von Moody's und A von Fitch. Die Ratings sind ohne einen gegebenenfalls vorhandenen Ausblick der jeweiligen Ratings dargestellt.

- XVII.** In den Basisprospekten werden in dem Abschnitt "**ALLGEMEINE INFORMATIONEN**" die Unterabschnitte "**Keine wesentliche Änderung**", "**Keine wesentliche nachteilige Änderung**" und "**Gerichtsverfahren**" wie folgt ersetzt:

Keine wesentliche Änderung

Mit Ausnahme der unter "**Die Bank und die Gruppe - Übernahmen, Veräußerungen und jüngste Entwicklungen - Barclays führt das "Ring-Fencing" Übertragungsverfahren (*Ring-Fencing Transfer Scheme*) durch**" gab es keine erheblichen Veränderungen der Finanzlage oder der Handelsposition der Bank oder der Gruppe seit dem 31. Dezember 2017.

Keine wesentliche nachteilige Änderung

Es gab keine wesentlich nachteiligen Änderungen in den Aussichten für die Bank oder die Gruppe seit dem 31. Dezember 2017.

Gerichtsverfahren

Mit Ausnahme der in "**Die Bank und die Gruppe - Rechtstreitigkeiten**" (außer unter der Überschrift "**Allgemeines**") und in "**Die Bank und die Gruppe - Übernahmen, Veräußerungen und jüngste Entwicklungen - Barclays erzielt einen Vergleich mit dem United States Department of Justice im Zusammenhang mit durch US-Hypotheken besicherte Wertpapiere (*Residential Mortgage-Backed Securities*)**" angegebenen Verfahren, gibt es keine staatlichen Interventionen, Gerichts- oder Schiedsgerichtsverfahren (einschließlich derjenigen Verfahren, die nach Kenntnis der Emittentin noch anhängig sind oder eingeleitet werden könnten) an denen ein Mitglied der Bankengruppe beteiligt ist oder war, die sich erheblich auf die Finanzlage oder die Rentabilität der Bank und/oder der Gruppe auswirken bzw. im Zeitraum der letzten 12 Monate vor dem Datum dieses Basisprospektes ausgewirkt haben.

XVIII. In den Basisprospekten werden in dem Abschnitt **"INFORMATIONEN ÜBER DIE EMITTENTIN"** der Unterabschnitt **"Die Bank und die Gruppe"** durch den folgenden Absatz ersetzt:

DIE BANK UND DIE GRUPPE

An dieser Stelle werden die per Verweis einbezogenen Informationen über die Emittentin bzw. die Gruppe, die in dem Gemeinsamen Geschäftsbericht, dem Geschäftsbericht der Emittentin 2016, dem Geschäftsbericht der Emittentin 2017 und dem Registrierungsformular 2018 enthalten sind, einbezogen.

Die Bank (zusammen mit ihren Tochtergesellschaften (die **"Bankengruppe"**) ist eine in England und Wales unter der Nummer 1026167 eingetragene Aktiengesellschaft (*public limited company*). Die Haftung der Gesellschafter der Bank ist beschränkt. Eingetragener Sitz und Hauptniederlassung der Bank ist 1 Churchill Place, London, E14 5HP, Vereinigtes Königreich (Telefonnummer: +44 (0)20 7116 1000). Die Bank wurde am 7. August 1925 nach dem Colonial Bank Act von 1925 gegründet und am 4. Oktober 1971 als *"company limited by shares"* nach dem Companies Act von 1948 bis 1967 eingetragen. Gemäß dem Barclays Bank Act von 1984 erfolgte am 1. Januar 1985 eine Neueintragung der Bank als *"public limited company"* und ihre Umfirmierung von "Barclays Bank International Limited" in "Barclays Bank PLC". Alle ausgegebenen Stammaktien am Kapital der Bank befinden sich im wirtschaftlichen Eigentum der Barclays PLC. Die Barclays PLC (zusammen mit ihren Tochtergesellschaften (die **"Gruppe"**) ist die Endholdinggesellschaft der Gruppe.

Bei der Gruppe handelt es sich um eine transatlantische Verbraucher- und Großkundenbank mit globaler Ausrichtung, die Produkte und Dienstleistungen in den Bereichen Privatkunden, Unternehmenskunden und Investmentbanking, Kreditkarten und Vermögensverwaltung anbietet mit einer starken Präsenz in den zwei Heimatmärkten, Vereinigtes Königreich und USA. Die Gruppe konzentriert sich auf zwei Kern-Geschäftsbereiche: Barclays UK und Barclays International.

Sowohl Barclays UK als auch Barclays International waren historisch innerhalb des Rechtsträgers Barclays Bank PLC tätig. Am 1. April 2017 ist allerdings die Barclays UK formell auf einen neuen Rechtsträger übertragen worden, die UK Ring-fenced Bank, welche die "ring-fenced" Bank der Gruppe ist. Die UK Ring-fenced Bank bietet Privatkunden, Verbrauchern und kleinen bis mittleren Unternehmen mit Sitz im Vereinigten Königreich alltägliche Produkte und Dienstleistungen an. Die auf die größeren Firmen- und Großkunden und internationalen Bankenkunden der Gruppe abzielenden Produkte und Dienstleistungen werden auch weiterhin von Barclays International innerhalb der Bank angeboten. Die UK Ring-fenced Bank wird als Teil der Gruppe unter dem Dach der Barclays PLC neben der Bank tätig sein, jedoch die Möglichkeit haben unabhängige Entscheidungen zu treffen.

Die folgenden Finanzinformationen sind dem geprüften konsolidierten Konzernabschluss der Emittentin für das zum 31. Dezember 2017 bzw. zum 31. Dezember 2016 endende Jahr entnommen:

| | Zum 31.12.2017 GBP Mio. | Zum 31.12.2016 GBP Mio. |
|---|--|--|
| Gesamte Aktiva | 1.129.343 | 1.213.955 |
| Kredite und Forderungen an Banken | 36.206 | 43.634 |
| Kredite und Forderungen an Kunden | 365.553 | 392.783 |
| Einlagen von Banken | 37.906 | 48.214 |
| Kundenforderungen | 429.426 | 424.703 |
| Gesamtes Eigenkapital | 65.734 | 70.955 |
| Minderheitsbeteiligungen | 1 | 3.522 |
| | Für das am 31.12.2017 endende Jahr GBP Mio. | Für das am 31.12.2016 endende Jahr GBP Mio. |
| Gewinn vor Steuern aus fortzuführenden Geschäftsbereichen | 3.166 | 4.383 |
| Wertminderungsaufwand und andere Rückstellungen | (2.336) | (2.373) |

Übernahmen, Veräußerungen und jüngste Entwicklungen

Barclays führt das "Ring-Fencing" Übertragungsverfahren (*Ring-Fencing Transfer Scheme*) durch

Am 3. April 2018 haben die Barclays PLC und die Bank die folgende gemeinsame Bekanntmachung veröffentlicht:

"Am 9. März 2018 hat Barclays von der Prudential Regulation Authority und dem High Court of Justice of England and Wales die Zustimmung erhalten, das "ring-fencing" des täglichen Bankgeschäfts der Barclays durch ein Rechtsverfahren unter dem Part VII des Financial Services and Markets Act 2000, das als "Ring-Fencing Transfer Scheme" (das "**Scheme**") bekannt ist, zu implementieren.

Das Erfordernis das tägliche Bankgeschäft zu "ring-fencen", das bis zum 1. Januar 2019 umgesetzt werden muss, ist eine der von der britischen Regierung vorgenommenen Reformen, die darauf abzielt, das britische Finanzsystem nach der Finanzkrise, die 2008 begonnen hat, zu stärken.

Barclays hat das Scheme nunmehr umgesetzt und am 1. April 2018 eine "ring-fenced" Bank, die Barclays Bank UK PLC errichtet. Diese Einheit wird als Teil der Gruppe unter dem Dach der Barclays PLC neben der Emittentin tätig sein, jedoch die Möglichkeit haben Entscheidungen unabhängig von der Emittentin zu treffen."

Barclays erzielt einen Vergleich mit dem United States Department of Justice im Zusammenhang mit durch US-Hypotheken besicherte Wertpapiere (*Residential Mortgage-Backed Securities*)

Am 29. März 2018 haben die Barclays PLC und die Bank die folgende gemeinsame Bekanntmachung veröffentlicht:

"Barclays hat mit der DoJ einen Vergleich geschlossen, um die Zivilklage, die von der DoJ im Dezember 2016 im Zusammenhang mit dem Kauf von durch US-Hypotheken für Wohn- und Gewerbeimmobilien besicherte Wertpapiere (*Mortgage-Backed Securities*) durch Barclays zwischen 2005 und 2007 eingereicht wurde, beizulegen.

Barclays hat sich zur Zahlung einer zivilrechtlichen Geldbuße in Höhe von USD 2.000 Millionen (GBP 1.420 Millionen) verpflichtet, die in dem ersten Quartal 2018 bilanzwirksam wird. Dies wird zu einem pro forma negativen Einfluss in Höhe von 45 Basispunkten auf die Quote von Common Equity Tier 1 zum 31. Dezember 2017 führen.

Der Vergleich legt sämtliche aktuellen und potentielle Zivilklagen durch die DoJ im Zusammenhang mit Barclays' Verbriefungen, Zeichnungen und Kauf von durch US-Hypotheken für Wohn- und Gewerbeimmobilien besicherte Wertpapiere (*Mortgage-Backed Securities*) in dem Zeitraum 2005 - 2007 bei."

Rechtsstreitigkeiten

Die Barclays PLC, Barclays Bank PLC und die Gruppe sind rechtlichen, wettbewerbsrechtlichen und regulatorischen Herausforderungen ausgesetzt, von denen viele außerhalb der Kontrolle der Gruppe liegen. Das Ausmaß der Auswirkungen dieser Angelegenheiten auf die Barclays PLC, Barclays Bank PLC und die Gruppe ist nicht immer vorhersehbar, kann jedoch die Geschäftstätigkeit, die Finanzlage und -ergebnisse und die Geschäftsaussichten der Gruppe in wesentlichem Maße beeinträchtigen. Angelegenheiten, die aufgrund von ähnlichen Umständen entstehen, können entweder zu einer Eventualverbindlichkeit oder Rückstellung oder zu beidem führen, je nach dem maßgeblichen Sachverhalt und den maßgeblichen Umständen. Die Bildung von Rückstellungen für diese Angelegenheiten erfordert wesentliche Schätzungen und Beurteilungen für die Buchführung im Einklang mit den maßgeblichen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden. Sofern nicht möglich hat die Gruppe keine Schätzung der potentiellen finanziellen Auswirkungen von Eventualverbindlichkeiten auf die Gruppe veröffentlicht.

Ermittlungen in Bezug auf bestimmte Beratungsverträge und andere Angelegenheiten sowie Zivilverfahren

Die für schwere Betrugsdelikte zuständige Behörde in dem Vereinigten Königreich (*UK Serious Fraud Office* ("**SFO**")), die britische Finanzdienstleistungsaufsicht (*Financial Conduct Authority* ("**FCA**")), das US-Justizministerium (*Department of Justice* ("**DOJ**")) und die US-Börsenaufsichtsbehörde (*Securities Exchange Commission* ("**SEC**")) untersuchen bestimmte Beratungsverträge, welche die Barclays Bank PLC eingegangen ist.

Hintergrundinformationen

Die Barclays Bank PLC hat im Juni beziehungsweise im Oktober 2008 zwei Beratungsverträge (die "**Verträge**") mit der Qatar Holding LLC ("**Qatar Holding**") geschlossen. Die FCA hat Untersuchungen hinsichtlich der Frage eingeleitet, ob diese Verträge in Zusammenhang mit den Kapitalbeschaffungen der Barclays PLC im Juni und im November 2008 (die "**Kapitalbeschaffungen**") gestanden haben könnten. Das Bestehen des Beratungsvertrags vom Juni 2008 wurde offengelegt, aber der Abschluss des Beratungsvertrags im Oktober 2008 und die im Rahmen der Verträge zu zahlenden Honorare, die sich insgesamt auf GBP 322 Mio., zahlbar über einen Zeitraum von fünf Jahren, belaufen, wurden jedoch nicht in den Bekanntmachungen oder öffentlichen Dokumenten in Bezug auf die Kapitalbeschaffungen offengelegt. Die SFO leitete ebenfalls eine Untersuchung der Verträge und des Darlehens über USD 3 Mrd. (das "**Darlehen**"), das die Barclays Bank PLC im November 2008 dem Staat Qatar gewährte, ein.

Verfahren der SFO

Im Juni 2017 beschuldigte die SFO die Barclays PLC zwei Mal des Vergehens der Verabredung mit bestimmten ehemaligen leitenden Angestellten und Mitarbeitern der Gruppe zum Zwecke des Betrugs durch falsche Angaben hinsichtlich der Verträge, und des Vergehens der unrechtmäßigen Finanzhilfe in Verletzung von Ziffer 151 des Companies Act von 1985 im Hinblick auf das Darlehen. Im Februar

2018 warf die SFO der Barclays Bank PLC hinsichtlich des Darlehens dasselbe Vergehen vor. Die Barclays PLC und Barclays Bank PLC beabsichtigen, sich gegen die jeweiligen gegen sie erhobenen Anschuldigungen (die "**Anschuldigungen**") zu verteidigen. Die Verhandlungen der Anschuldigungen sollen im Januar 2019 beginnen.

FCA Verfahren und andere Untersuchungen

Im September 2013 hat die FCA Warnhinweise (die "**Hinweise**") mit der Feststellung herausgegeben, dass - während die Barclays PLC und Barclays Bank PLC zum Zeitpunkt der Ausfertigung der Verträge davon ausgegangen waren, dass aus diesen zumindest ein nicht spezifizierter und unbestimmter Wert bezogen werden sollte - der primäre Zweck der Verträge nicht der war, Beratungsleistungen zu beziehen, sondern zusätzliche Zahlungen für die katarische Beteiligung an den Kapitalbeschaffungen zu leisten, die nicht offengelegt werden sollten. In den Hinweisen wird festgestellt, dass die Barclays PLC und Barclays Bank PLC gegen bestimmte mit der Offenlegung einhergehende Börsenvorschriften, und die Barclays PLC auch gegen das Listing Principle 3 (die Pflicht, sich gegenüber Inhabern und potentiellen Inhabern von Aktien des Unternehmens integer zu verhalten) verstießen. In dieser Hinsicht ist die FCA der Ansicht, dass die Barclays PLC und die Barclays Bank PLC leichtfertig handelten. Das in den Hinweisen gegen die Gruppe verhängte Bußgeld beträgt GBP 50 Mio. Die Barclays PLC und Barclays Bank PLC bestreiten die Feststellungen weiterhin.

Die Klage der FCA wurde wegen der Verfahren der SFO aufgeschoben.

Weiterhin haben das DOJ und die SEC Ermittlungen hinsichtlich der Verträge eingeleitet.

Zivilklage

Im Januar 2016 haben die PCP Capital Partners LLP und PCP International Finance Limited (PCP) Klage gegen die Barclays Bank PLC eingereicht, mit der Schadensersatz für arglistige Täuschung und Betrug in Höhe von GBP 721,4 Mio. nebst Zinsen und Kosten aufgrund von angeblichen Behauptungen der Barclays Bank PLC gegenüber PCP im Zusammenhang mit den Bedingungen geltend gemacht werden, zu denen Wertpapiere an potenzielle Anleger, unter anderem angeblich an PCP, bei der Kapitalerhöhung vom November 2008 ausgegeben wurden. Nach der Änderung ihrer Klage im November 2017 macht die PCP nun Schadensersatz in Höhe von bis zu GBP 1.477 Mio. (nebst Zinsen ab November 2017) und Kosten geltend. Die Barclays Bank PLC verteidigt sich gegen diese Klage und Beginn des Verfahrens ist für den Oktober 2019 vorgesehen.

Eingeklagte Beträge/Finanzielle Auswirkung

Es ist derzeit nicht möglich, eine Schätzung hinsichtlich der finanziellen Auswirkungen der beschriebenen Klagen auf die Gruppe abzugeben oder einzuschätzen, wie sie sich gegebenenfalls auf die Ertragslage, die Kapitalflüsse oder die Finanzlage der Gruppe in einem bestimmten Zeitraum auswirken könnten. Die PCP hat Klage auf Schadensersatz gegen die Barclays Bank PLC in Höhe von bis zu GBP 1.477 Mio. nebst Zinsen und Kosten erhoben. Dieser Betrag stellt nicht zwingend die drohende Verbindlichkeit der Barclays Bank PLC dar, wenn ein Urteil in dieser Sache gegen sie ergehen sollte.

Untersuchungen im Hinblick auf bestimmte Geschäftsbeziehungen

2012 leiteten das DOJ und die SEC Ermittlungen zu der Frage ein, ob bestimmte Beziehungen der Gruppe zu Dritten, die die Barclays PLC beim Aufbau neuer oder der Aufrechterhaltung bestehender Geschäftsverbindungen behilflich sind, die Vorschriften des US Foreign Corrupt Practices Act einhalten. Verschiedene Aufsichtsbehörden in anderen Jurisdiktionen werden über die Ermittlungen ebenfalls auf dem Laufenden gehalten. Davon unabhängig kooperiert die Gruppe mit dem DOJ und der SEC im Zusammenhang mit einer Untersuchung im Hinblick auf bestimmte Verfahren bei der Einstellung von Mitarbeitern in Asien und anderswo, und hält bestimmte Aufsichtsbehörden in anderen Jurisdiktionen informiert.

Eingeklagte Beträge/Finanzielle Auswirkung

Es ist derzeit nicht möglich, eine Schätzung hinsichtlich der finanziellen Auswirkungen der beschriebenen Maßnahmen auf die Gruppe abzugeben oder einzuschätzen, wie sie sich gegebenenfalls auf die Ertragslage, die Kapitalflüsse oder die Finanzlage der Gruppe in einem bestimmten Zeitraum

auswirken könnten.

Ermittlungen in Bezug auf Whistleblowing-Systeme und -Kontrollen

Die FCA und die Prudential Regulation Authority (PRA) führen derzeit Ermittlungen hinsichtlich des Chief Executive Officers (CEO) der Gruppe und Barclays Bank PLC in Zusammenhang mit bestimmten Whistleblowing-Vorfällen durch.

Hintergrundinformationen

Im April 2017 nahmen die FCA und PRA Ermittlungen gegen den CEO wegen seines individuellen Verhaltens und seiner Verantwortung als Senior Manager in Bezug auf das Hinweis-Programm (whistleblowing programme) der Gruppe und in Bezug auf seinen Versuch im Jahr 2016 den Verfasser eines Briefes zu identifizieren, der von der Barclays Bank PLC als Hinweisgeber (whistleblower) eingestuft wurde; und gegen die Barclays Bank PLC im Zusammenhang mit ihrer Verantwortung sowohl in Bezug auf den Versuch des CEOs den Verfasser des Briefes zu identifizieren, als auch in Bezug auf die Systeme, Kontrollen und Kultur der Gruppe, die sich auf Whistleblower beziehen, auf. Der Vorstand der Barclays PLC erlangte Anfang 2017 erstmals Kenntnis von dem Versuch, den Verfasser des Briefes zu identifizieren. Der Vorstand hat eine externe Rechtsanwaltskanzlei mit der Untersuchung dieser Angelegenheit beauftragt und hat umgehend die FCA, PRA und andere zuständige Behörden informiert. Die Ermittlungen und der Vorstand kamen zu dem Ergebnis, dass der CEO fälschlicherweise jedoch redlich davon ausging, dass die Identifizierung des Verfassers zulässig gewesen sei. Der Vorstand kam allerdings zu dem Schluss, dass der CEO durch seine Beteiligung und durch das Unterlassen geeigneter Kontrollen in dieser Sache und durch das Ergreifen von Maßnahmen zur Identifizierung des Verfassers des Briefes einen Fehler begangen hat. Die Gruppe und der CEO kooperieren vollumfänglich bei den Ermittlungen der FCA und PRA. Die Gruppe liefert in Zusammenhang mit diesen Angelegenheiten auch Informationen an Behörden in den USA und arbeitet mit diesen zusammen.

Eingeklagte Beträge/Finanzielle Auswirkung

Es ist derzeit nicht möglich, eine Schätzung hinsichtlich der finanziellen Auswirkungen der beschriebenen Maßnahmen auf die Gruppe abzugeben oder einzuschätzen, wie sie sich gegebenenfalls auf die Ertragslage, die Kapitalflüsse oder die Finanzlage der Gruppe in einem bestimmten Zeitraum auswirken könnten.

Ermittlungen hinsichtlich strukturierter Privatkundeneinlagen und strukturierter Wertpapiere mit Kapitalschutz

Die FCA führt derzeit strafrechtliche Ermittlungen in Bezug auf bestimmte strukturierte Einlagen und Wertpapiere durch, die von der Gruppe in der Vergangenheit angeboten wurden.

Hintergrundinformationen

2015 nahm die FCA eine strafrechtliche Ermittlung hinsichtlich der Struktur, Herstellung und des Verkaufs strukturierter Einlagen durch die Gruppe seit November 2009 auf. Die Ermittlungen befinden sich im fortgeschrittenen Stadium. Im Januar 2018 nahm die FCA darüber hinaus eine strafrechtliche Ermittlung hinsichtlich der Struktur, Herstellung und des Verkaufs kapitalgeschützter strukturierter Wertpapiere durch die Gruppe von Juni 2008 bis Juli 2014 auf.

Eingeklagte Beträge/Finanzielle Auswirkung

Es ist derzeit nicht möglich, eine Schätzung hinsichtlich der finanziellen Auswirkungen der beschriebenen Maßnahmen auf die Gruppe abzugeben oder einzuschätzen, wie sie sich gegebenenfalls auf die Ertragslage, die Kapitalflüsse oder die Finanzlage der Gruppe in einem bestimmten Zeitraum auswirken könnten.

Ermittlungen hinsichtlich des Einzugs und der Wiedererlangung von Forderungen in Bezug auf unbesicherte Kreditgeschäfte

Im Februar 2018 nahm die FCA eine strafrechtliche Ermittlung hinsichtlich der Frage auf, ob die Barclays Bank PLC seit Juli 2015 wirksame Inkassosysteme- und -kontrollen eingeführt hat und ob sie

ausstehende und rückständige Zinsen von Kunden gebührend berücksichtigt hat.

Eingeklagte Beträge/Finanzielle Auswirkung

Es ist derzeit nicht möglich, eine Schätzung hinsichtlich der finanziellen Auswirkungen der Ermittlungen auf die Gruppe abzugeben oder einzuschätzen, wie sie sich gegebenenfalls auf die Ertragslage, die Kapitalflüsse oder die Finanzlage der Gruppe in einem bestimmten Zeitraum auswirken könnte.

Ermittlungen in Bezug zum Americas Wealth & Investment Management Beratungsgeschäft

Die SEC hat Hinblick auf bestimmte Praktiken in dem früheren Wealth-Management der Gruppe, dem amerikanischen Anlageberatungsgeschäft, im Hinblick auf die fehlende Durchführung von Sorgfaltsprüfungen (*due diligence*) und Abrechnungspraktiken und Verzicht auf Investmentfondsgebühren und damit zusammenhängende Offenlegungen Ermittlungen durchgeführt. Im Mai 2017 gab die SEC bekannt, dass eine Einigung erzielt wurde, nach der die Barclays Capital Inc. ("BCI") sich verpflichtet, zur Beilegung der Angelegenheit USD 97 Mio. zahlen, wovon eine Geldstrafe von USD 30 Mio. an die SEC und USD 67 Mio. als Entschädigung und Herausgabe entstandener Gewinne an Kunden gezahlt wurden.

Ermittlungen im Hinblick auf den Verdacht von Geldwäsche im Zusammenhang mit Devisentransaktionen in Südafrika

Die Absa Bank Limited, eine Tochtergesellschaft der Barclays Africa Group Limited, die zu diesem Zeitpunkt wiederum eine Tochtergesellschaft der Gruppe war, hat mögliche betrügerische Aktivitäten bei einigen ihrer Kunden unter Nutzung von Vorauszahlungen für Importe in den Jahren 2014 und 2015 für die Durchführung von Devisentransfers von Südafrika auf Konten von Begünstigten in Ostasien, dem Vereinigten Königreich, Europa und den USA entdeckt. Als Folge daraus führte die Gruppe eine Überprüfung der relevanten Aktivitäten, Prozesse, Systeme und Kontrollen durch. Die Gruppe stellt den zuständigen Behörden als Teil ihrer ständigen Kooperation auch weiterhin Informationen zur Verfügung.

Eingeklagte Beträge/Finanzielle Auswirkung

Es ist derzeit nicht möglich, eine Schätzung hinsichtlich der finanziellen Auswirkungen der beschriebenen Maßnahmen auf die Gruppe abzugeben oder einzuschätzen, wie sie sich gegebenenfalls auf die Ertragslage, die Kapitalflüsse oder die Finanzlage der Gruppe in einem bestimmten Zeitraum auswirken könnten.

Ermittlungen in Bezug auf den LIBOR und andere Referenzwerte

Die Aufsichts- und Vollzugsbehörden, einschließlich einiger Wettbewerbsbehörden verschiedener Regierungen haben Ermittlungen im Zusammenhang mit der Beteiligung der Barclays Bank PLC an der Manipulation bestimmter finanzieller Referenzwerte wie etwa dem LIBOR und dem EURIBOR durchgeführt.

Hintergrundinformationen

2012 gab die Barclays Bank PLC bekannt, dass sie mit der Financial Services Authority ("FSA") (als der Vorgängerbehörde der FCA), der US-Aufsichtsbehörde für den Waren- und Terminhandel (*US Commodity Futures Trading Commission* ("CFTC")) und dem DOJ jeweils eine Einigung bezüglich deren Ermittlungen zu bestimmten Abgaben von Referenzzinssätzen erzielt haben; dabei hat Barclays Bank PLC eine Geldstrafe in Höhe von insgesamt GBP 290 Mio. gezahlt. Die Einigung mit dem DOJ erfolgte durch den Abschluss eines Non-Prosecution Agreement (Vereinbarung über den Verzicht auf Strafverfolgung ("NPA")), das inzwischen ausgelaufen ist. Die Barclays PLC, Barclays Bank PLC und BCI haben mit bestimmten anderen Aufsichts- und Vollzugsbehörden Einigungen erzielt. Die Barclays Bank PLC kommt auch weiterhin Auskunftsverlangen der SFO in Bezug auf ihre laufenden LIBOR-Ermittlungen, einschließlich in Bezug auf Barclays Bank PLC, nach. Die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft in Trani, Italien, sind ebenfalls noch nicht abgeschlossen.

Eingeklagte Beträge/Finanzielle Auswirkung

Es ist derzeit nicht möglich, eine Schätzung hinsichtlich der finanziellen Auswirkungen der beschriebenen Maßnahmen auf die Gruppe abzugeben oder einzuschätzen, wie sie sich gegebenenfalls auf die Ertragslage, die Kapitalflüsse oder die Finanzlage der Gruppe in einem bestimmten Zeitraum auswirken könnten.

Zivilklagen in Bezug auf den LIBOR und andere Referenzwerte

Eine Reihe von Einzelpersonen und Unternehmen in verschiedenen Jurisdiktionen haben Zivilklagen gegen die Gruppe und andere Banken im Zusammenhang mit dem LIBOR und/oder anderen Referenzwerten angedroht oder eingereicht.

Hintergrundinformationen

Nach Einstellung der oben in *Ermittlungen in Bezug auf den LIBOR und andere Referenzwerte* erwähnten Ermittlungen haben verschiedene Personen und Unternehmen in mehreren Jurisdiktionen Zivilklagen gegen die Gruppe angedroht oder eingereicht. Während einige dieser Fälle zurückgewiesen wurden oder durch Vergleich beigelegt werden konnten, der noch unter dem Vorbehalt der gerichtlichen Genehmigung steht (und im Falle von Sammelklagen vorbehaltlich des Rechtes von Gruppenmitgliedern, aus den Vergleich abzulehnen und ihre eigenen Ansprüche geltend zu machen), laufen andere Verfahren weiter, und die letztlichen Auswirkungen sind unklar.

USD-LIBOR-Klagen vor dem MDL-Gericht

Die Mehrzahl der in verschiedenen US-Jurisdiktionen angestregten USD-LIBOR-Klagen wurden für vorprozessuale Zwecke vor einem Einzelrichter des US-Bezirksgerichts im Southern District of New York ("**SDNY**") (*multi district litigation court* ("**MDL-Gericht**")) gemeinsam verhandelt.

In den im Wesentlichen vergleichbaren Klageschriften wurde u. a. der Vorwurf erhoben, die Barclays Bank PLC und die anderen Banken hätten, sowohl einzeln als auch kollektiv, gegen Bestimmungen des US Sherman Antitrust Act ("**Antitrust Act**"), des US Commodity Exchange Act ("**CEA**"), des US Racketeer Influenced and Corrupt Organizations Act ("**RICO**") sowie verschiedene einzelstaatliche Rechtsvorschriften verstoßen, indem sie USD-LIBOR-Sätze manipulierten.

Die beantragte Sammelklagen sollen (u. a.) im Namen von Klägern anhängig gemacht werden, die (i) USD-LIBOR-bezogene OTC-Geschäfte getätigt ("**OTC-Gruppe**"), (ii) USD-LIBOR-bezogene Finanzinstrumente an einer Börse erworben ("**Börsengeschäft-Gruppe**"), (iii) USD-LIBOR-bezogene Schuldtitel erworben ("**Schuldtitel-Gruppe**"), (iv) auf USD-LIBOR-bezogene variabel verzinsliche Hypotheken ("**Hauseigentümer-Gruppe**") erworben oder (v) auf USD-LIBOR-bezogene Darlehen ("*Darlehensgeber-Gruppe*") vergeben haben.

In den Klagen wird Schadensersatz in unbestimmter Höhe gefordert, ausgenommen in fünf Klagen, in denen die Kläger von allen Beklagten, einschließlich der Barclays Bank PLC, Schadensersatz in Höhe von zusammen mehr als USD 1,25 Mrd., zuzüglich Strafschadensersatz, fordern. In einigen der Klagen wird zudem Schadensersatz in dreifacher Höhe (*trebling of damages*) nach Maßgabe der Bestimmungen des Antitrust Act und des RICO gefordert.

Zwischen 2013 und 2016 erließ das MDL-Gericht eine Reihe von Beschlüssen, nach denen die meisten Ansprüche, einschließlich kartellrechtlicher Ansprüche gegen die Barclays Bank PLC und andere ausländische Beklagte sowohl in Sammel- als auch in Einzelklagen rechtswirksam abgewiesen wurden. Im Mai 2006 wies das Berufungsgericht den Beschluss des MDL-Gerichts zurück und verwies die kartellrechtlichen Ansprüche zur weiteren Entscheidung zurück an das MDL-Gericht. Nach weiterer Prüfung wies das MDL-Gericht die Mehrheit der kartellrechtlichen Ansprüche gegen ausländische Beklagte, darunter die Barclays Bank PLC, wegen mangelnder persönlicher Zuständigkeit ab. Die Kläger in einer Reihe von Einzelklagen und Sammelklagen haben gegen die Entscheidung des MDL-Gerichts über die persönliche Zuständigkeit Widerspruch eingelegt.

2014 hat das MDL-Gericht eine vorläufige Genehmigung für den Vergleich der Ansprüche der Börsengeschäft-Gruppe über USD 20 Mio. erteilt, wovon USD 5 Mio. im Oktober 2014 und die übrigen USD 15 Mio. im September 2017 gezahlt wurden. Der Vergleich bedarf noch der Genehmigung des Gerichts und gilt vorbehaltlich des Rechtes der Mitglieder der Gruppe, aus dem Vergleich auszusteigen und ihre eigenen Ansprüche geltend zu machen.

2015 wurde ein Vergleich über die Ansprüche der OTC-Gruppe über USD 120 Mio. geschlossen, die 2017 gezahlt wurden. Der Vergleich unterliegt weiter der endgültigen Genehmigung.

Im November 2016 wurden im Rahmen eines Vergleichs hinsichtlich der Schuldtitel-Gruppe USD 7,1 Mio. gezahlt. Der Vergleich wurde vom Gericht vorläufig genehmigt und gilt vorbehaltlich des Rechts der Mitglieder der Gruppe, aus dem Vergleich auszusteigen und ihre eigenen Ansprüche geltend zu machen.

EURIBOR-Fall im SDNY

2015 wurden im Rahmen eines Vergleichs einer Sammelklage im Zusammenhang mit dem EURIBOR USD 94 Mio. gezahlt. Der Vergleich wurde vom Gericht vorläufig genehmigt, bedarf jedoch noch der endgültigen Genehmigung des Gerichts und gilt vorbehaltlich des Rechts der Mitglieder der Gruppe, aus dem Vergleich auszusteigen und ihre eigenen Ansprüche geltend zu machen.

Weitere USD-LIBOR-Klage im SDNY

2015 wurde eine Einzelklage gegen die Barclays Bank PLC und andere beklagte Panel-Banken vom SDNY abgewiesen. Der Kläger brachte vor, die beklagten Panel-Banken hätten Absprachen getroffen, um den USD-LIBOR ansteigen zu lassen, was dazu geführt habe, dass der Wert der für einen Kredit als Sicherheit hinterlegten Anleihen gesunken sei, was letztlich zum Verkauf der Anleihen zu einem Tiefststand ihres Marktwerts geführt habe. Der Antrag des Klägers auf Erlaubnis zur Einreichung einer weiteren, abgeänderten Klageschrift ist noch nicht beschieden.

Sterling-LIBOR-Klage im SDNY

2015 wurde eine Sammelklage (putative class action) im SDNY gegen die Barclays Bank PLC und andere Sterling-LIBOR-Panel-Banken durch einen Kläger eingereicht, der sich an börslich gehandelten und OTC-Derivaten, die an den Sterling-LIBOR gebunden waren, beteiligt hatte. In der Klageschrift wird u. a. behauptet, die Beklagten hätten den Sterling-LIBOR-Satz zwischen 2005 und 2010 manipuliert und durch dieses Verhalten gegen Bestimmungen des CEA, des Antritrust Act sowie des RICO verstoßen. Zu Beginn des Jahres 2016 wurde diese Sammelklage mit einer weiteren Sammelklage zusammengefasst, die ähnliche Anschuldigungen gegen die Barclays Bank PLC, BCI und andere Sterling LIBOR-Panel-Banken erhob. Die Beklagten haben beantragt, die Klage abzuweisen.

Japanischer Yen-LIBOR-Klagen im SDNY

2012 reichte ein Kläger, der an Transaktionen mit börsengehandelten Derivaten beteiligt war, eine Sammelklage gegen die Barclays Bank PLC und andere Panel-Banken für den Japanischen Yen-LIBOR im SDNY ein. In der Klageschrift werden auch die Mitglieder des Panels der Japanese Bankers Association Euroyen Tokyo Interbank Offered Rate (Euroyen-TIBOR), dem die Barclays Bank PLC nicht angehört, benannt. In der Klageschrift wird u. a. der Vorwurf der Manipulation der Euroyen-TIBOR- sowie der Yen-LIBOR-Sätze und des Verstoßes gegen Bestimmungen des CEA sowie des Antitrust Act im Zeitraum von 2006 bis 2010 erhoben. 2014 wies das Gericht die kartellrechtlichen Ansprüche des Klägers vollumfänglich ab, wobei die Ansprüche des Klägers gemäß den Bestimmungen des CEA weiter anhängig sind. Das Beweisaufnahmeverfahren läuft. Im März 2017 wurde eine zweite Sammelklage mit Bezug zum Yen LIBOR gegen die Barclays PLC, Barclays Bank PLC und BCI im SDNY vollumfänglich abgewiesen. Die Klage bringt ähnliche Anschuldigungen wie die Sammelklage aus 2012 vor. Die Kläger haben gegen die Abweisung Widerspruch eingelegt.

SIBOR/SOR-Fall vor dem SDNY

Eine als Sammelklage bezeichnete Klage im SDNY gegen die Barclays PLC, Barclays Bank PLC, BCI und andere Beklagte, mit der die Manipulation der Singapore Interbank Offered Rate (SIBOR) und der Singapore Swap Offer Rate (SOR) geltend gemacht wurde, wurde vom Gericht hinsichtlich der Ansprüche gegen die Gruppe aufgrund mangelhafter Anspruchsbegründung (*failure to state a claim*) abgewiesen. Die Kläger änderten ihre Klageschrift im September 2017 und die Beklagten haben Antrag auf Klageabweisung gestellt.

Verfahren in Bezug auf Referenzwerte außerhalb der USA

Neben den Klagen in den USA sind gegen die Gruppe in zahlreichen Jurisdiktionen Europas und in Argentinien Gerichtsverfahren im Zusammenhang mit angeblichen Manipulationen des LIBOR, EURIBOR und anderer Referenzwerte angestrengt oder angedroht worden. Weitere Verfahren in Jurisdiktionen außerhalb der USA könnten in der Zukunft anhängig gemacht werden.

Eingeklagte Beträge/Finanzielle Auswirkung

Abgesehen von den oben beschriebenen Vergleichen ist es derzeit nicht möglich, eine Schätzung hinsichtlich weiterer finanzieller Auswirkungen der beschriebenen Klagen auf die Gruppe abzugeben oder einzuschätzen, wie sie sich gegebenenfalls auf die Ertragslage, die Kapitalflüsse oder die Finanzlage der Gruppe in einem bestimmten Zeitraum auswirken könnten.

Ermittlungen zu Devisenkursen

Eine Reihe von Aufsichts- und Vollzugsbehörden mehrerer Jurisdiktionen haben verschiedene Vorfälle im Zusammenhang mit dem Verkauf und dem Handel mit Devisen, einschließlich des elektronischen Handels, untersucht.

Hintergrundinformationen

2015 hat die Gruppe Vergleiche mit der CFTC, dem DOJ, dem New York State Department of Financial Services (NYDFS), dem Board of Governors of the Federal Reserve System (Federal Reserve) und der FCA (zusammen die Streitbelegenden Behörden 2015) im Hinblick auf bestimmte Verkaufs- und Handelspraktiken auf dem Devisenmarkt erzielt. Im Zusammenhang mit diesen Vergleichen hat die Gruppe eine Strafzahlung von insgesamt etwa USD 2,38 Mrd. geleistet und zugestimmt, Abhilfemaßnahmen zu ergreifen.

Im Rahmen der Einigung (*plea agreement*) mit dem DOJ hat die Barclays PLC einem Bewährungszeitraum von drei Jahren zugestimmt, innerhalb dem die Barclays PLC unter anderem verpflichtet ist (i) keine Verstöße gegen Bundesgesetze der USA zu begehen, (ii) ein Compliance-Programm einzuführen und weiter umzusetzen, welches darauf ausgerichtet ist, das Verhalten, das Grundlage der Einigung war, zu verhindern und aufzudecken, (iii) der zuständigen US-Behörde stichhaltige Beweise für Verstöße gegen US-Kartell- und Betrugsgesetze zu melden und (iv) ihre Compliance-Kontrollen sowie die internen Kontrollen zu verstärken, wie dies von den jeweiligen Aufsichts- oder Strafverfolgungsbehörden verlangt wird. Im Januar 2017 hat das US-Bezirksgericht für den District of Connecticut dieser Einigung zugestimmt und entsprechend die Barclays PLC zur Zahlung einer Strafe in Höhe von USD 650 Mio. und USD 60 Mio. für die Verletzung des NPA (deren Beträge Teil der oben genannten USD 2,38 Mrd. sind) und zu einer Bewährungsstrafe von drei Jahren ab der Urteilsverkündung verurteilt. Die Gruppe informiert einige der Streitbelegenden Behörden 2015 weiterhin fortlaufend.

Der vollständige Text der Einigung mit dem DOJ, die Verfügungen der Behörden CFTC, NYDFS und der Federal Reserve sowie die endgültige, im Zusammenhang mit den Einigungen ausgegebene Mitteilung (Final Notice) stehen der Allgemeinheit auf den jeweiligen Webseiten der Streitbelegenden Behörden 2015 zur Verfügung.

Die Europäische Kommission ist eine von mehreren Behörden, die Ermittlungen hinsichtlich bestimmter Praktiken auf dem Devisenmarkt durchführen. Das DOJ führt weiterhin eine Untersuchung zu Verhaltensweisen in Bezug auf bestimmte Handelsaktivitäten im Zusammenhang mit bestimmten Transaktionen zwischen 2011 und 2012 durch. Die Gruppe legt dem DOJ sowie anderen zuständigen Behörden, die diese Verhaltensweisen untersuchen, Informationen vor. Im Januar 2018 wurde ein derzeit suspendierter Mitarbeiter der Gruppe von einem US-Bundesgericht in Zusammenhang mit dieser Sache angeklagt.

Im Februar 2017 hat die South African Competition Commission (SACC) die Barclays Bank PLC, BCI und die Absa Bank Limited, eine Tochtergesellschaft der Barclays Africa Group Limited, die zu diesem Zeitpunkt wiederum eine Tochtergesellschaft der Barclays Bank PLC war, zusammen mit anderen Banken zur Verfolgung von Verletzungen des südafrikanischen Kartellrechts in Bezug auf den Devisenhandel mit dem südafrikanischen Rand an das Wettbewerbsgericht (*Competition Tribunal*) verwiesen. Die Gruppe hat die SACC erstmalig unter der Kronzeugenregelung (*leniency program*) über dieses Verhalten informiert. Die SACC verlangt deshalb vom Gericht nicht die Auferlegung einer Geldstrafe gegen die Barclays Bank PLC, BCI oder die Absa Bank Limited.

Eingeklagte Beträge/Finanzielle Auswirkung

Abgesehen von den oben beschriebenen Vergleichen und einer im Q4 2017 gebildeten Rückstellung von GBP 240 Mio. ist es derzeit nicht möglich, eine Schätzung hinsichtlich weiterer finanzieller Auswirkungen der beschriebenen Maßnahmen auf die Gruppe abzugeben oder einzuschätzen, wie sie sich gegebenenfalls auf die Ertragslage, die Kapitalflüsse oder die Finanzlage der Gruppe in einem bestimmten Zeitraum auswirken könnten.

Zivilklagen in Bezug auf Devisen

Zahlreiche Einzelpersonen und Unternehmen in verschiedenen Jurisdiktionen haben Zivilklagen gegen die Gruppe und andere Banken in Bezug auf Devisentransaktionen eingereicht oder dies angedroht.

Hintergrundinformationen

Nach der Einstellung bestimmter oben in *Ermittlungen zu Devisenkursen* erwähnter Ermittlungen haben zahlreiche Einzelpersonen und Unternehmen in verschiedenen Jurisdiktionen Zivilklagen gegen die Gruppe und andere Banken in Bezug auf Devisentransaktionen eingereicht oder dies angedroht, oder könnten dies in Zukunft tun. Einige dieser Fälle wurden abgewiesen oder vorbehaltlich der endgültigen Genehmigung des zuständigen Gerichts verglichen (und im Falle von Sammelklagen vorbehaltlich des Rechts der Mitglieder der Gruppe, aus dem Vergleich auszusteigen und ihre eigenen Ansprüche geltend zu machen).

Zusammengefasste Devisenkurs-Klage

2014 wurden im SDNY eine Reihe von Zivilklagen im Namen von Klägergruppen (proposed classes of plaintiffs) eingereicht, im Rahmen derer eine Manipulation von Devisenmärkten und somit ein Verstoß des Antitrust Act sowie des Rechts des Bundesstaates New York behauptet und mehrere internationale Banken, darunter die Barclays Bank PLC, als Beklagte genannt werden, und die zur einer einzigen Klage zusammengefasst (Zusammengefasste Devisenkurs-Klage) wurden. 2015 haben die Barclays Bank PLC und BCI die Zusammengefasste Devisenkurs-Klage im Wege des Vergleichs beigelegt und USD 384 Mio. gezahlt. Bestimmte Gruppenmitglieder haben sich dazu entschieden, aus dem Vergleich auszusteigen, um ihre eigenen Forderungen geltend zu machen. Der Vergleich unterliegt darüber hinaus der endgültigen Genehmigung durch das Gericht.

ERISA Wechselkurs-Klage

Seit 2015 wurden einige Zivilklagen im Namen von Klägergruppen im SDNY eingereicht, in denen Verletzungen auf Basis anderer Rechtstheorien (andere Rechtsgrundlagen, als die der Zusammengefassten Wechselkurs-Klage) aufgrund angeblicher Manipulation von Wechselkursen, einschließlich Ansprüchen des US-Betriebsrentengesetz (Employee Retirement Income Security Act, "ERISA") (die "ERISA-Ansprüche"), behauptet und in denen diverse internationale Banken, darunter die Barclays PLC, Barclays Bank PLC und BCI als Beklagte benannt werden. Das Gericht hat die ERISA-Ansprüche zurückgewiesen und die Kläger haben gegen diese Entscheidung Berufung eingelegt.

Privatkunden-Klage

Eine Sammelklage wurde im Namen einer Gruppe von Einzelpersonen, die Währungen auf Privatkunden-Basis in Bankniederlassungen wechselten, gegen eine Reihe internationaler Banken, einschließlich der Barclays PLC und BCI, im Northern District of California eingereicht (und später an den SDNY verwiesen) ("**Privatkunden-Ansprüche**"). Das Gericht hat entschieden, dass die Privatkunden-Ansprüche nicht von der Vergleichsvereinbarung für die Zusammengefasste Devisenkurs-Klage erfasst werden. Das Gericht hat daraufhin sämtliche Privatkunden-Ansprüche gegen die Gruppe und alle anderen Beklagten zurückgewiesen. Die Kläger haben ihre Klageschrift geändert und die Beklagten (einschließlich der Gruppe) haben Antrag auf Abweisung der geänderten Klage gestellt.

Last-Look-Klage

2015 wurden zwei Sammelklagen im Namen einer Klägergruppe im SDNY eingereicht, die Verletzungen durch die angeblich unlautere Ablehnung von Kundengeschäften durch das Last-Look-

System der Gruppe auf den Online Devisenhandelsplattformen der Gruppe geltend machten. 2016 zahlten die Barclays Bank PLC und BCI USD 50 Mio. und legten dadurch eine der Klagen mit Geltung für die gesamte Klägergruppe durch Vergleich bei. (Die andere Klage wurde freiwillig zurückgenommen.) Die Frist für den Ausstieg aus der Klägergruppe ist abgelaufen (eine kleine Anzahl der Sammelkläger haben sich zu einem Ausstieg entschieden) und das Gericht hat den Vergleich endgültig genehmigt.

Devisenkurs-Klage nach dem Recht einzelner US-Bundesstaaten

2016 wurde eine weitere Sammelklage im SDNY nach dem Recht der Bundesstaaten von New York und Kalifornien im Namen einer Klägergruppe von ETF-Anteilseignern und anderen eingereicht, die angeblich indirekte Anleger in Deviseninstrumente waren. Die Beklagten (einschließlich der Gruppe) haben Antrag auf Klageabweisung gestellt. Der Prozessvertreter der Kläger änderte sodann die Klageschrift und machte Ansprüche in Namen einer Anlegergruppe nach Bundesrecht und dem Recht verschiedener US-Bundesstaaten geltend, die mit Deviseninstrumenten über Devisenhändler oder Makler gehandelt haben, denen keine Manipulation von ausländischen Wechselkursen vorgeworfen wird. Daraufhin reichte eine andere Klägergruppe eine weitere Klage ein, die sich auf dieselben Theorien stützt und im Wesentlichen ähnliche Ansprüche geltend macht. Diese beiden Klagen wurden zusammengefasst und im Juni 2017 wurde eine zusammengefasste Klageschrift eingereicht. Die Beklagten (einschließlich der Gruppe) haben Antrag auf Klageabweisung gestellt.

Kanadische Devisenkurs-Klage

Zivilklagen, ähnlich der Zusammengefassten Devisenkurs-Klage, wurden vor kanadischen Gerichten für Klägergruppen eingereicht, die ähnliche Tatsachenbehauptungen zur Manipulation von Devisenkursen und zu den aus dieser Manipulation resultierenden Schäden unter Verletzung kanadischen Rechts enthalten. Der Vergleich der Parteien in Höhe von USD 14,8 Mio. wurde vom Gericht genehmigt.

Eingeklagte Beträge/Finanzielle Auswirkung

Abgesehen von den oben beschriebenen Vergleichen ist es derzeit nicht möglich, eine Schätzung hinsichtlich weiterer finanzieller Auswirkungen der oben beschriebenen Maßnahmen auf die Gruppe abzugeben oder einzuschätzen, wie sich diese gegebenenfalls auf die Ertragslage, die Kapitalflüsse oder die Finanzlage der Gruppe in einem bestimmten Zeitraum auswirken könnten.

Zivilklagen in Bezug auf ISDAFIX

2014 wurde eine Reihe von zusammenhängenden Zivilklagen im Zusammenhang mit ISDAFIX beim SDNY für eine Klägergruppe eingereicht, in denen behauptet wurde, die Barclays Bank PLC, eine Reihe anderer Banken und ein Makler hätten durch die Beteiligung an einer Absprache zur Manipulation des USD ISDAFIX den Antitrust Act und weitere US-Bundesstaatliche Gesetze verletzt. 2016 schlossen die Barclays Bank PLC und BCI mit Klägern einen Vergleich zur Beilegung der zusammengefassten Klage und zahlten USD 30 Mio., wodurch alle Ansprüche im Zusammenhang mit ISDAFIX, die von der Gruppe eingereicht wurden oder hätten eingereicht werden können, vollständig erledigt wurden. Der Vergleich wurde vom Gericht vorläufig genehmigt und unterliegt weiterhin der endgültigen Genehmigung und dem Sammelkläger, aus dem Vergleich auszusteigen und ihre eigenen Klagen geltend zu machen.

Eingeklagte Beträge/Finanzielle Auswirkung

Die größte finanzielle Auswirkung der aufgeführten Klagen auf die Gruppe spiegelt sich in dem oben beschriebenen Vergleich wider.

Metall-Ermittlungen

Die Barclays Bank PLC hat dem DOJ, der CFTC und anderen Behörden Informationen im Rahmen von Ermittlungen in Verbindung mit Metallen und metall-bezogenen Finanzinstrumenten zukommen lassen.

Eingeklagte Beträge/Finanzielle Auswirkung

Es ist derzeit nicht möglich, eine Schätzung hinsichtlich der finanziellen Auswirkungen der beschriebenen Klagen auf die Gruppe abzugeben oder einzuschätzen, wie sie sich gegebenenfalls auf die Ertragslage, die Kapitalflüsse oder die Finanzlage der Gruppe in einem bestimmten Zeitraum auswirken könnten.

Zivilklagen in Bezug auf das Gold- und Silber-Fixing

Gegen die Barclays Bank PLC und andere wurden verschiedene Zivilklagen eingereicht, die sich auf eine angebliche Manipulation der Gold- und Silberpreise stützen.

Hintergrundinformationen

Eine Reihe von Zivilklagen, die jeweils für eine Klägergruppe eingereicht wurden, wurden zusammengelegt und an den SDNY verwiesen. Die Klagen werfen der Barclays Bank PLC und anderen Mitgliedern der London Gold Market Fixing Ltd. vor, unter Verletzung der Bestimmungen des CEA, des Antitrust Acts sowie US-Bundesstaatlicher Kartell- und Verbraucherschutzgesetze die Preise von Gold und Derivatekontrakten in Gold manipuliert zu haben. Ebenfalls in den USA hat eine Klägergruppe eine Klage gegen eine Reihe von Banken, einschließlich der Barclays Bank PLC, BCI und Barclays Capital Services Ltd., wegen der angeblichen Manipulation des Silberpreises unter Verstoß gegen das CEA und kartellrechtliche Gesetze eingereicht. Die Beklagten haben Antrag auf Abweisung dieser Klagen gestellt.

Darüber hinaus wurden auch vor kanadischen Gerichten Zivilklagen gegen die Barclays PLC, Barclays Bank PLC, Barclays Capital Canada Inc., BCI und die Barclays Capital PLC für Klägergruppen aufgrund angeblicher Manipulation von Gold- und Silberpreisen unter Verstoß gegen kanadisches Recht eingereicht.

Eingeklagte Beträge/Finanzielle Auswirkung

Es ist derzeit nicht möglich, eine Schätzung hinsichtlich der finanziellen Auswirkungen der beschriebenen Klagen auf die Gruppe abzugeben oder einzuschätzen, wie sie sich gegebenenfalls auf die Ertragslage, die Kapitalflüsse oder die Finanzlage der Gruppe in einem bestimmten Zeitraum auswirken könnte.

Aktivitäten und Rechtsstreitigkeiten im Zusammenhang mit US-Hypotheken für Wohn- und Gewerbeimmobilien

In Zusammenhang mit US-amerikanischen Residential-Mortgage-backed-Securities (RMBS) und US-amerikanischen Commercial-Mortgage-backed-Securities (CMBS) fanden zahlreiche Ermittlungen und zivilrechtliche Verfahren statt.

Hintergrundinformationen

Die Aktivitäten der Gruppe im US-Wohnbauhypothekensektor in den Jahren 2005 bis einschließlich 2008 umfassten:

- das Sponsoring und Underwriting in Bezug auf Private-Label-Verbriefungen im Volumen von ca. USD 39 Mrd.;
- die Übernahme des wirtschaftlichen Underwriting-Risikos in Bezug auf sonstige Private-Label-Verbriefungen im Volumen von ca. USD 34 Mrd.;
- den Verkauf von Krediten im Volumen von ca. USD 0,2 Mrd. an staatlich geförderte Unternehmen (government sponsored enterprises ("GSE"));
- den Verkauf von Krediten im Volumen von ca. USD 3 Mrd. an sonstige Käufer; und
- den Verkauf von Krediten im Volumen von ca. USD 19,4 Mrd. (davon ausgenommen im entsprechenden Zeitraum verkaufte und anschließend wieder zurückgekaufte Kredite im Volumen von ca. USD 500 Mio.), welche von einem Hypothekenbesteller (mortgage originator) ausgegeben und an Dritte verkauft wurde, der ein Unternehmen ist, dass mit einer durch die Gruppe im Jahre 2007 erworbenen Gesellschaft verbunden ist.

DOJ-Zivilklage

Im Dezember 2016 hat das DOJ eine Zivilklage gegen die Barclays Bank PLC, Barclays PLC, BCI, Barclays Group US Inc., Barclays US LLC, BCAP LLC, Securitized Asset Backed Receivables LLC und Sutton Funding LLC sowie gegen zwei ehemalige Mitarbeiter des US Bezirksgerichts im Eastern District of New York ("EDNY") eingereicht, die eine Reihe von Anschuldigungen, einschließlich Betrug unter Einsatz von Telekommunikationsmitteln (*mail and wire fraud*), in Zusammenhang mit zwischen 2005 und 2007 verkauften Mortgage-backed-Securities enthalten. Die Klageschrift des DOJ fordert - neben weiteren Forderungen - nicht näher spezifizierte Geldstrafen. Die Gruppe verteidigt sich gegen die Klage und hat Antrag auf Klageabweisung gestellt.

Forderungen nach RMBS-Rückkauf

Die Gruppe hat als alleiniger Anbieter Kreditzusagen und -garantien (representations and warranties, "R&W") in folgender Höhe R&W abgegeben:

- ca. USD 5 Mrd. von der Gruppe gesponserte Verbriefungen.;
- ca. USD 0,2 Mrd. an GSE verkaufte Kredite .; und
- ca. USD 3 Mrd. an andere Käufer verkaufte Kredite .

Zusätzlich hat die Erworbene Tochtergesellschaft R&Ws in Bezug auf alle von ihr an Dritte verkauften Kredite in Höhe von ca. USD 19,4 Mrd. abgegeben.

Die R&Ws in Bezug auf die übrigen von der Gruppe gesponserten Verbriefungen wurden hauptsächlich von Drittbestellern als Deponent der Treuhandgesellschaft mit einer Tochtergesellschaft der Gruppe direkt an die Verbriefungstreuhandgesellschaften mit eingeschränkten R&Ws abgegeben.. Für die meisten R&W wurden keine zeitlichen Begrenzungen von Seiten der Gruppe, der Erworbenen Tochtergesellschaft oder dieser Drittbesteller angegeben.

Unter bestimmten Umständen können die Gruppe und/oder die Erworbene Tochtergesellschaft verpflichtet sein, die entsprechenden Kredite zurückzukaufen oder andere Zahlungen in Bezug auf diese Kredite zu leisten, wenn die R&W nicht eingehalten werden.

Hinsichtlich der spätestens am 31. Dezember 2017 eingegangenen, noch nicht entschiedenen Forderungen auf Rückkauf in Verbindung mit allen R&W, die die Gruppe oder die Erworbene Tochtergesellschaft in Bezug auf an GSE und andere Käufer verkaufte Kredite und in Bezug auf Private-Label-Aktivitäten abgegeben haben, bestand zum Zeitpunkt des Verkaufs ein ursprünglicher ausstehender Kapitalsaldo in Höhe von ca. USD 2,1 Mrd.

Die vorstehend beschriebenen noch nicht entschiedenen Forderungen auf Rückkauf beziehen sich auf Zivilklagen, die von den Treuhändern bestimmter RMBS-Verbriefungen erhoben wurden und im Rahmen derer die Treuhänder behaupten, die Gruppe und/oder die Erworbene Tochtergesellschaft müsse Kredite zurückkaufen, bei denen ein Verstoß gegen die operativen R&W vorliegt. Diese Treuhänder sowie alle anderen Parteien, die einen Rückkauf fordern, haben im Rahmen dieser Klagen ferner geltend gemacht, dass möglicherweise ein Verstoß gegen die operativen R&W bezüglich einer größeren (jedoch nicht bezifferten) Anzahl von Krediten vorliegt, als die zuvor von den Treuhändern in ihren konkreten Forderungen auf Rückkauf angegebene Anzahl. Kumulativ realisierte Verluste im Hinblick auf durch R&W abgedeckte Kredite durch die Gruppe oder die Erworbene Tochter belaufen sich mit Stand zum 31. Dezember 2017 auf etwa USD 1,3 Mrd. Dieser Prozess dauert an.

Die Erworbene Tochtergesellschaft ist darüber hinaus Beklagte einer weiter fortgeschrittenen Zivilklage, mit der u. a. eine Freistellung von Schäden angestrebt wird, die ein Darlehenskäufer angeblich als Konsequenz vermeintlicher Verletzungen von R&Ws erlitten hat, die von der Erworbenen Tochtergesellschaft in Verbindung mit Darlehensverkäufen an den Käufer im Zeitraum von 1997 bis 2007 abgegeben wurden, R&W. Dieser Prozess dauert an.

RMBS-Wertpapier-Klagen

Infolge einiger der vorstehend beschriebenen RMBS-Aktivitäten war die Gruppe an verschiedenen Gerichtsverfahren beteiligt, die von Käufern von RMBS, hinsichtlich derer die Gruppe als Sponsor

und/oder Underwriter im Zeitraum von 2005 bis 2008 fungiert hatte, angestrengt wurden. Grundsätzlich wurde in diesen Verfahren u. a. geltend gemacht, dass die Angebotsmaterialien zu den RMBS, auf die sich diese Käufer angeblich verlassen haben, sachlich falsche oder irreführende Darstellungen und/oder Auslassungen enthalten hätten, und generell die Rückabwicklung und Herausgabe des für die RMBS gezahlten Kaufpreises sowie eine Ersatzleistung finanziellen Verluste, die aus der Eigentümerstellung herrühren, verlangt. Die Gruppe hat die meisten dieser Klagen beigelegt, lediglich eine Klage ist noch anhängig.

Im Zusammenhang mit der verbliebenen anhängigen Klage standen zum 31. Dezember 2017 noch ca. USD 0,1 Mrd. des ursprünglichen RMBS-Nennbetrages aus. Es bestanden praktisch keine kumulierten realisierten Verluste auf die RMBS zum 31. Dezember 2017. Die Gruppe erwartet nicht, dass die Verluste im Falle einer Niederlage der verbleibenden anhängigen Klage wesentlich wären.

Sekundärmarkt-Ermittlungen

Die Gruppe hat im Zusammenhang mit RMBS- und CMBS-Handelspraktiken auf dem Sekundärmarkt Auskunftsverlangen und Vorladungen von der SEC, der Bezirksstaatsanwaltschaft von Connecticut (U.S. Attorney's Office for the Eastern District of Connecticut) und vom Special Inspector General für das US Troubled Asset Relief Program ("**SIGTARP**") erhalten. Im Mai 2017 wurde bekannt gegeben, dass eine Einigung erzielt wurde, in deren Rahmen sich die BCI zur Beilegung der Sache gegen Zahlung von USD 16,56 Mio. verpflichtet hat.

Eingeklagte Beträge/Finanzielle Auswirkung

Mit Ausnahme der in dem Abschnitt *Klagen RMBS- Wertpapiere* beschriebenen verbleibenden anhängigen Klage und der Einigung aus dem Mai 2017 ist es derzeit nicht möglich, eine Schätzung hinsichtlich weiterer finanzieller Auswirkungen der beschriebenen Maßnahmen auf die Gruppe abzugeben oder einzuschätzen, wie sie sich gegebenenfalls auf die Ertragslage, die Kapitalflüsse oder die Finanzlage der Gruppe in einem bestimmten Zeitraum auswirken könnten. Die Kosten für die Beilegung dieser Klagen könnten sich im Einzelfall oder insgesamt als erheblich erweisen.

Alternative Handelssysteme und Hochfrequenzhandel

Die SEC, die Generalstaatsanwaltschaft von New York (New York State Attorney General ("**NYAG**")) und die Aufsichtsbehörden einiger anderer Jurisdiktionen haben eine Reihe von Vorgängen in Verbindung mit alternativen Handelssystemen ("**AHS**"), einschließlich Dark Pools, und den Aktivitäten von Hochfrequenzhändlern untersucht.

Hintergrundinformationen

2014 reichte die NYAG beim Obersten Gerichtshof des Bundesstaates New York (Supreme Court of the State of New York ("**NY Supreme Court**")) eine Klage (die "**NYAG-Klage**") gegen die Barclays PLC und BCI ein, in deren Rahmen sie unter anderem den Vorwurf erhob, die Barclays PLC und BCI seien an Betrugsfällen und irreführenden Praktiken im Zusammenhang mit LX, dem SEC-registrierten AHS der Gruppe, beteiligt gewesen. Im Februar 2016 gelang es der Gruppe separate Einigungen mit der SEC und der NYAG zur Beilegung ihrer Klagen gegen die Barclays PLC und BCI im Zusammenhang mit dem Betrieb von LX abzuschließen und sie zahlte jeweils USD 35 Mio. an beide Behörden.

Die Barclays PLC und BCI wurden ebenfalls in einer Sammelklage eines institutionellen Finanzdienstleisters nach kalifornischem Recht erwähnt, die ähnliche Beschuldigungen wie die NYAG-Klage enthielt. Im Oktober 2016 hat das Bundesgericht in Kalifornien dem Antrag von Barclays PLC und BCI auf Abweisung der gesamten Klage stattgegeben, wogegen die Kläger Berufung gegen die Entscheidung des Gerichts eingelegt haben.

Im Anschluss an die Einreichung der NYAG-Klage wurden die Barclays PLC und BCI, einige ihrer ehemaligen CEOs und der gegenwärtige sowie ein früherer CFO und ein Mitarbeiter in einer Aktionärs-Sammelklage erwähnt ("**Aktionärs-Sammelklage**"). Die Kläger machen geltend, dass Anleger der Barclays American Depository Receipts (ADRs) infolge der Anschuldigungen in der NYAG-Klage Wertminderungen ihres Investments erlitten haben. Die Beklagten (einschließlich Barclays PLC und BCI) haben einen Antrag auf Klageabweisung gestellt, dem das Gericht teilweise stattgegeben, teilweise jedoch zurückgewiesen hat. Im Februar 2016 hat das Gericht die Klage als

Sammelklage zugelassen. Im November 2017 bestätigte das Berufungsgericht die Zulassung als Sammelklage. Die Gruppe hat beim Berufungsgericht Antrag auf Aussetzung des Verfahrens bis zur Überprüfung der Zulässigkeit der Zulassung als Sammelklage durch das US Supreme Court eingereicht.

Eingeklagte Beträge/Finanzielle Auswirkung

In den Sammelklagen werden ein nicht näher spezifizierter monetärer Schadensersatz und eine Unterlassungsverfügung gefordert. Es ist derzeit nicht möglich, eine Schätzung hinsichtlich der finanziellen Auswirkungen der beschriebenen Klagen auf die Gruppe abzugeben oder einzuschätzen, wie sich diese gegebenenfalls auf die Ertragslage, die Kapitalflüsse oder die Finanzlage der Gruppe in einem bestimmten Zeitraum auswirken könnten.

FERC und andere Zivilklagen

Die US-Energiemarktaufsicht (Federal Energy Regulatory Commission, "FERC") hat im Zusammenhang mit Anschuldigungen, dass die Barclays Bank PLC die Strommärkte im Westen der USA manipuliert habe, eine Zivilklage gegen die Barclays Bank PLC und einige ihrer ehemaligen Händler eingereicht.

Hintergrundinformationen

2012 erließ die FERC eine Verfügung, Einwendungen gegen beabsichtigte Maßnahmen vorzubringen, nebst Bescheid über beabsichtigte Strafen (Order to Show Cause and Notice of Proposed Penalties, "Order and Notice"), in der sie geltend machte, die Barclays Bank PLC und ihre ehemaligen Händler hätten gegen die Anti-Manipulationsbestimmungen der FERC, die sog. Anti-Manipulation Rule, verstoßen, indem sie in der Zeit von 2006 bis 2008 die Strommärkte in Kalifornien und Umgebung manipulierten, und schlug die Zahlung zivilrechtlicher Strafen sowie die Herausgabe entstandener Gewinne durch die Barclays Bank PLC vor.

2013 reichte die FERC eine Zivilklage gegen die Barclays Bank PLC und ihre ehemaligen Händler beim US-Bezirksgericht in Kalifornien ein und beantragte die Zahlung einer zivilrechtlichen Strafe in Höhe von USD 435 Mio. und Herausgabe entstandener Gewinne in Höhe von USD 34,9 Mio. nebst Zinsen. Die Klage wurde für einen Betrag in Höhe von USD 105 Mio. (USD 70 Mio. Strafe und USD 35 Mio. Herausgabe entstandener Gewinne) durch Vergleich beigelegt, der 2017 gezahlt wurde.

2015 hat die Merced Irrigation District, ein kalifornischer Energiedienstleister, vor dem US-Bezirksgericht für den SDNY eine zivilrechtliche Sammelklage auf Schadensersatz in Höhe von USD 139,3 Mio. gegen die Barclays Bank PLC eingereicht, in der kartellrechtliche Anschuldigungen in Verbindung mit den angeblichen Manipulationen der Barclays Bank PLC auf den Energiemärkten in Kalifornien und Umgebung vorgebracht wurden. Die Klage wurde durch einen Vergleich über USD 29 Mio. beigelegt (vorbehaltlich der gerichtlichen Genehmigung und des Rechts der Sammelkläger, aus dem Vergleich auszusteigen und ihre eigenen Forderungen geltend zu machen).

Eingeklagte Beträge/Finanzielle Auswirkung

Neben den oben aufgeführten Vergleichsbeträgen geht die Gruppe von keinen weiteren finanziellen Auswirkungen der oben beschriebenen Klagen aus, die sich wesentlich auf die Ertragslage, Kapitalflüsse oder Finanzlage der Gruppe auswirken würden.

Zivilklagen in Bezug auf Staatsanleihen und diesbezügliche Angelegenheiten

Gegen die Barclays Bank PLC, BCI und andere Finanzinstitute wurden verschiedene Zivilklagen eingereicht, in denen Verletzungen kartellrechtlicher und anderer Gesetze in Zusammenhang mit Märkten für US-Staatsanleihen und Supranational-Wertpapiere, sonstige Staatsanleihen und Agency-Wertpapiere geltend gemacht werden. Bestimmte Regierungsbehörden führen darüber hinaus Ermittlungen in Bezug auf den Handel mit bestimmten Staatsanleihen in verschiedenen Märkten durch.

Hintergrundinformationen

Vor einem US-Bundesgericht wurden zahlreiche Sammelklagen gegen die Barclays Bank PLC, BCI und andere Finanzinstitute eingereicht, die als Primärhändler für US-Staatsanleihen tätig waren. Diese Klagen wurden zusammengefasst und im November 2017 reichten die Kläger der Sammelklage eine

zusammengefasste geänderte Klageschrift beim US-Bundesgericht in New York gegen die Beklagten sowie gegen bestimmte Unternehmen ein, die elektronische Handelsplattformen betreiben, auf denen US-Staatsanleihen gehandelt werden. In der Klage werden Ansprüche aus US-bundesrechtlichen Kartellgesetzen und einzelstaatlichem Common Law geltend gemacht und behauptet, dass die Beklagten (i) Absprachen zur Manipulation des Markts für US-Staatsanleihen und/oder (ii) Absprachen zur Verhinderung der Bildung bestimmter Plattformen durch Boykottierung oder Androhung einer Boykottierung dieser Handelsplattformen getroffen hätten. Die Beklagten beabsichtigen, Antrag auf Klageabweisung zu stellen.

Daneben haben bestimmte Kläger eine damit zusammenhängende direkte Klage gegen die BCI und bestimmte andere Finanzinstitute eingereicht, die als Primärhändler von US-Staatsanleihen aufgetreten sind. In der Klage wird geltend gemacht, dass die Beklagten Absprachen getroffen hätten, um Preise und den Markt für US-Staatsanleihen unter Verletzung des US-bundesstaatlicher Kartellgesetze, des CEA und des einzelstaatlichen Common Laws zu manipulieren.

2017 wurden die Barclays PLC, Barclays Bank PLC, BCI, Barclays Services Limited, Barclays Capital Securities Limited und bestimmte andere Finanzinstitute in einer kartellrechtlichen Zivilklage als Beklagte genannt, in der behauptet wird, dass die Beklagten von 2005 bis 2015 Absprachen zu Preisen und zur Beschränkung des Wettbewerbs auf dem Markt für Supranational-Anleihen, sonstige Staatsanleihen und Agency-Anleihen getroffen hätten. Die Beklagten haben Antrag auf Klageabweisung gestellt.

Bestimmte staatliche Behörden führen Ermittlungen zu den Aktivitäten im Zusammenhang mit dem Handel bestimmter Staatsanleihen in verschiedenen Märkten durch und die Gruppe legt verschiedenen Behörden fortlaufend Informationen vor.

Eingeklagte Beträge/Finanzielle Auswirkung

Es ist derzeit nicht möglich, eine Schätzung hinsichtlich der finanziellen Auswirkungen der beschriebenen Klagen auf die Gruppe abzugeben oder einzuschätzen, wie sie sich gegebenenfalls auf die Ertragslage, die Kapitalflüsse oder die Finanzlage der Gruppe in einem bestimmten Zeitraum auswirken könnte.

American Depositary Shares

Gegen die Barclays PLC, Barclays Bank PLC und verschiedene ehemalige Vorstandsmitglieder der Barclays Bank PLC wurde im SDNY eine zusammengefasste Wertpapier-Sammelklage anhängig gemacht.

Hintergrundinformationen

In der Wertpapier-Sammelklage gegen die Barclays PLC, Barclays Bank PLC und verschiedene ehemalige Vorstandsmitglieder der Barclays Bank PLC wird geltend gemacht, dass falsche Angaben und Auslassungen in Angebotsdokumenten bestimmter American Depositary Shares gemacht wurden, die im April 2008 von der Barclays Bank PLC mit einem ursprünglichen Nennbetrag von ca. USD 2,5 Mrd. begeben wurden (das "**Angebot April 2008**"). Die Kläger machen Ansprüche aus dem Securities Act of 1933 geltend, wobei der Vorwurf erhoben wird, es hätte falsche Angaben und Auslassungen (unter anderem) in Bezug auf das Portfolio der Barclays Bank PLC für hypothekenbezogene Wertpapiere (darunter US-subprime-bezogene Positionen), die Risikopositionen der Barclays Bank PLC im Hypotheken- und Kreditmarkt und die Finanzlage der Barclays Bank PLC gegeben. Die Kläger haben die Höhe ihres ersuchten Schadensersatzes nicht näher beziffert. Im Juni 2016 ließ der SDNY die Klage als Sammelklage zu. Im September 2017 gab der SDNY dem Antrag der Beklagten auf ein beschleunigtes Verfahren statt. Die Kläger haben Berufung gegen diese Entscheidung eingelegt.

Eingeklagte Beträge/Finanzielle Auswirkung

Es ist derzeit nicht möglich, eine Schätzung hinsichtlich der finanziellen Auswirkungen der beschriebenen Klage auf die Gruppe abzugeben oder einzuschätzen, wie sie sich gegebenenfalls auf die Ertragslage, die Kapitalflüsse oder die Finanzlage der Gruppe in einem bestimmten Zeitraum auswirken könnte.

BDC Finance L.L.C.

Die BDC Finance L.L.C. (BDC) reichte Klage gegen die Barclays Bank PLC wegen der angeblichen Verletzung eines Vertrags im Zusammenhang mit einem Portfolio aus Total Return Swap-Transaktionen, für die ein ISDA-Rahmenvertrag gilt (zusammen der "**Vertrag**"), ein.

Hintergrundinformationen

2008 reichte die BDC beim NY Supreme Court Klage gegen die Barclays Bank PLC ein, in der geltend gemacht wurde, die Barclays Bank PLC habe gegen den Vertrag verstoßen, als sie 2008 der Forderung der BDC nach Übertragung angeblicher überschüssiger Sicherheiten in Höhe von ca. USD 40 Mio. (Forderung) nicht nachkam. Die BDC macht geltend, die Barclays Bank PLC sei nach dem Vertrag nicht berechtigt gewesen, die Forderung vor der Übertragung der angeblichen überschüssigen Sicherheiten zu bestreiten, und selbst wenn die Barclays Bank PLC nach dem Vertrag dazu berechtigt gewesen wäre, die Forderung vor der Übertragung zu bestreiten, habe die Barclays Bank PLC versäumt, die Forderung zu bestreiten. Die BDC verlangt Schadensersatz in Höhe von insgesamt USD 298 Mio. zuzüglich Anwaltskosten, Auslagen und vorprozessuale Zinsen. Eine Anhörung zu den Haftungsfragen wurde im April 2017 abgeschlossen und die Entscheidung des Gerichts steht noch aus.

2011 wurden die Barclays Bank PLC und BCI auch von der Anlageberaterin der BDC, BDCM Fund Adviser, L.L.C. und deren Mutterunternehmen, Black Diamond Capital Holdings, L.L.C. beim zuständigen Gericht von Connecticut (Connecticut State Court) auf Schadensersatz in unbestimmter Höhe verklagt, begründet mit dem angeblichen Verhalten der Barclays Bank PLC im Zusammenhang mit dem Vertrag; dabei wurden Ansprüche aufgrund der Verletzung von Vorschriften gegen unlautere Handelspraktiken gemäß dem Connecticut Unfair Trade Practices Act sowie Ansprüche aus unerlaubter Handlung im Zusammenhang mit dem Eingriff in Geschäftsbeziehungen und potenzielle Geschäftsbeziehungen geltend gemacht. Die Parteien haben einer Aussetzung des Verfahrens zugestimmt.

Eingeklagte Beträge/Finanzielle Auswirkung

Es ist derzeit nicht möglich, eine Schätzung hinsichtlich der finanziellen Auswirkungen der beschriebenen Klagen auf die Gruppe abzugeben oder einzuschätzen, wie sie sich gegebenenfalls auf die Ertragslage, die Kapitalflüsse oder die Finanzlage der Gruppe in einem bestimmten Zeitraum auswirken könnten. Die BDC hat Ansprüche in Höhe von insgesamt USD 298 Mio. nebst Rechtsanwaltskosten und vorprozessuale Zinsen gegen die Gruppe geltend gemacht. Dieser Betrag entspricht nicht zwangsläufig dem potenziellen finanziellen Risiko, dem die Gruppe im Falle einer Entscheidung zu ihren Ungunsten ausgesetzt wäre.

Zivilklagen in Bezug auf den US Anti-Terrorism Act

Zivilklagen gegen die Barclays Bank PLC und andere Banken machen eine Beteiligung an einer Absprache und eine Verletzung des US-Anti-Terrorism Act ("**ATA**") geltend.

Hintergrundinformationen

2015 wurde eine abgeänderte Sammelklage von ca. 250 Klägern beim US-Bundesgericht im EDNY anhängig gemacht. Gegenstand dieser Klage ist die Behauptung, die Barclays Bank PLC sowie weitere Banken hätten sich der Beteiligung an Absprachen schuldig gemacht und den ATA verletzt, indem sie der Regierung des Iran sowie einigen iranischen Banken bei der Durchführung von Geschäften in US-Dollar behilflich gewesen sein sollen, mit denen wiederum Angriffe der Hisbollah und andere Angriffe finanziert wurden, in denen Familienmitglieder der Kläger verletzt oder getötet wurden. Gemäß den Bestimmungen des ATA müssen, alle nachgewiesenen Schäden nebst Anwaltsgebühren dreifach entschädigt werden, machen die Kläger Entschädigungsansprüche für physische Schmerzen, Leid und seelische Qualen geltend. Die Kläger haben im Juli 2016 eine zweite geänderte Klageschrift eingereicht (die "**Zweite Geänderte Klageschrift**"), in der unter anderem verschiedene Kläger hinzugefügt wurden, so dass die Gesamtanzahl der Kläger bei circa 350 Personen liegt. Die Beklagten haben Antrag auf Abweisung der Zweiten Geänderten Klageschrift gestellt. Im November 2017 wurde eine getrennte Zivilsammelklage bei dem US-Bundesgericht im SDNY von circa 160 Klägern eingereicht, die Ansprüche aus dem ATA gegen die Barclays Bank PLC und eine Reihe anderer Banken geltend macht und im Wesentlichen der Zweiten Geänderten Klageschrift entspricht. Die Beklagten beabsichtigen, Antrag auf Klageabweisung zu stellen.

Im November 2016 wurde eine Zivilklage eingereicht, die Ansprüche aus dem ATA gegen die Barclays

Bank PLC (und eine Reihe anderer Banken) geltend machte und die im Wesentlichen der Zweiten Geänderten Klageschrift entsprach. Im Oktober nahmen die Kläger die Klage ohne Nachteile freiwillig zurück.

Eingeklagte Beträge/Finanzielle Auswirkung

Es ist derzeit nicht möglich, eine Schätzung hinsichtlich der finanziellen Auswirkungen der beschriebenen Klagen auf die Gruppe abzugeben oder einzuschätzen, wie sie sich gegebenenfalls auf die Ertragslage, die Kapitalflüsse oder die Finanzlage der Gruppe in einem bestimmten Zeitraum auswirken könnten.

US-Zivilklagen in Bezug auf Zinsswaps und Credit-Default-Swaps

Die Barclays PLC, Barclays Bank PLC und BCI sind zusammen mit anderen Finanzinstituten Beklagte in kartellrechtlichen Zivilklagen in Bezug auf Zinsswaps und Credit-Default-Swaps im SDNY.

Hintergrundinformationen

Die Barclays PLC, Barclays Bank PLC und BCI wurden, zusammen mit anderen Finanzinstituten, die Market Makers für Interest Rate Swaps (IRS), Trade Web und ICAP sind, als Beklagte in einer Reihe von kartellrechtlichen Sammelklagen benannt, die 2016 im SDNY zusammengelegt wurden. Mit den Klagen wird geltend gemacht, die Beklagten hätten Absprachen getroffen, um die Entwicklung des Austauschs von IRS zu verhindern, und es werden nicht spezifizierte Schadensersatzzahlungen, ein dreifacher Schadensersatz und Rechtsanwaltskosten gefordert. Zu den Klägern gehören eine Reihe von Swap Execution Facilities sowie institutionelle Anleger (buy-side investors). Die institutionellen Anleger (buy-side investors) machen geltend, eine Klägergruppe zu vertreten, die Transaktionen im Bereich der Fixed-For-Floating-IRS mit Beklagten in den USA seit 2008 vorgenommen hat, einschließlich beispielsweise US-Pensionskassen und Pensionsfonds, Gemeinden, Universitätsstiftungen, Unternehmen, Versicherungsgesellschaften und Investmentfonds. Das Beweisnahmeverfahren läuft. Im Juni 2017 wurde vor dem US-Bezirksgericht im SDNY eine gesonderte Klage gegen dieselben Finanzinstitute, wie in den IRS-Fällen, einschließlich gegen die Barclays PLC, Barclays Bank PLC und BCI eingereicht, in der geltend gemacht wird, dass ein bestimmtes Verhalten in den IRS-Fällen angeblich ebenfalls zu einem Verlust des Klägers in Bezug auf den Credit-Default-Swaps-Markt beigetragen habe. Die Beklagten haben Antrag auf Klageabweisung gestellt.

Eingeklagte Beträge/Finanzielle Auswirkung

Es ist derzeit nicht möglich, eine Schätzung hinsichtlich der finanziellen Auswirkungen der beschriebenen Klagen auf die Gruppe abzugeben oder einzuschätzen, wie sich diese gegebenenfalls auf die Ertragslage, die Kapitalflüsse oder die Finanzlage der Gruppe in einem bestimmten Zeitraum auswirken könnten.

CCUK Finance Limited und CIAC Corporation

Im Mai 2017 wurde der Barclays Bank PLC eine Zivilklage vor dem Obersten Gerichts Englands von der CCUK Finance Limited und CIAC Corporation zugestellt, in der eine angebliche Verletzung einer vertraglichen Haftungsfreistellung, arglistige Täuschung und die Verletzung einer Gewährleistung infolge des Verkaufs eines Kreditkartenportfolios 2007 geltend gemacht wurden. Die Barclays Bank PLC hat eine Klageerwiderung und Gegenklage eingereicht.

Eingeklagte Beträge/Finanzielle Auswirkung

Die Klage zielt auf Schadensersatz in Höhe von mindestens GBP 1 Mrd. nebst Zinsen und Kosten ab. Der geltend gemachte Schadensersatz stellt nicht zwingend die drohende Verbindlichkeit der Barclays Bank PLC dar, wenn ein Urteil gegen sie ergehen sollte. Es ist derzeit nicht möglich, eine Schätzung hinsichtlich der finanziellen Auswirkungen der beschriebenen Klage auf die Gruppe abzugeben oder einzuschätzen, wie sich diese gegebenenfalls auf die Ertragslage, die Kapitalflüsse oder die Finanzlage der Gruppe in einem bestimmten Zeitraum auswirken könnte.

Ermittlungen der Portugiesischen Wettbewerbsbehörde

Die Portugiesische Wettbewerbsbehörde untersucht, ob es durch den Austausch von Informationen über Kreditprodukte für Kleinanleger über einen Zeitraum von 11 Jahren, unter besonderer Bezugnahme auf Hypotheken, Verbraucherkredite sowie die Vergabe von Krediten an kleine und mittlere Unternehmen, zwischen 15 Banken in Portugal -darunter auch die Gruppe -, zu Verletzungen des Wettbewerbsrechts gekommen ist. Die Gruppe kooperiert bei den Ermittlungen.

Eingeklagte Beträge/Finanzielle Auswirkung

Es ist derzeit nicht möglich, eine Schätzung hinsichtlich der finanziellen Auswirkungen der beschriebenen Maßnahme auf die Gruppe abzugeben oder einzuschätzen, wie sich diese gegebenenfalls auf die Ertragslage, die Kapitalflüsse oder die Finanzlage der Gruppe in einem bestimmten Zeitraum auswirken könnte.

Rückstellungen für rechtliche, wettbewerbsrechtliche und aufsichtsrechtliche Angelegenheiten

Entschädigungszahlungen im Rahmen von Restschuldversicherungen

Zum 31. Dezember 2017 hatte die Gruppe kumulative Rückstellungen in Höhe von insgesamt GBP 9,2 Mrd. (2016: GBP 8,4 Mrd.) für Entschädigungszahlungen im Rahmen von Restschuldversicherungen (Payment Protection Insurance, "PPI") und die damit verbundenen Bearbeitungskosten gebildet; bei einer Verwendung von GBP 7,6 Mrd. (2016: GBP 6,4 Mrd.) verbleibt eine restliche Rückstellung in Höhe von GBP 1,6 Mrd. (2016: GBP 2,0 Mrd.)

Bis zum am 31. Dezember 2017 gingen 2,1 Mio. (2016: GBP 1,6 Mio.) von Kunden geltend gemachte Forderungen ein und wurden bearbeitet. Das Volumen der im Zeitraum 2017 eingegangenen Forderungen ist gegenüber dem Zeitraum 2016 um 16% gestiegen. Dieser Anstieg könnte durch eine Werbekampagne der FCA im zweiten HJ 2017 beeinflusst worden sein.

Die derzeitige Rückstellung entspricht basierend auf den Informationen zum Jahresende den geschätzten Kosten der PPI-Leistungen, die sich vor allem auf von Kunden eingeleitete Klagen und fortdauernden Wiedergutmachungsprogrammen beziehen. Dies umfasst auch durch Dritte verwaltete Verbindlichkeiten aus zuvor verkauften Portfolios, für die die Gruppe weiterhin haftet, basierend auf den Informationen zum Jahresende.

Zum 31. Dezember 2017 entspricht die Rückstellung in Höhe von GBP 1,6 Mrd. der besten Schätzung der Gruppe im Hinblick auf die zu erwartenden PPI-Leistungen und reflektiert die von der FCA für die Einreichung von Klagen gesetzte Frist vom 29. August 2019. Dennoch ist es möglich, dass das endgültige Ergebnis von der aktuellen Schätzung abweicht. Die Gruppe wird auch in Zukunft die Angemessenheit der Höhe der Rückstellungen im Hinblick auf die zukünftigen Auswirkungen prüfen.

Die PPI-Rückstellung wird unter Zugrundelegung bestimmter Annahmen errechnet, die wesentliche Modelle und Einschätzungen des Managements beinhalten. Diese Einschätzungen bleiben subjektiv, vor allem aufgrund der Unsicherheiten der zukünftigen Anspruchshöhe, insbesondere bei Klagen, die durch das Tätigwerden der CMC und die Werbekampagne der FCA ausgelöst werden.

Allgemeines

Die Gruppe ist an verschiedenen anderen, im Vereinigten Königreich, in den USA und einigen anderen ausländischen Jurisdiktionen geführten Gerichts-, Wettbewerbs- und aufsichtsrechtlichen Verfahren beteiligt. Sie ist Gegenstand von durch die Gruppe oder gegen die Gruppe eingeleiteten Verfahren, die sich von Zeit zu Zeit aus dem gewöhnlichen Geschäftsbetrieb ergeben, (u. a.) beispielsweise bei Streitigkeiten im Zusammenhang mit Verträgen, Wertpapieren, der Eintreibung von Schulden, Verbraucherkrediten, Betrugsfällen, Treuhandverhältnissen, Kundenvermögen, Wettbewerbs-, Datenschutz-, Geldwäsche-, Finanzkriminalität-, Arbeits-, Umwelt- und sonstigen Gesetze und nach Common Law.

In Bezug auf die Gruppe laufen außerdem Ermittlungs- und Untersuchungsverfahren, Auskunftersuche, Prüfungen, Gerichts- und sonstige Verfahren von Aufsichtsbehörden sowie staatlichen und sonstigen öffentlichen Stellen im Zusammenhang mit (u. a.) Verbraucherschutzmaßnahmen, der Einhaltung von Gesetzen und Vorschriften, Großhandelsaktivitäten und anderen Bank- und Geschäftsaktivitäten, denen die Gruppe nachgeht oder nachgegangen ist. Die Gruppe arbeitet mit den zuständigen Behörden zusammen und informiert alle maßgeblichen Stellen

laufend in einem angemessenen Rahmen in Verbindung mit diesen Fragen und anderen in dieser Ziffer beschriebenen Angelegenheiten.

Derzeit geht die Gruppe nicht davon aus, dass die endgültige Beilegung dieser anderen Verfahren sich wesentlich nachteilig auf ihre Finanzlage auswirken wird. In Anbetracht der im Zusammenhang mit diesen Verfahren sowie den speziell in diesem Abschnitt beschriebenen Verfahren bestehenden Ungewissheiten kann jedoch nicht ausgeschlossen werden, dass sich der Ausgang eines bestimmten Verfahrens oder bestimmter Verfahren in einem bestimmten Zeitraum wesentlich auf die Ertragslage oder den Kapitalfluss der Gruppe auswirken wird, was u. a. von der Höhe des aus dem bzw. den Verfahren resultierenden Verlusts und der Höhe des anderweitig für den jeweiligen Berichtszeitraum ausgewiesenen Ertrags abhängt.

Directors

Im Folgenden werden alle Directors der Bank, jeweils mit Geschäftsanschrift in 1 Churchill Place, London E14 5HP, Vereinigtes Königreich, ihre jeweilige Position innerhalb der Bank sowie ggf. die wichtigsten von ihnen außerhalb der Bank ausgeübten Tätigkeiten, soweit diese für die Bank von Bedeutung sind, aufgeführt:

| <i>Name</i> | <i>Funktion(en) innerhalb der Bank</i> | <i>Wichtigste Tätigkeiten außerhalb der Bank</i> |
|--------------------------|--|--|
| Sir Gerald Grimstone | Vorsitzender der Gruppe | Non-Executive Director, Barclays PLC; Chairman, Standard Life Aberdeen plc; Non-Executive Board Member, Deloitte NWE LLP; Lead non-executive, Ministry of De-fence; Member, Financial Services Trade and Investment Board; Board Advisor, Abu Dhabi Commercial Bank PJSC |
| James Staley | Chief Executive Officer und Executive Director | Group Chief Executive Officer und Executive Director der Barclays PLC; Mitglied des Institute of International Finance, Inc. |
| Tushar Morzaria | Chief Finance Officer and Executive Director | Group Finance Director and Executive Director, Barclays PLC; Member, Main Committee of the 100 Group |
| Peter James Bernard | Non-Executive Director | Non-Executive Director, Barclays US LLC; Executive Director, Root Capital Inc; Non-Executive Director, Massachusetts Audubon Society; Non-Executive Director, Windrose Advisors; Member of the Board of Trustees and the Investment Committee. Bowdoin College |
| Helen Anne Keelan | Non-Executive Director | Chairman, Barclays Bank Ireland PLC; Non-Executive Director, Barclays Capital Securities Limited; Non-Executive Director, PM Group Limited; Non-Executive Director, Liberty Insurance DAC; Non-Executive Director, Standard Life International DAC |
| Maria Del Carmen Richter | Non-Executive Director | Non-Executive Director, AngloGold Ashanti; Non-Executive Director, Rexel; Non-Executive Director, Bessemer Trust |
| Jeremy Scott | Group Finance Director; | Vice Chairman, Parker Fitzgerald Group |

| | Executive Director | |
|-------------------------------|------------------------|---|
| Alexander Vincent Thursby | Non-Executive Director | Non-Executive Director, Rank Group PLC; Executive Director, Janheg Investments PTE Limited; Executive Director, Janheg Caribbean Limited; Member of the Board of Trustees, Eden Rivers Trust; Advisory Board, Motive Labs |
| Helene Maria Vletter-van Dort | Non-Executive Director | Chairwoman of the Supervisory Board, Intertrust N.V; Non-Executive Director, NN Group N.V; Member of the Single Resolutions Board's Appeal Panel, Single Resolution Board; Member, Dutch Corporate Governance Code Monitoring Committee; Board member of the IvO Centre for Financial Law and Governance and Part-time Professor, Erasmus School of Rotterdam |

Potenzielle Interessenkonflikte

Die oben aufgeführten Directors der Bank haben im Hinblick auf ihre privaten Interessen oder sonstigen Verpflichtungen keine potentiellen Interessenkonflikte in Bezug auf Verpflichtungen gegenüber der Bank.

Mitarbeiter

Zum 31. Dezember 2017 belief sich die Gesamtzahl der von der Gruppe beschäftigten Personen (Vollzeitäquivalent) auf ca. 79.900 (31. Dezember 2016: 119.300).

Abschlussprüfer

Der Abschluss und der Gruppenabschluss der Emittentin für die am 31. Dezember 2017 und 31. Dezember 2016 zu Ende gegangenen Geschäftsjahre wurden von PricewaterhouseCoopers, Southwark Towers, 32 London Bridge Street, London SE1 9SY, Vereinigtes Königreich, zugelassene Wirtschafts- und Abschlussprüfer (*chartered accounts and registered auditors*) (für das Ausführen des bestimmten Anlagegeschäfts von der Financial Conduct Authority im Vereinigten Königreich zugelassen und deren Aufsicht unterstehend) geprüft und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen. PricewaterhouseCoopers im Vereinigten Königsreich ist kein Mitglied einer Berufsvereinigung, jedoch registriert bei dem Institut der Wirtschaftsprüfer in England und Wales (*Institute of Chartered Accountants in England and Wales* (ICAEW)) und der Aufsichtsbehörde für Wirtschaftsprüfer (*Public Company Accounting Oversight Board* (PCAOB)).

The following non-binding English language translation of parts of the foregoing German language content of the supplement dated 25 April 2018 to the RSSP Base Prospectus A dated 13 June 2017, RSSP Base Prospectus A dated 25 July 2017, RSSP Base Prospectus B dated 7 July 2017 and Base Prospectus Prosper A dated 26 October 2017 (the "**Base Prospectuses**") is not a supplement in accordance with Section 16(1) of the German Securities Prospectus Act (*Wertpapierprospektgesetz*) and was not approved by the German Federal Financial Supervisory Authority (*Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht*).

*Die nachfolgende unverbindliche englischsprachige Übersetzung von Teilen des vorstehenden deutschsprachigen Inhalts des Nachtrags vom 25. April 2018 zum RSSP Basisprospekt A vom 13. Juni 2017, RSSP Basisprospekt A vom 25. Juli 2017, RSSP Basisprospekt B vom 7. Juli 2017 und Basisprospekt Prosper A vom 26. Oktober 2017 (die "**Basisprospekte**") stellt keinen Nachtrag gemäß § 16 Abs. 1 Wertpapierprospektgesetz dar und wurde nicht von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht gebilligt.*



25 April 2018

BARCLAYS BANK PLC

(Incorporated with limited liability in England and Wales)

SUPPLEMENT

PURSUANT TO § 16 PARA. 1 GERMAN SECURITIES PROSPECTUS ACT ("**WPPG**")

TO THE FOLLOWING BASE PROSPECTUSES

(THE "**BASE PROSPECTUSES**"):

RSSP BASE PROSPECTUS A DATED 13 JUNE 2017 AS SUPPLEMENTED BY PREVIOUS
SUPPLEMENTS DATED 27 JUNE 2017, 25 AUGUST 2017 AND 20 NOVEMBER 2017

(THE "**RSSP BASE PROSPECTUS A DATED 13 JUNE 2017**")

RELATING TO

EQUITY LINKED SECURITIES (THE "**RSSP A1 SECURITIES**")

(FOURTH SUPPLEMENT)

RSSP BASE PROSPECTUS A DATED 25 JULY 2017 AS SUPPLEMENTED BY PREVIOUS
SUPPLEMENTS DATED 25 AUGUST 2017 AND 20 NOVEMBER 2017

(THE "**RSSP BASE PROSPECTUS A DATED 25 JULY 2017**")

RELATING TO

EQUITY LINKED SECURITIES (THE "**RSSP A2 SECURITIES**")

(THIRD SUPPLEMENT)

RSSP BASE PROSPECTUS B DATED 7 JULY 2017 AS SUPPLEMENTED BY PREVIOUS
SUPPLEMENTS DATED 25 AUGUST 2017 AND 20 NOVEMBER 2017

(THE "**RSSP BASE PROSPECTUS B**")

RELATING TO
EQUITY LINKED NON LINEAR SECURITIES (THE "**RSSP B SECURITIES**")

(THIRD SUPPLEMENT)

BASE PROSPECTUS PROSPER A DATED 26 OCTOBER 2017 AS SUPPLEMENTED BY PREVIOUS
SUPPLEMENT DATED 20 NOVEMBER 2017

(THE "**BASE PROSPECTUS PROSPER A**")

RELATING TO
NOTIONAL PORTFOLIO LINKED SECURITIES

(THE "**PROSPER A SECURITIES**")

(SECOND SUPPLEMENT)

(THE RSSP A1 SECURITIES, THE RSSP A2 SECURITIES, THE RSSP B SECURITIES AND THE
PROSPER A SECURITIES, THE "**SECURITIES**")

TABLE OF CONTENTS

| <u>Base Prospectus</u> | <u>Section of the Base Prospectus</u> | <u>Items of the Supplement</u> | <u>Page</u> |
|---|--|---------------------------------------|--------------------|
| RSSP Base Prospectus A dated 13 June 2017 RSSP Base Prospectus A dated 25 July 2017 RSSP Base Prospectus B Base Prospectus Prosper A | RISK FACTORS | I. | 6 f. |
| RSSP Base Prospectus A dated 13 June 2017 RSSP Base Prospectus A dated 25 July 2017 RSSP Base Prospectus B | RISK FACTORS | II. | 19 f. |
| Base Prospectus Prosper A | RISK FACTORS | III. | 22 f. |
| RSSP Base Prospectus A dated 13 June 2017 RSSP Base Prospectus A dated 25 July 2017 | RISK FACTORS | IV. | 25 f. |
| RSSP Base Prospectus A dated 13 June 2017 RSSP Base Prospectus A dated 25 July 2017 RSSP Base Prospectus B Base Prospectus Prosper A | INFORMATION INCORPORATED BY REFERENCE | V. | 27 |
| RSSP Base Prospectus A dated 13 June 2017 RSSP Base Prospectus A dated 25 July 2017 RSSP Base Prospectus B Base Prospectus Prosper A | INFORMATION INCORPORATED BY REFERENCE | VI. | 27 f. |
| RSSP Base Prospectus A dated 13 June 2017 RSSP Base Prospectus A dated 25 July 2017 RSSP Base Prospectus B Base Prospectus Prosper A | INFORMATION INCORPORATED BY REFERENCE | VII. | 28 |
| RSSP Base Prospectus A dated 13 June 2017 RSSP Base Prospectus A dated 25 July 2017 RSSP Base Prospectus B Base Prospectus Prosper A | GERNERAL INFORMATION | VIII. | 28 |
| RSSP Base Prospectus A dated 13 June 2017 RSSP Base Prospectus A dated 25 July 2017 RSSP Base Prospectus B Base Prospectus Prosper A | GERNERAL INFORMATION | IX. | 28 f. |
| RSSP Base Prospectus A dated 13 June 2017 RSSP Base Prospectus A dated 25 July 2017 RSSP Base Prospectus B Base Prospectus Prosper A | INFORMATION RELATING TO THE ISSUER | X. | 29 f. |

If, before this Supplement is published, investors have already agreed to purchase or subscribe for Securities issued under the Final Terms to the Base Prospectuses, such investors shall have the right to withdraw their declaration of purchase or subscription in accordance with Section 16(3) WpPG within a period of two working days from the date of publication of this Supplement, provided that the new factor, mistake or inaccuracy referred to in Section 16(1) WpPG arose before the final closing of the offer to the public and the delivery of the securities.

The withdrawal (for which no reasons need to be given) must be declared by written notice to that entity to which the relevant investor addressed the declaration of purchase or subscription. Timely dispatch of notice is sufficient to comply with the notice period.

During the validity of the Base Prospectuses and as long as any Securities issued in connection with the Base Prospectuses are listed on any stock exchange or offered to the public, copies of this Supplement and of the Base Prospectuses, as supplemented, will be available free of charge upon request from Barclays Bank PLC, 1 Churchill Place, London, E14 5HP, United Kingdom, and on the website of the Issuer <https://www.home.barclays/prospectuses-and-documentation/structured-securities/prospectuses>.

The circumstances giving rise to this Supplement are:

- The joint annual reports of Barclays PLC and Barclays Bank PLC, as filed with the US Securities and Exchange Commission (SEC) on Form 20-F on 22 February 2018 (time of circumstances giving rise to this Supplement) (Joint Annual Report).
- The annual reports of Barclays Bank PLC containing the audited consolidated financial statements of Barclays Bank PLC in respect of the years ended 31 December 2016 (2016 Bank Annual Report) and 31 December 2017, as filed with the SEC on Form 20-F on 22 February 2018 (time of circumstances giving rise to this Supplement) (2017 Bank Annual Report).
- The joint announcement of Barclays PLC and Barclays Bank PLC, as filed with the SEC on Form 6-K on 29 March 2018 in respect of the settlement of civil litigation with the US Department of Justice in relation to residential mortgage-backed securities (March Announcement).
- As a result of regulatory reforms implemented by the UK government, intended to strengthen the UK financial system following the financial crisis that began in 2008, from 1 January 2019, the largest UK banks must separate core retail banking from investment banking. This is known as "ring-fencing" to protect customers and the day-to-day banking services they rely on from unrelated risks elsewhere in the banking group and shocks affecting the wider financial system. Barclays established a ring-fenced bank, Barclays Bank UK PLC, which was separated from Barclays Bank PLC on 1 April 2018 (the "**Disposal**"), to comply with the terms of the UK ring-fencing regime. In order to depict the possible effect of the Disposal Barclays Bank PLC Group has prepared pro forma financial information addressing the hypothetical situation as if the Disposal had occurred on the balance sheet of the Barclays Bank PLC Group on 1 January 2017 and on the audited balance sheet of the Barclays Bank PLC Group on 31 December 2017. The pro forma financial information has been included in the registration document for purposes of Article 5(3) of directive 2003/71/EC of Barclays Bank PLC and its subsidiaries, dated 16 March 2018 (time of circumstances giving rise to this Supplement), as approved by the United Kingdom Financial Conduct Authority (FCA) (the "**2018 Registration Document**").
- Simultaneously Barclays Bank PLC agreed on an update of the information in relation to Benchmark provisions, the director's table and credit rating of Barclays Bank PLC.

The following sections of the Base Prospectuses are effected by the changes:

- I. In the non-binding English language translation of the Base Prospectuses in the section "**RISK FACTORS**" in the subsection "**FACTORS THAT MAY AFFECT THE ISSUER'S ABILITY TO FULFIL ITS OBLIGATIONS UNDER THE SECURITIES**" the risk factor "**1.2 Principal Risks relating to the Issuer**" is replaced as follows:

1.2 Principal Risks relating to the Issuer

Material risks are those to which senior management pay particular attention and which could cause the delivery of the Group's strategy, results of operations, financial condition and/or prospects to differ materially from current expectations. Emerging risks are those that have largely unknown components, the impact of which could crystallise over a longer time horizon. These could currently be considered immaterial but over time may individually or cumulatively affect the Group's strategy and cause the same outcomes as detailed above regarding material risks. In addition, certain factors beyond the Group's control, including escalation of terrorism or global conflicts, natural disasters and similar calamities, although not detailed below, could have a similar impact on the Group.

The risks described below are material risks that senior management has identified with respect to the Group. In connection with the planned implementation in April 2018 of ring-fencing certain of the Group's UK businesses, the Issuer will transfer what are materially the assets and business of the Barclays UK division to another subsidiary of the Group, Barclays Bank UK PLC (the "**UK Ring-fenced Bank**"). Senior management expects that upon this transfer the material risks with respect to the Bank Group will be the same in all material respects as those risks with respect to the Group. For more information on certain

risks senior management has identified with respect to the Bank Group, see '5. *Certain potential consequences of ring-fencing to the Issuer*'.

Material existing and emerging risks potentially impacting more than one Principal Risk

1. Business conditions, general economy and geopolitical issues

The Group offers a broad range of services, including to retail, institutional and government customers, in a large number of countries. The breadth of these operations means that deterioration in the economic environment, or an increase in political instability in countries where the Group is active, or in any systemically important economy, could adversely affect the Group's operating performance, financial condition and prospects.

Although economic activity continued to strengthen globally in 2017 a change in global economic conditions and the reversal of the improving trend may result in lower client activity of the Group and/or an increase of the Group's default rates, delinquencies, write-offs, and impairment charges, which in turn could adversely affect the Group's performance and prospects.

In several countries, reversals of capital inflows, as well as fiscal austerity, have already caused deterioration in political stability. This could be exacerbated by a renewed rise in asset price volatility or sustained pressure on government finances. In addition, geopolitical tensions in some areas of the world, such as the Korean Peninsula, the Middle East and Eastern Europe, are already acute and at risk of further deterioration, thus potentially increasing market uncertainties and adverse global economic and market conditions.

In the US, there is uncertainty around the policy platform of the administration which took office in 2017. There is the possibility of significant changes in policy in sectors including trade, healthcare and commodities which may have an impact on associated Group portfolios. A significant proportion of the Group's portfolio is located in the US, including a major credit card portfolio and a range of corporate and investment banking exposures. Stress in the US economy, weakening GDP, an unexpected rise in unemployment and/or an increase in interest rates could lead to increased levels of impairment.

Most major central banks have indicated that they expect prevailing loose monetary policies to tighten. Should 'normalisation' paths diverge substantially, flows of capital between countries could alter significantly, placing segments with sizeable foreign currency liabilities, in particular emerging markets, under pressure. In addition, possible divergence of monetary policies between major advanced economies risks triggering further financial market volatility (see also 2. *Interest rate rises adversely impacting credit conditions* below).

In the UK, the vote in favour of leaving the EU (see 3. *Process of UK withdrawal from the European Union* below) has given rise to political uncertainty with attendant consequences for investment and market confidence. The initial impact was a depreciation of sterling resulting in higher costs for companies exposed to imports and a more favourable environment for exporters. Rising domestic costs resulting from higher import prices may impact household incomes and the affordability of consumer loans and mortgages. In turn this may affect businesses dependent on consumers for revenue. There has also been a reduction in activity in both commercial and residential real estate markets which has the potential to impact value of real estate assets and adversely affect mortgage assets.

Sentiment towards emerging markets as a whole continues to be driven in large part by developments in China, where there is some concern around the ability of authorities to manage growth while transitioning from manufacturing towards services. Although the Chinese government's efforts to stably increase the weight of domestic demand have had some success, the pace of credit growth remains a concern, given the high level of leverage and despite regulatory action. A stronger than expected slowdown could result if authorities fail to appropriately manage the end of the investment and credit-led boom.

Deterioration in emerging markets could affect the Group if it results in higher impairment charges for the Group via sovereign or counterparty defaults. More broadly, a dete-

rioration of conditions in the key markets where the Group operates could affect performance in a number of ways including, for example: (i) deteriorating business, consumer or investor confidence leading to reduced levels of client activity, including demand for borrowing from creditworthy customers, or indirectly, a material adverse impact on GDP growth in significant markets and therefore on Group performance; (ii) higher levels of default rates and impairment; (iii) mark to market losses in trading portfolios resulting from changes in factors such as credit ratings, share prices and solvency of counterparties (iv) reduced ability to obtain capital from other financial institutions for the Group operations; and (v) lower levels of fixed asset investment and productivity growth overall.

2. Interest rate rises adversely impacting credit conditions

To the extent that central banks increase interest rates particularly in the Group's main markets, in the UK and the US, there could be an impact on consumer debt affordability and corporate profitability. While interest rate rises could positively impact the Group's profitability, as retail and corporate business income may increase due to margin decompression, future interest rate increases, if larger or more frequent than expectations, could cause stress in the loan portfolio and underwriting activity of the Group. Higher credit losses driving an increased impairment allowance would most notably impact retail unsecured portfolios and wholesale non- investment grade lending.

Interest rates rising faster than expected could also have an adverse impact on the value of high quality liquid assets which are part of the Group Treasury function's investment activity that could consequently create more volatility through the Group's available for sale reserves than expected.

3. Process of UK withdrawal from the European Union ("EU")

The uncertainty and increased market volatility following the UK's decision to leave the EU in 2019 is likely to continue until the exact nature of the future trading relationship with the EU becomes clear. The potential risks associated with an exit from the EU include:

- Increased market risk with the impact on the value of trading book positions, mainly in Barclays International, expected to be driven predominantly by currency and interest rate volatility.
- Potential for credit spread widening for UK institutions which could lead to reduced investor appetite for the Group's debt securities, which could negatively impact the cost of and/or access to funding. Potential for continued market and interest rate volatility could affect the interest rate risk underlying, and potentially affect the value of the assets in the banking book, as well as securities held by the Group for liquidity purposes.
- Changes in the long-term outlook for UK interest rates which may adversely affect IAS 19 pension liabilities and the market value of equity investments funding those liabilities.
- Increased risk of a UK recession with lower growth, higher unemployment and falling UK house prices. This would likely negatively impact a number of the Group's portfolios, particularly in Barclays UK, notably: higher Loan to Value mortgages, UK unsecured lending including credit cards and Commercial Real Estate exposures.
- Changes to current EU "Passporting" rights which will likely require adjustments to the current model for the Group's cross-border banking operation which could increase operational complexity and/or costs.
- The ability to attract, or prevent the departure of, qualified and skilled employees may be impacted by the UK's future approach to the EU freedom of movement and immigration from the EU countries and this may impact the Group's access to the EU talent pool.
- The legal framework within which the Group operates could change and become more uncertain as the UK takes steps to replace or repeal certain laws currently in

force, which are based on EU legislation and regulation (including EU regulation of the banking sector). Certainty of existing contracts, enforceability of legal obligations and uncertainty around the outcome of disputes may be affected until the impacts of the loss of the current jurisdictional arrangements between UK and EU courts and the universal enforceability of judgements across the EU (including the status of existing EU case law) are fully known.

4. Regulatory change agenda and impact on business model

The Group remains subject to ongoing significant levels of regulatory change and scrutiny in many of the countries in which it operates (including, in particular, the UK and the US). As a result, regulatory risk will remain a focus for senior management and consume significant levels of business resources. Furthermore, a more intensive regulatory approach and enhanced requirements together with the uncertainty (particularly in light of the UK's decision to withdraw from the EU) and potential lack of international regulatory coordination as enhanced supervisory standards are developed and implemented may adversely affect the Group's business, capital and risk management strategies and/or may result in the Group deciding to modify its legal entity structure, capital and funding structures and business mix, or to exit certain business activities altogether or not to expand in areas despite otherwise attractive potential.

The most significant of the regulatory reforms affecting the Group in 2018 is the creation of the ring-fenced bank under the Group's structural reform programme. The implementation of these changes involves a number of risks which include:

- The Group is restructuring its intra-group and external capital, funding and liquidity arrangements to meet regulatory requirements and support business needs. The changes will impact the sources of funding available to the different entities including their respective ability to access the capital markets. These changes may affect funding costs.
- The changes to the Group structure may negatively impact the assessment made by credit rating agencies and creditors over time. The risk profile and key risk drivers of the ring-fenced bank and the non ring-fenced bank will be specific to the activities and risk profile of each entity. As a result, different Group entities such as the Issuer may also be assessed differently in future which could result in differences in credit ratings. Changes to the credit assessment at the Group or individual entity level, including the potential for ratings downgrades and ratings differences across entities, could impact access and cost of certain sources of funding.
- Implementation of ring-fencing introduces a number of execution risks. Technology change could result in outages or operational errors. Legal challenge to the ring-fence transfer scheme may delay the transfer of assets and liabilities to the ring-fenced bank. Delayed delivery could increase reputational risk or result in regulatory non-compliance.
- There is a risk that the Group does not meet regulatory requirements across the new structure. Failure to meet these requirements may have an adverse impact on the Group's profitability, operating flexibility, flexibility of deployment of capital and funding, return on equity, ability to pay dividends, credit ratings, and/or financial condition.

In addition to Structural Reform there are several other significant pieces of legislation/ areas of focus which will require significant management attention, cost and resource:

- Changes in prudential requirements, including the proposals for amendment of the Capital Requirements Directive ("**CRD IV**") and the EU Bank Recovery and Resolution Directive ("**BRRD**") (as part of the EU's risk reduction measures package) may impact minimum requirements for own funds and eligible liabilities ("**MREL**") (including requirements for internal MREL), leverage, liquidity or funding requirements, applicable buffers and/or add-ons to such minimum requirements and risk weighted assets calculation methodologies all as may be set by international, EU or national authorities from time to time. Such or similar changes to prudential requirements or additional supervisory and prudential expectations, either individually or in

aggregate, may result in, among other things, a need for further management actions to meet the changed requirements, such as: increasing capital, MREL or liquidity resources, reducing leverage and risk weighted assets; restricting distributions on capital instruments; modifying the terms of outstanding capital instruments; modifying legal entity structure (including with regard to issuance and deployment of capital, MREL and funding for the Group); changing the Group's business mix or exiting other businesses; and/or undertaking other actions to strengthen the Group's position.

- The derivatives market has been the subject of particular focus for regulators in recent years across the G20 countries and beyond, with regulations introduced which require the reporting and clearing of standardised over the counter ("**OTC**") derivatives and the mandatory margining of non-cleared OTC derivatives. Reforms in this area are ongoing with further requirements expected to be implemented in the course of 2018. More broadly, the recast Markets in Financial Instruments Directive in Europe, which came into force in January 2018, has fundamentally changed the European regulatory framework, and entails significant operational changes for market participants in a wide range of financial instruments as well as changes in market structures and practices. In addition, the EU Benchmarks Regulation which also came into force in January 2018 regulates the administration and use of benchmarks in the EU. Compliance with this evolving regulatory framework entails significant costs for market participants and is having a significant impact on certain markets in which the Group, notably Barclays International, operates. Other regulations applicable to swap dealers, including those promulgated by the US Commodity Futures Trading Commission, have imposed significant costs on the Group's derivatives business. These and any future requirements, including the SEC's (as defined below) regulations relating to security-based swaps and the possibility of overlapping and/or contradictory requirements imposed on derivative transactions by regulators in different jurisdictions, are expected to continue to impact such business.
- The Group and certain of its members are subject to supervisory stress testing exercises in a number of jurisdictions. These exercises currently include the programmes of the Bank of England ("**BoE**"), the European Banking Authority, the Federal Deposit Insurance Corporation and the Federal Reserve Board. These exercises are designed to assess the resilience of banks to adverse economic or financial developments and enforce robust, forward- looking capital and liquidity management processes that account for the risks associated with their business profile. Assessment by regulators is on both a quantitative and qualitative basis, the latter focusing on the Group's or certain of its members' business model, data provision, stress testing capability and internal management processes and controls. The stress testing requirements to which the Group and its members are subject are becoming increasingly stringent. Failure to meet requirements of regulatory stress tests, or the failure by regulators to approve the stress test results and capital plans of the Group, could result in the Group being required to enhance its capital position, limit capital distributions or position additional capital in specific subsidiaries.
- The introduction and implementation of both the Second Payment Services Directive and the Open API standards and data sharing remedy imposed by the UK Competition and Markets Authority following its Retail Banking Market Investigation Order (together "**Open Banking**") from January 2018 is anticipated to transform the traditional UK banking model and conventional relationship between a customer and their bank. It will do this by providing customers with the ability to share their transactional data with authorised third party service providers either for aggregation or payment services. It is anticipated that these aggregation or payment services will be offered by third parties to Group customers. Members of the Group will be able to offer these same services to customers of other banks. A failure to comply with Open Banking requirements could expose the Group to regulatory sanction, potential financial loss and reputational detriment. While Open Banking will affect the Group as a whole, the impact is likely to be particularly relevant for Barclays UK.

5. Certain potential consequences of ring-fencing to the Issuer

In connection with the planned implementation in April 2018 of ring-fencing certain of the Group's businesses, the Issuer will transfer what are materially the assets and busi-

ness of the Barclays UK division to another subsidiary of the Group, the UK Ring-fenced Bank. Senior management expects that upon this transfer, the material risks with respect to the Bank Group will be the same in all material respects as those risks with respect to the Group. However, senior management has identified certain potential differences in risks with respect to the Bank Group as compared to risks to the Group.

The transfer of the assets and liabilities of the Barclays UK division from the Issuer will mean that the Bank Group will be less diversified than the Group as a whole. The Issuer will not be the parent of the UK Ring-fenced Bank and thus will not have recourse to the assets of the UK Ring-fenced Bank. Relative to the Group, the Bank Group will be, among other things:

- more focused on businesses outside the UK, particularly in the US, and thus more exposed to the US economy and more affected by movements in the US dollar (and other non-sterling currencies) relative to sterling, with a relatively larger portion of its business exposed to US regulation;
- more focused on wholesale businesses, such as corporate and investment banking and capital markets, which expose the Bank Group to a broader range of market conditions and to counterparty and operational risks and thus the financial performance of the Issuer may be subject to greater fluctuations relative to that of the Group as a whole or that of the ring-fenced bank;
- more dependent on wholesale funding sources, as the UK retail deposit base will be transferred to the ring-fenced bank. The UK retail mortgage assets will also be transferred to the ring-fenced bank, which reduces the Issuer's access to funding sources reliant on residential mortgage collateral. The Bank Group may therefore experience more difficult financing conditions and/or higher costs of funding including in situations of stress. As a result of the implementation of ring-fencing, different Group entities, such as the Issuer, may be assessed differently by credit rating agencies, which may result in different, and possibly more negative, assessments of the Issuer's credit and thus in lower credit ratings than the credit ratings of the Group, which in turn could adversely affect the sources and costs of funding for the Issuer; and
- potentially subject to different regulatory obligations, including different liquidity requirements and capital buffers.

As a result of any or all of the foregoing, implementation of ring-fencing may adversely affect the market value and/or liquidity of securities issued by the Issuer, including the Securities.

Material existing and emerging risks impacting individual Principal Risks

Credit risk

The risk of loss to the firm from the failure of clients, customers or counterparties, including sovereigns, to fully honour their obligations to the firm, including the whole and timely payment of principal, interest, collateral and other receivables.

1. Impairment

The introduction of the impairment requirements of IFRS 9 Financial Instruments, implemented on 1 January 2018, results in higher impairment loss allowances that are recognised earlier, on a more forward looking basis and on a broader scope of financial instruments than is the case under IAS 39 and, as a result, will have a material impact on the Group's financial condition. Measurement involves increased complex judgement and impairment charges will tend to be more volatile. Unsecured products with longer expected lives, such as revolving credit cards, are the most impacted. The capital treatment on the increased reserves has the potential to adversely impact regulatory capital ratios. In addition, the move from incurred to expected credit losses has the potential to impact the Group's performance under stressed economic conditions or regulatory stress tests.

2. Specific sectors

The Group is subject to risks arising from changes in credit quality and recovery rate of loans and advances due from borrowers and counterparties in a specific portfolio. Any deterioration in credit quality could lead to lower recoverability and higher impairment in a specific sector. The following are areas of uncertainties to the Group's portfolio which could have a material impact on performance.

(a) UK real estate market

With UK property representing a significant portion of the overall UK Corporate and Retail credit exposure, the Group is at risk from a fall in property prices in both the residential and commercial sectors in the UK. Strong house price growth in London and the South East of the UK, fuelled by foreign investment, strong buy-to-let demand and subdued housing supply, has resulted in affordability metrics becoming stretched. Average house prices as at the end of 2017 were more than 5.6 times average earnings.

(b) Large single name losses

The Group has large individual exposures to single name counterparties both in its lending activities and in its financial services and trading activities, including transactions in derivatives and transactions with brokers, central clearing houses, dealers, other banks, mutual and hedge funds and other institutional clients. The default of such counterparties could have a significant impact on the carrying value of these assets. In addition, where such counterparty risk has been mitigated by taking collateral, credit risk may remain high if the collateral held cannot be realised, or has to be liquidated at prices which are insufficient to recover the full amount of the loan or derivative exposure. Any such defaults could have a material adverse effect on the Group's results due to, for example, increased credit losses and higher impairment charges.

(c) Leverage finance underwriting

The Group takes on sub-investment grade underwriting exposure, including single name risk, particularly in the US and Europe. The Group is exposed to credit events and market volatility during the underwriting period. Any adverse events during this period may potentially result in loss for the Group, mainly through Barclays International, or an increased capital requirement should there be a need to hold the exposure for an extended period.

Market risk

The risk of a loss arising from potential adverse changes in the value of the firm's assets and liabilities from fluctuation in market variables including, but not limited to, interest rates, foreign exchange, equity prices, commodity prices, credit spreads, implied volatilities and asset correlations.

1. Market volatility

Elevated market volatility, which can be triggered and/or aggravated by disappointment in economic data, divergent monetary policies, political uncertainty or conflicts, would likely entail a significant deflation of assets which in turn may put under strain counterparties and have knock-on effects on the Group.

In addition, the Group's trading business is generally exposed to a prolonged period of elevated asset price volatility, particularly if it negatively affects the depth of marketplace liquidity. Such a scenario could impact the Group's ability to execute client trades and may also result in lower client flow-driven income and/or market-based losses on its existing portfolio of market risks. These can include having to absorb higher hedging costs from rebalancing risks that need to be managed dynamically as market levels and their associated volatilities change.

Treasury and capital risk

The risk that the firm (i) is unable to meet its contractual or contingent obligations or that it does not have the appropriate amount, tenor and composition of funding and liquidity to sup-

port its assets, (ii) has an insufficient level or composition of capital to support its normal business activities and to meet its regulatory capital requirements, or (iii) is exposed to capital or income volatility because of a mismatch between the interest rate exposures of its assets and liabilities.

The Group may not be able to achieve its business plans due to among other things: a) being unable to maintain appropriate capital ratios; b) being unable to meet its obligations as they fall due; c) rating agency downgrades; d) adverse changes in foreign exchange rates on capital ratios; e) adverse movements in the pension fund; and f) non-traded market risk/interest rate risk in the banking book.

1. Inability to maintain prudential ratios and/or other regulatory requirements

Inability to maintain appropriate prudential ratios could lead to: an inability to support business activity; a failure to meet regulatory capital requirements including any additional capital add-ons or the requirements set for regulatory stress tests; increased cost of funding due to deterioration in investor appetite or credit ratings; restrictions on distributions including the ability to meet dividend targets; and/or the need to take additional measures to strengthen the Group's capital or leverage position.

2. Inability to manage liquidity and funding risk effectively

Inability to manage liquidity and funding risk effectively may result in the Group either not having sufficient financial resources to meet its payment obligations as they fall due or, although solvent, only being able to meet these obligations at excessive cost. This could cause the Group to fail to meet regulatory liquidity standards, be unable to support day-to-day banking activities (including meeting deposit withdrawals or funding new loans) or no longer be a going concern.

The stability of the Group's current funding profile, in particular that part which is based on accounts and savings deposits payable on demand or at short notice, could be affected by the Group failing to preserve the current level of customer and investor confidence. The Group also regularly accesses the capital markets to provide long-term funding to support its operations. Several factors, including adverse macroeconomic conditions, adverse outcomes in legal, regulatory or conduct matters and loss of confidence by investors, counterparties and/or customers in the Group, can affect the ability of the Group to access the capital markets and/or the cost and other terms upon which the Group is able to obtain market funding.

3. Credit rating changes and the impact on funding costs

Any potential or actual credit rating agency downgrades could significantly increase the Group's borrowing costs, credit spreads and materially adversely affect the Group's interest margins and liquidity position which may, as a result, significantly diverge from current expectations. Such adverse changes would also have a negative impact on the Group's overall performance.

4. Adverse changes in foreign exchange rates impacting capital ratios

The Group has capital resources, risk weighted assets and leverage exposures denominated in foreign currencies. Changes in foreign currency exchange rates may adversely impact the sterling equivalent value of these items. As a result, the Group's regulatory capital ratios are sensitive to foreign currency movements, and any failure to appropriately manage the Group's balance sheet to take account of foreign currency movements could result in an adverse impact on regulatory capital and leverage ratios.

5. Adverse movements in the pension fund

Adverse movements in pension assets and liabilities for defined benefit pension schemes could result in a pension deficit which, depending on the specific circumstance, may require the Group to make substantial additional contributions to its pension plans. The liabilities discount rate is a key driver and, in accordance with IFRS (IAS 19), is derived from the yields of high quality corporate bonds (deemed to be those with AA ratings) and consequently includes exposure to both UK sovereign gilt yields and corporate credit

spreads. Therefore, the valuation of the Group's defined benefits schemes would be adversely affected by a prolonged fall in the discount rate due to a persistent low rate and/or credit spread environment. Inflation is another significant risk driver to the pension fund, as the liabilities are adversely impacted by an increase in long-term inflation expectations.

6. Non-traded market risk/interest rate risk in the banking book

A liquidity buffer investment return shortfall could increase the Group's cost of funds and impact the capital ratios. The Group's structural hedge programmes for interest rate risk in the banking book rely heavily on behavioural assumptions, as a result, the success of the hedging strategy is not guaranteed. A potential mismatch in the balance or duration of the hedge assumptions could lead to earnings deterioration.

Operational risk

The risk of loss to the firm from inadequate or failed processes or systems, human factor or due to external events (for example fraud) where the root cause is not due to credit or market risks.

1. Cyber risk

The frequency of cyber attacks continues to grow on an annual basis and is a global threat and is inherent across all industries, including the financial sector. As the financial sector remains a primary target for cyber criminals, 2017 saw a number of highly publicised attacks involving ransomware, theft of intellectual property, customer data and service unavailability across a wide range of organisations.

The cyber threat increases the inherent risk to the availability of the Group's services and to the Group's data (whether it is held by the Group or in its supply chain), to the integrity of financial transactions of the Group, its clients, counterparties and customers. Failure to adequately manage this threat and to continually evolve enterprise security and provide an active cyber security response capability could result in increased fraud losses, inability to perform critical economic functions, customer detriment, potential regulatory censure and penalty, legal liability, reduction in shareholder value and reputational damage.

2. Service resilience

Loss of or disruption to the Group's business processing, whether arising through impacts on technology systems, real estate services, personnel availability or the support of major suppliers, represents a material inherent risk theme for the Group.

Building resilience into business processes and into the services of technology, real estate and suppliers on which those processes depend can reduce disruption to the Group's business activities or avoid it altogether. Failure to do so may result in significant customer detriment, cost to reimburse losses incurred by the Group's customers, potential regulatory censure or penalty, and reputational damage.

3. Outsourcing

The Group depends on suppliers for the provision of many of its services and the development of future technology driven product propositions, though the Group continues to be accountable for risk arising from the actions of such suppliers. Failure to monitor and control the Group's suppliers could potentially lead to client information, or critical infrastructures and services, not being adequately protected or available when required.

The dependency on suppliers and sub-contracting of outsourced services introduces concentration risk where the failure of specific suppliers could have an impact on the Group's ability to continue to provide services that are material to the Group, especially for those individual businesses within the Group to which many services are provided centrally by the newly established Group Service Company.

Failure to adequately manage outsourcing risk through control environments which re-

main robust to ever changing threats and challenges could result in increased losses, inability to perform critical economic functions, customer detriment, potential regulatory censure and penalty, legal liability and reputational damage.

4. Operational precision and payments

The risk of material errors in operational processes, including payments, are exacerbated during the present period of significant levels of structural and regulatory change, the evolving technology landscape, and a transition to digital channel capabilities.

Material operational or payment errors could disadvantage the Group's customers, clients or counterparties and could result in regulatory censure and penalties, legal liability, reputational damage and financial loss by the Group.

5. New and emergent technology

Technological advancements present opportunities to develop new and innovative ways of doing business across the Group, with new solutions being developed both in-house and in association with third party companies. Introducing new forms of technology has the potential to increase inherent risk. Failure to closely monitor risk exposure could lead to customer detriment, loss of business, regulatory censure, missed business opportunity and reputational damage.

6. Fraud

Fraud is a constantly evolving risk to the Group. This is exacerbated during periods of significant change, including the digitisation of products, which carry higher levels of inherent risk. As the Group continues to invest in new and upgraded fraud systems, criminals continually adapt and become ever more sophisticated in their approach. Risks from social engineering and attempts to trick customers into authorising payments also continue to grow and increasing regulatory focus is placing more responsibility on the industry to protect consumers.

In addition, internal fraud arising from areas such as failure of the Group's trading controls could result in high profile material losses together with regulatory censure, penalties and significant reputational damage.

7. Ability to hire and retain appropriately qualified employees

The Group has resource requirements to support existing revenue streams, moves into new business models and to deliver complex multi-year regulatory commitments and mandatory change. These commitments require diversified and specialist skilled colleagues and the Group's ability to attract, develop and retain such a diverse mix of talent is key to the delivery of its core business activity and strategy. This is impacted by a range of external and internal factors.

External regulation such as the introduction of the Individual Accountability Regime and the required deferral and clawback provisions of the Group's compensation arrangements may make the Group a less attractive proposition relative to both the Group's international competitors and other industries. Similarly, the impact of the exit of the UK from the EU in March 2019 could potentially have a more immediate impact on the Group's ability to hire and retain key employees.

Failure to attract or prevent the departure of appropriately qualified and skilled employees who are dedicated to overseeing and managing current and future regulatory standards and expectations, or who have the necessary diversified skills required to deliver the Group strategy, could negatively impact the Group's financial performance, control environment and level of employee engagement. Additionally, this may result in disruption to service which could in turn lead to disenfranchising certain customer groups, customer detriment and reputational damage.

8. Tax risk

The Group is required to comply with the domestic and international tax laws and prac-

tice of all countries in which it has business operations. There is a risk that the Group could suffer losses due to additional tax charges, other financial costs or reputational damage as a result of failing to comply with such laws and practice or by failing to manage its tax affairs in an appropriate manner, with much of this risk attributable to the international structure of the Group. The Tax Cuts and Jobs Act has introduced substantial changes to the US tax system, including the introduction of a new tax, the Base Erosion Anti-Abuse Tax. These changes have increased the Group's tax compliance obligations and require a number of system and process changes which introduce additional operational risk. In addition, increasing customer tax reporting requirements around the world and the digitisation of the administration of tax has potential to increase the Group's tax compliance burden further.

9. Critical accounting estimates and judgements

The preparation of financial statements in accordance with IFRS requires the use of estimates. It also requires management to exercise judgement in applying relevant accounting policies. The key areas involving a higher degree of judgement or complexity, or areas where assumptions are significant to the consolidated and individual financial statements include credit impairment charges for amortised cost assets, taxes, fair value of financial instruments, pensions and post-retirement benefit, and provisions including conduct and legal, competition and regulatory matters. There is a risk that if the judgement exercised, or the estimates or assumptions used, subsequently turn out to be incorrect, this could result in significant loss to the Group, beyond what was anticipated or provided for.

The further development of standards and interpretations under IFRS could also significantly impact the financial results, condition and prospects of the Group.

10. Data management and information protection

The Group holds and processes large volumes of data, including personally identifiable information, intellectual property, and financial data. Failure to accurately collect and maintain this data, protect it from breaches of confidentiality and interference with its availability exposes the Group to the risk of loss or unavailability of data (including customer data covered under 'Data protection and privacy' below), data integrity issues and could result in regulatory censure, legal liability and reputational damage.

Model risk

The risk of the potential adverse consequences from financial assessments or decisions based on incorrect or misused model outputs and reports.

1. Enhanced model risk management requirements

The Group relies on models to support a broad range of business and risk management activities, including informing business decisions and strategies, measuring and limiting risk, valuing exposures (including the calculation of impairment), conducting stress testing, assessing capital adequacy, supporting new business acceptance and risk/reward evaluation, managing client assets, and meeting reporting requirements.

Models are, by their nature, imperfect and incomplete representations of reality because they rely on assumptions and inputs, and so they may be subject to errors affecting the accuracy of their outputs. For instance, the quality of the data used in models across the Group has a material impact on the accuracy and completeness of the Group's risk and financial metrics. Models may also be misused. Model errors or misuse may result in the Group making inappropriate business decisions and being subject to financial loss, regulatory risk, reputational risk and/or inadequate capital reporting.

Conduct risk

There is the risk of detriment to customers, clients, market integrity, competition or the Group from the inappropriate supply of financial services, including instances of wilful or negligent misconduct. This risk could manifest itself in a variety of ways.

1. Product governance and life cycle

Ineffective product governance, including design, approval and review of products, inappropriate controls over internal and third-party sales channels and post-sales services could lead to poor customer outcomes, as well as regulatory sanctions, financial loss and reputational damage.

2. Financial crime

The Group may be adversely affected if it fails to effectively mitigate the risk that its employees or third parties facilitate, or that its products and services are used to facilitate financial crime (money laundering, terrorist financing, bribery and corruption and sanctions evasion). A major focus of US and UK government policy relating to financial institutions continues to be combating money laundering and enforcing compliance with US and EU economic sanctions. The failure to comply with such regulations may result in enforcement actions by the regulators and in the imposition of severe penalties, with a consequential impact on the Group's reputation and financial results.

3. Data protection and privacy

Proper handling of personal data is critical to sustaining long-term relationships with the Group's customers and clients and to meeting privacy laws and obligations. Failure to protect personal data can lead to potential detriment to the Group's customers and clients, reputational damage, regulatory sanctions and financial loss, which under the new EU Data Protection Regulation may be substantial.

4. Regulatory focus on culture and accountability

Regulators around the world continue to emphasise the importance of culture and personal accountability and the adoption and enforcement of adequate internal reporting and whistleblowing procedures in helping to promote appropriate conduct and drive positive outcomes for customers, clients and markets. Failure to meet the requirements and expectations of the UK Senior Managers Regime, Certification Regime and Conduct Rules may lead to regulatory sanctions, both for the individuals and the Group.

Reputation risk

The risk that an action, transaction, investment or event will reduce trust in the firm's integrity and competence by clients, counterparties, investors, regulators, employees or the public.

1. The Group's association with sensitive sectors and its impact on reputation

A risk arising in one business area can have an adverse effect upon the Group's overall reputation. Any one transaction, investment or event that, in the perception of key stakeholders reduces their trust in the Group's integrity and competence, has the potential to give rise to reputation risk for the Group and may result in loss of business, regulatory censure and missed business opportunity. The Group's association with sensitive sectors is an area of concern for stakeholders and the following topics are of regular interest:

- Disclosure of climate risks and opportunities, including the activities of certain sections of the client base. This is becoming the subject of increased scrutiny from regulators, NGOs and other stakeholders.
- The risks of association with human rights violations through the perceived indirect involvement in human rights abuses committed by clients and customers.
- The manufacture and export of military and riot control goods and services by clients and customers.

Legal risk and legal, competition and regulatory matters

The risk of loss or imposition of penalties, damages or fines from the failure of the firm to meet its legal obligations including regulatory or contractual requirements.

Legal disputes, regulatory investigations, fines and other sanctions relating to conduct of business and breaches of legislation and/or regulations may negatively affect the Group's results, reputation and ability to conduct its business. Legal outcomes can arise as a consequence of legal risk or because of past and future actions, behaviours and business decisions as a result of other Principal Risks.

The Group conducts diverse activities in a highly regulated global market and therefore is exposed to the risk of fines and other sanctions relating to the conduct of its business. In recent years authorities have increasingly investigated past practices, pursued alleged breaches and imposed heavy penalties on financial services firms. This trend is expected to continue. A breach of applicable legislation and/or regulations could result in the Group or its staff being subject to criminal prosecution, regulatory censure, fines and other sanctions in the jurisdictions in which it operates, particularly in the UK and the US. Where clients, customers or other third parties are harmed by the Group's conduct this may also give rise to legal proceedings, including class actions. Other legal disputes may also arise between the Group and third parties relating to matters such as breaches, enforcement of legal rights or obligations arising under contracts, statutes or common law. Adverse findings in any such matters may result in the Group being liable to third parties seeking damages, or may result in the Group's rights not being enforced as intended.

The outcome of legal, competition and regulatory matters, both those to which the Group is currently exposed and any others which may arise in the future, is difficult to predict. However, in connection with such matters the Group may incur significant expense, regardless of the ultimate outcome, and any such matters could expose the Group to any of the following outcomes: substantial monetary damages, settlements and/or fines; remediation of affected customers and clients; other penalties and injunctive relief; additional litigation; criminal prosecution in certain circumstances; the loss of any existing agreed protection from prosecution; regulatory restrictions on the Group's business operations including the withdrawal of authorisations; increased regulatory compliance requirements; suspension of operations; public reprimands; loss of significant assets or business; a negative effect on the Group's reputation; loss of confidence by investors, counterparties, clients and/or customers; risk of credit rating agency downgrades; potential negative impact on the availability and/or cost of funding and liquidity; and/or dismissal or resignation of key individuals. In light of the uncertainties involved in legal, competition and regulatory matters, there can be no assurance that the outcome of a particular matter or matters will not be material to the Group's results of operations or cash flow for a particular period, depending on, among other things, the amount of the loss resulting from the matter(s) and the amount of income otherwise reported for the period.

In January 2017, Barclays PLC was sentenced to serve three years of probation from the date of the sentencing order in accordance with the terms of its May 2015 plea agreement with the Department of Justice. During the term of probation Barclays PLC must, among other things, (i) commit no crime whatsoever in violation of the federal laws of the US, (ii) implement and continue to implement a compliance programme designed to prevent and detect the conduct that gave rise to the plea agreement and (iii) strengthen its compliance and internal controls as required by relevant regulatory or enforcement agencies. Potential consequences of breaching the plea agreement include the imposition of additional terms and conditions on the Group, an extension of the agreement, or the criminal prosecution of Group entities, which could, in turn, entail further financial penalties and collateral consequences and have a material adverse effect on the Group's business, operating results or financial position.

There is also a risk that the outcome of any legal, competition or regulatory matters in which the Group is involved may give rise to changes in law or regulation as part of a wider response by relevant law makers and regulators. A decision in any matter, either against the Group or another financial institution facing similar claims, could lead to further claims against the Group.

II. In the non-binding English language translation of the RSSP Base Prospectus A dated 13 June 2017, RSSP Base Prospectus A dated 25 July 2017 and RSSP Base Prospectus B in the section "**RISK FACTORS**" in the subsection "**FACTORS THAT MAY AFFECT THE ISSUER'S ABILITY TO FULFIL ITS OBLIGATIONS UNDER THE SECURITIES**" the risk factors "**2. Regulatory action in the event a bank or investment firm in the Group (such as the Issuer) is failing or likely to fail could materially adversely affect the value of the Securities**" and "**3. A downgrade of the credit rating assigned by any credit rating agency to the Issuer could adversely affect the liquidity or market value of the Securities. Credit ratings downgrades could occur as a result of, among other causes, changes in the ratings methodologies used by credit rating agencies**" are replaced as follows:

2. Regulatory action in the event a bank or investment firm in the Group (such as the Issuer) is failing or likely to fail could materially adversely affect the value of the Securities

The majority of the requirements of the European Union directive 2014/59/EU of the European Parliament and of the Council establishing a framework for the recovery and resolution of credit institutions and investment firms of 15 May 2014, as amended ("**BRRD**") (including the bail-in tool) were implemented in the UK by way of amendments to the Banking Act. For more information on the bail-in tool, see "*2.4 The relevant UK resolution authority may exercise the bail-in tool in respect of the Issuer and the Securities, which may result in holders of the Securities losing some or all of their investment*" and "Under the terms of the Swiss Securities, investors have agreed to be bound by the exercise of any UK Bail-In Power by the relevant UK resolution authority" below.

On 23 November 2016, the European Commission published, among other proposals, proposals to amend the BRRD. The majority of these proposals are in draft form and are still subject to the EU legislative process and national implementation. Therefore, it is unclear what the effect of such proposals may be on the Group, the Issuer or the Securities.

2.1 The Banking Act confers substantial powers on a number of UK authorities designed to enable them to take a range of actions in relation to UK banks or investment firms and certain of their affiliates (currently including the Issuer) in the event a bank or investment firm in the same group is considered to be failing or likely to fail. The exercise of any of these actions in relation to the Issuer could materially adversely affect the value of the Securities.

Under the Banking Act, substantial powers are granted to the BoE (or, in certain circumstances, HM Treasury), in consultation with the PRA, the FCA and HM Treasury, as appropriate as part of a special resolution regime (the "**SRR**"). These powers enable the relevant UK resolution authority to implement resolution measures with respect to a UK bank or investment firm and certain of its affiliates (currently including the Issuer) (each a "**relevant entity**") in circumstances in which the relevant UK resolution authority is satisfied that the resolution conditions are met. Such conditions include that a UK bank or investment firm is failing or is likely to fail to satisfy the Financial Services and Markets Act 2000 ("**FSMA**") threshold conditions for authorisation to carry on certain regulated activities (within the meaning of section 55B of the FSMA) or, in the case of a UK banking group company that is an EEA or third country institution or investment firm, that the relevant EEA or third country relevant authority is satisfied that the resolution conditions are met in respect of such entity.

The SRR consists of five stabilisation options: (a) private sector transfer of all or part of the business or shares of the relevant entity, (b) transfer of all or part of the business of the relevant entity to a "bridge bank" established by the BoE, (c) transfer to an asset management vehicle wholly or partly owned by HM Treasury or the BoE, (d) the bail-in tool (as described below) and (e) temporary public ownership (nationalisation).

The Banking Act also provides for two new insolvency and administration procedures for relevant entities. Certain ancillary powers include the power to modify contractual arrangements in certain circumstances (which could include a variation of the terms of the Securities), powers to impose temporary suspension of payments, powers to suspend enforcement or termination rights that might be invoked as a result of the exercise of the resolution powers and powers for the relevant UK resolution authority to disapply or modify laws in the UK (with possible retrospective effect) to enable the powers under the Banking Act to be used effectively.

Holders of the Securities should assume that, in a resolution situation, financial public support will only be available to a relevant entity as a last resort after the relevant UK resolution authorities have assessed and used, to the maximum extent practicable, the resolution tools, including the bail-in tool (as described below).

The exercise of any resolution power or any suggestion of any such exercise could materially adversely affect the value of any Securities and could lead to holders of the Securities losing some or all of the value of their investment in the Securities.

2.2 The SRR is designed to be triggered prior to insolvency of the Issuer, and holders of the Securities may not be able to anticipate the exercise of any resolution power (including the bail-in tool) by the relevant UK resolution authority.

The stabilisation options are intended to be used prior to the point at which any insolvency proceedings with respect to the relevant entity could have been initiated. The purpose of the stabilisation options is to address the situation where all or part of a business of a relevant entity has encountered, or is likely to encounter, financial difficulties, giving rise to wider public interest concerns.

Although the Banking Act provides specific conditions to the exercise of any resolution powers and, furthermore, the European Banking Authority's guidelines published in May 2015 set out the objective elements for the resolution authorities to apply in determining whether an institution is failing or likely to fail, it is uncertain how the relevant UK resolution authority would assess such conditions in any particular pre-insolvency scenario affecting the Issuer and/or other members of the Group and in deciding whether to exercise a resolution power.

The relevant UK resolution authority is also not required to provide any advance notice to holders of the Securities of its decision to exercise any resolution power. Therefore, holders of the Securities may not be able to anticipate a potential exercise of any such powers nor the potential effect of any exercise of such powers on the Issuer, the Group and the Securities.

2.3 Holders of the Securities may have only very limited rights to challenge the exercise of any resolution powers (including the UK bail-in tool) by the relevant UK resolution authority.

Holders of the Securities may have only very limited rights to challenge and/or seek a suspension of any decision of the relevant UK resolution authority to exercise its resolution powers (*including the UK bail-in tool*) or to have that decision reviewed by a judicial or administrative process or otherwise.

2.4 The relevant UK resolution authority may exercise the bail-in tool in respect of the Issuer and the Securities, which may result in holders of the Securities losing some or all of their investment.

Where the relevant statutory conditions for use of the bail-in tool have been met, the relevant UK resolution authority would be expected to exercise these powers without the consent of the holders of the Securities. Subject to certain exemptions set out in the BRRD (including secured liabilities, bank deposits guaranteed under an EU member state's deposit guarantee scheme, liabilities arising by virtue of the holding of client money, liabilities to other non-group banks or investment firms that have an original maturity of fewer than seven days and certain other exceptions), it is intended that all liabilities of institutions and/or their EEA parent holding companies should potentially be within scope of the bail-in tool. Accordingly, any exercise of the bail-in tool in respect of the Issuer and the Securities may result in the cancellation of all, or a portion, of the principal amount of, interest on, or any other amounts payable on, the Securities and/or the conversion of the Securities into shares or other Securities or other obligations of the Issuer or another person, or any other modification or variation to the terms of the Securities.

The Banking Act specifies the order in which the bail-in tool should be applied, reflecting the hierarchy of capital instruments under CRD IV and otherwise respecting the hierarchy of claims in an ordinary insolvency. In addition, the bail-in tool contains an express safeguard (known as "**no creditor worse off**") with the aim that shareholders and creditors do not receive a less favourable treatment than they would have received in ordinary insolvency proceedings of the relevant entity. Among other proposals, the amendments to BRRD and CRD

IV proposed by the European Commission on 23 November 2016 have amended the creditor hierarchy in respect of certain unsecured debt instruments, although such amendments remain subject to national implementation. The other amendments to BRRD and CRD IV, such as the amendments in relation to MREL, are still in draft form and subject to the EU legislative process, therefore it is unclear what the effect of such amendments may be on the Group, the Issuer or the Securities.

The exercise of the bail-in tool in respect of the Issuer and the Securities or any suggestion of any such exercise could materially adversely affect the rights of the holders of the Securities, the price or value of their investment in the Securities and/or the ability of the Issuer to satisfy its obligations under the Securities and could lead to holders of the Securities losing some or all of the value of their investment in such Securities. In addition, even in circumstances where a claim for compensation is established under the 'no creditor worse off' safeguard in accordance with a valuation performed after the resolution action has been taken, it is unlikely that such compensation would be equivalent to the full losses incurred by the holders of the Securities in the resolution and there can be no assurance that holders of the Securities would recover such compensation promptly.

2.5 As insured deposits are excluded from the scope of the bail-in tool and other preferred deposits (and insured deposits) rank ahead of any Securities issued by the Issuer, such Securities would be more likely to be bailed-in than certain other unsubordinated liabilities of the Issuer (such as other preferred deposits).

As part of the reforms required by the BRRD, amendments have been made to relevant legislation in the UK (including the UK Insolvency Act 1986) to establish in the insolvency hierarchy a statutory preference (i) firstly, for deposits that are insured under the UK Financial Services Compensation Scheme ("**insured deposits**") to rank with existing preferred claims as 'ordinary' preferred claims and (ii) secondly, for all other deposits of individuals and micro, small and medium sized enterprises held in EEA or non-EEA branches of an EEA bank ("**other preferred deposits**"), to rank as 'secondary' preferred claims only after the 'ordinary' preferred claims. In addition, the UK implementation of the EU Deposit Guarantee Scheme Directive increased, from July 2015, the nature and quantum of insured deposits to cover a wide range of deposits, including corporate deposits (unless the depositor is a public sector body or financial institution) and some temporary high value deposits. The effect of these changes is to increase the size of the class of preferred creditors. All such preferred deposits will rank in the insolvency hierarchy ahead of all other unsecured senior creditors of the Issuer, including the holders of the Securities. Furthermore, insured deposits are excluded from the scope of the bail-in tool. As a result, if the bail-in tool were exercised by the relevant UK resolution authority, the Securities would be more likely to be bailed-in than certain other unsubordinated liabilities of the Issuer such as other preferred deposits.

2.6 Under the terms of the Swiss Securities, investors have agreed to be bound by the exercise of any UK Bail-In Power by the relevant UK resolution authority.

Notwithstanding any other agreements, arrangements, or understandings between us and any holder of the Swiss Securities, by acquiring the Swiss Securities, each holder of the Swiss Securities acknowledges, accepts, agrees to be bound by, and consents to the exercise of, any UK Bail-in power by the relevant UK resolution authority that may result in (i) the reduction or cancellation of all, or a portion, of the principal amount of, or interest on, the Swiss Securities; (ii) the conversion of all, or a portion, of the principal amount of, or interest on, the Swiss Securities into shares or other securities or other obligations of the Issuer or another person (and the issue to, or conferral on, the holder of the Swiss Securities such shares, securities or obligations); and/or (iii) the amendment or alteration of the maturity of the Swiss Securities, or amendment of the amount of interest due on the Swiss Securities, or the dates on which interest becomes payable, including by suspending payment for a temporary period; which UK Bail-in power may be exercised by means of a variation of the terms of the Swiss Securities solely to give effect to the exercise by the relevant UK resolution authority of such UK Bail-in power. Each holder of the Swiss Securities further acknowledges and agrees that the rights of the holders of the Swiss Securities are subject to, and will be varied, if necessary, solely to give effect to, the exercise of any UK Bail-in Power by the relevant UK resolution authority.

Accordingly, any UK Bail-in power may be exercised in such a manner as to result in investors and other holders of the Swiss Securities losing all or a part of the value of their invest-

ment in the Swiss Securities or receiving a different security from the Swiss Securities, which may be worth significantly less than the Swiss Securities and which may have significantly fewer protections than those typically afforded to debt securities. Moreover, the relevant UK resolution authority may exercise the UK Bail-in power without providing any advance notice to, or requiring the consent of, the holders of the Swiss Securities.

In addition, under the terms of the Swiss Securities, the exercise of the U.K. Bail-In Power by the relevant U.K. resolution authority with respect to the Swiss Securities is not an Event of Default. Additional information can be found in the Swiss Annex.

3. A downgrade of the credit rating assigned by any credit rating agency to the Issuer could adversely affect the liquidity or market value of the Securities. Credit ratings downgrades could occur as a result of, among other causes, changes in the ratings methodologies used by credit rating agencies.

Any rating assigned to the Issuer may be withdrawn entirely by a credit rating agency, may be suspended or may be lowered, if, in that credit rating agency's judgment, circumstances relating to the basis of the rating so warrant. Ratings may be impacted by a number of factors which can change over time, including the credit rating agency's assessment of: the Issuer's strategy and management's capability; the Issuer's financial condition including in respect of capital, funding and liquidity; competitive and economic conditions in the Issuer's key markets; the level of political support for the industries in which the Issuer operates; the implementation of structural reform; and legal and regulatory frameworks affecting the issuer's legal structure, business activities and the rights of its creditors. The credit rating agencies may also revise the ratings methodologies applicable to Issuer within a particular industry, or political or economic region. If credit rating agencies perceive there to be adverse changes in the factors affecting an Issuer's credit rating, including by virtue of changes to applicable ratings methodologies, the credit rating agencies may downgrade, suspend or withdraw the ratings assigned to an issuer and/or its securities. Revisions to ratings methodologies and actions on the Issuer's ratings by the credit rating agencies may occur in the future.

If the Issuer determines to no longer maintain one or more ratings, or if any credit rating agency withdraws, suspends or downgrades the credit ratings of the Issuer, or if such a withdrawal, suspension or downgrade is anticipated (or any credit rating agency places the credit ratings of the Issuer on "credit watch" status in contemplation of a downgrade, suspension or withdrawal), whether as a result of the factors described above or otherwise, such event could adversely affect the liquidity or market value of the Securities.

III. In the non-binding English language translation of the Base Prospectus Prosper A in the section "**RISK FACTORS**" in the subsection "**FACTORS THAT MAY AFFECT THE ISSUER'S ABILITY TO FULFIL ITS OBLIGATIONS UNDER THE SECURITIES**" the risk factors "**2. Regulatory action in the event a bank or investment firm in the Group (such as the Issuer) is failing or likely to fail could materially adversely affect the value of the Securities**" and "**3. A downgrade of the credit rating assigned by any credit rating agency to the Issuer could adversely affect the liquidity or market value of the Securities. Credit ratings downgrades could occur as a result of, among other causes, changes in the ratings methodologies used by credit rating agencies**" are replaced as follows:

2. Regulatory action in the event a bank or investment firm in the Group is failing or likely to fail could materially adversely affect the value of the Securities

The majority of the requirements of the European Union directive 2014/59/EU of the European Parliament and of the Council establishing a framework for the recovery and resolution of credit institutions and investment firms of 15 May 2014, as amended ("**BRRD**") (including the bail-in tool) were implemented in the UK by way of amendments to the UK Banking Act 2009 ("**Banking Act**"). For more information on the bail-in tool, see "*2.4 The relevant UK resolution authority may exercise the bail-in tool in respect of the Issuer, which may result in holders of the Securities losing some or all of their investment*" below.

On 23 November 2016, the European Commission published, among other proposals, proposals to amend the BRRD. The majority of these proposals are in draft form and are still subject to the EU legislative process and national implementation. Therefore, it is unclear what the effect of such proposals may be on the Group, the Issuer or the Securities.

2.1 The Banking Act confers substantial powers on a number of UK authorities designed to enable them to take a range of actions in relation to UK banks or investment firms and certain of their affiliates (currently including the Issuer) in the event a bank or investment firm in the same group is considered to be failing or likely to fail. The exercise of any of these actions in relation to the Issuer could materially adversely affect the value of the Securities.

Under the Banking Act, substantial powers are granted to the BoE (or, in certain circumstances, HM Treasury), in consultation with the PRA, the FCA and HM Treasury, as appropriate as part of a special resolution regime (the "SRR"). These powers enable the relevant UK resolution authority to implement resolution measures with respect to a UK bank or investment firm and certain of its affiliates (currently including the Issuer) (each a "relevant entity") in circumstances in which the relevant UK resolution authority is satisfied that the resolution conditions are met. Such conditions include that a UK bank or investment firm is failing or is likely to fail to satisfy the Financial Services and Markets Act 2000 ("FSMA") threshold conditions for authorisation to carry on certain regulated activities (within the meaning of section 55B of the FSMA) or, in the case of a UK banking group company that is an EEA or third country institution or investment firm, that the relevant EEA or third country relevant authority is satisfied that the resolution conditions are met in respect of such entity.

The SRR consists of five stabilisation options: (a) private sector transfer of all or part of the business or shares of the relevant entity, (b) transfer of all or part of the business of the relevant entity to a "bridge bank" established by the BoE, (c) transfer to an asset management vehicle wholly or partly owned by HM Treasury or the BoE, (d) the bail-in tool (as described below) and (e) temporary public ownership (nationalisation).

The Banking Act also provides for two new insolvency and administration procedures for relevant entities. Certain ancillary powers include the power to modify contractual arrangements in certain circumstances (which could include a variation of the terms of the Securities), powers to impose temporary suspension of payments, powers to suspend enforcement or termination rights that might be invoked as a result of the exercise of the resolution powers and powers for the relevant UK resolution authority to disapply or modify laws in the UK (with possible retrospective effect) to enable the powers under the Banking Act to be used effectively.

Holders of the Securities should assume that, in a resolution situation, financial public support will only be available to a relevant entity as a last resort after the relevant UK resolution authorities have assessed and used, to the maximum extent practicable, the resolution tools, including the bail-in tool (as described below).

The exercise of any resolution power or any suggestion of any such exercise could materially adversely affect the value of any Securities and could lead to holders of the Securities losing some or all of the value of their investment in the Securities.

2.2 The SRR is designed to be triggered prior to insolvency of the Issuer, and holders of the Securities may not be able to anticipate the exercise of any resolution power (including the bail-in tool) by the relevant UK resolution authority.

The stabilisation options are intended to be used prior to the point at which any insolvency proceedings with respect to the relevant entity could have been initiated. The purpose of the stabilisation options is to address the situation where all or part of a business of a relevant entity has encountered, or is likely to encounter, financial difficulties, giving rise to wider public interest concerns.

Although the Banking Act provides specific conditions to the exercise of any resolution powers and, furthermore, the European Banking Authority's guidelines published in May 2015 set out the objective elements for the resolution authorities to apply in determining whether an institution is failing or likely to fail, it is uncertain how the relevant UK resolution authority would assess such conditions in any particular pre-insolvency scenario affecting the Issuer and/or other members of the Group and in deciding whether to exercise a resolution power.

The relevant UK resolution authority is also not required to provide any advance notice to holders of the Securities of its decision to exercise any resolution power. Therefore, holders of the Securities may not be able to anticipate a potential exercise of any such powers nor the potential effect of any exercise of such powers on the Issuer, the Group and the Securities.

2.3 Holders of the Securities may have only very limited rights to challenge the exercise of any resolution powers (including the UK bail-in tool) by the relevant UK resolution authority.

Holders of the Securities may have only very limited rights to challenge and/or seek a suspension of any decision of the relevant UK resolution authority to exercise its resolution powers (*including the UK bail-in tool*) or to have that decision reviewed by a judicial or administrative process or otherwise.

2.4 The relevant UK resolution authority may exercise the bail-in tool in respect of the Issuer and the Securities, which may result in holders of the Securities losing some or all of their investment.

Where the relevant statutory conditions for use of the bail-in tool have been met, the relevant UK resolution authority would be expected to exercise these powers without the consent of the holders of the Securities. Subject to certain exemptions set out in the BRRD (including secured liabilities, bank deposits guaranteed under an EU member state's deposit guarantee scheme, liabilities arising by virtue of the holding of client money, liabilities to other non-group banks or investment firms that have an original maturity of fewer than seven days and certain other exceptions), it is intended that all liabilities of institutions and/or their EEA parent holding companies should potentially be within scope of the bail-in tool. Accordingly, any exercise of the bail-in tool in respect of the Issuer and the Securities may result in the cancellation of all, or a portion, of the principal amount of, interest on, or any other amounts payable on, the Securities and/or the conversion of the Securities into shares or other Securities or other obligations of the Issuer or another person, or any other modification or variation to the terms of the Securities. If such liabilities are under-collateralised, the unsecured portion of such liability may be subject to bail-in, i.e., in relation to the unsecured part.

The Banking Act specifies the order in which the bail-in tool should be applied, reflecting the hierarchy of capital instruments under CRD IV and otherwise respecting the hierarchy of claims in an ordinary insolvency. In addition, the bail-in tool contains an express safeguard (known as "**no creditor worse off**") with the aim that shareholders and creditors do not receive a less favourable treatment than they would have received in ordinary insolvency proceedings of the relevant entity. Among other proposals, the amendments to BRRD and CRD IV proposed by the European Commission on 23 November 2016 have amended the creditor hierarchy in respect of certain unsecured debt instruments, although such amendments remain subject to national implementation. The other amendments to BRRD and CRD IV, such as the amendments in relation to MREL, are still in draft form and subject to the EU legislative process, therefore it is unclear what the effect of such amendments may be on the Group, the Issuer or the Securities.

The exercise of the bail-in tool in respect of the Issuer and the Securities or any suggestion of any such exercise could materially adversely affect the rights of the holders of the Securities, the price or value of their investment in the Securities and/or the ability of the Issuer to satisfy its obligations under the Securities and could lead to holders of the Securities losing some or all of the value of their investment in such Securities. In addition, even in circumstances where a claim for compensation is established under the 'no creditor worse off' safeguard in accordance with a valuation performed after the resolution action has been taken, it is unlikely that such compensation would be equivalent to the full losses incurred by the holders of the Securities in the resolution and there can be no assurance that holders of the Securities would recover such compensation promptly.

2.5 As insured deposits are excluded from the scope of the bail-in tool and other preferred deposits (and insured deposits) rank ahead of any Securities issued by the Issuer, such Securities would be more likely to be bailed-in than certain other unsubordinated liabilities of the Issuer (such as other preferred deposits).

As part of the reforms required by the BRRD, amendments have been made to relevant legislation in the UK (including the UK Insolvency Act 1986) to establish in the insolvency hierarchy a statutory preference (i) firstly, for deposits that are insured under the UK Financial Services Compensation Scheme ("**insured deposits**") to rank with existing preferred claims as 'ordinary' preferred claims and (ii) secondly, for all other deposits of individuals and micro, small and medium sized enterprises held in EEA or non-EEA branches of an EEA bank ("**oth-**

er preferred deposits"), to rank as 'secondary' preferred claims only after the 'ordinary' preferred claims. In addition, the UK implementation of the EU Deposit Guarantee Scheme Directive increased, from July 2015, the nature and quantum of insured deposits to cover a wide range of deposits, including corporate deposits (unless the depositor is a public sector body or financial institution) and some temporary high value deposits. The effect of these changes is to increase the size of the class of preferred creditors. All such preferred deposits will rank in the insolvency hierarchy ahead of all other unsecured senior creditors of the Issuer, including the holders of the Securities. Furthermore, insured deposits are excluded from the scope of the bail-in tool. As a result, if the bail-in tool were exercised by the relevant UK resolution authority, the Securities would be more likely to be bailed-in (in either case, to the extent the Securities fall within the scope of the Bail-In Tool) than certain other unsubordinated liabilities of the Issuer such as other preferred deposits.

3. **A downgrade of the credit rating assigned by any credit rating agency to the Issuer could adversely affect the liquidity or market value of the Securities. Credit ratings downgrades could occur as a result of, among other causes, changes in the ratings methodologies used by credit rating agencies.**

Any rating assigned to the Issuer may be withdrawn entirely by a credit rating agency, may be suspended or may be lowered, if, in that credit rating agency's judgment, circumstances relating to the basis of the rating so warrant. Ratings may be impacted by a number of factors which can change over time, including the credit rating agency's assessment of: the Issuer's strategy and management's capability; the Issuer's financial condition including in respect of capital, funding and liquidity; competitive and economic conditions in the Issuer's key markets; the level of political support for the industries in which the Issuer operates; the implementation of structural reform; and legal and regulatory frameworks affecting the issuer's legal structure, business activities and the rights of its creditors. The credit rating agencies may also revise the ratings methodologies applicable to Issuer within a particular industry, or political or economic region. If credit rating agencies perceive there to be adverse changes in the factors affecting an Issuer's credit rating, including by virtue of changes to applicable ratings methodologies, the credit rating agencies may downgrade, suspend or withdraw the ratings assigned to an issuer and/or its securities. Revisions to ratings methodologies and actions on the Issuer's ratings by the credit rating agencies may occur in the future.

If the Issuer determines to no longer maintain one or more ratings, or if any credit rating agency withdraws, suspends or downgrades the credit ratings of the Issuer, or if such a withdrawal, suspension or downgrade is anticipated (or any credit rating agency places the credit ratings of the Issuer on "credit watch" status in contemplation of a downgrade, suspension or withdrawal), whether as a result of the factors described above or otherwise, such event could adversely affect the liquidity or market value of the Securities.

IV. In the non-binding English language translation of RSSP Base Prospectus A dated 13 June 2017 and RSSP Base Prospectus A dated 25 July 2017 in the section "**RISK FACTORS**" in the subsection "**FACTORS WHICH ARE MATERIAL FOR THE PURPOSES OF ASSESSING THE MARKET RISKS IN RELATION TO THE SECURITIES**" the risk factor "**15. Risks associated with the reform of LIBOR, EURIBOR and other interest rate index and equity, commodity and foreign exchange rate index "benchmarks"**" is replaced as follows:

15. Risks related to Securities which are linked to "benchmarks"

The London Interbank Offered Rate (LIBOR), the Euro Interbank Offered Rate (EURIBOR) and other interest rate or other types of rates and indices which are deemed to be "benchmarks" are the subject of ongoing national and international regulatory discussions and proposals for reform. Some of these reforms are already effective whilst others are still to be implemented. The Benchmark Regulation was published in the Official Journal of the European Union on 29 June 2016 and has applied from 1 January 2018 (with the exception of provisions specified in Article 59 (mainly on critical benchmarks) that have applied since 30 June 2016). The Benchmark Regulation could have a material impact on any Securities linked to LIBOR, EURIBOR or another "benchmark" rate or index, in particular, if the methodology or other terms of the "benchmark" are changed in order to comply with the terms of the Benchmark Regulation, and such changes could (amongst other things) have the effect of reducing or increasing the rate or level, or affecting the volatility of the published rate or level, of the benchmark. In addition, the Benchmark Regulation stipulates that each administrator of

a "benchmark" regulated thereunder must be licensed by the competent authority of the Member State where such administrator is located. There is a risk that administrators of certain "benchmarks" will fail to obtain a necessary licence, preventing them from continuing to provide such "benchmarks". Other administrators may cease to administer certain "benchmarks" because of the additional costs of compliance with the Benchmark Regulation and other applicable regulations, and the risks associated therewith. There is also a risk that certain benchmarks may continue to be administered but may in time become obsolete. As an example of such benchmark reforms, on 27 July 2017, the UK Financial Conduct Authority announced that it will no longer persuade or compel banks to submit rates for the calculation of the LIBOR benchmark after 2021 (the "**FCA Announcement**"). The FCA Announcement indicates that the continuation of LIBOR on the current basis (or at all) cannot and will not be guaranteed after 2021 and that planning a transition to alternative reference rates that are based firmly on transactions, such as reformed SONIA (the Sterling Over Night Index Average), must begin.

On 21 September 2017, the European Central Bank announced that it would be part of a new working group tasked with the identification and adoption of a "risk free overnight rate" which can serve as a basis for an alternative to current benchmarks used in a variety of financial instruments and contracts in the euro area.

Following the implementation of any such potential reforms, the manner of administration of benchmarks may change, with the result that they may perform differently than in the past, or the benchmark could be eliminated entirely, or there could be other consequences that cannot be predicted. The elimination of the LIBOR benchmark or any other benchmark, or changes in the manner of administration of any benchmark, could require or result in an adjustment to the interest calculation provisions of the terms and conditions of the Securities, or result in adverse consequences to holders of any securities linked to such benchmark (including but not limited to Floating Rate Securities whose interest rates are linked to LIBOR or any other such benchmark that is subject to reform). Furthermore, even prior to the implementation of any changes, uncertainty as to the nature of alternative reference rates and as to potential changes to such benchmark may adversely affect such benchmark during the term of the relevant Securities, the return on the relevant Securities and the trading market for securities based on the same benchmark.

The "Terms and Conditions of the Securities" set out below provide for certain fallback arrangements in the event that a published benchmark, such as LIBOR, (including any page on which such benchmark may be published (or any successor service)) becomes unavailable, including the possibility that the rate of interest could be set by reference to a reference bond rate, a successor rate or an alternative reference rate and that such successor rate or alternative reference rate may be adjusted (if required) in order to reduce or eliminate, to the extent reasonably practicable in the circumstances, any economic prejudice or benefit (as applicable) to investors arising out of the replacement of the relevant benchmark. In certain circumstances the ultimate fallback of interest for a particular Interest Period or Reset Period (as applicable) may result in the rate of interest for the last preceding Interest Period or Reset Period (as applicable) being used. This may result in the effective application of a fixed rate for Floating Rate Notes (as applicable) based on the rate which was last observed on the Relevant Screen Page. In addition, due to the uncertainty concerning the availability of successor rates and alternative reference rates, the relevant fallback provisions may not operate as intended at the relevant time.

Any such consequences could have a material adverse effect on the value of and return on any such Securities. Moreover, any of the above matters or any other significant change to the setting or existence of any relevant reference rate could affect the ability of the Issuer to meet its obligations under the Floating Rate Securities or could have a material adverse effect on the value or liquidity of, and the amount payable under, the Floating Rate Securities. Investors should consider these matters when making their investment decision with respect to the relevant Floating Rate Securities.

- V. In the non-binding English language translation of the Base Prospectuses in the section "**INFORMATION INCORPORATED BY REFERENCE**" the bullet points in the first paragraph listing the information incorporated by reference is replaced by the following points:
- The pages 1 to 387 of the joint annual report of Barclays PLC and Barclays Bank PLC, as filed with the US Securities and Exchange Commission (SEC) on Form 20-F on 22 February 2018 in respect of the years ended 31 December 2016 and 31 December 2017 (the "**Joint Annual Report**"); Barclays Bank PLC data from pages 388 to 408 will not be incorporated;
 - the annual reports of the Issuer containing the audited consolidated financial statements of the Issuer in respect of the years ended 31 December 2016 (the "**2016 Bank Annual Report**") and 31 December 2017 (the "**2017 Bank Annual Report**"), respectively; and
 - the registration document for purposes of Article 5(3) of directive 2003/71/EC of Barclays Bank PLC and its subsidiaries, dated 16 March 2018, as approved by the United Kingdom Financial Conduct Authority (FCA) (the "**2018 Registration Document**"), in relation to Barclays Bank PLC's unaudited pro forma condensed consolidated financial information in respect of the year ended 31 December 2017 set out on pages 25 to 32 of the Registraton Document.
- VI. In the non-binding English language translation of the Base Prospectuses in the section "**INFORMATION INCORPORATED BY REFERENCE**" the table in relation to the Joint Annual Report is replaced by the following table:

| | |
|--|--------------|
| Notes: Certain non-IFRS measures | Page i-ii |
| Market and other data; Uses of Internet addresses; References to Pillar 3 report | Page ii |
| Governance | |
| Directors' report | Page 1-46 |
| People | Page 47-50 |
| Remuneration Report | Page 51-74 |
| Risk review | |
| Risk management | Page 77-78 |
| Material existing and emerging risks | Page 79-84 |
| Principal risk management | Page 85-95 |
| Risk performance | Page 96-154 |
| Supervision and regulation | 155-162 |
| Financial review | Page 163-185 |
| Financial statements | |
| Independent Registered Public Accounting Firm's report for Barclays PLC | Page 186-187 |
| Consolidated financial statements of Barclays PLC | Page 188-192 |
| Notes to the consolidated financial statements of Barclays PLC | Page 195-271 |
| Additional information | |
| Additional Shareholder Information | Page 272-281 |
| Additional Information | Page 282-300 |
| Barclays' approach to managing risks | Page |

| | |
|--|-----------------|
| | 301-361 |
| Additional information | Page 362-385 |
| Independent Registered Public Accounting Firm's report for Barclays Bank PLC | Page 386-387 |
| Glossary of terms | Page 411-432 |
| Shareholder Information | Page 433-434 |

- VII. In the non-binding English language translation of the Base Prospectuses in the section "**INFORMATION INCORPORATED BY REFERENCE**" the last paragraph is replaced by the following paragraph:

Each of the Bank and Barclays PLC has applied International Financial Reporting Standards (IFRS) as issued by the International Accounting Standards Board and as adopted by the European Union (EU) in the financial statements incorporated by reference above. A summary of the significant accounting policies for each of the Bank and Barclays PLC is included in each of the Joint Annual Report, the 2016 Bank Annual Report and the 2017 Bank Annual Report.

- VIII. In the non-binding English language translation of the Base Prospectuses in the section "**GENERAL INFORMATION**" the two first paragraphs of the subsection "**Ratings**" will be replaced by the following:

Ratings

As far as credit ratings are referred to in this Base Prospectus, any Final Terms or any document incorporated by reference, these will be treated as having been issued by Fitch Ratings Limited ("Fitch"), Moody's Investors Service Ltd. ("Moody's") and Standard & Poor's Credit Market Services Europe Limited ("Standard & Poor's"). Each of Fitch and Standard & Poor's, as well as Moody's is established in the European Union and is registered under Regulation (EC) No 1060/2009 of the European Parliament and of the Council of 16 September 2009 on credit rating agencies as amended by Regulation (EU) No. 513/2011 and is included in the list of registered credit rating agencies published on the website of the European Securities and Markets Authority at <http://www.esma.europa.eu/page/Listregistered-and-certified-CRAs>.

As of the date of this Base Prospectus, the short term unsecured obligations of the Bank are rated A-1 by Standard & Poor's, P-1 by Moody's, and F1 by Fitch and the long-term obligations of the Bank are rated A by Standard & Poor's, A2 by Moody's, and A by Fitch. The Ratings are represented without taking into account any prospects, if any, regarding to the relevant Rating.

- IX. In the non-binding English language translation of the Base Prospectuses in the section "**GENERAL INFORMATION**" the subsections "**Significant Change Statement**", "**Material Adverse Change Statement**" and "**Legal Proceedings**" will be replaced by the following:

Significant Change Statement

Save as disclosed under "The Bank and the Group - Acquisitions, Disposals and Recent Developments - Barclays successfully completes Ring-Fencing Transfer Scheme", there has been no significant change in the financial or trading position of the Group since 31 December 2017.

Material Adverse Change Statement

There has been no material adverse change in the prospects of the Issuer since 31 December 2017.

Legal Proceedings

Save as disclosed under "The Bank and the Group — Legal Proceedings" (other than under the heading "General") and "The Bank and the Group — Acquisitions, Disposals and Recent Developments — Barclays reaches settlement with the United States Department of Justice in relation to Residential Mortgage-Backed Securities", there are no governmental, legal or arbitration proceedings (including any such proceedings which are pending or threatened of which the Bank is aware), which may have or have had during the 12 months preceding the date of this Prospectus, a significant effect on the financial position or profitability of the Bank and/or the Group.

- X. In the non-binding English language translation of the Base Prospectuses in the section "INFORMATION RELATING TO THE ISSUER" the subsection "The Bank and the Group" will be replaced by the following:

The Bank and the Group

In this section the information incorporated by reference relating to the Issuer and/or the Group which are provided in the Joint Annual Report, the 2016 Issuer Annual Report, the 2017 Issuer Annual Report and the 2018 Registration Document are incorporated.

The Bank (together with its subsidiary undertakings the "Bank Group") is a public limited company registered in England and Wales under number 1026167. The liability of the members of the Bank is limited. It has its registered and head office at 1 Churchill Place, London, E14 5HP, United Kingdom (telephone number +44 (0)20 7116 1000). The Bank was incorporated on 7 August 1925 under the Colonial Bank Act 1925 and on 4 October 1971 was registered as a company limited by shares under the Companies Acts 1948 to 1967. Pursuant to The Barclays Bank Act 1984, on 1 January 1985, the Bank was re-registered as a public limited company and its name was changed from "Barclays Bank International Limited" to "Barclays Bank PLC". The whole of the issued ordinary share capital of the Bank is beneficially owned by Barclays PLC. Barclays PLC (together with its subsidiary undertakings the "Group") is the ultimate holding company of the Group.

The Group is a transatlantic consumer and wholesale bank with global reach offering products and services across personal, corporate and investment banking, credit cards and wealth management, with a strong presence in the Group's two home markets of the UK and the US. The Group is focused on two core divisions – Barclays UK and Barclays International.

Both Barclays UK and Barclays International have historically operated within the legal entity Barclays Bank PLC. However, on 1 April 2018 the Barclays UK division formally separated into a new legal entity- the UK Ring-fenced Bank, which is the Group's UK ring-fenced bank. the UK Ring-fenced Bank offers everyday products and services to retail and consumer customers and small to medium sized enterprises based in the UK. Products and services designed for the Group's larger corporate, wholesale and international banking clients will continue to be offered by Barclays International from within the Bank. The UK Ring-fenced Bank will operate alongside, but have the ability to take decisions independently from, one the Bank as part of the Group under Barclays PLC.

The following financial information is extracted from the audited consolidated financial statements of the Issuer for the year ended 31 December 2017 and 31 December 2016, respectively, which are incorporated by reference:

| | As at 31.12.2017 £m | As at 31.12.2016 £m |
|---------------------------------|------------------------|------------------------|
| Total Assets | 1,129,343 | 1,213,955 |
| Loans and advances to banks | 36,209 | 43,634 |
| Loans and advances to customers | 365,553 | 392,783 |
| Deposits from banks | 37,906 | 48,214 |
| Customer accounts | 429,426 | 424,703 |

| | | |
|--|--------------------------------|--------------------------------|
| Total equity | 65,734 | 70,955 |
| Non-controlling interests | 1 | 3,522 |
| | Year ended 31.12.2017 £m | Year ended 31.12.2016 £m |
| Profit before tax from continuing operations | 3,166 | 4,383 |
| Credit impairment charges and other provisions | (2,336) | (2,373) |

Acquisitions, Disposals and Recent Developments

Barclays completes Ring-Fencing Transfer Scheme

On 3 April 2018, Barclays PLC and the Bank published the following joint announcement:

"On 9 March 2018 Barclays was granted approval from the Prudential Regulation Authority and the High Court of Justice of England and Wales to implement the "ring-fencing" of its day-to-day banking services of Barclays using a legal process called a Ring-Fencing Transfer Scheme (the "**Scheme**") under Part VII of the Financial Services and Markets Act 2000.

The requirement to ring-fence day-to-day banking services, which must be completed by 1 January 2019, is one of the reforms brought in by the UK government, aiming to strengthen the UK financial system following the financial crisis that began in 2008.

Barclays has now implemented the Scheme and established the ring-fenced bank, Barclays Bank UK PLC on 1 April 2018. This entity will operate alongside, but have the ability to take decisions independently from, Barclays Bank PLC as part of the Barclays Group under Barclays PLC."

Barclays reaches settlement with the United States Department of Justice in relation to Residential Mortgage-Backed Securities

On 29 March 2018, Barclays PLC and the Bank published the following joint announcement:

"Barclays has today reached a settlement with the United States Department of Justice ("**DoJ**") to resolve the civil complaint brought by the DoJ in December 2016 relating to residential mortgage-backed securities sold by Barclays between 2005 and 2007.

Under the terms of the settlement, Barclays has agreed to pay a civil monetary penalty of \$2,000 million (£1,420 million), which will be recognised in Q1 2018. This will result in a pro forma negative impact on the 31 December 2017 Common Equity Tier 1 ratio of approximately 45 basis points.

The settlement resolves all actual and potential civil claims by the DoJ relating to Barclays' securitisation, underwriting and sale of mortgage-backed securities in the period 2005-2007.

Legal Proceedings

Barclays PLC, the Bank and the Group face legal, competition and regulatory challenges, many of which are beyond our control. The extent of the impact on Barclays PLC, the Bank and the Group of these matters cannot always be predicted but may materially impact our operations, financial results, condition and prospects. Matters arising from a set of similar circumstances can give rise to either a contingent liability or a provision, or both, depending on the relevant facts and circumstances. The Group has not disclosed an estimate of the potential

financial effect on the Group of contingent liabilities where it is not currently practicable to do so.

Investigations into certain advisory services agreements and other matters and civil action

The UK Serious Fraud Office (SFO), the Financial Conduct Authority (FCA), the US Department of Justice (DOJ) and the US Securities and Exchange Commission (SEC) have been conducting investigations into certain advisory services agreements entered into by Barclays Bank PLC.

Background Information

Barclays Bank PLC entered into two advisory services agreements with Qatar Holding LLC (Qatar Holding) in June and October 2008 (the Agreements). The FCA commenced an investigation into whether the Agreements may have related to Barclays PLC's capital raisings in June and November 2008 (the Capital Raisings). The existence of the June 2008 advisory services agreement was disclosed, but the entry into the advisory services agreement in October 2008 and the fees payable under the Agreements, which amounted to a total of £322m payable over a period of five years, were not disclosed in the announcements or public documents relating to the Capital Raisings. The SFO also commenced an investigation into the Agreements and into a \$3bn loan (the Loan) provided by Barclays Bank PLC in November 2008 to the State of Qatar.

SFO Proceedings

In June 2017, the SFO charged Barclays PLC with two offences of conspiring with certain former senior officers and employees of the Group to commit fraud by false representations relating to the Agreements and one offence of unlawful financial assistance contrary to section 151 of the Companies Act 1985 in relation to the Loan. In February 2018, the SFO also charged Barclays Bank PLC with the same offence in respect of the Loan. Barclays PLC and Barclays Bank PLC intend to defend the respective charges brought against them (the Charges). The trial of the Charges has been scheduled to begin in January 2019.

FCA Proceedings and other investigations

In September 2013, the FCA issued warning notices (the Notices) finding that while, Barclays PLC and Barclays Bank PLC believed at the time of the execution of the Agreements that there should be at least some unspecified and undetermined value to be derived from them, the primary purpose of the Agreements was not to obtain advisory services but to make additional payments, which would not be disclosed, for the Qatari participation in the Capital Raisings. The Notices concluded that Barclays PLC and Barclays Bank PLC were in breach of certain disclosure-related listing rules and Barclays PLC was also in breach of Listing Principle 3 (the requirement to act with integrity towards holders and potential holders of the company's shares). In this regard, the FCA considers that Barclays PLC and Barclays Bank PLC acted recklessly. The financial penalty provided in the Notices against the Group is £50m. Barclays PLC and Barclays Bank PLC continue to contest the findings.

The FCA action has been stayed due to the SFO proceedings.

In addition, the DOJ and the SEC have been conducting investigations relating to the Agreements.

Civil Action

In January 2016, PCP Capital Partners LLP and PCP International Finance Limited (PCP) served a claim on Barclays Bank PLC seeking damages of £721.4m plus interest and costs for fraudulent misrepresentation and deceit, arising from alleged statements made by Barclays Bank PLC to PCP in relation to the terms on which securities were to be issued to potential investors, allegedly including PCP, in the November 2008 capital raising. Following amendment of their claim in November 2017, PCP now seeks damages of up to £1,477m (plus interest from November 2017) and costs. Barclays Bank PLC is defending the claim and trial is scheduled to commence in October 2019.

Claimed Amounts/Financial Impact

It is not currently practicable to provide an estimate of the financial impact of the actions described on the Group or what effect that they might have upon the Group's operating results, cash flows or financial position in any particular period. PCP has made a claim against Barclays Bank PLC for damages of up to £1,477m plus interest and costs. This amount does not necessarily reflect Barclays Bank PLC's potential financial exposure if a ruling were to be made against it in that matter.

Investigations into certain business relationships

In 2012, the DOJ and SEC commenced investigations in relation to whether certain relationships with third parties who assist Barclays PLC to win or retain business are compliant with the US Foreign Corrupt Practices Act. Various regulators in other jurisdictions are also being briefed on the investigations. Separately, the Group is cooperating with the DOJ and SEC in relation to an investigation into certain of its hiring practices in Asia and elsewhere and is keeping certain regulators in other jurisdictions informed.

Claimed Amounts/Financial Impact

It is not currently practicable to provide an estimate of the financial impact of the actions described on the Group or what effect that they might have upon the Group's operating results, cash flows or financial position in any particular period.

Investigations relating to whistleblowing systems and controls

The FCA and Prudential Regulation Authority (PRA) are conducting investigations in relation to the Group Chief Executive Officer (CEO) and Barclays Bank PLC in connection with certain whistleblowing issues.

Background Information

In April 2017, the FCA and PRA commenced investigations into the CEO as to his individual conduct and senior manager responsibilities relating to the Group's whistleblowing programme and to his attempt in 2016 to identify the author of a letter that was treated by Barclays Bank PLC as a whistleblow and Barclays Bank PLC, as to its responsibilities relating to the attempt by the CEO to identify the author of the letter, as well as the Group's systems and controls and culture relating to whistleblowing. The attempt to identify the author of the letter first came to the attention of the Barclays PLC Board (Board) early in 2017. The Board instructed an external law firm to conduct a focussed investigation into the matter and also notified the FCA and PRA and other relevant authorities. The investigation found, and the Board concluded, that the CEO honestly, but mistakenly, believed that it was permissible to identify the author. However, the Board concluded that the CEO made an error in becoming involved with, and not applying appropriate governance around the matter, and in taking action to attempt to identify the author of the letter. The Group and the CEO are cooperating fully with the FCA and PRA investigations. The Group is also providing information to, and cooperating with, authorities in the US with respect to these matters.

Claimed Amounts/Financial Impact

It is not currently practicable to provide an estimate of the financial impact of the actions described on the Group or what effect that they might have upon the Group's operating results, cash flows or financial position in any particular period.

Investigations relating to retail structured deposits and capital protected structured notes

The FCA is conducting enforcement investigations in relation to certain structured deposits and notes provided by the Group in the past.

Background Information

In 2015, the FCA commenced an enforcement investigation relating to the design, manufacture and sale of structured deposits by the Group from November 2009. The investigation is at an advanced stage. In January 2018, the FCA also commenced an enforcement investigation

relating to the design, manufacture and sale of capital protected structured notes by the Group from June 2008 to July 2014.

Claimed Amounts/Financial Impact

It is not currently practicable to provide an estimate of the financial impact of the actions described on the Group or what effect that they might have upon the Group's operating results, cash flows or financial position in any particular period.

Investigation into collections and recoveries relating to unsecured lending

In February 2018, the FCA commenced an enforcement investigation in relation to whether or not Barclays Bank PLC, from July 2015, implemented effective systems and controls with respect to collections and recoveries and whether or not it paid due consideration to the interests of customers in default and arrears.

Claimed Amounts/Financial Impact

It is not currently practicable to provide an estimate of the financial impact of the investigation on the Group or what effect that it might have upon the Group's operating results, cash flows or financial position in any particular period.

Investigation into Americas Wealth & Investment Management advisory business

The SEC has carried out an investigation into certain practices in the Group's former Wealth Americas investment advisory business relating to certain due diligence failures, fee and billing practices and mutual fund fee waivers and related disclosures. In May 2017, the SEC announced a settlement pursuant to which Barclays Capital Inc. (BCI) agreed to resolve this matter for USD97m, consisting of a penalty of USD30m paid to the SEC and USD67m paid to the clients, in remediation and disgorgement.

Investigation into suspected money laundering related to foreign exchange transactions in South African operation

Absa Bank Limited, a subsidiary of Barclays Africa Group Limited, which was a Group subsidiary at the relevant time, identified potentially fraudulent activity by certain of its customers using advance payments for imports in 2014 and 2015 to effect foreign exchange transfers from South Africa to beneficiary accounts located in East Asia, UK, Europe and the US. As a result, the Group conducted a review of relevant activity, processes, systems and controls. The Group is continuing to provide information to relevant authorities as part of the Group's ongoing cooperation.

Claimed Amounts/Financial Impact

It is not currently practicable to provide an estimate of the financial impact of the actions described on the Group or what effect that they might have upon the Group's operating results, cash flows or financial position in any particular period.

Investigations into LIBOR and other benchmarks

Regulators and law enforcement agencies, including certain competition authorities, from a number of governments have been conducting investigations relating to Barclays Bank PLC's involvement in manipulating certain financial benchmarks, such as LIBOR and EURIBOR.

Background Information

In 2012, Barclays Bank PLC announced that it had reached settlements with the Financial Services Authority (FSA) (as predecessor to the FCA), the US Commodity Futures Trading Commission (CFTC) and the DOJ in relation to their investigations concerning certain benchmark interest rate submissions, and Barclays Bank PLC paid total penalties of £290m. The settlement with the DOJ was made by entry into a Non-Prosecution Agreement (NPA) which has now expired. Barclays PLC, Barclays Bank PLC and BCI have reached settlements with certain other regulators and law enforcement agencies. Barclays Bank PLC continues to respond to requests for information from the SFO in relation to its ongoing LIBOR investiga-

tion, including in respect of Barclays Bank PLC. The investigation by the prosecutor's office in Trani, Italy also remains pending.

Claimed Amounts/Financial Impact

It is not currently practicable to provide an estimate of the financial impact of the actions described on the Group or what effect that they might have upon the Group's operating results, cash flows or financial position in any particular period.

LIBOR and other benchmark civil actions

A number of individuals and corporates in a range of jurisdictions have threatened or brought civil actions against the Group and other banks in relation to LIBOR and/or other benchmarks.

Background Information

Following settlement of the investigations referred to above in 'Investigations into LIBOR and other Benchmarks' various individuals and corporates in a range of jurisdictions have threatened or brought civil actions against the Group. While certain cases have been dismissed or settled subject to approval from the court (and in the case of class actions, the right of class members to opt out of the settlement and to seek to file their own claims), other actions remain pending and their ultimate impact is unclear.

USD LIBOR Cases in MDL Court

The majority of the USD LIBOR cases, which have been filed in various US jurisdictions, have been consolidated for pre-trial purposes before a single judge in the US District Court in the Southern District of New York (SDNY) (MDL Court).

The complaints are substantially similar and allege, amongst other things, that Barclays Bank PLC and the other banks individually and collectively violated provisions of the US Sherman Antitrust Act (Antitrust Act), the US Commodity Exchange Act (CEA), the US Racketeer Influenced and Corrupt Organizations Act (RICO) and various state laws by manipulating USD LIBOR rates.

The proposed class actions purported to be brought on behalf of (amongst others) plaintiffs that (i) engaged in USD LIBOR-linked over-the-counter transactions (OTC Class); (ii) purchased USD LIBOR-linked financial instruments on an exchange (Exchange-Based Class); (iii) purchased USD LIBOR-linked debt securities (Debt Securities Class); (iv) purchased adjustable-rate mortgages linked to USD LIBOR (Homeowner Class); or (v) issued loans linked to USD LIBOR (Lender Class).

The lawsuits seek unspecified damages with the exception of five lawsuits, in which the plaintiffs are seeking a combined total in excess of \$1.25bn in actual damages against all defendants, including Barclays Bank PLC, plus punitive damages. Some of the lawsuits also seek trebling of damages under the Antitrust Act and RICO.

Between 2013 and 2016, the MDL Court issued a series of decisions effectively dismissing the majority of claims, including antitrust claims, against Barclays Bank PLC and other foreign defendants in both class actions and individual actions. In May 2016, the appeal court reversed the MDL Court's decision and remanded the antitrust claims to the MDL Court for further consideration. Following further consideration, the MDL Court dismissed the majority of antitrust claims against foreign defendants, including Barclays Bank PLC, for lack of personal jurisdiction. Plaintiffs in a number of individual actions and class actions are appealing the MDL Court's personal jurisdiction ruling.

In 2014, the MDL Court granted preliminary approval for the settlement of the Exchange-Based Class claims for \$20m, of which \$5m was paid in October 2014 and the remaining \$15m in September 2017. The settlement remains subject to court approval and the right of class members to opt out of the settlement and to seek to file their own claims.

In 2015, the OTC Class claims were settled for \$120m which was paid in 2017. The settlement remains subject to final approval.

In November 2016, \$7.1m was paid in settlement of the Debt Securities Class claims. The settlement has been preliminarily approved by the court but remains subject to final approval and the right of class members to opt out of the settlement and seek to file their own claims.

EURIBOR Case in the SDNY

In 2015, \$94m was paid in settlement of a EURIBOR-related class action. The settlement has been preliminarily approved by the court but remains subject to final approval and the right of class members to opt out of the settlement and to seek to file their own claims.

Additional USD LIBOR Case in the SDNY

In 2015, an individual action against Barclays Bank PLC and other panel bank defendants was dismissed by the SDNY. The plaintiff alleged that the panel bank defendants conspired to increase USD LIBOR, which caused the value of bonds pledged as collateral for a loan to decrease, ultimately resulting in the sale of the bonds at a low point in the market. The plaintiff's motion to file a further amended complaint is pending.

Sterling LIBOR Case in SDNY

In 2015, a putative class action was filed in the SDNY against Barclays Bank PLC and other Sterling LIBOR panel banks by a plaintiff involved in exchange-traded and over-the-counter derivatives that were linked to Sterling LIBOR. The complaint alleges, among other things, that defendants manipulated the Sterling LIBOR rate between 2005 and 2010 and, in so doing, committed CEA, Antitrust Act, and RICO violations. In early 2016, this class action was consolidated with an additional putative class action making similar allegations against Barclays Bank PLC and BCI and other Sterling LIBOR panel banks. Defendants have filed a motion to dismiss.

Japanese Yen LIBOR Cases in SDNY

In 2012, a putative class action was filed in the SDNY against Barclays Bank PLC and other Japanese Yen LIBOR panel banks by a plaintiff involved in exchange-traded derivatives. The complaint also names members of the Japanese Bankers Association's Euroyen Tokyo Interbank Offered Rate (Euroyen TIBOR) panel, of which Barclays Bank PLC is not a member. The complaint alleges, amongst other things, manipulation of the Euroyen TIBOR and Yen LIBOR rates and breaches of the CEA and Antitrust Act between 2006 and 2010. In 2014, the court dismissed the plaintiff's antitrust claims in full, but the plaintiff's CEA claims remain pending. Discovery is ongoing. In March 2017, a second putative class action concerning Yen LIBOR filed in the SDNY against Barclays PLC, Barclays Bank PLC and BCI was dismissed in full. The complaint makes similar allegations to the 2012 class action. Plaintiffs have appealed the dismissal.

SIBOR/SOR Case in the SDNY

A putative class action filed in the SDNY against Barclays PLC, Barclays Bank PLC, BCI, and other defendants, alleging manipulation of the Singapore Interbank Offered Rate (SIBOR) and Singapore Swap Offer Rate (SOR) was dismissed by the court in relation to claims against the Group for failure to state a claim. Plaintiffs amended their complaint in September 2017, and defendants have filed a motion to dismiss.

Non-US Benchmarks Cases

In addition to US actions, legal proceedings have been brought or threatened against the Group in connection with alleged manipulation of LIBOR and EURIBOR and other benchmarks in a number of jurisdictions in Europe and Argentina. Additional proceedings in non-US jurisdictions may be brought in the future.

Claimed Amounts/Financial Impact

Aside from the settlements discussed above, it is not currently practicable to provide an estimate of any further financial impact of the actions described on the Group or what effect that they might have upon the Group's operating results, cash flows or financial position in any particular period.

Foreign Exchange investigations

Various regulatory and enforcement authorities across multiple jurisdictions have been investigating a range of issues associated with Foreign Exchange sales and trading, including electronic trading.

Background Information

In 2015 the Group reached settlements with the CFTC, the DOJ, the New York State Department of Financial Services (NYDFS), the Board of Governors of the Federal Reserve System (Federal Reserve) and the FCA (together, the 2015 Resolving Authorities) in relation to investigations into certain sales and trading practices in the Foreign Exchange market. In connection with these settlements, the Group paid total penalties of approximately \$2.38bn and agreed to undertake certain remedial actions.

Under the plea agreement with the DOJ, in addition to a criminal fine, Barclays PLC agreed to a term of probation of three years during which Barclays PLC must, amongst other things, (i) commit no crime whatsoever in violation of the federal laws of the US, (ii) implement and continue to implement a compliance program designed to prevent and detect the conduct that gave rise to the plea agreement, (iii) report credible evidence of criminal violations of US anti-trust or fraud laws to the relevant US authority, and (iv) strengthen its compliance and internal controls as required by relevant regulatory or enforcement agencies. In January 2017, the US District Court for the District of Connecticut accepted the plea agreement and in accordance with the agreement sentenced Barclays PLC to pay \$650m as a fine and \$60m for violating the NPA (which amounts are part of the \$2.38bn referred to above) and to serve three years of probation from the date of the sentencing order. The Group also continues to provide relevant information to certain of the 2015 Resolving Authorities.

The full text of the DOJ plea agreement, the orders of the CFTC, NYDFS and Federal Reserve, and the Final Notice issued by the FCA related to the settlements referred to above are publicly available on the 2015 Resolving Authorities' respective websites.

The European Commission is one of several authorities conducting an investigation into certain trading practices in the Foreign Exchange market. The DOJ is also conducting an investigation into conduct relating to certain trading activities in connection with certain transactions during 2011 and 2012. The Group is providing information to the DOJ and other relevant authorities reviewing this conduct. In January 2018, a Group employee currently under suspension was indicted in US federal court in connection with this matter.

In February 2017 the South African Competition Commission (SACC) referred Barclays Bank PLC, BCI and Absa Bank Limited, a subsidiary of Barclays Africa Group Limited, which at the relevant time was a subsidiary of Barclays Bank PLC, among other banks, to the Competition Tribunal to be prosecuted for breaches of South African antitrust law related to Foreign Exchange trading of South African Rand. The Group was the first to bring the conduct to the attention of the SACC under its leniency programme. The SACC is therefore not seeking an order from the Tribunal to impose any fine on Barclays Bank PLC, BCI or Absa Bank Limited.

Claimed Amounts/Financial Impact

Aside from the settlements discussed above, and a provision of £240m recognised in Q4 2017, it is not currently practicable to provide an estimate of any further financial impact of the actions described on the Group or what effect they might have on the Group's operating results, cash flows or financial position in any particular period.

Civil actions in respect of Foreign Exchange

A number of individuals and corporates in a range of jurisdictions have threatened or brought civil actions against the Group and other banks in relation to Foreign Exchange.

Background Information

Following settlement of certain investigations referred to above in 'Foreign Exchange Investigations' a number of individuals and corporates in a range of jurisdictions have threatened or brought civil actions against the Group and other banks in relation to Foreign Exchange or

may do so in future. Certain of these cases have been dismissed or have been settled subject to final approval from the relevant court (and in the case of class actions, the right of class members to opt out of the settlement and to seek to file their own claims).

Consolidated FX Action

In 2014, a number of civil actions filed in the SDNY on behalf of proposed classes of plaintiffs alleging manipulation of Foreign Exchange markets under the Antitrust Act and New York state law and naming several international banks as defendants, including Barclays Bank PLC, were combined into a single consolidated action (Consolidated FX Action). In 2015, Barclays Bank PLC and BCI settled the Consolidated FX Action and paid \$384m. Certain class members have opted out of the settlement to seek to file their own claims. The settlement is also subject to final court approval.

ERISA FX Action

Since 2015, several civil actions have been filed in the SDNY on behalf of proposed classes of plaintiffs purporting to allege different legal theories of injury (other than those alleged in the Consolidated FX Action) related to alleged manipulation of Foreign Exchange rates, including claims under the US Employee Retirement Income Security Act (ERISA) statute (ERISA Claims), and naming several international banks as defendants, including Barclays PLC, Barclays Bank PLC and BCI. The Court has dismissed the ERISA Claims, and the plaintiffs have appealed this decision.

Retail Basis Action

A putative action was filed in the Northern District of California (and subsequently transferred to the SDNY) against several international banks, including Barclays PLC and BCI, on behalf of a putative class of individuals that exchanged currencies on a retail basis at bank branches (Retail Basis Claims). The Court has ruled that the Retail Basis Claims are not covered by the settlement agreement in the Consolidated FX Action. The Court subsequently dismissed all Retail Basis Claims against the Group and all other defendants. Plaintiffs amended their complaint and defendants (including the Group) have moved to dismiss the amended complaint.

Last Look Actions

In 2015, two putative class actions were filed in the SDNY on behalf of proposed classes of plaintiffs alleging injuries based on the Group's purported improper rejection of customer trades through Group Last Look functionality in the Group's FX e-trading platforms. In 2016, Barclays Bank PLC and BCI paid \$50m and settled one of the actions on a class-wide basis. (The other action was voluntarily dismissed.) The deadline for opting out of the class has expired (a small number of class members have opted out), and the Court has granted final approval of the settlement.

State Law FX Action

In 2016, a putative class action was filed in the SDNY under federal, New York and California law on behalf of proposed classes of stockholders of Exchange Traded Funds and others who supposedly were indirect investors in FX Instruments. The defendants (including the Group) moved to dismiss the action. Plaintiffs' counsel then amended the complaint to bring claims on behalf of a proposed class of investors under federal and various state laws who traded FX Instruments through FX dealers or brokers not alleged to have manipulated Foreign Exchange Rates. A different group of plaintiffs subsequently filed another action based on the same theories and asserted substantively similar claims. These two actions have been consolidated and a consolidated complaint was filed in June 2017. Defendants (including the Group) have moved to dismiss the action.

Canadian FX Action

Civil actions similar to the Consolidated FX Action have been filed in Canadian courts on behalf of proposed classes of plaintiffs containing similar factual allegations of manipulation of Foreign Exchange rates and of damages resulting from such manipulation, in violation of Canadian law. The parties' settlement for \$14.8m has been approved by the court.

Claimed Amounts/Financial Impact

Aside from the settlements discussed above, it is not currently practicable to provide an estimate of any further financial impact of the actions described above on the Group or what effect that they might have upon the Group's operating results, cash flows or financial position in any particular period.

Civil actions in respect of ISDAFIX

In 2014, a number of ISDAFIX related civil actions were filed in the SDNY on behalf of proposed class of plaintiffs, alleging that Barclays Bank PLC, a number of other banks and one broker violated the Antitrust Act and several state laws by engaging in a conspiracy to manipulate the USD ISDAFIX. In 2016, Barclays Bank PLC and BCI entered into a settlement agreement with plaintiffs to resolve the consolidated action and paid \$30m, fully resolving all ISDAFIX-related claims that were or could have been brought by the class. The court has preliminarily approved the settlement, which remains subject to final approval and to the right of class members to opt out of the settlement and to seek to file their own claims.

Claimed Amounts/Financial Impact

The principal financial impact of the actions described on the Group is reflected in the settlement described above.

Metals investigations

Barclays Bank PLC has provided information to the DOJ, the CFTC and other authorities in connection with investigations into metals and metals-based financial instruments.

Claimed Amounts/Financial Impact

It is not currently practicable to provide an estimate of the financial impact of the actions described on the Group or what effect that they might have upon the Group's operating results, cash flows or financial position in any particular period.

Civil actions in respect of the gold and silver fix

Various civil actions have been filed against Barclays Bank PLC and others alleging manipulation of the prices of gold and silver.

Background Information

A number of civil complaints, each on behalf of a proposed class of plaintiffs, have been consolidated and transferred to the SDNY. The complaints allege that Barclays Bank PLC and other members of The London Gold Market Fixing Ltd. manipulated the prices of gold and gold derivative contracts in violation of the CEA, the Antitrust Act, and state antitrust and consumer protection laws. Also in the US, a proposed class of plaintiffs has filed a complaint against a number of banks, including Barclays Bank PLC, BCI and Barclays Capital Services Ltd., alleging manipulation of the price of silver in violation of the CEA and antitrust laws. Defendants have moved to dismiss these actions.

Civil actions have also been filed in Canadian courts against Barclays PLC, Barclays Bank PLC, Barclays Capital Canada Inc., BCI and Barclays Capital PLC on behalf of proposed classes of plaintiffs alleging manipulation of gold and silver prices in violation of Canadian law.

Claimed Amounts/Financial Impact

It is not currently practicable to provide an estimate of the financial impact of the actions described on the Group or what effect that they might have upon the Group's operating results, cash flows or financial position in any particular period.

US residential and commercial mortgage-related activity and litigation

There have been various investigations and civil litigation relating to secondary market trading of US residential mortgage-backed securities (RMBS) and US commercial mortgage-backed securities (CMBS).

Background Information

The Group's activities within the US residential mortgage sector during the period from 2005 through 2008 included:

- sponsoring and underwriting of approximately \$39bn of private-label securitisations;
- economic underwriting exposure of approximately \$34bn for other private-label securitisations;
- sales of approximately \$0.2bn of loans to government sponsored enterprises (GSEs);
- sales of approximately \$3bn of loans to others; and
- sales of approximately \$19.4bn of loans (net of approximately \$500m of loans sold during this period and subsequently repurchased) that were originated and sold to third parties by mortgage originator affiliates of an entity that the Group acquired in 2007 (Acquired Subsidiary).

DOJ Civil Action

In December 2016, the DOJ filed a civil complaint against Barclays Bank PLC, Barclays PLC, BCI, Barclays Group US Inc., Barclays US LLC, BCAP LLC, Securitised Asset Backed Receivables LLC and Sutton Funding LLC, as well as two former employees, in the US District Court in the Eastern District of New York (EDNY) containing a number of allegations, including mail and wire fraud, relating to mortgage-backed securities sold between 2005 and 2007. The DOJ complaint seeks, amongst other relief, unspecified monetary penalties. The Group is defending the complaint and has filed a motion to dismiss.

RMBS Repurchase Requests

The Group was the sole provider of various loan-level representations and warranties (R&Ws) with respect to:

- approximately \$5bn of Group sponsored securitisations;
- approximately \$0.2bn of sales of loans to GSEs; and
- approximately \$3bn of loans sold to others.

In addition, the Acquired Subsidiary provided R&Ws on all of the \$19.4bn of loans it sold to third parties.

R&Ws on the remaining Group sponsored securitisations were primarily provided by third-party originators directly to the securitisation trusts with a Group subsidiary, such as the depositor for the securitisation, providing more limited R&Ws. There are no stated expiration provisions applicable to most R&Ws made by the Group, the Acquired Subsidiary or these third parties.

Under certain circumstances, the Group and/or the Acquired Subsidiary may be required to repurchase the related loans or make other payments related to such loans if the R&Ws are breached.

The unresolved repurchase requests received on or before 31 December 2017 associated with all R&Ws made by the Group or the Acquired Subsidiary on loans sold to GSEs and others and private-label activities had an original unpaid principal balance of approximately \$2.1bn at the time of such sale.

The unresolved repurchase requests discussed above relate to civil actions that have been commenced by the trustees for certain RMBS securitisations in which the trustees allege that the Group and/or the Acquired Subsidiary must repurchase loans that violated the operative R&Ws. Such trustees and other parties making repurchase requests have also alleged that the operative R&Ws may have been violated with respect to a greater (but unspecified) amount of loans than the amount of loans previously stated in specific repurchase requests made by such trustees. Cumulative realised losses reported at 31 December 2017 on loans covered by R&Ws made by the Group or the Acquired Subsidiary are approximately \$1.3bn. This litigation is ongoing.

In addition, the Acquired Subsidiary is subject to a more advanced civil action seeking, among other things, indemnification for losses allegedly suffered by a loan purchaser as a result of alleged breaches of R&Ws provided by the Acquired Subsidiary in connection with loan sales to the purchaser during the period 1997 to 2007. This litigation is ongoing.

RMBS Securities Claims

As a result of some of the RMBS activities described above, the Group has been party to a number of lawsuits filed by purchasers of RMBS sponsored and/or underwritten by the Group between 2005 and 2008. As a general matter, these lawsuits alleged, among other things, that the RMBS offering materials allegedly relied on by such purchasers contained materially false and misleading statements and/or omissions and generally demanded rescission and recovery of the consideration paid for the RMBS and recovery of monetary losses arising out of their ownership. The Group has resolved the majority of these claims, and only one action currently remains pending.

Approximately \$0.1bn of the original face amount of RMBS related to the remaining pending action was outstanding as at 31 December 2017. There were virtually no cumulative realised losses reported on these RMBS as at 31 December 2017. The Group does not expect that, if it were to lose the remaining pending action, any such loss to be material.

Secondary Trading Investigation

The Group has received requests for information and subpoenas from the SEC, the US Attorney's Office for the District of Connecticut and the Special Inspector General for the US Troubled Asset Relief Program related to trading practices in the secondary market for both RMBS and CMBS. A settlement was announced in May 2017 pursuant to which BCI agreed to resolve this matter for \$16.56m.

Claimed Amounts/Financial Impact

Save for the remaining pending action described under 'RMBS Securities Claims' and the May 2017 settlement above, it is not currently practicable to provide an estimate of any further financial impact of the actions described on the Group or what effect that they might have upon the Group's operating results, cash flows or financial position in any particular period. The cost of resolving these actions could individually or in aggregate prove to be substantial.

Alternative trading systems and high-frequency trading

The SEC, the New York State Attorney General (NYAG) and regulators in certain other jurisdictions have been investigating a range of issues associated with alternative trading systems (ATSS), including dark pools, and the activities of high-frequency traders.

Background Information

In 2014, the NYAG filed a complaint (NYAG Complaint) against Barclays PLC and BCI in the Supreme Court of the State of New York alleging, amongst other things, that Barclays PLC and BCI engaged in fraud and deceptive practices in connection with LX, the Group's SEC-registered ATS. In February 2016, the Group reached separate settlement agreements with the SEC and the NYAG to resolve those agencies' claims against Barclays PLC and BCI relating to the operation of LX and paid \$35m to each.

Barclays PLC and BCI have been named in a purported class action by an institutional financial services firm under California law based on allegations similar to those in the NYAG

Complaint. In October 2016, the federal court in California granted the motion of Barclays PLC and BCI to dismiss the entire complaint and plaintiffs have appealed the court's decision.

Following the filing of the NYAG Complaint, Barclays PLC and BCI were also named in a putative shareholder securities class action along with certain of its former CEOs, and its current and a former CFO, as well as an employee (Shareholder Class Action). The plaintiffs claim that holders of Barclays American Depository Receipts (ADRs) suffered damages when the ADRs declined in value as a result of the allegations in the NYAG Complaint. A motion to dismiss the complaint filed by the defendants (including Barclays PLC and BCI), was granted in part and denied in part by the court. In February 2016, the court certified the action as a class action. In November 2017, the appellate court affirmed the class certification. The Group has petitioned the appellate court to stay the action pending review by the US Supreme Court of the class certification.

Claimed Amounts/Financial Impact

The class actions seek unspecified monetary damages and injunctive relief. It is not currently practicable to provide an estimate of the financial impact of the actions described on the Group or what effect they might have upon the Group's operating results, cash flows or financial position in any particular period.

FERC and other civil actions

The US Federal Energy Regulatory Commission (FERC) filed a civil action against Barclays Bank PLC and certain of its former traders in connection with allegations that Barclays Bank PLC manipulated the electricity markets in the Western US.

Background Information

In 2012, FERC issued an Order to Show Cause and Notice of Proposed Penalties (Order and Notice) against Barclays Bank PLC and four of its former traders asserting that Barclays Bank PLC and its former traders violated FERC's Anti-Manipulation Rule by manipulating the electricity markets in and around California from 2006 to 2008, and proposed civil penalties and profit disgorgement to be paid by Barclays Bank PLC.

In 2013, FERC filed a civil action against Barclays Bank PLC and its former traders in the US District Court in California seeking to collect a \$435m civil penalty and disgorgement of \$34.9m of profits, plus interest. The action was settled for \$105m (\$70m penalty and \$35m disgorgement) which was paid in 2017.

In 2015, a civil class action complaint seeking damages of \$139.3m was filed in the US District Court for the SDNY against Barclays Bank PLC by Merced Irrigation District, a California utility company, asserting antitrust allegations in connection with Barclays Bank PLC's purported manipulation of the electricity markets in and around California. The action has been settled in principle for \$29m (subject to court approval and to the right of class members to opt out of the settlement and to seek to file their own claims).

Claimed Amounts/Financial Impact

Apart from the settlement amounts referred to above, the Group does not expect the financial impact of the actions described above to be material to the Group's operating results, cash flows or financial position.

Treasury auction securities civil actions and related matters

Various civil actions have been filed against Barclays Bank PLC, BCI and other financial institutions alleging violations of anti-trust and other laws relating to the markets for US Treasury securities and Supranational, Sovereign and Agency securities. Certain governmental authorities are also conducting investigations relating to trading of certain government securities in various markets.

Background information

Numerous putative class action complaints have been filed in US Federal Court against Barclays Bank PLC, BCI and other financial institutions that have served as primary dealers in

US Treasury securities. Those actions have been consolidated and in November 2017, plaintiffs in the putative class action filed a consolidated amended complaint in the US Federal Court in New York against the defendants as well as certain corporations that operate electronic trading platforms on which US Treasury securities are traded. The complaint purports to assert claims under US federal antitrust laws and state common law based on allegations that defendants (i) conspired to manipulate the US Treasury securities market and/or (ii) conspired to prevent the creation of certain platforms by boycotting or threatening to boycott such trading platforms. Defendants intend to move to dismiss the action.

In addition, certain plaintiffs have filed a related, direct action against BCI and certain other financial institutions that have served as primary dealers in US Treasury securities. This complaint alleges that defendants conspired to fix and manipulate the US Treasury securities market in violation of US federal antitrust laws, the CEA and state common law.

In 2017, Barclays PLC, Barclays Bank PLC, BCI, Barclays Services Limited, Barclays Capital Securities Limited and certain other financial institutions were named as defendants in a civil anti-trust complaint that alleges that the defendants engaged in a conspiracy to fix prices and restrain competition in the market for US Dollar-denominated Supranational, Sovereign and Agency bonds from 2005 through 2015. Defendants have moved to dismiss the action.

Certain governmental authorities are conducting investigations into activities relating to the trading of certain government securities in various markets and the Group has been providing information to various authorities on an ongoing basis.

Claimed Amounts/Financial Impact

It is not currently practicable to provide an estimate of the financial impact of the actions described on the Group or what effect that they might have upon the Group's operating results, cash flows or financial position in any particular period.

American Depositary Shares

Barclays PLC, Barclays Bank PLC and various former members of Barclays Bank PLC's Board of Directors have been named as defendants in a securities class action consolidated in the SDNY.

Background Information

The securities class action against Barclays PLC, Barclays Bank PLC and various former members of Barclays Bank PLC's Board of Directors alleges misstatements and omissions in offering documents for certain American Depositary Shares issued by Barclays Bank PLC in April 2008 with an original face amount of approximately \$2.5bn (the April 2008 Offering). The plaintiffs assert claims under the Securities Act of 1933, alleging misstatements and omissions concerning (amongst other things) Barclays Bank PLC's portfolio of mortgage-related (including US subprime-related) securities, Barclays Bank PLC's exposure to mortgage and credit market risk, and Barclays Bank PLC's financial condition. The plaintiffs have not specifically alleged the amount of their damages. In June 2016, the SDNY certified the action as a class action. In September 2017, the SDNY granted the defendants' motion for summary judgment. Plaintiffs are appealing this decision.

Claimed Amounts/Financial Impact

It is not currently practicable to provide an estimate of the financial impact of the action described on the Group or what effect that it might have upon the Group's operating results, cash flows or financial position in any particular period.

BDC Finance L.L.C.

BDC Finance L.L.C. (BDC) has filed a complaint against Barclays Bank PLC alleging breach of contract in connection with a portfolio of total return swaps governed by an ISDA Master Agreement (collectively, the Agreement).

Background Information

In 2008, BDC filed a complaint in the NY Supreme Court alleging that Barclays Bank PLC breached the Agreement when it failed to transfer approximately \$40m of alleged excess collateral in response to BDC's 2008 demand (Demand). BDC asserts that under the Agreement Barclays Bank PLC was not entitled to dispute the Demand before transferring the alleged excess collateral and that even if the Agreement entitled Barclays Bank PLC to dispute the Demand before making the transfer, Barclays Bank PLC failed to dispute the Demand. BDC demands damages totalling \$298m plus attorneys' fees, expenses, and pre-judgement interest. A trial on liability issues concluded in April 2017 and the court's decision is pending.

In 2011, BDC's investment advisor, BDCM Fund Adviser, L.L.C. and its parent company, Black Diamond Capital Holdings, L.L.C. also sued Barclays Bank PLC and BCI in Connecticut State Court for unspecified damages allegedly resulting from Barclays Bank PLC's conduct relating to the Agreement, asserting claims for violation of the Connecticut Unfair Trade Practices Act and tortious interference with business and prospective business relations. The parties agreed to stay this case.

Claimed Amounts/Financial Impact

It is not currently practicable to provide an estimate of the financial impact of the actions described on the Group or what effect that they might have upon the Group's operating results, cash flows or financial position in any particular period. BDC has made claims against the Group totalling \$298m plus attorneys' fees, expenses, and pre-judgement interest. This amount does not necessarily reflect the Group's potential financial exposure if a ruling were to be made against it.

Civil actions in respect of the US Anti-Terrorism Act

Civil complaints against Barclays Bank PLC and other banks allege engagement in a conspiracy and violation of the US Anti-Terrorism Act (ATA).

Background Information

In 2015, an amended civil complaint was filed in the US Federal Court in the EDNY by a group of approximately 250 plaintiffs, alleging that Barclays Bank PLC and a number of other banks engaged in a conspiracy and violated the ATA by facilitating US Dollar-denominated transactions for the Government of Iran and various Iranian banks, which in turn funded Hezbollah and other attacks that injured or killed the plaintiffs' family members. Plaintiffs seek to recover for pain, suffering and mental anguish pursuant to the provisions of the ATA, which allows for the tripling of any proven damages and attorneys' fees. Plaintiffs filed a second amended complaint in July 2016 (the Second Amended Complaint), which, among other things, added various plaintiffs, bringing the total number of plaintiffs to approximately 350. Defendants have moved to dismiss the Second Amended Complaint. In November 2017, a separate civil complaint was filed in the US Federal Court in the SDNY by a group of approximately 160 plaintiffs, alleging claims under the ATA against Barclays Bank PLC and a number of other banks substantially similar to those in the Second Amended Complaint. Defendants intend to move to dismiss this complaint.

In November 2016, a civil complaint was filed alleging claims under the ATA against Barclays Bank PLC (and a number of other banks) substantially similar to those in the Second Amended Complaint. In October 2017, plaintiffs voluntarily dismissed the case, without prejudice.

Claimed Amounts/Financial Impact

It is not currently practicable to provide an estimate of the financial impact of the actions described on the Group or what effect that they might have upon the Group's operating results, cash flows or financial position in any particular period.

Interest rate swap and credit default swap US civil actions

Barclays PLC, Barclays Bank PLC, and BCI, together with other financial institutions are defendants in interest rate swap and credit default swap antitrust civil actions in the SDNY.

Background Information

Barclays PLC, Barclays Bank PLC, and BCI, together with other financial institutions that act as market makers for interest rate swaps (IRS), Trade Web, and ICAP, are named as defendants in several antitrust class actions which were consolidated in the SDNY in 2016. The complaints allege defendants conspired to prevent the development of exchanges for IRS and demand unspecified money damages, treble damages and legal fees. Plaintiffs include certain swap execution facilities, as well as buy-side investors. The buy-side investors claim to represent a class that transacted in fixed-for-floating IRS with defendants in the US from 2008 to the present, including, for example, US retirement and pension funds, municipalities, university endowments, corporations, insurance companies and investment funds. The case is in discovery. In June 2017, a separate suit was filed in the US District Court in the SDNY against the same financial institution defendants in the IRS cases, including Barclays PLC, Barclays Bank PLC, and BCI, claiming that certain conduct alleged in the IRS cases also caused plaintiff to suffer harm with respect to the Credit Default Swaps market. Defendants have moved to dismiss this action.

Claimed Amounts/Financial Impact

It is not currently practicable to provide an estimate of the financial impact of the actions described on the Group or what effect they might have upon the Group's operating results, cash flows or financial position in any particular period.

CCUK Finance Limited and CIAC Corporation

In May 2017, Barclays Bank PLC was served with a civil claim by CUK Finance Limited and CIAC Corporation issued in the English High Court alleging breach of a contractual indemnity, fraudulent misrepresentation and breach of warranty arising out of the sale of a portfolio of credit cards in 2007. Barclays Bank PLC has filed a defence and counterclaim.

Claimed Amounts/Financial Impact

The claim seeks damages of not less than £1bn plus interest and costs. The damages claimed do not necessarily reflect Barclays Bank PLC's potential financial exposure if a ruling were to be made against it. It is not currently practicable to provide an estimate of the financial impact of the action described or what effect it might have upon operating results, cash flows or the Group's financial position in any particular period.

Portuguese Competition Authority investigation

The Portuguese Competition Authority is investigating whether competition law was infringed by the exchange of information about retail credit products amongst 15 banks in Portugal, including the Group, over a period of 11 years with particular reference to mortgages, consumer lending and lending to small and medium enterprises. The Group is cooperating with the investigation.

Claimed Amounts/Financial Impact

It is not currently practicable to provide an estimate of the financial impact of the action described or what effect it might have upon operating results, cash flows or the Group's financial position in any particular period.

Provisions for Legal, competition and regulatory matters

Payment Protection Insurance Redress

As at 31 December 2017, the Group had recognised cumulative provisions totalling £9.2bn (2016: £8.4bn) against the cost of Payment Protection Insurance (PPI) redress and associated processing costs with utilisation of £7.6bn (2016: £6.4bn), leaving a residual provision of £1.6bn (2016: £2.0bn).

Through to 31 December 2017, 2.1m (2016: 1.8m) customer initiated claims had been received and processed. The volume of claims received during 2017 increased 16% from 2016. This increase may have been impacted by a FCA advertising campaign launched in H2 2017.

The current provision reflects the estimated costs of PPI redress primarily relating to customer initiated complaints and ongoing remediation programmes, based on information at year end. This also includes liabilities managed by third parties arising from portfolios previously sold where the Group remains liable, based on information at year end.

As at 31 December 2017, the provision of £1.6bn represents the Group's best estimate of expected PPI redress reflecting the complaints deadline implemented by the FCA of 29 August 2019. However, it is possible the eventual outcome may differ from the current estimate. The Group will continue to review the adequacy of provision level in respect of the future impacts.

The PPI provision is calculated using a number of key assumptions which continue to involve significant modelling and management judgement. These assumptions remain subjective, mainly due to the uncertainty associated with future claims levels, which include complaints driven by CMC activity and the FCA advertising campaign.

General

The Group is engaged in various other legal, competition and regulatory matters in the UK and US and a number of other overseas jurisdictions. It is subject to legal proceedings by and against the Group which arise in the ordinary course of business from time to time, including (but not limited to) disputes in relation to contracts, securities, debt collection, consumer credit, fraud, trusts, client assets, competition, data protection, money laundering, financial crime, employment, environmental and other statutory and common law issues.

The Group is also subject to enquiries and examinations, requests for information, audits, investigations and legal and other proceedings by regulators, governmental and other public bodies in connection with (but not limited to) consumer protection measures, compliance with legislation and regulation, wholesale trading activity and other areas of banking and business activities in which the Group is or has been engaged. The Group is cooperating with the relevant authorities and keeping all relevant agencies briefed as appropriate in relation to these matters and others described in this note on an ongoing basis.

At the present time, the Group does not expect the ultimate resolution of any of these other matters to have a material adverse effect on its financial position. However, in light of the uncertainties involved in such matters and the matters specifically described in this note, there can be no assurance that the outcome of a particular matter or matters will not be material to the Group's results of operations or cash flow for a particular period, depending on, amongst other things, the amount of the loss resulting from the matter(s) and the amount of income otherwise reported for the reporting period.

Directors

The Directors of the Bank, each of whose business address is 1 Churchill Place, London E14 5HP, United Kingdom, their functions in relation to the Bank and their principal outside activities (if any) of significance to the Bank are as follows:

| <i>Name</i> | <i>Function(s) within the Bank</i> | <i>Principal outside activities</i> |
|---------------------------|--|---|
| Sir Gerald Grimstone | Chairman | Non-Executive Director, Barclays PLC; Chairman, Standard Life Aberdeen plc; Non-Executive Board Member, Deloitte NWE LLP; Lead non-executive, Ministry of Defence; Member, Financial Services Trade and Investment Board; Board Advisor, Abu Dhabi Commercial Bank PJSC |
| James Staley | Chief Executive Officer and Executive Director | Group Chief Executive Officer and Executive Director, Barclays PLC; Member, Institute of International Finance, Inc. |
| Tushar Morzaria | Chief Finance Officer and Executive Director | Group Finance Director and Executive Director, Barclays PLC; Member, Main Committee of the 100 Group |
| Peter James Bernard | Non-Executive Director | Non-Executive Director, Barclays US LLC; Executive Director, Root Capital Inc; Non-Executive Director, Massachusetts Audubon Society; Non-Executive Director, Windrose Advisors; Member of the Board of Trustees and the Investment Committee. Bowdoin College |
| Helen Anne Keelan | Non-Executive Director | Chairman, Barclays Bank Ireland PLC; Non-Executive Director, Barclays Capital Securities Limited; Non-Executive Director, PM Group Limited; Non-Executive Director, Liberty Insurance DAC; Non-Executive Director, Standard Life International DAC |
| Maria Del Carmen Richter | Non-Executive Director | Non-Executive Director, AngloGold Ashanti; Non-Executive Director, Rexel; Non-Executive Director, Bessemer Trust |
| Jeremy Scott | Group Finance Director; Executive Director | Vice Chairman, Parker Fitzgerald Group |
| Alexander Vincent Thursby | Non-Executive Director | Non-Executive Director, Rank Group PLC; Executive Director, Janheg Investments PTE Limited; Executive Director, Janheg Caribbean Limited; Member of the Board of Trustees, Eden Rivers Trust; Advisory Board, Motive Labs |

| | | |
|-------------------------------|------------------------|---|
| Helene Maria Vletter-van Dort | Non-Executive Director | Chairwoman of the Supervisory Board, Intertrust N.V; Non-Executive Director, NN Group N.V; Member of the Single Resolutions Board's Appeal Panel, Single Resolution Board; Member, Dutch Corporate Governance Code Monitoring Committee; Board member of the IvO Centre for Financial Law and Governance and Part-time Professor, Erasmus School of Rotterdam |
|-------------------------------|------------------------|---|

Potential conflicts of interest

No potential conflicts of interest exist between any duties to the Bank of the Directors listed above and their private interests or other duties.

Employees

At 31 December 2017, the total number of persons employed by the Group (full-time equivalent) was approximately 79,900 (31 December 2016: 119,300).

Auditors

The annual consolidated and unconsolidated financial statements of the Issuer for the two years ended 31 December 2017 and 31 December 2016 have been audited without qualification by PricewaterhouseCoopers of Southwark Towers, 32 London Bridge Street, London SE1 9SY, chartered accountants and registered auditors (authorised and regulated by the Financial Conduct Authority for designated investment business). PricewaterhouseCoopers in the United Kingdom is not a member of any professional body. However, PricewaterhouseCoopers are registered with the Institute of Chartered Accountants in England and Wales (ICAEW) and the Public Company Accounting Oversight Board (PCAOB).